Dokumentation einer Tagung
am 25. und 26. November 2008 in Berlin

veranstaltet von

Die Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR

Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Der Landesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR, Berlin

# Opposition und SED in der Friedlichen Revolution

## Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90

Herausgegeben von

Martin Gutzeit
Helge Heidemeyer
Bettina Tüffers

Droste Verlag 2011

Umschlaggestaltung unter Verwendung eines Fotos aus dem Bundesarchiv (Stimmzettel für den Wahlkreis Berlin I zur Volkskammerwahl am 18. März 1990, Signatur: 183-1990-0312-021).

Copyright © 2011 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2011
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5304-9

# Vorwort

Die Bilder vom Herbst '89 in der DDR – Montagsdemonstrationen, Mauerfall, Trabischlangen und Freudenfeste – gehören zur kollektiven Erinnerung an den Umbruch und den Weg zur deutschen Einheit. Wesentliche Akteure der Friedlichen Revolution vor 20 Jahren waren die Bürger: als Oppositionelle, die ihre abweichende Auffassung immer offensiver zu artikulieren wagten, als Demonstranten, die auf den Straßen und Plätzen der DDR ihre Rechte gegen einen hochgerüsteten Sicherheitsapparat einforderten, oder als Flüchtlinge oder Ausreisende, die die Legitimität der SED-Herrschaft zu Zehntausenden in Frage stellten.

Im Umbruch waren auch die politischen Parteien. Zuvor hatte die SED mit ihren Juniorpartnern den Staat voll und ganz im Griff; die von den Bürgerrechtlern neu gegründeten politischen Organisationen waren Teil der illegalen Opposition. Unhabhängig davon, ob sie die Friedliche Revolution unterstützten oder eher zu verhindern suchten, entwickelten sie sich 1989/90 zu neuen Parteien. Sie alle, von der Bürgerbewegung bis zur SED, mussten Aufgaben wie politische Willensbildung, Interessenkanalisation und -vertretung, im Laufe des Jahres 1989/90 erst lernen, und das angesichts der rasanten politischen Veränderungen und ungeheuren Fülle der Aufgaben.

Diesen Entstehungs- und Wandlungsprozess zu verfolgen und nachzuzeichnen war Ziel einer am 25. und 26. November 2008 in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin-Mitte von BStU, KGParl und LStU Berlin gemeinsam veranstalteten Tagung mit dem Titel „Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen und Parteien".

Auf ihr wurden die Erkenntnisse der politik- und geschichtswissenschaftlichen Forschung zum Umbruch 1989/90 diskutiert und mit den Erinnerungen und Darstellungen der damaligen Akteure konfrontiert. Die Bildung von Parteien und die damit einhergehende Ausdifferenzierung der politischen Landschaft innerhalb kürzester Zeit, die Organisation und Durchführung der ersten freien Wahlen, der Prozess einer „Selbstparlamentarisierung" der Volkskammer und deren Arbeit bis zum Oktober 1990 gehören zu den entscheidenden Faktoren der umwälzenden politischen Ereignisse zwischen Herbst 1989 und Herbst 1990.

Die Herausgeber möchten mit dem vorliegenden Band diesen bisweilen kontroversen Meinungsaustausch dokumentieren. Wie bei der Tagung selbst werden auch hier die wissenschaftlichen Vorträge den Einschätzungen der unmittelbar Beteiligten gegenübergestellt. Die Diskussionsbeiträge sind in einzelnen Fällen leicht gekürzt, wurden aber so wenig wie möglich bearbeitet, um ihren Gesprächscharakter zu bewahren.

Berlin, im Dezember 2010

Martin Gutzeit, Helge Heidemeyer, Bettina Tüffers

# Inhalt

Vorwort ..... 5

Einleitung – *Gerhard A. Ritter* ..... 11

*Ilko-Sascha Kowalczuk*
Die Gesellschaftskrise in der DDR am Vorabend der Revolution von 1989 ..... 19

I. Die Formierung der Opposition in der DDR bis zum 9. Oktober 1989

*Wolfgang Schuller*
Die alten und die neuen politischen Handlungsträger in der DDR 1989/90 ..... 31

*Jens Schöne*
Vorbedingungen der Revolution. Anmerkungen zur Opposition in der DDR bis zum Oktober 1989 ..... 42

*Podiumsdiskussion*
Die Formierung der Oppositionsgruppen ..... 53

II. Die Revolution bis zum 10. November 1989

*Karsten Timmer*
Die Massenmobilisierung im Oktober 1989 ..... 83

*Ilko-Sascha Kowalczuk*
Die alte Macht und die Revolution: Reaktionen von SED und MfS in der Krise ..... 94

*Diskussion*
Die Revolution bis zum 10. November 1989 ..... 107

III. Auf dem Weg zum Runden Tisch – bis zum 7. Dezember 1989

*Rainer Eckert*
Organisationsgeschichte ostdeutscher Parteien und Bewegungen in der Zeit zwischen dem Fall der Berliner Mauer und der Vorbereitung auf die erste freie Volkskammerwahl ..... 117

*Diskussion*
Auf dem Weg zum Runden Tisch – bis zum 7. Dezember 1989 ... 130

## IV. Die Hälfte der Macht: Arbeit am Zentralen Runden Tisch bis Februar 1990

*Walter Süß*
Zentraler Runder Tisch und alte Parteien ..... 147

*Martin Gutzeit*
SDP/SPD und Zentraler Runder Tisch ..... 156

*Diskussion*
Die Hälfte der Macht: Arbeit am Zentralen Runden Tisch bis Februar 1990 ..... 164

## V. Die Neuformierungen in Hinblick auf die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990

*Oskar Niedermayer*
Die alten und neuen Parteien in der DDR und die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 ..... 173

*Michael Koß*
Von der SED zur PDS. Die Partei zwischen Niedergang, Selbstauflösung und Neuanfang ..... 181

*Diskussion*
Die Neuformierungen in Hinblick auf die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 ..... 192

## VI. Die Arbeit in der Volkskammer und die Herstellung der deutschen Einheit

*Gunnar Peters*
Die Tätigkeit der alten und neuen Parteien in der frei gewählten Volkskammer ..... 199

*Helge Heidemeyer*
Die alten und die neuen Parteien und die deutsche Einheit .... 211

*Podiumsdiskussion*
Die Arbeit der Volkskammer und die Herstellung der deutschen Einheit 1990 ..... 225

## VII. Die Bedeutung der Friedlichen Revolution für die Bundesrepublik Deutschland

*Podiumsdiskussion*

Die Bedeutung der Friedlichen Revolution für die politische Kultur des vereinigten Deutschlands ..... 235

Autoren und Diskussionsteilnehmer ..... 254

Abkürzungen ..... 258

Personenregister ..... 260

*16. Volkskammer-Tagung. Für die Beteiligung an der „Regierung der nationalen Verantwortung" wurden u. a. vorgeschlagen: (1. Reihe v. l.) Sebastian Pflugbeil, Rainer Eppelmann, Walter Romberg, Tatjana Böhm, Klaus Schlüter, Matthias Platzeck, Gerd Poppe, Wolfgang Ullmann.*

*Foto: Gabriele Senft, 5. Februar 1990, Bundesarchiv 183-1990-0205-019*

*Gerhard A. Ritter*

# Einleitung

Es gab viele Veranstaltungen, in denen nach 20 Jahren an die Herbstrevolution in der DDR 1989 und den damit eingeleiteten tiefen Einschnitt in der Geschichte Deutschlands, Europas und der Welt erinnert wurde. Deren Bedeutung als weltgeschichtliche Zäsur, die mit dem Zusammenbruch der sowjetischen Vorherrschaft in Ostmitteleuropa, dem Ende des Kalten Krieges, der Einigung Europas und Deutschlands das Gebiet von Freiheit und Demokratie entscheidend erweitert hat, ist erst langsam in das Bewusstsein der Menschen eingedrungen. Gerade für die deutsche Geschichte ist kaum zu überschätzen, dass Freiheit und Demokratie nicht von außen gebracht, sondern durch die Ostdeutschen mit Mut und Augenmaß selbst erkämpft wurden. Dabei sind ihnen gewiss die günstigen internationalen Rahmenbedingungen und die Vorbilder im Kampf gegen die kommunistische Vorherrschaft in Polen, in Ungarn und in der Tschechoslowakei zugute gekommen. Die große Leistung der Ostdeutschen wird erst allmählich anerkannt, wobei die Feiern und Konferenzen zur Erinnerung an dieses Ereignis 2008 bis 2010, deren starke Beachtung in der Berichterstattung der Medien und nicht zuletzt auch die an der Freiheit als zentralem Wert orientierte Kandidatur von Hans-Joachim Gauck für das Amt des Bundespräsidenten 2010 die Akzeptanz der Revolution als einer Sternstunde der deutschen Geschichte wesentlich gefördert hat.

Die hier dokumentierte Konferenz der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin, in der Berliner Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt hatte einige besonders wichtige Aspekte der Revolution zum Thema: die Formierung der Opposition durch neue Gruppen und Parteien und deren schließliche organisatorische Verfestigung, das Verhältnis der von ihr ausgelösten Bürgerbewegung zu einer breiten, sich in Massendemonstrationen artikulierenden Volksbewegung, die Reaktion der SED und der weiteren Blockparteien auf die Revolution, die Arbeit des Zentralen Runden Tisches, die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und die Tätigkeit der Volkskammer, insbesondere bei der Herstellung der deutschen Einheit. Dabei wurden auch die einzelnen Phasen der Entwicklung und die Etappen des Weges, der schließlich zu der zunächst von nur Wenigen als möglich angesehenen deutschen Einheit führte, klar herausgearbeitet.

Die Teilnehmer der Konferenz waren Zeitzeugen, die selbst wesentlichen Anteil an der Herausbildung und Organisation der neuen Gruppen und Parteien sowie der Arbeit des Runden Tisches und der Volkskammer hatten, sowie Wissenschaftler – vor allem Historiker, Politologen und Juristen –, die die Revolution von 1989, die sie tragenden Gruppen und die Entwicklung zur deut-

schen Einheit zum Gegenstand ihrer Studien gemacht haben. Unter den Zeitzeugen waren Lothar de Maizière, der Ministerpräsident der ersten und einzigen frei gewählten Regierung der DDR 1990, Richard Schröder, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratie in der Volkskammer bis August 1990, Martin Gutzeit sowie Markus Meckel, die Gründer der später in „SPD" umbenannten SDP. Beide waren Vertreter ihrer Partei am Runden Tisch und später in der Volkskammer, Meckel daneben von April bis August 1990 der Außenminister der Regierung de Maizière. Mit Gerd und Ulrike Poppe als Mitbegründer und Sprecher der Initiative für Frieden und Menschenrechte bzw. von Demokratie Jetzt am Zentralen Runden Tisch und später führenden Vertretern von Bündnis 90 sowie Werner Schulz, einem Begründer des Neuen Forums und einer von dessen Vertretern am Runden Tisch, haben weitere Schlüsselfiguren der Opposition in der DDR an der Konferenz teilgenommen. Bis auf Ulrike Poppe, die 2009 das Amt der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Brandenburgs übernahm, haben sie als Mitglieder von Bündnis 90 in der Volkskammer und von Bündnis 90/Grüne für mehrere Legislaturperioden im Deutschen Bundestag gewirkt.

Die Tagung wurde eingeleitet durch ein Referat von Ilko-Sascha Kowalczuk, einem der Mitbegründer des in Opposition zur offiziellen Historikergesellschaft der DDR gegründeten Unabhängigen Historikerverbandes und Mitarbeiter mit Leitungsfunktionen in der Abteilung „Bildung und Forschung" der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen der DDR. Er hat mit seinem Buch „Endspiel" 2009 eine auf intensivem Quellenstudium beruhende grundlegende Studie zur Revolution in der DDR vorgelegt.[1] Er skizziert und analysiert als Vorbedingung der revolutionären Entwicklung die tiefe Krise, die Staat und Gesellschaft der DDR besonders in den 1980er Jahren erfasst hatte. Dabei wird besonders deutlich gezeigt, wie sich die Jugend, auf die das SED-System seine Hoffnung gesetzt hatte, vom Staat abwandte und immer stärker Vorbilder in der westlichen Jugend- und Musikkultur suchte.

Der Konstanzer Althistoriker Wolfgang Schuller, der sich seit langem kritisch mit der DDR auseinandergesetzt hatte, untersucht in seinem Beitrag die mangelnde Legitimation der DDR in der eigenen Bevölkerung, die sich, auch wenn sie sich nicht an oppositionellen Gruppen oder Massendemonstrationen beteiligte, nicht als dumpfe Masse erwies, die sich in privaten Nischen behaglich und auf Dauer eingerichtet hatte, sondern auf eine spezifische Situation wartete, in der sie Freiheit und Selbstbestimmung einfordern konnte.

Der erste Themenkomplex, eingeführt durch den Berliner Historiker Jens Schöne, behandelt als Vorbedingung der Revolution die Geschichte der in der DDR stets illegalen Opposition bis zum Oktober 1989. Sie war in ihrer politischen Ausrichtung beim Volksaufstand vom Juni 1953 und weiter in den Jahren bis zum Mauerbau 1961 gesamtdeutsch orientiert, ehe sie schließlich die Forderungen nach einer grundlegenden Reform der DDR durch Brechung des Machtmonopols der SED und die Erneuerung eines im humanitären Sinn umgestalteten Sozialismus in den Vordergrund stellte. Im Mittelpunkt des Vortrages steht

[1] KOWALCZUK, Endspiel.

die Formierung und Institutionalisierung der Opposition. Besonders herausgearbeitet wurde die ambivalente Rolle der Amtskirche, die mehrheitlich zur Anpassung und zu Konzessionen gegenüber dem Regime bereit war, aber auch die Haltung einer Minderheit in der Minderheitskirche, die als eine Art Kirche von unten in einzelnen Gemeinden den oppositionellen Gruppen Schutz und Diskussionsmöglichkeiten bot und dadurch die Entstehung einer Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung unterstützte. Es wird gezeigt, wie die staatliche Diffamierung der Ausreisewilligen, die eine der Triebkräfte der Opposition waren, zur Mobilisierung immer breiterer Kräfte beitrug. Dabei wirkte die Vielfalt der im Spätsommer und Frühherbst 1989 entstandenen Oppositionsgruppen, die zunehmend das schützende Dach der Kirche verließen und in die Öffentlichkeit drängten, als Katalysator der Massendemonstrationen der frühen Phase, deren Trägerschaft aber weit über das Personal der Oppositionsgruppen hinausging.

Die Vertreter der verschiedenen Oppositionsgruppen verdeutlichten in der anschließenden Podiumsdiskussion die Unterschiede im Charakter der Gruppen, die von der Bildung einer Plattform für Diskussionen untereinander und mit dem Träger der Herrschaft im Neuen Forum bis zur Bildung einer Partei in der SDP gingen, das geringe Ausmaß der programmatischen Festlegung, die Differenzen in der Haltung zum Sozialismus sowie die jeweilige Schärfe in der Auseinandersetzung mit den Organen des Staates und der SED. Man kann fragen, ob nicht gerade die Heterogenität der Opposition und der weitgehende Verzicht auf programmatische Festlegung bei den meisten Gruppen nicht eine Schwäche, sondern in dieser frühen Phase eine Stärke der Opposition war, da sie eine breite Mobilisierung der Massen erleichterte.

Diese Massenmobilisierung bis zum Fall der Mauer am 9./10. November 1989 ist Thema des Referats des Historikers Karsten Timmer, dem Verfasser eines wichtigen Buches über die Bürgerbewegung in der DDR 1989.[2] In seinem Beitrag wird gezeigt, wie breit die Massenbewegung in allen sozialen Schichten der Bevölkerung und im ganzen Land, von den Großstädten über die Kleinstädte bis zu den Dörfern, verankert war und wie stark sie zunächst durch den erfolgreichen Kampf um die Gewinnung der Öffentlichkeit, die die Träger des Regimes schließlich zur Duldung zwang, geprägt wurde. Dabei gingen die oppositionellen Gruppen als selbsternannte Sprecher der Bürgerbewegung mit den Demonstranten zunächst eine erfolgreiche, wenn auch nicht dauerhafte Partnerschaft ein. Das gemeinsame Ziel war die demokratische Reform der DDR, deren Inhalt aber nicht näher definiert wurde.

Ilko-Sascha Kowalczuk ergänzt diese Darstellung durch die Analyse der Reaktion der SED und des MfS. Er vertritt dabei mit Nachdruck die These, dass es eine echte Reformbewegung in der SED – völlig anders als im kommunistischen Ungarn – nicht gegeben hat und es auch den sog. „SED-Reformern" um die Aufrechterhaltung des Machtmonopols der Partei gegangen sei. Sehr deutlich wird die Unfähigkeit der Führung der SED, eine eindeutige Entscheidung über den zukünftigen Kurs zu fällen und eine befriedigende Antwort auf die durch

---

2 TIMMER, Vom Aufbruch zum Umbruch.

die Ausreisebewegung und die Massendemonstrationen aufgeworfenen Probleme zu finden, herausgearbeitet.

Die Paralyse der Führung der SED in der Krise wird auch in der anschließenden Diskussion unterstrichen. Zu Recht wird dabei von Gerd Poppe gefordert, die Motive und Ziele, vor allem aber auch den genauen Ablauf und die regionale Verbreitung der Massendemonstrationen vor und nach dem Mauerfall zum Gegenstand historischer Forschung zu machen. Das ist bisher vor allem für Sachsen, von dem die stärksten Impulse für die Revolution ausgingen, geschehen.[3] Wenn sich auch die enge Verbindung der Massenbewegung und der oppositionellen Gruppen nach dem Mauerfall auflöste, so hätten die letzteren doch weiterhin das moralische Gewissen des Landes gebildet und entscheidenden Anteil an der Bekämpfung alter Seilschaften und der Beseitigung der Stasi gehabt.

Die Behandlung der dritten Phase nach dem Mauerfall wird durch den Beitrag des Historikers Rainer Eckert, einem der Mitbegründer des Unabhängigen Historikerverbandes und jetzigem Leiter des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, eingeleitet. Er untersucht die Entwicklung der ostdeutschen Oppositionsgruppen, aber auch der bisherigen Blockparteien von Anfang November bis zur Volkskammerwahl vom 18. März 1990. Er arbeitet dabei heraus, wie unter dem Druck der bevorstehenden Wahl und der auf eine schnelle deutsche Einigung zielenden Stimmung der Bevölkerung die meist als basisdemokratische Bewegungen begründeten oppositionellen Gruppen vor der Frage standen, ob sie sich zu einer Partei mit einer festen Organisation und einem Programm weiterentwickeln sollten, ob sie ein Bündnis mit bundesdeutschen Parteien eingehen oder unabhängig bleiben sollten und wie sie sich zur Regierung Modrow, zum Sozialismus und vor allem zur deutschen Einheit und dem Weg dahin stellten. Das hat zu erheblichen Spannungen zwischen, aber auch in den Organisationen, die sich teilweise aufspalteten, geführt und den ursprünglichen Plan, ein Wahlbündnis der Bürgerrechtsbewegung einzugehen, scheitern lassen.

In der Diskussion wurden vor allem die regionalen Differenzen in der DDR thematisiert und erörtert, ob es eine Möglichkeit zur Auflösung der SED gegeben hat und wie die Rolle Gregor Gysis bei der Schaffung der Nachfolgeorganisation PDS, zunächst mit dem Zusatz SED, zu beurteilen ist. Für die Erfolge der CDU bei der Volkskammerwahl wurde neben der Zuspitzung des Wahlkampfes auf Helmut Kohl die Bedeutung der Übernahme des alten Parteiapparats unterstrichen.

Im Mittelpunkt des vierten Schwerpunktes stand die Arbeit des Zentralen Runden Tisches. Während Walter Süß, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stasi-Unterlagen-Behörde, die Haltung der alten Parteien zum Runden Tisch, der nach polnischem Vorbild schon am 10. November 1989 von der Bürgerrechtsbewegung gefordert wurde, erörtert, behandelt Martin Gutzeit als einer der Vertreter der SDP am Runden Tisch die Haltung der ostdeutschen Sozialdemokratie. Alle Teilnehmer des Runden Tisches strebten – im Gegensatz zu Teilen

---

[3] ZWAHR/SCHWABE/RICHTER/HOLLITZER: Friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen; RICHTER, Die Friedliche Revolution.

der Rätebewegung 1918/19 – nicht die Permanenz dieser Institution an, sondern sahen sich als Träger einer Institution, die freie Wahlen herbeiführen und bis dahin den friedlichen Charakter der Revolution sichern und den völligen Zusammenbruch von Staat und Wirtschaft verhindern sollte. Kennzeichnend war, dass die Vertreter der Blockparteien, die an der von der SED geführten Regierung Modrow beteiligt waren, sich nicht mit dieser identifizierten und dass insbesondere die Ost-CDU den Runden Tisch zur Absetzung von der SED und zur Herausbildung eines eigenen politischen Profils benutzte. Nachdem die von Modrow geplante Erhaltung eines Kerns des Staatssicherheitsdienstes unter dem neuen Namen eines Verfassungsschutzes am Widerstand der Opposition und der Stürmung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 1990 scheiterte, versuchte Modrow Ende Januar/Anfang Februar, seine Stellung durch die Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung", in die je ein Vertreter von acht oppositionellen Gruppen des Runden Tisches als Minister ohne Geschäftsbereich aufgenommen wurde, noch einmal zu stabilisieren.

Für die SDP zeigt Gutzeit, wie sich nach dem Fall der Mauer deren strategische Position grundlegend veränderte. Nachdem zunächst die bundesdeutsche Sozialdemokratie, in der viele an der Politik des Dialoges mit der SED festhalten wollten, auf deutliche Distanz zu ihrer Schwesterpartei im Osten gegangen war, wurde diese nun nachhaltig von der SPD im Westen unterstützt und änderte ihren Namen in SPD. Sie kündigte das gemeinsame Vorgehen der Oppositionsgruppen im Wahlkampf auf und setzte sich für möglichst frühe Wahlen, die Einführung einer parlamentarischen Demokratie und eine baldige deutsche Einigung ein.

In der Diskussion ging es vor allem um die Fragen, ob der Runde Tisch als nicht-gewähltes Organ zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Verfassung legitimiert war, um die Bewertung der Beteiligung an der „Regierung der nationalen Verantwortung" sowie des Zerfalls der Gemeinsamkeit der Opposition und um die Haltung der verschiedenen Oppositionsgruppen zu dem Anfang Februar 1990 gemachten Vorschlag der Bundesregierung zur Schaffung einer Währungsunion, die mit grundlegenden wirtschaftlichen Reformen gekoppelt werden sollte.

Der Neuformierung der Parteien im Zuge der Volksammerwahl ist der folgende fünfte Themenkomplex gewidmet. Der bundesdeutsche Parteienforscher Oskar Niedermayer untersucht die Transformation des hegemonialen Parteiensystems der DDR in ein pluralistisch-demokratisches Parteiensystem, die nach seiner Meinung in vier Schritten erfolgte, sowie deren allmähliche Angleichung. Schließlich kam es schon vor der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 zu einer Verschmelzung des ostdeutschen und westdeutschen Parteiensystems bei der CDU, der SPD und bei den Liberalen. Die Vereinigung von Bündnis 90 und westdeutschen Grünen erfolgte dagegen erst 1993.

Der Potsdamer Politikwissenschaftler Michael Koß analysiert dagegen die Transformation der SED zur PDS und damit die Entstehung einer zunächst fast völlig auf den Osten Deutschlands beschränkten Regionalpartei. Die Verhinderung der zunächst von Vielen geforderten Selbstauflösung der SED und ihr Überleben als PDS führt er auf die intensive Mobilisierung der Generation der

40- bis 50jährigen und der SED-Funktionäre der zweiten Reihe zurück. Deren Behauptung beim Übergang zum Mehrparteiensystem sei durch die Anknüpfung an Traditionsbestände der DDR, die rhetorischen Fähigkeiten und das taktische Geschick Gregor Gysis sowie das Auftreten der Partei als selbsternannte Sachwalterin ostdeutscher Interessen gelungen.

In der anschließenden Diskussion wird die Verwendung des Begriffes „Wende" statt „Revolution" durch die Referenten kritisiert und die von der PDS weitgehend mitbestimmte Verwendung des Parteivermögens von 3 Milliarden Mark thematisiert. Von Wolfgang Templin, einem der Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte und Teilnehmer am Zentralen Runden Tisch, wird betont, dass es sich bei Bündnis 90 nicht um einen äußerlichen Zusammenschluss verschiedener Oppositionsgruppen handelte, sondern um ein inhaltlich neues Projekt, das auf einer Verbindung von Freiheits- und Gerechtigkeitsideen beruht habe. Das Verhältnis der westdeutschen Grünen zur ostdeutschen Opposition wird diskutiert und für die PDS festgestellt, dass sie keine Neugründung gewesen sei, sondern die Fortsetzung der SED mit dem weitgehend gleichen Personal aus dem Parteiapparat, die allerdings von vornherein – wenn auch zunächst erfolglos – einen gesamtdeutschen Anspruch erhob.

Im sechsten Themenkomplex untersucht zunächst der Rostocker Historiker Gunnar Peters am Beispiel der Fraktionen, des Präsidiums sowie der Arbeit der Ausschüsse und des Plenums die Frage, ob sich die am 18. März 1990 frei gewählte Volkskammer im Stil der Verhandlungen und im Ausmaß der Fraktionsdisziplin wesentlich vom Deutschen Bundestag unterschieden habe. Er kommt zu dem Ergebnis, dass man weder von einem neuen Typ von Abgeordneten noch von einer neuen Form des Parlamentarismus sprechen könne. Kennzeichnend sei gewesen, dass es eine die Debatten bestimmende Konfrontation zwischen alten und neuen Parteien nicht gegeben habe und der Gegensatz zwischen der Koalition und der schwachen politischen Opposition weniger scharf als im Bundestag ausgeprägt gewesen sei. Meines Erachtens wird man damit aber nicht dem grundlegenden Unterschied in der sozialen Zusammensetzung von Volkskammer und Deutschem Bundestag gerecht. Während der Deutsche Bundestag wesentlich von Berufspolitikern (Beamten und Angestellten politischer und gesellschaftlicher Organisation) bestimmt wurde, rekrutierte sich die Volkskammer vor allem aus einer breiten sozialen Elite von Ingenieuren, Naturwissenschaftlern, Ärzten, Lehrern, Geisteswissenschaftlern und Pfarrern.[4] Auch hätte das gewaltige Arbeitspensum der Volkskammer betont werden sollen.

Der anschließende Beitrag von Helge Heidemeyer, dem langjährigen Mitarbeiter der Parlamentarismus-Kommission und seit 2008 Leiter der Abteilung „Bildung und Forschung" der zentralen Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, untersucht die Haltung der Fraktionen in der Volkskammer zur deutschen Einheit. Er macht deutlich, dass sich vor allem die Parteien der bis 19. August 1990 die Ost-SPD einschließenden Regierungsko-

[4] Zur sozialen Zusammensetzung der Volkskammer der DDR bzw. des Deutschen Bundestages 1987–1990 vgl. SCHINDLER, Datenhandbuch, Bd. 3, S. 3894, Bd. 1, S. 708 f.

alition pragmatisch und realistisch auf die sich schnell wandelnde Situation einstellten. Während sie keine Alternative zu deutschen Einigung sahen oder auch nur wünschten und für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik über Artikel 23 des Grundgesetzes und nicht durch die Schaffung einer neuen Verfassung nach Artikel 146 GG eintraten, waren sie – im Gegensatz zu der auf einen sofortigen Beitritt zur Bundesrepublik drängenden DSU – gegen eine überhastete Einigung durch einen bloßen Überleitungsvertrag ohne gleichzeitige Regelung der inneren und internationalen Aspekte der Einigung. Die Regierung der DDR kam es vielmehr darauf an, die Interessen der DDR-Bürger bei der Vereinigung so weit wie möglich durch die Verträge zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 und vor allem durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 zu sichern.

Bei der Podiumsdiskussion zur Arbeit der Volkskammer wurden vor allem die Fragen thematisiert, ob man nicht durch die Schaffung einer Gemeinschaft stiftenden Symbolik – also einer neuen Nationalhymne oder eines stärker emotional geprägten Nationalfeiertags als der 3. Oktober und einer neuen Bezeichnung des gemeinsamen Staates – den Ostdeutschen stärker das Gefühl gegeben hätte, gleichberechtigter Teil einer gemeinsamen Nation zu sein. Durch das geplante Freiheits- und Einheitsdenkmal wird die Leistung der Ostdeutschen, aus eigener Kraft Freiheit und Einheit herbeigeführt zu haben, hoffentlich auch symbolisch verdeutlicht werden. Weiterhin wurde in der Diskussion der Spielraum der ostdeutschen Regierung bei den Verhandlungen zum Ersten und Zweiten Staatsvertrag thematisiert.

In der abschließenden Podiumsdiskussion betonten alle Teilnehmer die überragende Bedeutung der Herbstrevolution für die politische Kultur des vereinigten Deutschlands. Man war einmütig der Auffassung, dass es sich um eine wirkliche Revolution und nicht um eine bloße „Wende“ oder einen „Zusammenbruch“ der DDR gehandelt habe und dass die Ostdeutschen stolz darauf sein können, dass sie Demokratie und Rechtsstaat aus eigener Kraft erkämpft haben. Die Bedeutung der Lösung der Frage der deutschen Einigung für die weitere Gestaltung der europäischen Zukunft wurde hervorgehoben. Der Bonner Verfassungsrechtler Josef Isensee unterstrich nachdrücklich das Verdienst des Bundesverfassungsgerichts, das im Gegensatz zu breiten Tendenzen in den Medien und bei den Politikern in der alten Bundesrepublik die Frage der deutschen Einheit offen gelassen habe. Generell wurde betont, welch große Bedeutung die Westmedien für die Arbeit der Bürgerrechtler und den Erfolg der Revolution hatten. Sie boten den Bürgerrechtlern einen Resonanzboden für ihre Ideen und gaben ihnen in den letzten Jahren vor 1989 einen gewissen Schutz, indem sie gewaltsames Vorgehen gegen Oppositionelle anprangerten. Die Rolle des Föderalismus, der das Einleben in den neuen gemeinsamen Staat über die ostdeutschen Länder erleichterte, wurde unterstrichen.

Der gemeinsame deutsche Staat unterscheidet sich nicht nur grundlegend von der DDR, sondern in vielen Aspekten auch von der alten Bundesrepublik. Die Belastung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Kosten der Einigung hat den Lebensstandard im Westen für etwa zwei Jahrzehnte auf dem Stand von 1990 eingefroren, während sich der Lebensstandard der Menschen im Osten

trotz der starken Arbeitslosigkeit im Durchschnitt erheblich verbesserte. Das vereinigte Deutschland ist durch die geringe Zahl der Kirchenmitglieder im Osten viel säkularer geworden. Mit der Etablierung der PDS, zunächst als ostdeutsche Regionalpartei und schließlich unter dem neuen Namen „Die Linke" auch als gesamtdeutsche Partei, ist das bestehende Parteiensystem aus zwei großen Volksparteien und zwei kleineren Parteien durch ein Fünf-Parteien-System ersetzt worden. Dadurch wird die Regierungsbildung und die Durchsetzung klarer politischer Programme im Bund wie auch in den Ländern erschwert. Besondere Probleme wirft die Durchsetzung von Gesetzen im Bundesrat angesichts der größeren Vielfalt der in ihm vertretenen Interessen und möglichen Regierungskoalitionen auf. Angesichts der Praxis der Landesregierungen, sich im Bundesrat der Stimme zu enthalten, wenn es über Gesetzentwürfe der Bundesregierung zwischen den Koalitionsparteien in den Ländern zu Kontroversen kommt, wird es immer schwieriger, bei Zustimmungsgesetzen eine Mehrheit zu erreichen. Das gilt besonders dann, wenn die Opposition im Bund eine Politik der Konfrontation und Polarisierung und nicht der Suche nach Konsens verfolgt.

Eine DDR-Nostalgie, die vor allem die größere Sicherheit der Arbeitsplätze vor 1990 hervorhebt, verschleiert inzwischen bei Vielen den Charakter der DDR als Unrechtsstaat. Dem zu begegnen ist mehr Forschung über den Charakter der DDR erforderlich, ebenso wie die Vermittlung ihrer Ergebnisse durch die politische Bildung, vor allem im schulischen Alltag, in dem die DDR als wichtiger Teil der deutschen Geschichte viel zu wenig behandelt wird.

Für den Historiker ist das Ende der DDR durch die Herbstrevolution und das „Wunder" der deutschen Einigung ein Beweis dafür, dass die Geschichte offen ist und unerwartete Ereignisse, Bewegungen von unten, aber auch der Einfluss führender Personen der bisherigen Entwicklung eine grundsätzlich neue Richtung geben können.

## *Literatur*

KOWALCZUK, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

RICHTER, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bde., Göttingen 2009.

SCHINDLER, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1999, 3 Bde., Baden-Baden 1999.

TIMMER, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000.

ZWAHR, Hartmut/SCHWABE, Uwe/RICHTER, Michael/HOLLITZER, Tobias, Friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen. Beiheft zur Karte DV3 zum Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen. Hrsg. von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und dem Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen (GeoSN), Leipzig und Dresden 2009.

*Ilko-Sascha Kowalczuk*

# Die Gesellschaftskrise in der DDR am Vorabend der Revolution von 1989[1]

In den fünfziger Jahren kam in der DDR eine offizielle Parole auf, die jedes Kind kannte: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben". Das war frustrierend. Die Menschen schufteten und rackerten, aber erreichten nie „Morgen". Zwar hatte sich der Lebensstandard seit Ende der fünfziger Jahre erheblich verbessert. Der Alltag war einfacher geworden. Aber die Menschen wurden nicht zufriedener, weil die DDR dem vielgepriesenen Weltmaßstab beständig hinterherhinkte, der Abstand zum Westen zudem zusehends wuchs. Honecker erfand 1971 eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die alte Parole aus den fünfziger Jahren auf den Kopf stellte. Denn im Kern war seine Politik nun von dem Gedanken getragen: „So wie wir heute leben, werden wir morgen arbeiten." Das hat niemand so formuliert und schon gar kein Funktionär öffentlich. Aber die neue Wirtschafts- und Sozialpolitik war von diesem Gedanken getragen. Die Menschen sollten sozial befriedet, im besten Fall sogar befriedigt werden. Offiziell verband sich damit ein sozialpolitisches Programm, das einerseits die Lebensbedingungen der Menschen verbessern und die entbehrungsreiche Nachkriegszeit beenden, das aber andererseits auf einer gesamtgesellschaftlichen modernen und effizienten Wirtschaft basieren sollte, die die großzügige Sozialpolitik wie im Selbstlauf finanzieren würde. Inoffiziell wurde „heute" Geld ausgegeben, das „morgen" erwirtschaftet werden würde. Das konnte nicht gut gehen. Honecker räumte ein knappes Jahr vor seiner Abdankung gegenüber FDJ-Funktionären ein: „Wir leben zum Teil über unsere Verhältnisse."[2]

Der Grundirrtum der DDR-Planwirtschaft bestand darin, Waren statt Werte zu planen. Das führte nicht nur zu einer de facto-Entwertung, ja, Abschaffung von Geld im Plan, sondern zu dem grotesken Umstand, dass sich die Pläne an Produktquantitäten statt an messbaren Werten (in Form von Gewinnen) orientierten. „Je aufwendiger produziert wurde, um so mehr konnte abgerechnet werden."[3] Zugleich zog jede Planüber- oder Nichterfüllung eine Kettenreaktion nach sich, deren Folgen im gesamten Land zu besichtigen waren. Entgegen den Verkündigungen, die DDR sei die zehntstärkste Industrienation der Welt, rangierte sie international im Mittelfeld. Heute neigen Wirtschaftshistoriker dazu, sie als Schwellenland einzustufen. Da Wirtschaftszweige wie Maschinenbau oder Elektrotechnik nicht modernisiert und nur höchst unzureichend mit

---

1 Der Beitrag basiert auf: KOWALCZUK, Endspiel.

2 Stenografische Niederschrift des Treffens des Genossen Erich Honecker mit dem Sekretariat des Zentralrates der FDJ am 22. 12. 1988. BStU, BdL 1100, Bl. 80.

3 Steiner, André: Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: JARAUSCH/SABROW, Weg in den Untergang, S. 156.

Investitionen bedacht worden waren, fanden die Produkte trotz günstiger Preise kaum noch Abnehmer. Die Arbeitsproduktivität sank und erreichte gegen Ende der achtziger Jahre nur noch rund ein Drittel derjenigen der Bundesrepublik. Nicht nur die internationale Verschuldung wuchs, auch die innere. Diese betrug 1988/89 mehr als die Hälfte der Staatshaushaltsausgaben. Die reale Investitionsquote, eine zentrale Säule jeder prosperierenden Volkswirtschaft, war in den achtziger Jahren rückläufig.

Hinzu kam, dass die SED-Führung die geringen Investitionen fast ausschließlich in der Industrie einsetzte. Wichtige andere Säulen wie Kommunikationsnetze, Verkehrswesen oder Agrarwirtschaft wurden sträflich vernachlässigt. 18 Prozent des Straßennetzes galten als unbefahrbar, die Autobahnen waren in einem maroden Zustand. Das Eisenbahnnetz war veraltet, die Elektrifizierung kam kaum voran und 17 Prozent des Netzes konnten nur mit geringen Geschwindigkeiten, teilweise nur im doppelten Schritttempo befahren werden. Ein Fünftel des Gesamtnetzes galt als nicht befahrbar.[4] Weit über eine Million Anträge auf einen Telefonanschluß galten Mitte 1989 als nicht realisierbar. Für 1990 war geplant, 60000 neue Anschlüsse bereitzustellen.

Das alles führte zu katastrophalen Zuständen. Waren konnten nicht angeliefert werden, was zu weiteren Produktionsausfällen führte, viele Millionen Tonnen Lebensmittel vergammelten, weil sie nicht rechtzeitig ihre Empfänger erreichten. Ein besonders bedrückendes Beispiel ist aus Greifswald überliefert. Der Direktor des Universitätsinstituts für Rechtsmedizin schrieb am 22. Juni 1989 einen Brief an die MfS-Kreisdienststelle und beklagte darin, dass die ohnehin provisorischen Kühlzellen völlig unzureichend seien, „die Leichen gestapelt auf doppelt belegten Tragen" liegen müssten, „ein Teil" in „nicht kühlbaren Nebenräumen" liege und es „schnell zu Madenbefall und Fäulnis" sowie „Rattenbefall" käme. „Unter der Geruchsbelästigung leiden alle Mitarbeiter, auch die, die mit der eigentlichen Leichenöffnung nichts zu tun haben."[5]

Ein Wirtschaftszweig war von diesen Fehlplanungen ausgenommen und erwies sich in der Rückschau geradezu als die größte Pleite: die Mikroelektronik. Seit Mitte der siebziger Jahre verfolgte die SED-Führung auf diesem Sektor ein ehrgeiziges Programm. Sie versuchte, die Embargobestimmungen für Exporte westlicher Technologien in den Osten zu kontern. Mit dem Einsatz hoher Geldsummen und umtriebigem geheimdienstlichen Agieren gelang es, moderne mikroelektronische Elemente nachzubauen. Als am 12. September 1988 unter propagandistischem Getöse Wolfgang Biermann, Generaldirektor des Carl-Zeiss-Jena Kombinats, Erich Honecker den „ersten" selbstentwickelten 1-Megabit-Speicher übergab, fand das Kopfschütteln kein Ende mehr. Die Kosten für die Herstellung eines 256-Kilobit-Speichers betrugen in der DDR 534 Mark, auf dem Weltmarkt waren sie für fünf Valutamark zu haben. Die DDR hinkte dem internationalen Entwicklungsstandard acht bis zehn Jahre hinterher, ihre Produktionseffizienz betrug 10 Prozent derjenigen westlicher Firmen.

---

4 Ministerrat, Beschluss 132/I.37/89 vom 10. 11. 1989. BStU, SdM 1506, Bl. 72–92.

5 Universität Greifswald, Institut für Gerichtliche Medizin, an MfS, KD Greifswald, 22. 6. 1989. BStU, Ast. Rostock, BV, AKG 279, Bl. 288–291.

Letztlich war dies ein Versuch, autarke Strukturen herauszubilden, die aber eher autistisch daherkamen.

Der miserable Zustand der Produktionsanlagen in allen Volkswirtschaftszweigen – in nicht wenigen Betrieben produzierten die Arbeiter mit Maschinen, die vor 1933 oder 1914 aufgestellt worden waren, was auch den Erfindungsreichtum und die Improvisationsfertigkeit vieler Menschen aus der DDR erklärt – hatte eine weitere Schattenseite. Havarien und Unfälle gehörten zum Arbeitsalltag, teilweise mit tödlichen Folgen und nachhaltigen Umweltbelastungen. Zugleich wuchs dem Sektor „Reparatur und Instandhaltung" eine Bedeutung zu, die heute kaum noch fassbar ist. Im persönlichen wie betrieblichen Alltag waren diejenigen, die reparierten, instandsetzten, sanierten und zuweilen modernisierten, ungekrönte Könige, deren Gunst sich jeder zu erarbeiten, zu erkaufen, zu ertauschen oder zu erbuckeln hatte.

Auch die Landwirtschaft blieb ein Sorgenkind der SED. Die Menschen wurden zwar satt, aber die Kosten waren extrem. Auch hier gingen die Investitionen stark zurück. Jedes Kind lernte in der Schule, die Wirtschaft profitiere von intensiver statt extensiver Produktion. Allein in der Realität galt das umgekehrte Zwangsprinzip. Die Kosten für die Agrarproduktion stiegen, zugleich blieben die Nahrungsmittelpreise konstant. 1989 subventionierte die SED sie fast zur Hälfte, zugleich hatte sie Mitte der achtziger Jahre die Subventionen für die Landwirtschaft etwa halbiert. Das führte zu dem grotesken Zustand, dass Bauern Brot, Kartoffeln und anderes zu günstigen Preisen einkauften und an ihr Vieh verfütterten. Diese und noch andere Paradoxien führten dazu, dass die SED nicht nur immer wieder Getreide, Futtermittel und Fleisch gegen Devisen importieren musste – zugleich gab es immer wieder „Engpässe" in der Bereitstellung von Grundnahrungsmitteln.

Zwar nahm insgesamt das Lohnniveau zu, aber die Menschen wollten für ihr Geld auch etwas haben, was sie meistens aber nicht bekommen konnten. Die Menschen gewöhnten sich an eine gesicherte Grundversorgung, aber sie wollten mehr. Und das bot ihnen der offizielle „Markt" nicht. Es gab praktisch nichts, was nicht zeitweise oder immer als „Mangelware" oder „Bückware" galt. Und deshalb kauften sie alles, was Mangelware war, selbst wenn sie es nicht brauchten. Denn diese ließ sich eintauschen gegen Produkte, die man benötigte, aber nicht hatte. Das Anstehen und Ausschauhalten nach Mangelware führte dazu, dass 1989 durchschnittlich jeder Beschäftigte sechs Stunden wöchentlich unentschuldigt seinem Arbeitsplatz fernblieb.

Die SED-Sozialpolitik ist teuer erkauft worden. Für den Staat war sie teuer, weil viele Ressourcen, die dringend in Investitionen hätten umgeleitet werden müssen, für zukunftslose Subventionen und Sozialprogramme verschleudert wurden und so genau das Gegenteil des politisch-ideologischen Ziels – die Legitimierung des Systems – bewirkten. Die Menschen hatten das System auch deshalb satt, weil am Ende der achtziger Jahre nicht nur die Sozialleistungen des SED-Staates als Selbstverständlichkeit hingenommen wurden und ihre Legitimationskraft weithin verbraucht war. Denn die Kehrseite der Sozialpolitik stand – auch in systemnahen Kreisen – doch vor aller Augen: Man wusste, dass billige Mieten zugleich eine heftig umstrittene Wohnungsbaupolitik als Schatten-

seite zur Folge hatten, weil für dringend gebotene Sanierungsarbeiten die Mittel fehlten, günstige Fahrpreise eine zerrüttete Infrastruktur spiegelten oder billige Bücher und Zeitungen Mediengleichschaltung, Zensur- und Verbotspraxis nicht kompensieren konnten. Hunderttausende Menschen hatten zwar einen festen Arbeitsplatz, ohne aber einer sinnvollen Arbeit nachzugehen. Sie trugen immer mehr Geld nach Hause, für das sie immer weniger bekamen.

Das Volksbildungssystem oder auch das Gesundheitswesen in der DDR spiegelten in den achtziger Jahren den gesellschaftlichen Krisenzustand. Nicht nur wegen der erhöhten Umweltbelastungen nahm die Lebenserwartung in der DDR seit Beginn der achtziger Jahre entgegen einem internationalen Trend leicht ab. Im Vergleich zur Bundesrepublik gab es in der DDR eine 4,6 mal höhere Sterberate bei an sich heilbaren Krankheiten. Diagnostik und Therapie blieben, materiell bedingt und wegen schlechter Forschungsmöglichkeiten, im internationalen Vergleich zurück. Hinzu kam, dass nicht zuletzt aus der Berufsgruppe des medizinischen Personals der prozentuale Anteil von Flüchtlingen und Ausreiseantragstellern besonders hoch war. Das dichte Netz vorsorgender medizinischer Betreuung und prophylaktischer Behandlungen (z.B. Impfungen) erscheint gerade vor dem Hintergrund aktueller Debatten vorbildlich, hätte es da nicht auch die Schattenseite gegeben, dass die Nichtannahme dieser Betreuungs- und Vorsorgeangebote mit Sanktionen geahndet worden wäre. Die Vorbeugung war ein Teil des vormundschaftlichen Systems.

Der SED-Führung blieben die Mängel im Gesundheitswesen nicht verborgen. 1988 häuften sich die negativen Berichte aus den einzelnen Bezirken. Im Kreis Greifswald etwa konnte 1988 etwa ein Drittel der Krankenhausbetten nicht belegt werden, „weil das Personal fehlt".[6] Weil Heimplätze fehlten, wurden zudem 25 Prozent der Betten in der Universitätsklinik Greifswald mit Pflegefällen belegt.[7] Solche und andere alarmierenden Berichte erreichten die SED-Führung aus allen Bezirken und Kreisen. Mitte November 1988 fasste das MfS seine Erkenntnisse aus den Bezirken zusammen und übergab der SED-Führung einen Bericht über die Situation. Seit längerer Zeit seien wechselnd 40 bis 50 Arzneimittel nicht verfügbar. Wichtige Herz-Kreislauf-Mittel fehlten, nur 30 Prozent der Diabetiker könnten medizinisch korrekt versorgt werden, zahlreiche Operationsbestecke und andere medizinische Materialien seien nicht annähernd in ausreichender Menge vorhanden. Bei Einwegkanülen, Urinbeuteln oder stomatologischen Instrumenten fehlte die Hälfte des Bedarfs, bei Blutübertragungsgeräten fast zwei Drittel. Ähnlich sah es bei zahlreichen lebensrettenden Medikamenten aus.[8] Mitte Dezember 1988 bezeichnete Erich Honecker, der diesen Bericht sehr genau gelesen hatte, diese Verhältnisse als einen „Skandal": „Das hätte ich nie für möglich gehalten."[9]

---

6 MfS, Leiter BV Rostock, Information Nr. 101/88, 31. 8. 1988. Ebd., Bl. 5.

7 MfS, Leiter BV Rostock, Information Nr. 60/88, 5. 5. 1988. Ebd., Bl. 13.

8 MfS, ZAIG, Information über einige beachtenswerte Probleme der materiellen Versorgung des Gesundheitswesens der DDR, 14. 11. 1988. BStU, ZAIG 3713, Bl. 1–8.

9 Stenografische Niederschrift des Treffens des Genossen Erich Honecker mit dem Sekretariat des Zentralrates der FDJ am 22. 12. 1988. BStU, BdL 1100, Bl. 69.

Das ehrgeizigste Sozialprogramm galt der Wohnungspolitik. Honecker hatte verkündet, das Wohnungsproblem „als soziales Problem" bis 1990 zu lösen. Für viele Menschen hatte sich die Wohnsituation tatsächlich verbessert – in Trabantenstädten am Rande der Stadt genossen sie in hellhörigen Einheitswohnungen ihr Glück mit fließendem Wasser, Standardbädern und Fernwärme. Sie waren der Nachkriegszeit entkommen, in den Innenstädten blieb sie gegenwärtig. Denn das Wohnungsbauprogramm setzte auf Neubau, Entkernung und Abriss, was zur Folge hatte, dass die Altbausubstanz in einem Maße verkam, das selbst hartgesottenen SED-Vertretern die Sprache verschlug. Es macht wenig Sinn, die Städte aufzulisten, die noch Ende der achtziger Jahre Ruinenlandschaften oder ruinenähnliche Quartiere aufwiesen. Manche waren regelrecht verwaist wie Halberstadt, Potsdam, Stralsund oder Leipzig.

Der Zustand der Umwelt, zu der nicht nur heruntergekommene Stadtquartiere zählen, war ein besonderes Krisensymptom der DDR-Gesellschaft geworden. Die DDR zählte in den achtziger Jahren zu den größten Umweltsündern Europas. Kein anderes Land wies eine so hohe Schwefeldioxidemission auf. Auch bei der Staubemission nahm sie den ersten Platz ein. 1989 galten nur drei Prozent der Fließgewässer und nur ein Prozent der stehenden Gewässer als ökologisch intakt. Fischsterben durch Industrieabwässer gehörte zum Umweltalltag. Der Waldbestand war – wie in der Bundesrepublik – zu über 50 Prozent krank oder tot. Viele Böden waren kontaminiert durch Belastungen, die durch die NVA oder die sowjetische Armee verursacht wurden, aber auch durch die Industrie, die Landwirtschaft und durch fast 8000 wilde Müllkippen von teilweise beträchtlichem Ausmaß. Das Abwassersystem war völlig marode, die Agrarflächen durch Dünger und Pestizide weitestgehend verseucht, Energie war knapp und die DDR verfügte nur über ein Zehntel des durchschnittlichen Wasserhaushaltes, den im Weltdurchschnitt Industrie- und Schwellenländer besaßen. Auch dies war eine Folge der verfehlten Wirtschaftspolitik, der versäumten Modernisierung und der Nachrangigkeit von Umweltschutz in der SED-Politik.

Millionen Menschen waren in den industriellen Ballungszentren direkt betroffen, alle anderen wussten davon oder sahen die kahlen Berge im Erzgebirge. Der Krankenstand explodierte auch wegen dieser Umweltkatastrophe – das Gesundheitswesen konnte nicht adäquat reagieren – aus Sicht der SED ein Teufelskreis, für Historiker eine weitere Erklärung, warum Ende der achtziger Jahre Millionen Menschen das System nur noch satt hatten.

Friedrich Engels schrieb 1877/78 über eine zentrale Erkenntnis seines Freundes Karl Marx: „Die Geschichte war zum ersten Mal auf ihre wirkliche Grundlage gestellt; die handgreifliche, aber bisher total übersehene Tatsache, dass die Menschen vor allem essen, trinken, wohnen und sich kleiden, also arbeiten müssen, ehe sie um die Herrschaft streiten, Politik, Religion, Philosophie usw. treiben können – diese handgreifliche Tatsache kam jetzt endlich zu ihrem geschichtlichen Recht."[10] Man könnte ironisch sagen, weil die SED-Herrscher

[10] Friedrich Engels: Karl Marx, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Bd. 19., 9. Aufl., Berlin 1987, S. 103.

diese Einsicht verinnerlicht hatten, betrieben sie eine Mangelwirtschaft, um die Menschen mit der Stillung ihrer Grundbedürfnisse zu beschäftigen und sie vom Streit um die Herrschaft, von „Politik, Philosophie, Religion usw." fernzuhalten.

Die Geschäfte schienen zwar voll, aber eine Grunderfahrung vieler Menschen besagte: nicht mit dem, was sie gerade benötigten. Für jedes Produkt gibt es eigene Witze, Spottgedichte und sarkastische Reime. „Keine Nägel, keine Schraube, keine Bretter für die Laube, für den Hintern kein Papier, aber 'n Sputnik haben wir."

Entgegen der offiziellen Ideologie war nicht die „Arbeiterklasse" die führende Kraft im Staat. Die politische Herrschaft mag die SED ausgeübt haben. Die Könige aber waren Handwerker und Verkäufer in Fachläden. Denn sie waren die inoffiziellen Verwalter des Mangels. Ihr Sozialprestige war sehr hoch und wohl nur dem von Ärzten vergleichbar. Sie verteilten Waren und verfügten über Fertigkeiten, Werkzeuge und andere Hilfsmittel, die selbst den gewieftesten Improvisationskünstlern und umtriebigsten Tauschpartnern zuweilen fehlten. Die Menschen sind nicht nur in Amtsstuben gedemütigt worden, dort erwarteten sie nichts anderes. Das setzte sich fort in Handwerkerbuden, Fachläden, Restaurants. Die Verkäufer und Handwerker waren die Könige, nicht die Kunden. Schmiergeld gehörte zum Einmaleins der Benimmregeln, kleine Geschenke besserten die Gunst auf, große Geschenke sicherten Vorzugsbehandlung, am besten aber war – abgesehen von Westgeld –, man konnte mit einer Gegenleistung aufwarten, die dem Handwerker oder dem Fachverkäufer augenblicklich oder zukünftig nützlich erschien. Die meisten Menschen hatten sich daran irgendwie gewöhnt, auch an die unerträgliche Arroganz des Klempners und die schier unfassbare Unfreundlichkeit vieler Kellner.

Fast nichts hat die Mehrheit damals so beschäftigt wie das eigene Auto. Eine Kulturgeschichte des Autos in der DDR ist noch nicht geschrieben worden, dabei ließe sich allein an diesem Gebrauchsgegenstand das DDR-System sehr anschaulich beschreiben. 1989 fuhren auf den Straßen etwa 3,8 Millionen Privat-PKW. Die Eintönigkeit des Landes, heute in überlieferten Filmaufnahmen zu bestaunen, hatte nicht zuletzt in der uniformen Erscheinung des Autobestandes ihr Spiegelbild. Etwa zwei Millionen Trabis und knapp 700000 Autos der Marke Wartburg verpesteten die Luft und verursachten den ihnen eigenen Zwei-Takter-Krach.

Im Oktober 1988 lief der erste Wartburg mit dem neuen Motor vom Band. Seit Frühjahr 1988 verdichteten sich Gerüchte, der Wagen würde statt bislang 20000 bis 22000 Mark bis zu 32000 Mark kosten. Die Empörung allein über die Gerüchte war bereits erheblich und reichte bis weit in systemnahe Kreise hinein. In der DDR wurde ein Auto bar bezahlt. Viele befürchteten, sich zukünftig kein Auto mehr leisten zu können. Der Verkaufspreis für den neuen Trabant würde sich gar verdoppeln auf 18000 bis 20000 Mark. Tatsächlich kam der neue Wartburg in der Grundausstattung zum Preis von 30200 Mark heraus. Die Empörung erreichte nun auch Bevölkerungskreise, denen das „Sputnik"-Verbot weniger aufregend schien, die die Umweltverschmutzung weniger tragisch fanden, die die Lügen in den Medien angesichts der konsumierten Westmedien weniger angin-

gen. Mit anderen Worten: es wurde am Ende der achtziger Jahre fast egal, wofür sich jemand interessierte, was einen berührte, die Krise war für fast alle greif- und spürbar.

Das entging der SED-Spitze nicht. Auf die „Wartburg-Krise" reagierte sie parteiintern mit einer langen Argumentationshilfe.[11] Darin rechneten die Experten den Parteikadern zur gefälligen Verwendung vor, dass der neue Motor eine doppelt so hohe Lebenserwartung (150000 km) aufweise, weniger Benzin verbrauche und nicht so anfällig sei, was zur Einsparung von Reparaturkosten führe.

Millionen Menschen hörten und lasen in den nachfolgenden Wochen die offiziellen Argumente. Autoprobleme gingen fast allen zu Herzen. Das Lachen darüber, eher ein sarkastisches, trug zur Unterhöhlung der Systemstabilität bei, verstärkte die Erosionsprozesse und untergrub den Legitimitätsglauben auch in Parteikreisen. Etwas mehr als die Hälfte aller Haushalte besaß statistisch einen PKW. Mehr als 60 Prozent der Privatautos war älter als zehn Jahre. Der dadurch bedingte hohe Bedarf an Ersatzteilen und Reparaturen konnte nicht einmal ansatzweise gedeckt werden – zur Empörung der Autofahrer. Auf einen Neuwagen mussten die Menschen 12,5 bis 17 Jahre warten. In den meisten Familien gab es zum 18. Geburtstag zwei Anmeldeformulare gratis: eine Autobestellung und eine Anmeldung auf den „Führerschein", was „ohne Verbindungen" auch bis zu fünf Jahre Wartezeit in Anspruch nahm. Autoanmeldungen glichen Wertanlagen. Rückte der Kauftermin näher, konnte man sie verkaufen, Minimum ein paar Tausend Mark, Höchstpreise rangierten bei 40000 Mark. In der DDR gab es das Phänomen, dass ein Neuwagen am Tag des Kaufs automatisch doppelt so viel wert war – auf dem blühenden Schwarzmarkt. Ein Trabant, zum Beispiel, den man für 10000 Mark gekauft hatte, konnte noch nach zehn Jahren für den ursprünglichen Preis veräußert werden.

Die SED-Führung stand diesen Entwicklungen hilflos gegenüber. Honecker brachte es während der Wartburg-Krise auf den Punkt. Man habe bis 1990 die Lösung des Wohnungsproblems „als soziale Frage" versprochen, aber nicht, dass jede Familie ein Auto habe. Der Mann log nicht. Nur die Menschen orientierten ihre Bedürfnisse nicht an den SED-Versprechen, sondern an ihrem individuellen Verlangen und am bundesdeutschen Schaufenster. Auch dafür hatte die SED-Führung 1988 eine interne Parole ausgegeben: „Wer der gegnerischen Hetze und Demagogie erliegt, von dem trennen wir uns [als Parteimitglied – d. Verf.]. Er hat das Recht verwirkt, den Ehrennamen eines Kommunisten zu tragen. Das gleiche gilt auch für Meckerer und ewige Nörgler."[12] Ein Jahr später trennten sich Millionen Meckerer und Nörgler nicht nur von Honecker, sondern auch gleich noch von der DDR.

Zur Vorgeschichte der Revolution gehört auch, dass seit Mitte der achtziger Jahre immer häufiger Kritik auch in mehr oder weniger offiziellen Bereichen

---

11 Zum neuen Wartburg. Informationen 1988/11, Nr. 252, 16 S. (parteiinternes Agitationsmaterial).

12 Zum einheitlichen und geschlossen Handeln der Mitglieder und Kandidaten der SED. Informationen 1988/4, Nr. 245, S. 4 (8 S., parteiinternes Agitationsmaterial).

geäußert wurde. Christoph Hein geißelte 1987 auf dem X. Schriftstellerkongress öffentlich die Zensur als menschenverachtend und verfassungsfeindlich. Volker Braun schrieb, der DDR-Sozialismus firmiere als „Geschichte auf dem Abstellgleis". Als Ausweg sah er nur demokratische Wahlen, die allein neue Hoffnungen spenden könnten. „Hier" gebe es nur „gebremstes Leben", aber keine Hoffnung mehr. Viele weitere Beispiele ließen sich anführen, auch von Theaterbühnen oder selbst von Spielfilmproduktionen. Es gab zudem subkulturelle Gegenbewegungen – unabhängige Theater, freie Filmkunst, unbotmäßige Literaten, Punks und Rechtsradikale.

Die SED hatte ihr Projekt „DDR" stets als Zukunftsvision verstanden. Der Kommunismus schien erreichbar, blieb aber eigentümlicherweise selbst in den Vorhersagen der Ideologiewächter stets gleich weit von der eigenen Gegenwart entfernt.

Aus der einstigen Hoffnung des Systems – der Jugend – war in den achtziger Jahren dessen größte Bedrohung geworden. Sie konnte mit dem Mythos vom schweren Beginn nichts mehr anfangen. Junge Menschen konnten und wollten sich nicht mehr daran erfreuen, dass sie keinen Nachkriegshunger erleben mussten, ihre Helden kamen nicht aus dem antifaschistischen Kampf. Die Jugendkulturen orientierten sich an westlichen Vorbildern. Vielleicht haben Punks den Unterschied zum Westen am trefflichsten auf den Punkt gebracht. Aus dem westlichen „no future" machten sie „too much future".

Seit 1987 – nach den bekannten Pfingstunruhen vor dem Brandenburger Tor – traten in der DDR mehrfach Stars der internationalen Rockszene auf. Als am 1. und 2. Oktober auch noch Rio Reiser, der frühere Frontmann der linken Westberliner Kultband „Ton, Steine, Scherben", in einer Halle in Ost-Berlin aufspielte, drohte das Dach abzuheben. Insbesondere bei dem alten Hit „Der Traum ist aus" schien es kein Halten mehr zu geben, als Reiser sang und Tausende mitschrieen: „Alle Türen waren offen, die/ Gefängnisse war'n leer./ Es gab keine Waffen und keine Kriege mehr./ Das war das Paradies./ Gibt es ein Land auf der Erde,/ Wo dieser Traum Wirklichkeit ist?/ Ich weiß es wirklich nicht./ Ich weiß nur eins und da bin ich mir sicher:/ Dieses Land ist es nicht./ Dieses Land ist es nicht." Das Konzert wurde am 10. Dezember 1988 abends im DDR-Fernsehen ausgestrahlt – ohne dieses Lied und die dazugehörigen Szenen.

Die begrenzte internationale Öffnung erweckte nicht nur Sehnsüchte bei den jungen Konzertgängern, auch die einheimischen Rockmusiker gerieten unter Druck. 1987 erschien die LP „Casablanca" von „City". Ein Titel hieß „Wand an Wand". Die letzte Strophe lautete: „Trotz nur zwanzig Zentimeter kriegen wir uns nicht zu fassen/ Wollen wir uns kennen lernen, müssen wir das Haus verlassen/ Wenn du lachst, klingt es wie aus einem anderen Land/ Wand an Wand." Ziemlich unverhüllt hatten Sänger Toni Krahl und seine Mitstreiter die deutsche Teilung und die Teilung Berlins angesprochen. In einem anderen Song, „Halb und Halb", hieß es gar: „Im halben Land und der zerschnittenen Stadt,/ halbwegs zufrieden mit dem, was man hat/ Halb und halb." Solche Töne aus der DDR irritierten, weil sie aus dem gleichgeschalteten Äther dröhnten, die Funktionäre sich zwar heftig empörten, aber offenbar keine Mittel mehr besaßen, solche Verlautbarungen einer berühmten Band wie „City" zu unter-

drücken. Die politisch schärfste Platte brachte „Silly“ Anfang 1989 heraus. Produziert in West-Berlin, enthielt die Scheibe gleich mehrere Titel, die als rockige Untergangsmusik gelten können. Tamara Danz sang in dem Song „S.O.S.“ unmissverständlich: „Wir bezwingen Ozeane/ mit 'nem gebrauchten Narrenschiff/ über uns lacht 'ne goldene Fahne/ unter uns ein schwarzes Riff/ immer noch stampft die Dampfmaschine/ volle Kraft voraus/ immer noch gibt uns die Kantine/ kostenloses Essen aus.“ Und dann weiter: „immer noch glaubt der Mann im Ausguck/ einen Silberstreif zu sehn/ immer noch findet sich keiner der ausspuckt/ und keiner darf beim Kompass stehn.“ Der Klimax folgt: „Immer noch brennt bis früh um vier/ in der Heizerkajüte Licht/ immer noch haben wir den Schlüssel von der Waffenkammer nicht.“ In einem anderen Song heißt es unter indirekter Bezugnahme auf die SED-Propaganda, „alles wird besser, aber nichts wird gut“.

Diese wenigen Beispiele veranschaulichen nicht nur, dass die Krise eine Staat und Gesellschaft komplett erfassende darstellte, zugleich zeigen sie, dass sich weite Teile der Gesellschaft dessen durchaus bewusst waren. Hier existierten mittlerweile verfestigte Resonanzböden, auf die im Sommer 1989 jene mutigen Männer und Frauen stießen, die mit Wortmeldungen an die Öffentlichkeit gingen und Veränderungen anmahnten und einforderten. Niemand wusste, wohin das führen würde. Kaum jemand dachte an Revolution – zu der verabredet man sich historisch gesehen auch nicht, man verabredet sich zu einem Putsch –, die meisten hatten Reformen und Veränderungen im Sinn, deren Umsetzung erst zeigen könnte, was mit Staat und Gesellschaft tatsächlich geschehen würde. Das hatte vor allem und zuerst mit der Jalta-Nachkriegsordnung zu tun, deren Ende die meisten Menschen in Europa erwarteten – aber nicht mehr zu eigenen Lebzeiten. Deshalb ist auch abwegig, immer wieder aufs Neue den ostdeutschen Bürgerrechtlern vorzuhalten, was man praktisch fast jedem ost- oder westeuropäischen politischen Menschen ebenso entgegenhalten könnte: nämlich nicht visionär genug gewesen zu sein, um vorherzusehen, was sich ab Oktober/November 1989 in Deutschland und Europa zutrug.

Christoph Hein hat in seiner Ende der achtziger Jahre entstandenen und im Frühjahr 1989 sogar erstmals aufgeführten Komödie „Die Ritter der Tafelrunde“ das Ergebnis des kommunistischen Experiments vielleicht schon im Sinn gehabt. Hein lässt in dem Stück den jungen, aufmüpfigen Mordret seinem Vater Artus zurufen: „Euer Gral ist ein Fantom, dem ihr ein Leben lang hinterhergejagt seid. Ein Hirngespinst, um das ihr euch die Köpfe blutig geschlagen habt. Sieh dir deine Gralsritter an. Verstörte, unzufriedene, ratlose Greise, die das Leben verklagen.“ Mordret aber hält nicht nur den Gral für ein Hirngespinst. Selbst den Gral finden zu wollen, hält er für „eine schreckliche Idee“. „Ein unaufhörliches Glück, das wär zum Kotzen.“ Lancelot begreift als erster der Tafelritter, dass ihre Stunde geschlagen hat: „Für das Volk sind die Ritter der Tafelrunde ein Haufen von Narren, Idioten und Verbrechern.“ Artus hält Mordret am Schluss vor, die Tafelrunde verstehe nicht, was er wolle. Mordret antwortet: „Das weiß ich selbst nicht. Aber das alles hier, das will ich nicht.“ Artus begreift, sein Sohn Mordret will ihn und seinen Tafeltisch ins Museum

schaffen. Das erst schaffe Platz zum Atmen. „Ich habe Angst, Mordret. Du wirst viel zerstören. Mordret: Ja, Vater. ENDE."[13]

## *Literatur*

JARAUSCH, Konrad H./SABROW, Martin (Hrsg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR. Göttingen 1999

KOWALCZUK, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009

[13] Hein, Christoph: Die Ritter der Tafelrunde. Eine Komödie, in: Sinn und Form 41 (1989) 4, S. 793, 811, 826, 829.

# I. Die Formierung der Opposition in der DDR bis zum 9. Oktober 1989

*Die SDP-Gründer vor dem Gemeindehaus in Schwante, nordwestlich von Berlin, am 7. Oktober 1989.*

*AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung*

*Wolfgang Schuller*

# Die alten und die neuen politischen Handlungsträger in der DDR 1989/90[1]

Es ist schlechterdings unmöglich, bereits jetzt, zu Beginn der Tagung, sämtliche sehr ausdifferenzierten Fragenkomplexe zu behandeln, die erst durch die Tagung selbst beantwortet werden sollen. Schon allein die Themen mit einiger Tiefenschärfe vorzustellen, würde einen großen Teil meiner Zeit in Anspruch nehmen. Das gilt erst recht für einigermaßen fundierte Antworten auf die zahlreichen explizit oder implizit formulierten Fragen, die ebenfalls ja erst im Verlauf der Tagung selbst behandelt werden. Diese Schwierigkeit versuche ich dadurch zu lösen, dass ich zum einen nur auf einige ausgewählte Probleme des Tagungsprogramms eingehe. Zum anderen aber will ich weitere Gesichtspunkte vorbringen, die in einem größeren Zusammenhang mit dem Generalthema stehen und vielleicht einige zusätzliche Anregungen geben können.

## I

Ich beginne mit einigen Bemerkungen zur Periodisierung der revolutionären Ereignisse, die sich in der Gliederung der Tagung ausdrückt. Zunächst zu den ersten Einschnitten beim 9. Oktober und beim 9. November, die natürlich im Prinzip sinnvoll sind. Zum 9. Oktober hätte ich nur anzumerken, dass die Riesendemonstration in Leipzig zwar das spektakulärste und wirkmächtigste Ereignis war, dass aber doch auch Plauen und Dresden am 7. und am 8. Oktober nicht vergessen werden sollten, an welchen Daten die Staatsmacht zuerst zurückwich. Der 9. November hat über die welthistorische Bedeutung hinaus gerade für das Generalthema Opposition und SED in der Tat eine besondere Relevanz: beide hatten mit dem Weiterbestehen der Mauer gerechnet und beide mussten ihr gesamtes politisches Konzept umstellen, wenn man bei der SED überhaupt von einem Konzept sprechen kann. Für die SED entfiel das wichtigste Herrschaftsmittel, nämlich die Abschnürung der Bevölkerung von der Außenwelt, und wenn mit „Opposition" nur die oppositionellen Gruppen gemeint sind, so waren sie in der Mehrzahl genötigt, ihre Vorstellungen von einer Verbesserung der weiterbestehenden DDR zu überdenken und schließlich aufzugeben. Wir wissen, dass das vielen schwergefallen ist, darauf gehe ich etwas später noch ein. Es fragt sich aber, ob man „Opposition" so eng fassen darf.

## II

1) Für diese Frage muss auf einen nicht ausdrücklich erwähnten und womöglich auch nicht gemeinten Sachverhalt hingewiesen werden, der jedoch für die

[1] Der Autor konnte an der Tagung nicht teilnehmen, hat sein Vortragsmanuskript aber für den Abdruck zur Verfügung gestellt.

Beurteilung der Revolution von großer Bedeutung ist. Wohl immer noch nicht endgültig beantwortet ist nämlich die Frage, wie es zu erklären ist, dass im Lauf des Sommers und vor allem des Herbstes 1989 plötzlich so unglaublich viele DDR-Bewohner auf die Straße gingen, während die verschiedenen oppositionellen Gruppen seit vielen Jahren sozusagen unter sich geblieben waren und keine Resonanz im Volk gefunden hatten. Gewiß spielt das Anwachsen der Ausreiser-Bewegung eine sehr große Rolle – nach Heiko Lietz waren die Ausreiser die „Avantgarde der Revolution" –, und im übrigen kann man auch weitere zutreffende Komponenten benennen, die sich gerade im Sommer 1989 summierten und zur Revolution führten.

Jedoch liegt dieser Verwunderung über die unerwartete Massenhaftigkeit des Protestes die mehr oder weniger ausgesprochene Vorstellung zugrunde, dass die Bevölkerung der DDR doch eine eher stumpfe Menge gewesen sei, die alles irgendwie hingenommen und sich in Nischen häuslich eingerichtet habe. Das aber ist unzutreffend. Schon allein die Tatsache des allgegenwärtigen Massenprotestes selbst demonstriert ad oculos, dass die DDR-Bevölkerung eben doch die Parteidiktatur als Despotie empfand und energisch ablehnte. Wo wären sonst die Hunderttausende hergekommen, die die Kirchenräume, die Straßen und Marktplätze füllten? Es gibt aber noch weitere Indizien dafür, dass diese Ablehnung auch sonst vorhanden war – um ein ganz neutrales Wort zu benutzen und um die manchmal scholastisch anmutende Diskussion um die Begriffe Opposition und Widerstand zu vermeiden. Es bedurfte nur spezifischer Situationen, um diese Ablehnung aktuell werden zu lassen.

2) Ich nenne hier einmal die vielen und viel zu wenig erforschten Neinsager, also diejenigen, die Spitzeldienste für das MfS sofort, von vorneherein und selbstverständlich ablehnten. Diejenigen, von denen ich weiß, waren das, was man „einfache Leute" nennt, und das gilt auch für die beiden anderen Fälle. Die Proteste gegen die Besetzung der ČSSR kamen ja nicht nur von Intellektuellen, die mit dem Prager Frühling Hoffnungen auf eine Art verbesserten Sozialismus verbanden. Der Aufruf eines Weimarer Jugendlichen wurde unterschrieben von 12 Schülern, 1 Maurer, 1 LPG-Bauer, 7 Arbeitern, 1 Chemieanlagenbauer, 15 Lehrlingen, 1 Kranken-Hilfspfleger, 1 Dachdecker, 1 Volkspolizist, 3 Malern, 1 Dreher, 1 Student, 2 Stanzer, 5 Schlossern, 1 Krankenpfleger, 1 Kfz-Schlosser, 1 Maschinist, 1 Kellnerin, 1 Museums-Mitarbeiterin, 1 Lehrer, 1 Glaskugelmacher. Diese Zusammensetzung ist charakteristisch, und ähnlich ist es in einem anderen berühmten Fall. Gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestierten ja nicht nur die Prominenten, die in Manfred Krugs Wohnung dieses denkwürdige und deprimierende Gespräch mit Werner Lamberz führten, das dank des Husarenstreichs von Manfred Krug wörtlich überliefert ist. Wir wissen beispielsweise von Thomas Auerbachs Solidaritätsaktion in Jena, und für den Bezirk Halle kennen wir jetzt aus den MfS-Akten Hunderte von Flugblättern, Inschriften – im MfS-Jargon Schmierereien – und Unterschriftenlisten, die von Gaststätte zu Gaststätte getragen und dort auch unterschrieben wurden. Diese Protestierenden wurden mit vielen Jahren Gefängnis bestraft.

## III

1) Zurück zum 9. November. In Bezug auf das revolutionäre Geschehen selbst war er zunächst von weniger großer Wichtigkeit. Der Verlauf der Revolution war ja fast wie aus dem Lehrbuch: Revolutionäres Aufbegehren, das die Staatsmacht wenn auch mit immer größerer Mühe niederknüppeln konnte. Seit dem 7. bis 9. Oktober – Plauen, Dresden, Leipzig – wichen Partei und Staatsmacht immer mehr zurück und begannen, sich auf Gespräche und „Dialoge" einzulassen. Der 9. November eröffnete dann zwar insofern eine weitere Dimension der Revolution, als er den Zusammenhang zwischen kommunistischer Herrschaft und Spaltung der Nation aufdeckte – auch darauf komme ich später noch zu sprechen –, im Lande selbst jedoch verlief die Revolution in den für jedes Geschehen dieser Art beispielhafter Weise: Jeder Versuch der illegitimen Macht, durch Dialoge auf verschiedenen Ebenen sich wieder stabilisieren zu können, musste durch immer neue Schübe der revolutionären Dynamik ein immer offensichtlicheres Scheitern erleben. Zunächst wurde sie durch das – nur durch die Revolution mögliche – Aufdecken von Korruption und Privilegienwirtschaft ab der zweiten Novemberhälfte auch im letzten Rest von Glaubwürdigkeit erschüttert.

Dann begann ab dem 4. Dezember durch die Besetzung der MfS-Dienststellen die allmähliche Entmachtung des überdimensionalen Sicherheitsapparates, neben der Mauer die wichtigste Stütze der Diktatur, und etwa gleichzeitig hatte die Revolution begonnen, durch Bürgerkomitees und Runde Tische sich selbst ihre spezifische Form zu geben. Als schließlich ab der Jahreswende Partei und die Reste der Geheimpolizei noch einmal versuchten, sich aufzuraffen, erhielt die Revolution einen weiteren und letzten Auftrieb – ein letzter Auftrieb war es deshalb, weil sich jetzt erst der 9. November im konkreten Revolutionsgeschehen dadurch auswirkte, dass das allmähliche Zusammenwachsen der Nation einsetzte, indem die Träger der parlamentarischen Demokratie, die Parteien immer mehr Initiative gewannen.

2) An all diesen Vorgängen waren beide maßgeblich beteiligt: die in der frühen Phase der Revolution gegründeten politischen Gruppen und die in den Zeiten der Diktatur nicht hervorgetretenen latent oppositionellen Teile der Bevölkerung. Wie etwa hätten sich sonst Bürgerkomitees und Runde Tische bilden können, woher wären sonst die Unzähligen gekommen, die die Träger der revolutionären Umgestaltung in den großen Städten, in den Kleinstädten, in den Dörfern waren? Die Gruppen allerdings hatten die unverzichtbare Funktion, dem latent Revolutionären Form gegeben zu haben – es war ja eines der großen Erlebnisse, mit welch blitzartiger Geschwindigkeit Unterschriften geleistet und örtliche Gruppen gebildet wurden. Der Ruf „Neues Forum zulassen!" war die über das ganze Land verbreitete Losung der ersten revolutionären Phase. Die Revolution gewann ihre unwiderstehliche Kraft dadurch, dass das Volk sich in SDP, NF, DJ, DA und den anderen wiederfand. Die Informationsveranstaltungen, auf denen über die Ziele dieser Gruppen und Parteien unterrichtet wurde, waren zu allermeist der Ausgangspunkt der Demonstrationen, und von ihnen

gingen die Initiativen zur Bildung weiterer Gruppen aus. Alleine hätte das Volk nicht gegen die Diktatur aufstehen können.

## IV

1) Außer den politischen Gruppen und außer dem Volk müssen noch zwei Institutionen erwähnt werden, die den Beginn und den Verlauf der Revolution maßgeblich mitbestimmt haben. Bekannt ist natürlich die evangelische Kirche, sowohl als Institution, aber auch als physischer Ort, an dem offen gesprochen werden konnte und von dem dann die Demonstrationen ausgingen. Bekannt ist auch, dass die Kirche als Institution während der ganzen DDR-Zeit lavieren musste, und hier ist nicht der Ort, das nachzuzeichnen oder gar zu bewerten. Ebenso ist bekannt, dass sie, wie die politischen Gruppen auch, mit Inoffiziellen Mitarbeitern durchsetzt war, aber während man sich das bei diesen Gruppen einigermaßen vorstellen kann, ist das sehr viel weniger bei evangelischen Pastoren möglich – schon eher bei Konsistorialpräsidenten –, deren Aufgabe als Seelsorger dergleichen doch eigentlich hätte verbieten müssen. Umso bewundernswerter und großartiger waren viele einzelne Pfarrer und andere Amtsinhaber, die ein leuchtendes Beispiel für Tapferkeit, Hilfsbereitschaft und Liebe zu ihren Nächsten abgaben. Insbesondere dann, wenn diese, wie viele der Ausreiser, sonst keine Beziehungen zur Kirche und zum christlichen Glauben aufzuweisen hatten.

2) Die andere Institution ist das Theater. Es war natürlich keine festgefügte Institution wie die evangelische Kirche, und seine Rolle ist diffuser und weniger greifbar. Aber zum einen hatte es durch die Gestaltung der der Revolution vorausgehenden Spielpläne viel dazu beigetragen, dass, gewiss ebenfalls in zunächst diffuser Weise, oppositionelle Vorstellungen verbreitet wurden, insbesondere dann, wenn sowjetische Stücke gespielt wurden. Vor allem aber war das Theater ein Ort, an dem in den ersten Phasen der Revolution Abend für Abend zusätzlich zum regulären Programm Aufrufe, Resolutionen und andere Informationen verbreitet wurden. Das geschah beispielsweise auch und frühzeitig in Schwerin, in Dresden hieß es mit einer eindrucksvollen Formulierung „Wir treten aus unseren Rollen heraus", und in Karl-Marx-Stadt fand die erste Demonstration am 7. Oktober als vom Theater ausgehender Schweigemarsch statt, der schließlich niedergeknüppelt wurde.

## V

1) Wie konnte die Partei, also die „alte Macht" das zulassen? Die KSZE mit ihren Nachfolgekonferenzen und die Furcht vor internationalen Blamagen werden zu recht allgemein als Grund genannt – obwohl die Mauer und die Niederknüppelung von Oppositionellen immer noch Blamage genug waren – und die Sowjetunion konnte aus dem Grunde nicht eingreifen, weil sie sich selbst auf neuen Wegen befand und zudem innerlich labil war. Es kommen aber noch zahlreiche innere Gründe hinzu. Man kann oft lesen, die Partei hätte ihre Legitimation vor dem Volk verloren gehabt. Die hatte sie nie besessen, und

vordergründige Resignation ist keine Legitimation. Aber es fehlte an der Legitimation nach innen.

2) Der Marxismus-Leninismus war tot, das zeigt sich überdeutlich allerorten. Wenn man die damaligen Verlautbarungen, insbesondere das „Neue Deutschland" liest, stellt man fest, dass von derlei so gut wie nie die Rede war. Das Mantra „Sozialismus" verkürzte sich lediglich auf die nicht vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die weit hinter den westdeutschen zurückblieben, und auf die angebliche und ebenfalls inexistente „Geborgenheit". Eine der schönsten Szenen der Revolution ist aus Rostock überliefert. Der Erste Sekretär Ernst Timm wurde auf einer dieser Dialogveranstaltungen gefragt, was eigentlich die Diktatur des Proletariats sei. Nach einigem Zögern brachte er heraus, da müsse er erst bei Lenin nachschlagen, und wurde schallend ausgelacht. Nach jeder Unterredung, die ich in der letzten Zeit mit hohen Repräsentanten von Partei und Staat geführt habe, musste ich ihnen zum Abschluss – und zu deren leichtem Schrecken – sagen, dass während des ganzen Gesprächs keine einzige marxistische Kategorie zur Sprache gekommen sei.

3) Es ging also um bloßen Machterhalt, der aber im luftleeren Raum schwebte. Einflüsse aus sozusagen dissidentischen Parteien in Polen, Ungarn und der Sowjetunion auf die SED gab es nicht. Charakteristisch ist die Aussage von Günter Schabowski, der bekannte, außer Zeitungen nichts anderes als konforme Literatur gelesen zu haben, denn das andere war der Feind, den er nicht zur Kenntnis nahm. Diese Selbstisolation war konstitutiv für die SED. Wenn man die Tonbandprotokolle der letzten ZK-Sitzungen und der Politbürositzungen des August und September liest, erstaunt man über die geringe Rolle der wirklichen Probleme, die die Revolution hervorgebracht hatten. Selbstbezogenheit und Unfähigkeit, die Realität zu erkennen, herrschten, die Reaktionen waren fahrig und selbst für den schlichten Machterhalt völlig unzulänglich.

4) Genau das war die innere Verfassung, die zum 9. November geführt hatte. Nicht ein kleines Versehen Schabowskis über den Termin des Inkrafttretens hatte die chaotische Maueröffnung bewirkt, sondern es war der gesamte Kontext der letzten Wochen, denen die Partei mangels wirklicher Einsicht hilflos und sprachlos gegenüberstand. Ein Reisegesetz sollte irgendwie erlassen werden, der Entwurf war völlig unzureichend, und als man dann einen einigermaßen adäquaten, aber immer noch gewunden formulierten Text zustande gebracht hatte, sollte der zwischen Tür und Angel während einer ZK-Sitzung im Umlaufverfahren beschlossen werden. Statt dass der Generalsekretär vor die Fernsehkameras trat und eine wohlüberlegte Grenzöffnung verkündet hätte, wurde Schabowski ein Papier in die Hand gedrückt, über dessen Tragweite sich niemand klar war.

5) Nicht nur der im Land herrschende Aufruhr demoralisierte die Parteibasis, sondern auch die Unfähigkeit der Parteiführung. Hinzu kam die Erkenntnis, dass nicht nur das Volk durch die Partei, sondern die Partei auch durch die

Führung betrogen worden war. Dass man „belogen" worden sei, war ein Verzweiflungsruf, den man zum Beispiel auf dem 10. Plenum des ZK mehrfach hören konnte, und mancher NVA-Offizier gab seine Loyalität gegenüber dem Staat auf, als er erfahren musste, dass diese Loyalität durch bewusst unwahre Behauptungen über die Pläne der Bundeswehr hervorgerufen worden war; von den Berichten über die Korruptheit gerade der Führung zu schweigen. Manchen guten – und wohl etwas naiven oder besonders vernagelten – Genossen brach dadurch und durch den Aufruhr im Land insgesamt eine Welt zusammen. Hinzu kam, dass durch die Grenzöffnung auch solchen Genossen, die bisher nicht in den Westen hatten fahren dürfen, durch den eigenen Augenschein die Augen übergingen und ihnen handgreiflich klar wurde, dass die Partei auch ihnen gegenüber die Unwahrheit gesagt hatte. Wenn die Partei meinte, man dürfe sich durch das, was man im Westen sehen und erleben konnte, nicht „blenden" lassen, so war das nur das letzte Zeugnis absoluter Hilflosigkeit vor dem Ende.

## VI

1) Die Partei war, anders als, ganz allgemein gesprochen, die Bruderparteien in der Sowjetunion, Polen, dem Baltikum und Ungarn völlig in dem bislang noch Gegebenen befangen, das heisst, dass man sich etwas anderes als die Existenz der DDR nicht vorstellen konnte. Die Formel vom „real existierenden Sozialismus" traf genau diesen Punkt, indem damit ausgedrückt oder auch nur angedeutet wurde, dass das real Existierende kraft dieses einfachen Daseins auch eine Existenzberechtigung habe. Zudem gab es die DDR ja auch schon immerhin mehrere Jahrzehnte, so dass man sich an dieses Selbstverständliche gewöhnt hatte. Das nun ist der Partei schon deshalb nicht zum Vorwurf zu machen, weil die oppositionellen Gruppen wohl großenteils nicht viel anders dachten. Dass man den Erhalt eines kaum je konkret definierten „Sozialismus" forderte, mag auch taktisch begründet gewesen sein, aber der Erhalt der DDR als eigenständiger Staat war wohl meistens ernsthaft gemeint.

2) Ein unmissverständliches Dokument in diesem Sinne ist der Aufruf „Für unser Land", den ja viele wahrhaft Oppositionelle unterschrieben hatten und der nur in dem Moment seinen sozusagen objektiven Sinn offenbarte, als auch Egon Krenz unterschrieb. Es ist eine merkwürdige Tatsache, dass das Künstliche, ja Krampfige der Existenz eines Staates wie das der DDR nicht empfunden wurde. Aus dem Gedächtnis war anscheinend völlig verschwunden, dass diese Existenz zusammen mit der sie vorbereitenden Bolschewisierungsphase seit der Zwangs- und Betrugsvereinigung von KPD und SPD 1946 ein Produkt der Stalinschen Sowjetisierung ganz Mittel- und Osteuropas war. Hinzu kam noch, dass in den durch basisdemokratische Vorstellungen geprägten Gruppen die große Verlockung bestand, diese basisdemokratische Organisationsform auch nach der Beseitigung der SED-Herrschaft zu erhalten, und dass es durchaus bedauert wurde, dass durch die Öffnung der Grenze der Drang zur Wiedervereinigung übermächtig wurde. Abgesehen von allen anderen dagegen gerichteten

Argumenten und auch abgesehen davon, dass derartige Vorstellungen dann doch nur vorübergehend waren, könnte der folgende Gedanke vielleicht etwas weiterhelfen.

3) In Deutschland bestand ein kausaler Zusammenhang zwischen Herrschaft des Kommunismus und der Spaltung des Landes. Wenn der Kommunismus fiel, hatte das infolgedessen auch Folgen für die Spaltung. Diese Sachlage bestand nun auch in Mittel- und Osteuropa, in unterschiedlichen Ausprägungen. In Russland, Polen und Ungarn war der Sturz des Kommunismus identisch mit der Wiedergewinnung der nationalen Identität, aber anderswo bedeutete er gleichzeitig auch die Beseitigung der russischen Fremdherrschaft. Über die Verhältnisse in der Ukraine kann ich aus Kompetenzgründen nicht sprechen, aber am deutlichsten kenne ich dieses Ineinander von Demokratie und Eigenständigkeit aus Georgien und dem Baltikum. Insofern also fügt sich die deutsche Wiedervereinigung in die allgemeine Entwicklung ein. Eine basisdemokratisch organisierte DDR wäre nun wahrlich ein deutscher Sonderweg gewesen. Nur erschütternd freilich ist, dass der Großteil der westdeutschen Öffentlichkeit, die im Prinzip doch wahrheitsgetreuer informiert war, ebenfalls die Spaltung gar nicht mehr als solche wahrnahm. Es ist, um ein einziges Mal einen krassen Ausdruck zu benutzen, verächtlich, dass es immer noch Leute gibt, die damit prahlen, dass ihnen Paris und New York näher lägen als Weimar und Berlin.

## VII

1) Das führt zu der Frage, die ich als wirkliche, konkrete Frage schon vielen gestellt habe, die damals eine aktive Rolle gespielt hatten und die ich auch unmittelbar an Sie richten möchte: Wie weit und wie konkret waren die Vorgänge bei Ihnen, den Handelnden, bekannt, die sich im immer ehemaliger werdenden sozialistischen Lager abspielten? Von der polnischen Entwicklung wird man das in großen Zügen sagen können, auch durch die persönlichen Kontakte, und von daher – und auch aus Ungarn – stammte ja auch die Institution der Runden Tische. Dass weiter die halbdemokratischen Wahlen in der Sowjetunion da und dort bekannt waren, kann man aus gelegentlichen ironischen Forderungen des Herbstes 1989 entnehmen, wenn dort Wahlen „nach sowjetischem Vorbild" gefordert wurden – man stutzt beim ersten Lesen, merkt aber dann sofort das Vergiftete dieser scheinbar hochkonformen Forderung. Die allmähliche Abschüttelung sowohl des Kommunismus als auch der russisch-sowjetischen Herrschaft über die baltischen Staaten war in Teilen bekannt, so dass beispielsweise die Menschenkette durch die DDR im Dezember nach dem Vorbild der Menschenkette durch das ganze Baltikum am 23. August, dem Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, gebildet werden konnte.

2) Aber war man sich der vollen Tragweite der ungarischen Ereignisse bewusst? Gewiss wusste man von solch spektakulären Ereignissen wie der feier-

lichen Bestattung von Imre Nagy ausgerechnet am 16. Juni, von dem Durchlässigwerden der Grenze ganz zu schweigen. Diese Grenzöffnung stand aber in klarem Zusammenhang mit der ungarischen innenpolitischen Entwicklung. Nicht der Millionenkredit aus Bonn ist damit gemeint, sondern die Tatsache, dass die ungarische Partei selbst im Februar den Kommunismus abgeschafft, indem sie ein Mehrparteiensystem und freie Wahlen beschlossen hatte. Der vorläufige, schon fast provokatorische Höhepunkt war dann, dass die ungarische Partei genau am 40. Jahrestag der DDR – auf einem Parteitag vom 6. bis zum 10. Oktober – ihre Umwandlung in eine sozialdemokratische Partei beschloss. Man lächelt heute, wenn man liest, dass die SED zu dieser Zeit noch überlegte, den aufrechteren ungarischen Genossen zu Hilfe zu kommen, als ob ausgerechnet sie irgendjemand anderem noch hätte helfen können. Mein Eindruck von all dem ist jedenfalls, dass diese Vorgänge in ihrer ganzen Fülle, Komplexität und Bedeutung Ihnen, den damals Handelnden in der DDR, nur sehr bruchstückhaft bekannt waren. Das wäre dann aber das Gegenteil eines Mankos, denn es würde einen weiteren Faktor für den Befund darstellen, dass die Revolution in der DDR sich zwar da und dort von den Vorgängen weiter östlich und südlich bestärken ließ – das ist gewiss hinsichtlich der Solidarność der Fall –, dass sie im übrigen aber eigenständig war.

## VIII

1) In meinem Vortrag sind die Themen der zweiten Hälfte der Tagung zu kurz gekommen, daher nur einige Stichworte. Zur Einrichtung der Runden Tische sei ausdrücklich betont, dass es ja nicht nur den Zentralen Runden Tisch in Berlin gegeben hat, sondern dass das ganze Land bis in kleinste Dörfer Runde Tische hatte, auch mein früheres thüringisches Heimatdorf Meura und meine frühere Kreisstadt und noch frühere Haupt- und Residenzstadt Rudolstadt. Ist es erlaubt, für die Runden Tische eine Parallele aus der russischen Revolution zu ziehen? Allen Beteiligten war ja klar, und das wurde auch deutlich ausgesprochen, dass die Runden Tische auch von Seiten der Opposition natürlich nicht demokratisch zusammengesetzt waren. Man könnte sie daher unter diesem den Beteiligten selbst bewussten Vorbehalt mit den seinerzeitigen ursprünglichen Räten, den Sowjets, vergleichen und die gesamte Situation in diesem Sinne eine Doppelherrschaft nennen, mit der Spezifik, dass zwar beide Seiten nicht demokratisch zustande gekommen waren, die Vertreter der alten Macht jedoch keine, die der neuen Gruppen eine zwar nicht durch Wahlen, wohl aber durch die Entwicklung, gestützte Legitimation hatten.

2) Der Versuch von SED und MfS, um die Jahreswende 1989/1990 wieder Tritt zu fassen, hatte für die politischen Gruppierungen und für die Revolution insgesamt eine große Bedeutung. Zum einen konnten sie sich nun durch die vielen neuen Mitglieder aus der Bevölkerung auf eine viel größere Basis stellen als zu Beginn. Zweitens waren sie es zusammen mit den von ihnen selbst gebildeten Organen wie den Bürgerkomitees, die das erfolgreich übten, wozu die SED

bisher in sinnlos-ritueller Weise ständig aufgerufen hatte, nämlich Wachsamkeit. Ein Rudolstädter Transparent drückte das treffend so aus: „Passt auf die Hydra auf"! Denn, drittens, trotz nur scheinbarer kompletter Demoralisierung und völliger Inhaltsleere des ideologischen Überbaus, trotz der süßlichen und Harmlosigkeit vortäuschenden Aufrufe zum „Dialog" war bei der wenn auch anders firmierenden SED eines noch lebendig, der Machtinstinkt. Bis auf den heutigen Tag ist er ja zum Teil noch lebendig, wenn man sich das aggressive und herrscherliche Auftreten von manchen Angehörigen der heutigen Linkspartei vergegenwärtigt, das immer noch die Atmosphäre verbreitet, als hätten sie eigentlich immer noch widerspruchslos zu regieren und als sei die gelungene Revolution ein zufälliger Irrtum, der bald vergehen werde. Es ist das große Verdienst der neuen politischen Kräfte, das noch rechtzeitig gemerkt und dafür gesorgt zu haben, dass das Bewusstsein von der damaligen Unvollendetheit der Revolution wach blieb.

Wie sehr es von führenden Vertretern der SED noch lange Zeit einfach nicht vorstellbar war, dass es mit ihrer Herrschaft und der DDR unwiderruflich vorbei sein sollte, geht aus einer der erfreulichsten parlamentarischen Szenen der deutschen Geschichte hervor. Als in den Morgenstunden des 23. August 1990 die Volkskammer mit großer Mehrheit den Beitritt zur Bundesrepublik beschlossen hatte, erbat der Abgeordnete Dr. Gysi das Wort zu einer persönlichen Erklärung, deren Wirkung er völlig falsch einschätzte. Er sagte – oder rief sogar? – nach dem amtlichen Protokoll: *„Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober beschlossen."* Bevor er fortfahren und einige Sätze vorweggenommener Ostalgie sprechen konnte, wurde er durch das unterbrochen, was das amtliche Protokoll mit „Jubelnder Beifall" wiedergibt. Er hatte anscheinend immer noch nicht begriffen, dass genau dieses in seinen Augen Unvorstellbare gewollt und jetzt eingetreten war.

3) Ein Wort zu den Parteien. Sehr oft wird beklagt, dass im Lauf des Frühjahrs 1990 die westdeutschen Parteien allzu dominierend geworden seien; dabei mag die Physis des Bundeskanzlers Helmut Kohl im Vergleich zu der der Ministerpräsidenten Modrow und de Maizière eine Rolle spielen. Dabei wird zu sehr die Tatsache vernachlässigt, dass diese Parteien gerufen worden waren. Die DDR-Bevölkerung wusste, dass die parlamentarische Demokratie die einzig zivilisierte Staatsform der Gegenwart ist, um Otto Braun zu zitieren, den ehemaligen preußischen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, nach dem jetzt glücklicherweise eine Straße hier in Berlin benannt ist. Sie wusste auch, dass es absurd wäre, die verwandten westdeutschen Parteien auszuschließen; damit hätten sie nur ohne Not die Künstlichkeit der DDR selbst fortgesetzt. Die SDP hatte von Anfang an das Richtige getan: Sie hatte enge Verbindungen zur SPD aufgenommen, Willy Brandt sprach als erster der westdeutschen Politiker in der DDR, und schon im Januar benannte sich die SDP genau wie die westdeutsche Partei und mit einem Anspruch, der die Wiedervereinigung vorwegnahm, nämlich Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

## IX

1) Wenn zum Schluss auch von mir an dieser Stelle nach der Bedeutung der Revolution für die jetzige Bundesrepublik, also für das vereinigte Deutschland gefragt wird, so ist es schwer, nicht ins Jammern und Predigen zu geraten. Denn diese Bedeutung lässt sich sehr kurz benennen und gleichzeitig beklagen: Es gibt sie nicht. Kaum jemandem ist bewusst, dass der Ruf *Wir sind das Volk* zu den wunderbarsten Prägungen der deutschen Geschichte gehört und damit auch für Westdeutschland von Belang ist, um es extrem nüchtern auszudrücken. Die Revolution spielt im allgemeinen Bewusstsein keine Rolle, und dass es natürlich Ausnahmen von dieser Feststellung gibt, ist selbstverständlich, fällt aber nicht ins Gewicht. Die Herbstrevolution stieß damals, 1989/1990, durchaus auf große Sympathie bei den Westdeutschen, mehr war es nicht; es gibt zwar beeindruckende Beispiele von Hilfsbereitschaft und Solidarität – etwa bei manchen Städtepartnerschaften –, aber, hoffentlich irre ich mich, das Bewusstsein davon, dass das, was in der DDR geschah, einen unmittelbar selbst angehe, gab es in weitaus geringerem Maße, als bei Angehörigen desselben Volkes zu erwarten gewesen wäre.

Die Ursachen sind komplex und nur schwer eindeutig festzumachen, ein Ereignis der deutschen Geschichte dürfte aber eine wesentliche Rolle gespielt haben: der 8. Mai 1945. Das Kollektivtrauma der verheerenden Niederlage verbunden mit den unbeschreiblichen Verbrechen der NS-Diktatur und dann der separate politische und wirtschaftliche Wiederaufstieg ließen – wohlgemerkt: natürlich nur alles in allem – das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit in den Hintergrund treten. Das Überlegenheitsgefühl des wirtschaftlich und auch politisch Arrivierten überwog. Das gilt mutatis mutandis auch für den jetzigen Zustand des wiedervereinigten Deutschland, verschärft durch Klagen über die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Unterstützung und die Wahlerfolge der SED-Nachfolger.

2) Es gibt aber noch eine andere Dimension, die geschichtliche. Von ihr kann freilich nur dort gesprochen werden, wo überhaupt geschichtliches Bewusstsein existiert. Dass es daran teilweise in erschreckendem Maße mangelt, zeigt sich etwa dadurch, dass zusammen mit dem für sich genommen höchst begrüßenswerten Abriss des Palasts der Republik gleichzeitig der Plenarsaal vernichtet wurde, in dem die Deutsche Demokratische Republik für wenige Monate demokratisch sein konnte. Aber auf wichtigen Gebieten wurde durch die Revolution und durch die Wiedervereinigung eine schmerzende Wunde der deutschen Geschichte geschlossen. Angefangen mit den harmlosen Autokennzeichen einiger Ostseestädte, die ihre Zugehörigkeit zur Hanse dokumentieren, knüpfen in größerem Maßstab die sogenannten neuen Länder an die reiche historische deutsche Vergangenheit an, ungeachtet der Tatsache, dass nicht alle wirklich historisch gewachsen sind. Aber auch diejenigen Länder beginnen eine historisch-kulturell begründete Identität zu entwickeln, die anders als Sachsen sich keiner königlichen Vergangenheit rühmen können, und dass der pommersche Teil von Mecklenburg-Vorpommern, ja sogar der schlesische Teil Sachsens

diese ihre Besonderheit besonders pflegen, ist tief im landsmannschaftlich-historischen Bewusstsein begründet.

Ein Ereignis aber der jüngsten Vergangenheit sollte der gesamten deutschen Geschichte eine neue Komponente hinzufügen, die alle Deutschen im Innersten bewegen könnte, wenn sie vor sich selber diesen Mut aufbringen würden. Mit der Friedlichen Revolution des Jahres 1989/1990 haben Deutsche zum ersten Mal in ihrer Geschichte aus eigener Kraft, ohne Hilfe von außen und, wenn man ähnliche Vorgänge in Mittel- und Osteuropa zum Vergleich heranzieht, sogar in einzigartiger Weise eine der härtesten Despotien der Geschichte abgeschüttelt, sich selbst befreit und die nationale Einheit wieder herbeigeführt, die durch diese Despotie zerstört worden war. Ohne Revolutionsführer, überall, alle Schichten des Volkes umfassend. Wäre das nicht, endlich einmal, ein Ereignis, das ohne jegliche Relativierung ein neues deutsches Selbstgefühl der Freiheit begründen könnte? Und wenn die Westdeutschen mit Recht auf ihre Nachkriegs- und Wiederaufbauleistung stolz sind, warum sind es dann die Deutschen in der früheren DDR nicht auf diese ihre Leistung des Mutes und der Freiheit? Beides zusammengenommen wäre eine glückhafte neue Identität aller Deutschen ohne jegliches Vorbild, die dennoch an die Höhepunkte früherer deutscher Geschichte anknüpfte.

*Jens Schöne*

# Vorbedingungen der Revolution. Anmerkungen zur Opposition in der DDR bis zum Oktober 1989

## Einführung

Im Juni 1989 legte eine Arbeitsgruppe der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee (ZK) der SED eine umfangreiche Studie vor. Unter dem Titel „Sozialismus in den 90er Jahren" sollte sie der selbst ernannten Avantgarde der Arbeiterklasse den Weg ins neue Jahrzehnt weisen. In typischem Parteisprech war in dem Papier festgehalten: „Entsprechend der außerordentlich gewachsenen Rolle der Individualität für die Gesellschaftsentwicklung gewinnen auf der Grundlage einer immer wieder neu zu realisierenden Einheit von sozialen, ökonomischen, politischen und persönlichen Rechten die politischen und persönlichen Rechte einen neuen Stellenwert. Es ist daher zu überlegen, wie ihre Entwicklung im Sinne differenzierter und umfassend gewährter Grundrechte weitergeführt werden kann. Maßstab dafür kann nur sein, wie sich der Aktionsrahmen für die Individuen erweitert, aktiv ihre Interessen in den Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen zu artikulieren." Die Botschaft dieser Zeilen war eindeutig: Ohne jeden Zweifel würde nur die SED die weitere Entwicklung der DDR bestimmen können. Doch unter den herrschenden Bedingungen müsse auch die Individualität ihrer Einwohner stärker Berücksichtigung finden. Erfolge dies nicht, so die Studie, dann drohe Ungemach: „In diesem Zusammenhang müssen auch mehr und mehr Mechanismen entwickelt werden, die einen klaren und prinzipienfesten Dialog mit ‚Andersdenkenden' in der sozialistischen Gesellschaft ermöglichen und so verhindern, dass Bürger, die in ihren Meinungen unsicher sind, sich auf die Seite tatsächlicher Feinde des Sozialismus schlagen, nur, weil sie dort Möglichkeiten sehen, ungestört alle Fragen aufzuwerfen, alle Bedenken zu äußern und nicht sofort auf übersensible Reaktionen stoßen."[1]

Das hier beschriebene Szenario sollte alsbald Entsprechungen in der Realität finden. Die Gründe dafür waren vielfältig, entsprangen aber auch den oben geäußerten Befürchtungen: Die Herrschaftspraxis der SED, gegründet auf die marxistisch-leninistische Ideologie, sah Individualität schlicht nicht vor. Ganz im Gegenteil: In jeglicher Hinsicht auf Kollektivismus abzielend, strebte die „Diktatur des Proletariats" danach, die Menschen nach den Maximen ihrer Weltanschauung zu formen und so den Weg in eine lichte, in eine kommunistische Zukunft zu ebnen.[2] Dagegen hatte es zwar schon immer Widerstand gegeben, der jedoch nur in den Tagen um den 17. Juni 1953 in seiner ganzen Breite deutlich wurde. Ende der 1980er Jahre hingegen schien eine gespenstische Ruhe

---

1 Kopie der Studie in: BStU, MfS, Arbeitsbereich Neiber, Nr. 58, Bl. 57, 60.

2 Vgl. allgemein SERVICE, Comrades!, S. 24–35, 167–178.

wie Mehltau über dem Land zu liegen. Und doch eroberten im Herbst 1989 die „Feinde des Sozialismus" die Straße, immer mehr Einwohner der DDR schlossen sich an, stießen zunächst auf „übersensible Reaktionen" des Staates, und fegten doch innerhalb weniger Monate ein Gesellschaftssystem hinweg, das auf die Ewigkeit gegründet schien.

Im Folgenden soll nach den Voraussetzungen für diese zunächst höchst unwahrscheinliche Entwicklung gefragt werden. Ziel ist dabei keine vollständige Bestandsaufnahme, die im vorgegebenen Rahmen auch gar nicht möglich wäre. Vielmehr sollen einzelne Facetten aufgegriffen werden, die Vor- und Rahmenbedingungen der Friedlichen Revolution skizzieren und so erste Hinweise darauf geben, warum es zu den Entwicklungen der Jahre 1989/90 kam und warum sie den bekannten Verlauf nahmen. Es bleibt den weiteren Beiträgen vorbehalten, dies an konkreten Beispielen zu analysieren.

## Prolegomena. Zur Opposition in der DDR

Es mag eine Binsenweisheit sein und doch muss an dieser Stelle daran erinnert werden: Die Geschichte dessen, das stark vereinfacht „Opposition in der DDR" genannt wird, ist sehr viel länger, als dies die Ereignisse des Jahres 1989 suggerieren.[3] Sie entstand nicht erst mit der Biermann-Ausbürgerung, der Friedens- und Umweltbewegung oder der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration, sondern sehr viel früher. Aktives Handeln gegen das SED-Regime hat es von Anfang an gegeben, und es ist schlicht unmöglich, dieses Handeln hier auch nur in Ansätzen nachzuvollziehen. Einführend sei aber auf eine Reihe von Faktoren verwiesen, die wichtigen Einfluss auf das Handeln und Wirken der Akteure von 1989 ausübten:

Was genau Opposition in der DDR war, ist bis heute umstritten. Eines aber war Opposition nie, und darauf muss 20 Jahre nach dem Ende der DDR offensichtlich verstärkt hingewiesen werden: Sie war nie parlamentarisch oder in sonstiger Form vom Regime vorgesehen oder akzeptiert. Somit war jegliches Engagement in diese Richtung illegal, stand unter Strafandrohung und zog auch darüber hinaus tiefgreifende persönliche Konsequenzen nach sich. Jede Kritik, sei sie noch so vage und zurückhaltend, konnte als „feindlich-negativer Akt" gewertet und entsprechend geahndet werden. Das galt fast bis zum Ende des Jahres 1989 und schränkte das Potenzial der Opposition wesentlich ein.

Im Umkehrschluss sei auf folgenden Umstand hingewiesen: Häufig anzutreffende Behauptungen, dass die Mitgliedschaft in einer der DDR-Blockparteien, also die parteigebundene Nicht-Mitgliedschaft in der SED, per se ein Akt des Widerstandes gewesen sei, sind Unsinn. Und als solcher sollten sie auch erinnert werden.

Opposition und Widerstand hatten bis mindestens zum Anfang der 1960er Jahre eine eindeutig gesamtdeutsche Orientierung. Die Akzeptanz von zwei

---

[3] Siehe dazu einführend Neubert, Ehrhart, Die Opposition in den achtziger Jahren, in: EPPELMANN/FAULENBACH/MÄHLERT, Bilanz und Perspektiven, S. 180–187.

deutschen Staaten, die über einen längeren Zeitraum hinweg nebeneinander existieren würden, war schlicht nicht ausgeprägt. Doch das änderte sich im Verlauf der Jahre und mit dem Wechsel jener Generationen, aus denen sich auch Opposition speiste. Als es ab Mitte der 1970er Jahre aus unterschiedlichsten Gründen zu einem verstärkten Engagement gegen die Politik der SED kam, hatten sich die Vorzeichen wahrnehmbar verändert. Nun ging es im überwiegenden Maße nicht mehr um gesamtdeutsche politische Fragestellungen, sondern um eine Veränderung der Verhältnisse *innerhalb* der DDR, und diese Denkart sollte sich über die Zeit weiter verfestigen. Es war nicht zuletzt der Verlust der gesamtdeutschen Erfahrungsdimension und der daraus resultierenden Handlungsansätze, der dazu führte, dass deutsch-deutsche Problemfelder – zumindest im Bereich der Politik – 1989 auch in der Opposition für Verunsicherung, Streit und mitunter Orientierungslosigkeit sorgten.

Opposition gegen die SED-Diktatur war keineswegs immer, von Anfang an und mit aller Konsequenz Fundamentalopposition. Ganz im Gegenteil. Seit Mitte der 1970er Jahre als Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung immer stärker präsent, orientierten sich die Aktivisten auf einzelne Aspekte, die zudem nicht immer unmittelbar und direkt gegen das Herrschaftssystem der DDR als solches gerichtet waren. Das ist durchaus verständlich, denn eine Fundamentalopposition hätte ohnehin vor allem die Konsequenz gehabt, dass ihre Protagonisten sehr schnell in den Gefängnissen verschwunden wären. In Machtfragen besaß die SED (wie die gesamte kommunistische Bewegung) wahrlich keine Toleranz.

Doch die Konzentration auf ausgewählte Einzelthemen hatte konzeptionelle Folgen. Als sich 1989 tatsächlich die Machtfrage stellte oder genauer: zu stellen ankündigte, hatten die oppositionellen Gruppen in ihrer Mehrzahl zunächst keine Antwort auf zentrale Fragen. Wie konnte das Regime als Ganzes überwunden werden? Wie sollte der zunehmende Machtverfall kompensiert werden? Wie konnte man Verantwortung übernehmen, ohne gleich verantwortlich gemacht zu werden für die Lasten der letzten 40 Jahre? Welche institutionellen Notwendigkeiten ergeben sich aus den weit reichenden Transformationsprozessen? Was sollte überhaupt aus der DDR werden? All diese Fragen waren im überwiegenden Maße nicht geklärt, methodisch nicht durchdacht und programmatisch daher nicht niedergelegt. Dies ist im Zusammenhang mit revolutionären Entwicklungsprozessen keineswegs ungewöhnlich, sondern eher die Regel, doch es führte zu Handlungsverzögerungen, Zielstreitigkeiten und Fehlentscheidungen. Auch das wusste die alte Macht sehr wohl zu nutzen.

An dieser Stelle sei abschließend an eine Vorbedingung der Friedlichen Revolution erinnert, die so offensichtlich ist, dass sie oftmals vergessen wird, in ihrer Wirkungsmacht aber nicht unterschätzt werden darf: Die Zahl derer, die als Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse gelten darf, war mindestens bis zum Sommer des Jahres 1989 verschwindend gering. Der Blick auf die großen Demonstrationen des Herbstes führt hier allzu oft in die Irre. Im Gesamtmaßstab waren diejenigen, die sich aktiv engagierten, eine kleine Minderheit, die es jedoch verstanden hatte, sich zu vernetzen, Kommunikationsstrukturen aufzubauen und zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Sie war

der Nukleus dessen, was folgen sollte, ein Massenphänomen war sie zu keinem Zeitpunkt. Und so war es fast zwangsläufig, dass viele der Gruppen von den Ansprüchen, Sehnsüchten und Wünschen der Masse, des Volkes, überrannt wurden, als dieses endlich seine Sprachlosigkeit verlor und seine Forderungen öffentlich artikulierte.

## Vorherbst. Das Jahr 1989

Auf den ersten Blick und vor allem aus der Perspektive der SED-Führung schien die Welt am Ende des Jahres 1988 noch in Ordnung: „Nimmt man alles in allem, so sind die Startpositionen für das Jahr 1989 gut, und wir können zuversichtlich sein. Fast vier Jahrzehnte besteht unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik. Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, hat sie ein Niveau der Entwicklung erreicht, das sich am Ende des Zweiten Weltkrieges wohl kaum jemand vorstellen konnte. Nunmehr schon viele Generationen sind an diesem großen Aufbauwerk beteiligt, ihre Lebensgeschichte ist mit der Geschichte der DDR verbunden, ihr Stolz auf das gemeinsam Geleistete vollauf berechtigt."[4]

Es war Erich Honecker, der dies in seiner Ansprache zum neuen Jahr dem Volk der DDR verkündete und dabei vor allem eine Botschaft transportierte: Die bestehenden politischen wie gesellschaftlichen Verhältnisse sind nahezu perfekt, haben sich bewährt und werden nicht angetastet. Diese Botschaft hatte jedoch ein wesentliches Manko: Sie stimmte immer weniger mit dem überein, was sich in der Realität abspielte, denn tatsächlich war einiges faul im Staate Honeckers. Das war durchaus nicht neu, doch die Herausforderungen, die daraus erwuchsen, hatten zunehmend eine neue Qualität. In den vorangegangenen Jahren war es immer wieder zu fundamentalen Konflikten zwischen nonkonformen Gruppierungen und dem Staat gekommen, die unter anderem eine Folge hatten: Es wurde beständig deutlicher, dass die bestehenden oppositionellen Strukturen unzulänglich waren, wollte man eine reelle Chance haben, seine Ziele gegenüber dem Regime zu artikulieren oder gar durchzusetzen. Daher häuften sich jetzt die Versuche, diesem Manko effektiv zu begegnen. Die Debatten um „Frieden konkret" in Greifswald im Februar 1989 beispielsweise zeigten, dass sich das Bewusstsein für die Problematik im Lauf der Zeit geschärft hatte. So waren sich die Beteiligten prinzipiell einig, dass man sich stärker vernetzen und festere Strukturen schaffen müsse, auf welchem Wege das allerdings erfolgen sollte, blieb umstritten. Es wurde vorgeschlagen, „Frieden konkret" selbst zu einer stabilen Institution auszubauen oder an seine Stelle einen anderen, einheitlichen Oppositionsverband zu setzen. Parallel dazu gab es an verschiedenen Stellen Überlegungen, wie Einzelinitiativen etabliert werden könnten. Die von Markus Meckel in Greifswald erstmals öffentlich vorgestellte Idee, in der DDR eine Sozialdemokratische Partei (SDP) zu gründen, war nur

---

[4] Erich Honecker, Mit allen guten Wünschen für das neue Jahr, in: Neues Deutschland (ND), 31. 12. 1988/1. 1. 1989, S. 1.

eine Überlegung von vielen, wenngleich sie zu diesem Zeitpunkt wohl die am weitesten gediehene war.[5]

Letztlich ging von Greifswald kein Signal zur Gründung einer institutionalisierten Opposition aus. Das kann insgesamt aber kaum verwundern, denn zu unterschiedlich waren die vorgetragenen Vorstellungen, zu breit die Bedenken hinsichtlich einer Aufgabe der eigenen Unabhängigkeit. Eine Einheitspartei hatte das Land bereits, mehr Bedarf nach Zentralismus gab es offensichtlich nicht. Das sollte sich als Segen und Fluch gleichermaßen erweisen, denn damit war ein wichtiger Versuch gescheitert, gemeinsam zu agieren, eine weitere Ausdifferenzierung der Opposition die Folge.

Der entscheidende Punkt jedoch war ein anderer. Hier war ein Diskussionsprozess in Gang gesetzt worden, der fortan nicht mehr abreißen sollte, die Idee institutionalisierter Opposition erlangte stärker denn je Bedeutung. Nicht erst im Sommer des Jahres 1989 begann das so genannte „Gründungsfieber", sondern seine Wurzeln finden sich bereits hier. Allerdings muss dabei zugleich betont werden, dass dies vorerst wenig praktische, spürbare Folgen hatte und keineswegs die gesamte oppositionelle Szene erfasste. Noch befand man sich in einem Prozess des Suchens und Abwägens, doch man tat nun zumindest genau das: Man suchte nach Organisationsformen, die geeignet waren, die erkannten Schwächen zu kompensieren.

Welch ein Zwiespalt zwischen basisdemokratischen Ansätzen, personeller Öffnung und organisatorischen Notwendigkeiten sich dabei ergeben konnte, zeigt etwa der Aufruf der Initiative Frieden und Menschenrechte vom 11. März 1989. Darin hieß es: „Die bisher auf einen relativ abgeschlossenen Kreis und auf den Berliner Raum orientierte ‚Initiative Frieden und Menschenrechte' will der neuen Situation dadurch Rechnung tragen, dass sie sich von nun an offen für all diejenigen Menschen in der DDR erklärt, die sich den nachfolgend angeführten Arbeitsgrundlagen und Zielstellungen anschließen können und wollen." Zugleich aber wurde betont: „Die ‚Initiative Frieden und Menschenrechte' (IFM) ist weder eine Organisation noch eine Partei. Um sich ihr anzuschließen, bedarf es keiner eingeschriebenen Mitgliedschaft."[6] Wie genau dieses basisdemokratische Modell, das später prinzipiell auch das Neue Forum praktizierte, tatsächlich funktionieren sollte, blieb offen. Es lag nun aber ein weiteres Angebot an einen breiteren Personenkreis auf dem Tisch, das in seiner Wirkung zwar begrenzt blieb, jedoch beredter Ausdruck der neuen Entwicklungsrichtung war. Man hatte eigene Schwächen erkannt und bemühte sich, Auswege daraus zu finden. Dass dies nicht immer gleich gelang, lag durchaus in der Natur der Sache.

Parallel zu derartigen Bestrebungen, die Institutionalisierung der Opposition voranzutreiben, arbeiteten jene Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen weiter, die nun schon – in wechselnder Besetzung – seit zahlreichen Jahren aktiv waren. Sie bildeten einen zweiten Entwicklungsstrang, der von entschei-

---

5 Vgl. allgemein MECKEL/GUTZEIT, Opposition in der DDR.

6 Aufruf der Initiative Frieden und Menschenrechte vom 11. 3. 1989, in: Privatarchiv Martin Gutzeit.

dender Bedeutung werden sollte. So kamen vor allem aus ihren Reihen jene Aktivisten, die für die Kontrolle der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 verantwortlich zeichneten. Selbstverständlich gab es dabei personelle Überschneidungen mit anderen Gruppierungen, tendenziell trifft diese Aussage aber wohl zu. Sie, eben jene Aktivisten, standen weniger für die intellektuelle, strategisch ausgerichtete Auseinandersetzung mit dem Regime, sondern setzten auf gezielte, öffentlichkeitswirksame Aktionen, um die bestehenden Unzulänglichkeiten greifbar zu machen. Sie waren weder die ersten, die auf die Idee einer Wahlkontrolle kamen, noch konnten sie damit schnelle, unmittelbare Erfolge größeren Umfangs erzielen. Aber: Sie forderten das Regime direkt heraus, packten es an einem entscheidenden Punkt, der fehlenden Legitimation, und verstärkten so zwei Phänomene, die ohnehin virulent waren, nun aber nachhaltig verstärkt wurden: die Öffentlichkeit von Protest und die Verstetigung von Protest. Die westlichen Medien berichteten jetzt nicht mehr nur über die Wahlfälschung als solche, sondern konnten nun an jedem siebten Tag der Folgemonate Bilder von zivilgesellschaftlichem Ungehorsam und dessen Unterdrückung in die Wohnzimmer beider deutscher Staaten übertragen. Auch das erhöhte den Druck auf die SED-Führung.

Spricht man über die Wahlkontrolle, so drängt es sich auf, in diesem Zusammenhang ein weiteres Phänomen zu erwähnen, das nicht unwesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Opposition ausübte: die Kirche. Dies meint hier jedoch nicht das oftmals zitierte „schützende Dach" dieser Institution, sondern genau die gegenteiligen Entwicklungen. Ohne jeden Zweifel spielten einzelne Vertreter der Amtskirche bis zum Ende der DDR im positiven Sinne eine wichtige Rolle für die Ausprägung von Opposition, doch das ist nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite muss ebenso in Betracht gezogen werden, wenn man zu einem befriedigenden Gesamtbild gelangen möchte. In den Vorjahren hatten sich die Konflikte gehäuft, beredter Ausdruck davon waren die Auseinandersetzungen um den Kirchentag des Jahres 1987, die Aussetzung der Leipziger Friedensgebete im Jahr 1988 und eben der Umgang mit den Initiatoren der Wahlkontrolle. In Berlin etwa traf es Aktivisten verschiedener Friedenskreise, die als Mitarbeiter der kirchlich getragenen Stephanus-Stiftung immer wieder als Ergebnis von Übereinkünften zwischen staatlichen und kirchlichen Stellen zu Disziplinierungsgesprächen oder ähnlichen Domestizierungsversuchen vorgeladen wurden – freilich nur mit begrenztem Erfolg. Dieses Signal, dass die Amtskirche im Changieren zwischen Drang nach Selbstständigkeit und Bereitschaft zur Anpassung anscheinend immer mehr zu Konzessionen gegenüber dem Regime bereit zu sein schien, hatte weit reichende Folgen: Immer weitere Teile der kirchlich geprägten Bürgerbewegung verließen das vermeintlich schützende Dach, suchten die Öffentlichkeit und nach Alternativen. Auch das sollte die Institutionalisierung der Opposition jenseits von kirchlichen Strukturen nachhaltig beflügeln.[7]

Gleiches galt für ein Phänomen, das mit der Opposition als solcher zunächst nur wenig zu tun hatte, sich aber zum wesentlichen Motor der weiteren Ent-

[7] Zu den hier nur angerissenen Problemen vgl. ausführlich KOWALCZUK, Endspiel, S. 192–232.

wicklung mausern sollte: das wachsende Verlangen der Bevölkerung, das Land mit allen Konsequenzen zu verlassen. Bereits am ersten Tag des Jahres 1989 hatten etwa 20 DDR-Bürger die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin besetzt, um ihre Ausreise zu erzwingen. Ähnliche Bemühungen registrierte das Ministerium für Staatssicherheit bereits zu diesem frühen Zeitpunkt in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Bukarest. Im Rückblick erscheint dies wie ein Vorspiel auf die kommenden Botschaftsbesetzungen des Sommers, tatsächlich aber waren derartige Vorkommnisse nicht neu, es hatte sie auch in den Vorjahren immer wieder gegeben. Als neu sollte sich im Jahresverlauf aber die Quantität derartiger Erscheinungen erweisen. Nachdem sich ab Mai 1989 das Gerücht verbreitete, dass Ungarn seine Grenzen nach Österreich geöffnet und damit den Eisernen Vorhang durchtrennt habe – was so nicht stimmte –, entspann sich daraus eine Dynamik, die bis dahin kaum vorstellbar war. Indem immer mehr Menschen den Ausweg über sozialistische Drittstaaten suchten, delegitimierten sie nicht nur die SED-Politik, sondern legitimierten damit im Umkehrschluss auch alternative Modelle und forcierten so einen gewissen Handlungszwang für die Protagonisten der Opposition, die zu einem solchen Prozess kaum schweigen konnten und nach möglichen Antworten, nach kurzfristigen Antworten auf die drängenden Probleme suchen mussten.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wird ein weiterer Faktor deutlich, der Einfluss auf die Genese der DDR-Opposition ausübte: die Tagespolitik der SED-Spitze und ihre zunehmende Unfähigkeit, auf die wachsenden Herausforderungen zu reagieren. Denn auch in diesem Zusammenhang galt: Je mehr sich die Monopolpartei gesellschaftlich und politisch ins Abseits manövrierte, um so mehr stellte sich die Frage nach Alternativen. Und die politische Führung des Landes gab der eigenen Bevölkerung im Jahresverlauf immer wieder und immer öfter Veranlassung, über derartige Alternativen nachzudenken. Sei es die demonstrative Ablehnung der Politik Gorbatschows, sei es die ebenso demonstrative Begrüßung des Massakers auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens, sei es der zunehmend wahrnehmbare Realitätsverlust oder sei es die zynische Diffamierung der Ausreisewilligen. Wenn das „Neue Deutschland" noch Anfang Oktober tönte, dass man den Flüchtenden keine Träne nachzuweinen brauche, da sie alle moralischen Werte mit Füßen getreten und sich damit selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt hätten,[8] dann musste man sich schon fragen, welche moralischen Werte und was für eine Gesellschaft das hier eigentlich sein sollten. Dies wiederum war zwangsläufig Wasser auf die Mühlen jener Gruppierungen, die all das boten, was die selbst ernannte Partei der Arbeiterklasse verweigerte: Dialog, Mitbestimmung, Zukunft.

Bereits in der ersten Jahreshälfte 1989 hatte das Ministerium für Staatssicherheit eingeschätzt, dass es landesweit etwa 160 derartige Gruppierungen gebe, die sich zunehmend vernetzen und auch die Öffentlichkeit suchen würden. Tatsächlich hatte die Institutionalisierung der Opposition in der ersten Jahreshälfte spürbare Fortschritte gemacht, im Verlauf des Sommers wurde es dann sehr konkret. Es waren dabei noch immer einzelne Personen und kleinere Per-

[8] Sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt, in: ND, 2. 10. 1989, S. 2.

sonenkreise, die über die anstehenden Schritte debattierten und notwendige Vorbereitungen trafen. Dabei standen sich sehr unterschiedliche Vorstellungen gegenüber, wie sich die Opposition zu organisieren habe. Den Gedanken einer Partei, die die SED allein durch ihre Existenz herausfordern und ihr die Macht auf diese Weise unmittelbar streitig machen würde, vertraten ohne Zweifel am drängendsten die Initiatoren der SDP. Dabei war es nur konsequent, an die sozialdemokratischen Traditionen anzuknüpfen. Denn damit untergruben sie die Legitimität der SED, die fortwährend behauptete, in der DDR das sozialdemokratische Erbe zu verwalten, und waren zugleich anschlussfähig an sozialdemokratische Parteien, Ideen und Traditionen über die engen Ländergrenzen der DDR hinaus.

Gleichwohl war dies im Gesamtzusammenhang der DDR-Opposition des Jahres 1989 eine Minderheitenposition. Argwöhnisch gegenüber zentralistischen Modellen und obrigkeitsstaatlichen Erfahrungen strebte die Mehrzahl der Akteure nach anderen, zumeist basisdemokratisch geprägten Modellen. Wie genau diese aussehen sollten und welche Erfolgsaussichten sie haben könnten, wurde eifrig diskutiert. Doch es waren nicht allein diese verschiedenen Grundüberzeugungen, die zur Herausbildung des spezifischen Sets an Organisationen führten. Es sei daran erinnert, dass die Opposition der DDR klein war, seit Jahren miteinander in Kontakt stand und so untereinander auch ausgeprägte Rivalitäten und Abneigungen wie Freundschaften und Vertrauen hervorgebracht hatte. Es war ein offenes Geheimnis, dass einige der herausragenden Protagonisten – aus welchen Gründen auch immer – nicht miteinander konnten und schon deshalb nicht miteinander wollten. Gerade wegen dieser Differenziertheit benötigte die Opposition vor allem das, was sie wegen der zunehmend rasanten Entwicklung kaum hatte: Zeit. Zeit, die genutzt werden sollte, um Strukturen aufzubauen, sich personell zu verstärken, ganz allgemein die Voraussetzungen für das eigene Überleben zu verbessern. Denn der gemeinsame Gegner, so viel war klar, würde vor kaum einem Mittel zurückschrecken, um jegliche Konkurrenten um die Macht aus dem Weg zu räumen. Zu klären bleibt in diesem Zusammenhang das hartnäckige Gerücht, ob es tatsächlich Absprachen zwischen den wichtigsten Gründungsinitiativen gab, trotz zahlreicher Aktivitäten nicht vor dem 1. Oktober 1989 mit programmatischen Erklärungen oder Ähnlichem an die Öffentlichkeit zu treten.[9]

Ende September bzw. Anfang Oktober 1989 sah sich die SED-Führung schließlich mehr denn je herausgefordert.[10] Denn jetzt hatte die Opposition einen ersten wesentlichen Abschnitt ihrer Institutionalisierung abgeschlossen, wobei freilich viele weitere Initiativen, Plattformen, Parteien usw. parallel entstanden oder folgen sollten. Offensichtlichste Manifestation der neuen Qualität war die Etablierung einer so genannten Kontaktgruppe der Opposition, die erstmals am 4. Oktober in Berlin zusammentrat. Bereits in ihrer ersten Sitzung wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der unter anderem die

---

9 In diesem Sinne z. B. TIMMER, Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 135.

10 Vgl. ausführlich zur Opposition zu diesem Zeitpunkt NEUBERT, Unsere Revolution, S. 191–200.

Verwirklichung der Menschenrechte und demokratische Wahlen gefordert wurden. Damit aber war das politische wie gesellschaftliche System der DDR insgesamt in Frage gestellt, denn beide Forderungen waren mit der SED-Diktatur grundsätzlich nicht vereinbar. Was das bedeutete, nahmen die Machthaber sehr wohl wahr. So stellte das Führungskorps des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), unter anderem auf die Neugründungen Bezug nehmend, bereits Ende September hellsichtig fest: „Wir müssen konsequent bei der Beurteilung der Lage davon ausgehen, dass das Vorgehen der äußeren und inneren Feinde eine neue Qualität erreicht hat."[11] Die politische Führung des Landes ließ sich davon jedoch nicht beirren, sondern verharrte in den alten Positionen und drohte jedem Ansinnen oppositionellen Wirkens mit Konsequenzen: „Wir werden auch künftig nicht zulassen, dass die Macht der Arbeiter und Bauern, dass die Werte, Ideale und Errungenschaften des Sozialismus angetastet werden. [...] Der Sozialismus auf deutschem Boden steht nicht zur Disposition. Das Volk der Deutschen Demokratischen Republik hat sich für immer für den Sozialismus entschieden."[12]

Derartige Befunde hatten zu diesem Zeitpunkt unübersehbar mit einem gewissen Maß an Realitätsverweigerung zu tun, doch sie waren mitnichten so abwegig, wie sie aus heutiger Sicht erscheinen mögen. Vielmehr trafen ungeachtet erkennbarer Fortschritte noch immer etliche der eingangs benannten Beschränkungen der oppositionellen Initiativen zu: Sie waren offiziell noch immer illegal, mit allen Folgen und Problemen, die sich daraus ergaben. Trotz des enormen Zuspruchs seit den Sommermonaten handelte es sich im Gesamtmaßstab noch immer um eine Minderheitenerscheinung. Zudem war es keineswegs so, dass die oppositionellen Vereinigungen in ihrer Mehrzahl die Macht der SED oder gar den Sozialismus in der DDR grundlegend in Frage stellten. An eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde zu diesem Zeitpunkt ohnehin nur in wenigen Ausnahmefällen gedacht. Es hatte sich bis Anfang Oktober viel getan, doch es wäre verfehlt, daraus abzuleiten, die Opposition hätte bereits gesiegt (was auch immer das im Einzelnen heißen mag) oder wäre insgesamt bereits im Vorteil gegenüber der SED gewesen.

Doch dann kamen die „Tage im Oktober", einige wenige Tage, die dafür sorgten, dass sich die alte Macht endgültig desavouierte – und das deutlich wahrnehmbar bis in den letzten Winkel des Landes hinein. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände in und um den Dresdner Hauptbahnhof in den ersten Oktobertagen, das brutale Vorgehen gegen die Demonstranten in Berlin und andernorts um den 7. Oktober herum sowie die Leipziger Demonstration vom 9. Oktober bildeten eine Kette von Ereignissen, deren Bedeutung weit über die der einzelnen Vorgänge hinausging.[13] Die Willkür, die Brutalität und letztend-

---

11 Protokoll des Stellvertreters Operativ anlässlich der Dienstkonferenz beim Generaloberst Mittig am 26. 9. 1989, in: BStU, BV Potsdam, AKG 617, Bl. 226.

12 Anlage Nr. 1 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 10. und 11. 10. 1989, in: SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/2/2351 (unpag.). Veröffentlicht als Erklärung des Politbüros im ND vom 12. 10. 1989, S. 1.

13 Siehe dazu SCHÖNE, Die Friedliche Revolution, S. 7–13, 71–77.

lich das Zurückweichen des SED-Regimes verdeutlichte jedem einzelnen Bewohner der DDR mit allem Nachdruck, wie abgehalftert das System tatsächlich war. Die Schlüsse, die daraus gezogen wurden, waren durchaus verschieden. Es gab diejenigen, die sich in einer Art Wagenburg-Mentalität um die Partei scharten. Es gab sogar diejenigen, die deren Agieren vollauf begrüßten. Vor allem aber gab es diejenigen, die nun nicht mehr bereit waren, länger still zu halten. Sie orientierten sich nun mehr denn je in Richtung der Opposition, die beständig wachsenden Zulauf erzielte. Die Weichen waren nun endgültig gestellt, doch entschieden war noch nichts.

## Schluss

„Da die DDR sich in Europa an besonders exponierter Stelle befindet und zu den wenigen sozialistischen Ländern mit einer dynamischen Entwicklung, politischer Stabilität und konsequenten marxistisch-leninistischen Positionen gehört, wird der Druck auf sie weiter anwachsen." Diese These aus der eingangs zitierten Studie[14] war hell- und kurzsichtig zugleich. Tatsächlich erhöhte sich der Druck auf die SED im Verlauf des Jahres 1989 beständig, doch hatte das relativ wenig mit externen Faktoren zu tun. Die DDR scheiterte an internen Problemen, ihre politische Stabilität stand auf tönernen Füßen. Längst hatte sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung von den Lehrmeinungen der Partei verabschiedet. Doch das allein genügte nicht, um die bestehenden Machtverhältnisse ins Wanken zu bringen. Zum Katalysator der weiteren Entwicklung sollte letztlich eine im Gesamtmaßstab verschwindend kleine Minderheit werden: die Opposition. Dabei war nach dem Verständnis der SED nicht einmal ihre Existenz nachvollziehbar. Denn: „In sozialistischen Staaten existiert für eine O. [Opposition, J.S.] keine objektive soziale und politische Grundlage, denn die Arbeiterklasse – im Bündnis mit allen anderen Werktätigen – ist die machtausübende Klasse und zugleich Hauptproduktivkraft der Gesellschaft, deren Grundinteressen mit denen der anderen Klassen und Schichten prinzipiell übereinstimmen."[15] Dass diese Übereinstimmung eine bloße Fiktion war, sollte sich 1989 immer deutlicher herauskristallisieren. Je mehr sich die politische Führung des Landes den Realitäten verweigerte, umso mehr Zulauf erhielten alternative Denk- und Handlungsmodelle. Die jeweilige Entscheidung für vom offiziellen Kurs abweichende und somit oppositionelle Aktivitäten war eine höchst individuelle und stand lange unter der Androhung staatlicher Gewalt. Doch indem sich die seit Jahren arbeitenden oppositionellen Gruppierungen effektiv vernetzten, Kommunikationsstrukturen ausbauten und gezielt an die Öffentlichkeit traten, erlangten sie jene Wirkungsmächtigkeit, die unbedingte Voraussetzung für ihren Erfolg war. Nur sie boten zudem jene Gegenentwürfe, die die SED-Führung mit ihrer Orientierung auf unbedingten Kollektivismus verweigerte. Das erhöhte ihre Attraktivität auch für all diejenigen, die bisher in Inaktivität verharrt hatten. Jedes Kind lernte in den Schulen der DDR, wodurch

---

14 Vgl. Anm. 1, Zitat Bl. 4.

15 Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1986, S. 695.

eine revolutionäre Situation gekennzeichnet sei: Die Herrschenden können nicht mehr, wie sie wollen, und die Beherrschten wollen nicht mehr, wie sie sollen. Spätestens Anfang Oktober 1989 wurde überdeutlich, dass dies die Situation in der DDR sehr genau beschrieb. Die Friedliche Revolution der Jahre 1989/90 war die Folge.

## *Literatur*

EPPELMANN, Rainer/FAULENBACH, Bernd/MÄHLERT, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003

KOWALCZUK, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009

MECKEL, Markus/GUTZEIT, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994

NEUBERT, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008

SCHÖNE, Jens: Die Friedliche Revolution. Berlin 1989/90. Der Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2008

SERVICE, Robert: Comrades! A History of World Communism, Cambridge 2007

TIMMER, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000

*Podiumsdiskussion*

# Die Formierung der Oppositionsgruppen

## *Moderation: Sven Felix Kellerhoff*

*Kellerhoff*: Unser Thema lautet „Formierung der Oppositionsgruppen bis zum 7. Oktober oder 9. Oktober 1989". Offensichtlich spielten gerade die vier Wochen vom 9. September bis zum 9. oder 7. Oktober 1989 eine besondere Rolle für den Schritt von Oppositionellen und Bürgerrechtlern in die Öffentlichkeit der DDR und in die Institutionalisierung von Opposition. Warum eigentlich, Herr Schult, war gerade dieser September 1989, aus der Sicht des Zeitzeugen, eine solche Phase der Beschleunigung?

*Schult*: Wir haben das „Neue Forum" am 9./10. September in Grünheide gegründet, sind dann am nächsten Tag in die Öffentlichkeit getreten, also auch in die West-Presse, mit vollen Namen, Adressen und Unterschriften, und waren doch sehr überrascht, dass in den ersten sieben Tagen schon 1500 Unterschriften zusammengekommen sind. Am 19. September haben wir nicht nur in Berlin das „Neue Forum" beim Innenministerium angemeldet, sondern auch in 13 oder 14 Bezirken. Das entwickelte seine Dynamik. Ende September hatten wir schon 5000 Unterschriften zusammengesammelt. Und wir waren 24 Stunden im Einsatz. Wir hatten so eine Beteiligung nicht erwartet. Die Leute kamen hin, haben sich Unterschriftenlisten abgeholt, kamen nach einer Woche wieder und fragten, was sie jetzt machen sollten, sie wollen sich beteiligen. Da waren wir gezwungen, uns um Strukturen oder Kontaktadressen Gedanken zu machen. Die haben sich aber auch alleine gegründet. Am 1. Oktober haben wir uns noch einmal versammelt. Wir wollten uns eigentlich erst am 2. Dezember wiedersehen, so war der Zeithorizont am 10. September. Wir waren alle in anderen Gruppen eingespannt, wir hatten volle Terminkalender. Der 2./3. Dezember war der Termin, den wir in unseren Kalendern gemeinsam gefunden haben. Wir waren damals in Grünheide 30 Leute, einer davon ist Stasi-IM gewesen, bis heute ist von den anderen 29 nicht bekannt, dass sie auch mit der Firma zusammengearbeitet haben. Wir haben uns am 1. Oktober getroffen, in der Wohnung von Sebastian Pflugbeil, schon umstellt, kontrolliert von der VP und der Stasi, haben an die Unterzeichner dieses nächste Papier geschrieben und uns verabredet zum DDR-weiten Kontaktadressen-Treffen am 14. Oktober. Da waren dann, ich glaube, aus jedem Kreis der DDR ungefähr 150, 160 Leute aus dem Kontaktadressen-Treffen, von Rügen bis Suhl.

*Kellerhoff*: Sie waren also überrascht von der großen Resonanz, die Sie hatten? Sie waren nicht vorbereitet darauf. Dann schließt sich natürlich die Frage, gerade im Hinblick auf das, was Herr Kowalczuk uns vorgetragen hat, an: Haben Sie – das wäre ja überhaupt nicht vorzuwerfen, ich würde es nur einfach gerne wissen –, nicht diese Analyse der Zustände in der DDR gehabt, wie Herr

Kowalczuk uns das, rückblickend, geschildert hat? Das ist für den Historiker natürlich immer viel leichter als für den Zeitzeugen. Oder war das einfach nicht der Fokus Ihres Interesses?

*Schult*: So schwarz, wie Herr Kowalczuk das gezeichnet hat, haben wir die DDR nicht gesehen. Wir hatten auch nicht so viele Informationen wie er nach 20 Jahren. Wir haben auch die zerfallenden Städte gesehen, aber wir hatten keine Perspektive. Man darf nicht vergessen: Die DDR war sowjetisch besetztes Land. Und es lag nicht in unserem Vorstellungsbereich, dass die Sowjets friedlich abziehen oder dieses Territorium verlassen würden. Im Vorfeld gab es die Situation, dass wir unter dem Dach der Kirche raus wollten. Das Dach der Kirche war uns zu eng. Wir hatten viele Konflikte nicht nur mit der Kirchenleitung, sondern mit den Gemeinden. „Kirche von unten" ist ein Stichwort, aber auch der Kampf in der Friedrichsfelder Gemeinde. Da wurde nach dem letzten Konzert von Krawczyk und Klier am 10./11. Januar 1988 der Pfarrer abgesetzt, Gottfried Gartenschläger. Und da gab es 1½ Jahre einen Kampf. Die Gemeinde hat sich auf die Hinterbeine gestellt, eine Basisvollversammlung gemacht und einen Gemeindekirchenrat gewählt. Es gab dann in der Gemeinde zwei Gemeindekirchenräte, die sich gegenseitig nicht anerkannt haben. Es gab Demonstrationen vor dem Konsistorium gegen die Kirchenleitung, damit kam die Volkspolizei nicht zurecht, weil es nicht gegen den Staat ging, sondern gegen das Konsistorium, gegen die Kirchenleitung. Es gab sehr vielschichtige Konflikte. Und dann kam Rolf Hendrich mit dem „vormundschaftlichen Staat" und propagierte, dass es ein Vereinsgesetz gab in der DDR und brachte in unsere Kreisen, also Friedrichsfelde und „Kirche von unten" und wo er überall Lesungen gemacht hat, dass man eine politische Vereinigung gründen könnte unterhalb des Parteiengesetzes, unterhalb der Strafbarkeit. Katja Havemann und Bärbel Bohley, die die eigentlichen Initiatoren waren, hatten nach Grünheide eingeladen. Ich wusste nicht, als ich nach Grünheide gefahren bin, auf was für Leute ich da treffen werde. Ich hatte keinen Anteil an den Einladungen.

*Kellerhoff*: Frau Poppe, die Formierung des „Neuen Forums" steht zeitlich in einem unmittelbaren Vorlauf zu dem, was „Demokratie Jetzt" gemacht hat. Da fragt sich der Zeithistoriker, der Journalist in mir: Wie war die Auswirkung gerade des Aufrufs vom „Neuen Forum", von dem Sie am 11. September oder am 10., das lässt sich vielleicht nicht mehr genau rekonstruieren, Kenntnis bekommen haben? Welche Rolle spielte dieser Aufruf des „Neuen Forum" bei der tatsächlichen Begründung von „Demokratie Jetzt", also bei der Formulierung Ihres eigenen Aufrufs?

*U. Poppe*: Das „Neue Forum" ist drei Tage vor „Demokratie Jetzt" gegründet worden. Und so flexibel waren wir nicht, dass wir sozusagen als Reaktion darauf in drei Tagen unseren Aufruf zusammenschreiben konnten. Das heißt, wir hatten dieses Datum, 12. September, viel eher geplant und waren dann doch etwas überrascht, dass das „Neue Forum" uns zuvorgekommen ist. Aber wir standen nicht in Konkurrenz zueinander, wir haben das nicht als Ärgernis angesehen, sondern es war uns schon klar, dass an ganz verschiedenen Orten und

in ganz verschiedenen Milieus Strukturen geplant waren, in denen sich Menschen organisieren können. Denn der Druck war unheimlich stark, das Bedürfnis war überall spürbar, sich zusammenzuschließen, um sich wirksam artikulieren zu können in der Öffentlichkeit, um etwas bewegen zu können. Da war es für uns eigentlich ganz logisch, dass es zu vielen Gründungen kommt. Wir haben auch schon zu diesem Zeitpunkt darüber diskutiert, warum oder ob wir der SED oder diesem sogenannten demokratischen Block eine Einheitsopposition gegenüberstellen sollten oder ob wir das der Eigendynamik überlassen, dass sich viele oppositionelle Neugründungen ereignen. Wir haben Letzteres eigentlich eher positiv bewertet, obwohl es sehr stark kritisiert wurde, auch schon in dieser Zeit, und zwar deshalb, weil wir uns dachten: Die Staatsführung war immer bemüht, die ganze DDR-Bevölkerung in eine Norm zu pressen. Die realen und auch ganz selbstverständlichen Interessenunterschiede wurden nivelliert, wurden ignoriert, wurden tabuisiert. Deshalb wollten wir mit unserer Opposition auch die Interessenunterschiede anerkennen. Die Vielfalt der Neugründungen haben ein Stück weit dieser natürlichen Interessenvielfalt Rechnung getragen.

*Kellerhoff*: 12. September, das Datum stand länger fest, haben Sie gesagt. Auch ein Zufall des Kalenders, wie es eventuell beim 10. Dezember gewesen wäre, wenn es denn so gekommen wäre, wie Herr Schult beschrieben hat, oder in irgendeiner Weise politisch motiviert, wie z.B. der 7. Oktober bei der SDP? Wie kam es zu diesem Datum?

*U. Poppe*: Meiner Erinnerung nach war das ein Zufall. Ich bin mir aber nicht sicher, ob das stimmt. Aber für mich gab es keinen besonderen Anlass. Das war ein Datum, auf das wir uns geeinigt hatten.

*Kellerhoff*: Also wirklich ein kalendarischer Zufall?

*U. Poppe*: Würde ich sagen.

*Kellerhoff*: Herr Gutzeit, wir haben im Vortrag von Herrn Schöne, ich glaube, es war Herr Schöne, das Wort „Gründungsfieber" gehört. Sie hatten sich mit Ihren Freunden zusammen, in Ihrer Gruppe, einen Termin gesetzt, eben den 7. Oktober, eine besondere Frechheit gegenüber dem Regime, und wahrscheinlich auch als solche gemeint. Hatten Sie in dieser Zeit, direkt dem 10. September folgend, die Sorge, dass Ihnen jetzt jemand zuvorkommen könnte? Gab es also eine Form der Konkurrenz unter den Gruppen? Oder haben Sie das ebenso wahrgenommen wie Frau Poppe, dass es darum eben nicht ging?

*Gutzeit*: Wir hatten eine Parteigründung vor. Und wir haben auch im September eine Erklärung gemacht. Partei hieß natürlich Eines unter Vielen. Das ist bewusst gemacht worden. Wir wussten schon, dass andere Gruppierungen im Aufbau sind, z.B. der „Demokratische Aufbruch". Denn schon vor dem September gab es Gespräche mit den verschiedenen Leuten. Unsere Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei war in der Szene auch schon bekannt. Den Termin 7. Oktober haben wir das erste Mal in Aussicht genommen am 26. August. Da war in der Golgatha-Gemeinde in Berlin ein Menschen-

rechts-Seminar. Dort haben wir es öffentlich gemacht. Und danach ist unsere Erklärung auch schon in den Westmedien erschienen. Das heißt also, sie war schon allgemein bekannt. Ursprünglich, als wir die Erklärung im Juli gemeinsam mit Markus Meckel erarbeitet haben, hatten wir vor, uns noch etwas mehr Zeit zu nehmen. Aber Ende August war das, nicht im Hinblick auf andere Gründungen, sondern auf die veränderte Situation schon anders. Wir sagten: Jetzt müssen wir unmittelbar schnell handeln. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht ganz klar, ob wir am 7. Oktober nur eine Initiativgruppe machen oder schon die Gründung der Partei vornehmen, aber den Termin 7. Oktober haben wir schon am 26. August in Aussicht genommen. Es spielte auch noch ein äußerer Grund eine Rolle für den 7. Oktober: Das war Staatsfeiertag.

*Kellerhoff*: Aber es war ein Samstag, wenn ich mich richtig entsinne, und damit sowieso frei, oder?

*Gutzeit*: Es war sowieso frei. Aber das lag einfach nahe. Nun muss man sehen, in unserem Aufruf stand schon: Bestreitung des Machtanspruchs der Partei, und das hieß natürlich auch ihres ideologischen Fundaments. Und da bot sich das an.

*Kellerhoff*: Sie haben eben in einem Nebensatz gesagt, bezogen auf Ende August, auf diesen, glaube ich, ersten veröffentlichten Aufruf, Sie hätten gespürt, dass die Situation sich zuspitzt, dass es also einen gewissen Druck gab. Auch da wieder der Rückblick zu dem, was Herr Kowalczuk vorgetragen hat: Was war Ihre Wahrnehmung? Woher kam dieser Druck, der Sie dazu gebracht hat, Ende August relativ schnell für den 7. Oktober und mit den ganzen Zwischenschritten im September eine solche Parteigründung vorzusehen?

*Gutzeit*: Wir hatten das langfristig geplant. Man merkte insgesamt, die Szene will jetzt etwas. Und diese Erwartung wollten wir nicht enttäuschen, da wir schon mit dem Papier für den Start der Initiative gut gerüstet waren. Deswegen sagten wir uns: Jetzt machen wir es gleich. Jetzt diskutieren wir nicht mehr lange. Es war ja alles vorbereitet.

*Kellerhoff*: Aber nicht die Krisensituation in der DDR.

*Gutzeit*: Diese Krisenanalyse, wie sie Herr Kowalczuk gemacht hat, ist ja vorher schon gemacht worden. Das heißt: Dass dieses Land bankrott, wirtschaftlich, politisch bankrott ist und dass man hier tatsächlich ein alternatives politisches Angebot machen soll, muss, das war uns von vornherein klar. Da musste man keinen Schritt mehr gehen. Es ging jetzt bloß um die Frage: Wie organisieren wir das? Und deswegen haben wir gesagt: Jetzt müssen wir sehen, dass wir so schnell wie möglich eine Initiativgruppe zustande bekommen, um dann die praktischen Schritte zu lösen. Bei seiner Art von Organisation und Programmatik brauchte das „Neue Forum" bloß eine Erklärung zu machen, dann haben Leute unterschrieben. Bei uns waren die Anforderungen viel höher. Das heißt, wir mussten eine Gruppe finden, die dann auch ein Statut, jedenfalls einen Programmentwurf und solche Sachen macht. Das geht nicht so schnell. Deswegen haben wir zwischen Ende August und Anfang Oktober diese Zeit

gebraucht. Man musste erst Leute finden, um das alles zu organisieren. Wir haben es dann auch geschafft. Aber es brauchte seine Zeit.

*U. Poppe*: Habt Ihr die DDR wirklich in dem Zustand gesehen, wie Ilko-Sascha Kowalczuk das beschrieben hat?

*Gutzeit*: Das mit dem Bankrott, mit dem wirtschaftlichen, kann ich von mir ohne Weiteres sagen. Ich war zu dieser Zeit Assistent am Sprachenkonvikt, wir haben unter den Kollegen gesessen, ich habe immer gesagt: Die sind bankrott. Dann haben die mich angefangen zu beschimpfen: Du bist schwarz und bist braun. Aber man brauchte bloß auf die S-Bahn und die Infrastruktur zu gucken und man sah, hier passiert keine Reproduktion mehr, hier ist Verfall. Das heißt, es ist ein schwarzes Loch.

*Kellerhoff*: Herr Neubert, bis zur Lektüre der entsprechenden Kapitel in Ihrem Buch war mir nicht bekannt, dass es sich beim DA um eine über Ost-Berlin hinaus gehende Organisation gehandelt hat. Mag sein, dass das mit meinem Blickwinkel als West-Berliner zu tun hat. Kann man sagen, dass der DA in seinem Ursprung eine landesweite Opposition war? Die anderen, jedenfalls die auf unserem Podium vertretenen, sind offensichtlich sehr stark auf Ost-Berlin oder auf Menschen aus dem Berliner Umkreis konzentriert gewesen.

*Neubert*: Die Gruppe, die schließlich den DA am 23. August in Dresden initiiert hat, kam aus dem ganzen Land. Das hing mit bestimmten Gesprächsprozessen zusammen. Ich bin sehr viel rumgereist und arbeitete damals in der Theologischen Studienabteilung, und da kamen sehr viele Leute aus dem Land. Durch meine Reisetätigkeiten, durch Vorträge oder durch ein bestimmtes Forschungsprojekt bin ich x-mal schon Mitte der achtziger Jahre angesprochen worden, dass wir irgendwas machen müssten. Am hartnäckigsten war Hans-Jochen Tschiche, der immer eine grün-sozialistische Partei gründen wollte. Aber ich könnte auch andere Namen nennen. Es gab auch mal eine sozialdemokratische Initiative von Eppelmann. Der hat mich '88 angesprochen. Da wusste ich von Euch noch gar nicht, dass Ihr so etwas vorhabt. Es lag irgendwie in der Luft, schon Ende Januar '88. Aber meiner Ansicht nach hat dann die Wahl eine Pause gebracht, weil alle irgendwie beschäftigt waren.

*Kellerhoff*: Die Kommunalwahlen.

*Neubert*: Die Kommunalwahlen. Bis auf die Initiative von Gerd Poppe, also IFM. Dann ging es im Sommer richtig los. Wir haben uns, diese Gruppe aus der ganzen DDR, am 22./23. August getroffen, zwei Tage, in Dresden, ganz heimlich vorbereitet. Dummerweise hat Rainer Eppelmann einen Tag vorher noch Wolfgang Schnur angerufen und hat gesagt: „Wir sind alles nur Theologen. Komm doch auch mit." Und der hat dann in der Nacht noch, nach unserer Sitzung berichtet, es steht auch so in seiner Akte. Dennoch, bis auf zwei Leute aus der Gemeinde von Rainer Eppelmann waren es alles Theologen. Dort, und insofern steht die DA-Gründung sehr eng im Zusammenhang mit allen anderen, dort wurde auch die sozialdemokratische Initiative, das Juli-Papier, vorgestellt. Es gab eine große Übereinstimmung, dass wir das nicht machen sollten.

Wobei die Gründe ganz unterschiedlich waren. Edelbert Richter hatte vorher mit westdeutschen Sozialdemokraten geredet, Karsten Voigt und anderen. Die haben, als er das angedeutet hat, gesagt: „Um Gottes willen, macht das nicht, das stört die ganze Friedenspolitik." Er sagte, wir müssen Rücksicht auf sie nehmen. Friedrich Schorlemmer, der später zu den Sozis gegangen ist, war auch dagegen. Es war ihm zu stark. Es gab dann eine Kampfabstimmung, wir hatten zwei Zusatzworte „Demokratischer Aufbruch – sozial ökologisch" oder „sozialistisch-ökologisch". Wir haben uns mit Mühe und Not mit schwacher Mehrheit auf sozial-ökologisch geeinigt.

Es war die Crux mit diesen Theologen. Die meisten wie Edelbert [Richter], Friedrich [Schorlemmer], ich oder auch Rudi Pahnke, Eppelmann waren im Lande schon bekannt. Die Crux war, diese Truppe zu Absprachen zu bringen, die verbindlich waren, obwohl wir uns ausgemacht hatten, wir wollen eine verbindliche Struktur, letztlich eine Mitgliederstruktur anstreben und einen politischen Verein, also leicht unterhalb der Partei. Jeder hat dann am Mikrofon – wir wurden sehr viel angerufen von westlichen Rundfunkanstalten – immer das gesagt, was er im Bauch hatte. Natürlich war das, was Schorlemmer sagte, immer das Gegenteil von dem, was Eppelmann sagte und dergleichen. Schnur hat sich da noch nicht in den westlichen Medien gemeldet, er wusste wahrscheinlich auch, warum. Wir hatten einige Eckgrundsätze formuliert, und da steht, im Gegensatz zu dem, was Ilko[-Sascha Kowalczuk] denkt, ganz klar die Trennung von Partei und Gesellschaft, freie Wahlen, Menschenrechte. Zur deutschen Frage hieß es bei uns (das kam von Edelbert Richter, weil der schon Mitte der achtziger Jahre im Rahmen der Blockfreiheitsbewegung ein solches Papier veröffentlicht hatte): Die deutsche Frage ist für uns offen. Das steht auch in den frühen Papieren. Diese Sachen waren ziemlich heftig und deutlich. Und dann verabredeten wir den 1. Oktober. Das war übrigens der erste Termin, der frei war, denn wir hatten ja auch alle beruflich etwas zu tun. Es wurde verabredet, dass wir in diesem gut einem Monat Gespräche führen mit allen anderen. Ich war also mehrfach bei Bärbel Bohley, Rainer Eppelmann auch. Aber Bärbel hat sich konsequent geweigert, mit uns zusammenzuarbeiten. Es gab zwei Begründungen, oder drei eigentlich: „Wolfgang Schnur ist ein Stasi-Mann." Das fand ich absolut doof, dass sie so dachte. Ich fand ihn nett. Er hat sich mir als fromm gegeben, ich habe das geglaubt, und da hat er mich gepackt an einer Stelle, an der ich sehr leicht erreichbar bin, deswegen habe ich Vertrauen entwickelt.

*Kellerhoff*: Er war ihr Anwalt gewesen. Daher hatte sie Probleme, sie hatte ihn in dieser Hinsicht schon kennengelernt.

*Neubert*: Ja. „Und Eppelmann", hat sie gesagt, „Du wirst sehen, das ist der einzige, der von Euch übrig bleibt, der ist so machtgeil." Kam auch ein bisschen so. Ich sehe das heute positiver, weil er pragmatischer war. Dann haben wir uns unterhalten, ich bin mit ihr ein paar Mal mit dem Auto durch die Stadt gefahren und überall, die ganze Zeit bis in den Oktober hinein, hatten wir diese Autos hinter uns her, also die Stasi. Einmal hat sie gefragt, was wir zum Sozialismus sagen würden. Da habe ich gesagt: „Na ja, schon, aber nicht diesen." Da war sie zufrieden. Ich habe gesagt: „Natürlich, ist doch ganz klar. Aber so nebenbei: Es

geht hier um die Macht." Da hat sie gesagt: „Das ist Macho-Gehabe. Es geht hier nicht um die Macht, es geht um die Freiheit." Wenn man nachträglich ihre Texte anguckt, ich habe das gerade die Tage aus bestimmten Gründen noch mal gelesen, hat sie in dieser Machtfrage changiert. Sie hat gesagt: „Macht muss abgegeben werden." Auf der anderen Seite hat sie dann aber auch die führende Rolle der SED noch anerkannt. Das war bei uns ein bisschen klarer.

Jetzt kam der September. Nicht nur das „Neue Forum" gründete sich – Ungarn passierte usw. Jetzt wussten wir, der 1. Oktober ist eigentlich schon zu spät. Da hat Edelbert Richter mich angerufen, der im Westen war und gesagt: „Was ist denn los? Da hat sich doch Bärbel Bohley mit so was wie dem ‚Neuen Forum' – stimmt das überhaupt? – gemeldet." Ich sagte: „Ja. Meine Gespräche, und auch von Rainer [Eppelmann] mit ihr, haben zu keinem Ergebnis geführt." Und da hat Edelbert gesagt: „Heute Nachmittag kommen zu mir Journalisten. Da habe ich wenigstens eine Botschaft. Ich verkünde, dass der DA gegründet wird."

Das hat er gemacht. Ich habe dann zugestimmt. Aber nun dachte ich, jetzt muss ich handeln. Ich habe alle möglichen Leute angerufen. Es war vorher schon ein bisschen im Gang, Landgruppen zu gründen, wir hatten in Sachsen die ersten Interessenten, diese Gruppen des DA waren z.T. schon seit Ende August entstanden, bloß den Namen durften sie noch nicht tragen. Das ging dann relativ rasch. Es gab bloß noch eine offene Stelle: Würde der DA ein Verein werden, wie eine Partei mit Mitgliederstruktur, was er dann später geworden ist, oder würde er so eine Art Dachverband sein? Das haben die Sozialdemokraten auch versucht zu nutzen, jedenfalls gab es Gespräche, mit Markus [Meckel], Martin [Gutzeit] und mir, dass sie eventuell, wenn es ein Dach wird, drunterschlüpfen. Das hat aber nicht geklappt. Ich bin später eigentlich ganz froh gewesen, dass es nicht geklappt hat. Das lag am 1. Oktober.

Am 1. Oktober, als wir uns trafen, hatte es ganz gut funktioniert, über 80 Leute waren nach Berlin gekommen. Die Beschattung wurde jeden Tag stärker, ich merkte das, die Autos fuhren hinterher, überall standen sie, bei mir im Hauseingang und bei anderen, bei Eppelmann standen sie sowieso immer; bei Bärbel [Bohley] waren sie immer frecher geworden, sie saßen in einem Bauwagen. Jedenfalls habe ich das vorbereitet. Ich habe auch Euch [zu U. Poppe] einmal gefragt, ob Ihr ein Lokal kennt, außerhalb der Kirche. Niemand konnte mir etwas sagen. Einmal bin ich zu einer Kneipe gegangen. Als ich angedeutet habe, was ist, hat der sich bald in die Hose gemacht. Und da habe ich gesagt: Gut, unsere Wohnung – die war sehr groß –, dort haben wir das vorbereitet, aber ich musste die Stasi ablenken. Deswegen waren nur ganz wenige eingeweiht, selbst Eppelmann und Schnur habe ich es nicht gesagt. Offiziell wurde gesagt: Bei Eppelmann in der Samariterstraße. So ist das auch in die Literatur eingegangen, obwohl die die konspirative Sache oft gar nicht kennen. Dort hatte ich ein paar Vertrauensleute postiert, die kleine Zettel hatten, auf denen stand, wo es wirklich ist. Die haben sie dort verteilt. Und dann ging die Fahrt los. Die Stasi hat, als Schnur den Zettel kriegte, nach zehn Minuten kapiert, was hier abläuft. Wer ein Auto hatte, ist dann eingestiegen, zu meiner Wohnung, manche wussten es nicht genau, manche wussten es sehr genau. Schließlich waren in meiner Wohnung 17 Leute, zwei waren vorher schon drin, Markus

[Meckel] war auch da und gerade wieder hinausgegangen. Dann kam die Stasi mit großem Aufgebot und hat das hermetisch abgeriegelt, auch mit Drohgebärden, Bewaffneten, einem LKW.

*Kellerhoff*: Auf die Reaktion des Staates kommen wir vielleicht noch.

*Neubert*: Diese kleine Truppe jedenfalls waren wieder die falschen Leute, da war Daniela Dahn drin, die in der SED war. Aber ich konnte sie ja nicht rausschmeißen. Da habe ich gesagt: „Was machst Du, um Gottes willen?" Wir hatten Papiere vorbereitet. „Nur eins darf nicht passieren, dass die jetzt die Papiere formulieren." Ich habe dann gesagt: „Wir machen hier nur sprachlich-redaktionelle Änderungen." Das haben die ein bisschen gemacht, haben ein paar Kommata noch besser gesetzt als ich, und den einen Aufruf noch ein bisschen verändert. Das ging alles. Schnur kam zwischendurch und erzählte die Legende, er habe der Stasi gesagt, er sei Rechtsanwalt, er dürfe rein, er müsse rein. Natürlich hat sie den Schnur reingeschickt, um uns zu sagen, es sei unsolidarisch, wir sollten aufhören. Die anderen waren in Pankow und in Friedrichshain. Die Stasi ist denen auch nachgefahren. Und das Telefon ging mal, ging mal nicht. Wenn wir versucht haben zu telefonieren, nach fünf Sekunden war es aus. Ich konnte allerdings damals die epd erreichen, das kam auch gleich im Sender. Aber wenn wir aufgelegt haben, nach kurzer Zeit ging es wieder, die wollten ja mithören. Und dann in der Nacht, damit höre ich jetzt auf, hatten wir diese Papiere. Um kurz vor Zwölf hatten uns die meisten verlassen und die Stasi rückte ab. Dann sind Rudi Pahnke und ich zu einem Treffen mit West-Journalisten, das allerdings schon vorher verabredet worden war, in die Wohnung von Rainer Eppelmann gefahren. Dort habe ich diesen Entwurf des DA-Gründungspapiers hingegeben und habe so getan, als hätten wir den DA gegründet. Ich wollte die Öffentlichkeit, und die Journalisten haben das auch wunderbar verbreitet, so dass es in den West-Medien kam, worauf wir in den nächsten Tagen und Wochen eine gute Kommunikation aufbauen konnten. Aber die echte DA-Gründung, also die juristisch einwandfreie, ist einen Monat später erfolgt.

*Kellerhoff*: Herr Poppe, wir haben jetzt einiges darüber gehört, was alles im September und Anfang Oktober passiert ist. Die IFM hat sich mit diesem Aufruf vom 11. März sehr viel früher, sogar noch vor den Kommunalwahlen, an die Öffentlichkeit gewagt, hat dann aber wohl noch nicht den richtigen Durchschlag gehabt. Teilen Sie meine Wahrnehmung, dass tatsächlich der September '89 für die Formierung der Opposition von besonderer Bedeutung war? Sie kann ich das fragen, weil die IFM bereits lange vorher aktiv war und ihr Papier herausgebracht hatte. Oder ist das vielleicht eine nachträgliche Wahrnehmung dieser Situation mit dem Blick des Wissenschaftlers, des Journalisten, die dem gar nicht entspricht? Wie ist die Wahrnehmung des Zeitzeugen?

*G. Poppe*: Wie bei Politikern üblich, also auch bei welchen, die nicht mehr im Amt sind, reden sie erst einmal über andere Dinge, als sie gefragt werden. Ich nehme dies Recht auch für mich in Anspruch, weil jetzt sehr viel über die Gründungsgeschichten erzählt wurde. Es gibt auch für die „Initiative Frieden und Menschenrechte" eine sehr interessante Gründungsgeschichte. Ich will

nicht allzu weit ausholen, aber es gibt natürlich Wurzeln in der Friedensbewegung der frühen achtziger Jahre, wie für alle anderen hier Anwesenden auch. Und ich muss sagen, dass wir zum Zeitpunkt dieser Gründung, das liegt noch vor '89, ziemlich exakt die gleichen Auffassungen hatten über den Zustand der DDR, wie sie Ilko-Sascha Kowalczuk hier dargestellt hat. Ich bin da anderer Meinung als Reinhard Schult oder auch als Ulrike [Poppe], die das offenbar nicht ganz so schlimm gesehen haben. Aber es war natürlich nicht der Ausgangspunkt, obwohl das immer ein Problem ist, nachträglich in Kenntnis der ganzen Details und der ganzen historischen Abläufe über diese zu reden, das ist uns schon voll bewusst, das muss uns auch bewusst bleiben.

Aber wir können nicht umhin, hier mit diesem Wissen im Kopf zu reden. Wir haben natürlich nicht den katastrophalen wirtschaftlichen Zustand oder die Verwaltung der Mangelgesellschaft in der DDR zum Ausgangspunkt der Gründung der damaligen Menschenrechts-Initiative genommen, sondern die anderen Defizite, von denen noch gar nicht die Rede war, nämlich diese permanente Indoktrination, diese permanente Bevormundung und Entmündigung eines ganzen Volkes, die Menschenrechtsverletzungen, die an der Tagesordnung waren, das völlige Fehlen von Demokratie – dies alles waren entscheidende Gründe für den Versuch von oppositionellen Gruppen, sich in irgendeiner Weise zu organisieren. Und wir waren Ende '85, nach dem Verbot eines Menschenrechts-Seminars, nicht bereit, das einfach hinzunehmen, sondern wollten an diesem Thema weiterarbeiten. Das war zunächst eine größere Gruppe, da war auch noch Reinhard Schult dabei. Sie spaltete sich nachher auf, weil es diverse inhaltliche Positionen gab oder auch Unterschiede in der Auffassung, wie man mit westlichen Medien umgeht. Wir waren etwas offener. Oder wie man mit den Auslandskontakten umgeht. Es gab durchaus Differenzen, so wie insgesamt die Oppositionsbewegung in der DDR ein sehr sehr breites Spektrum darstellt. Deshalb ist es überhaupt nicht verwunderlich, wenn es in dem Moment, wo Freiheit möglich wird, einen sehr starken Differenzierungsprozess gibt und die Menschen sich unterschiedlich ihren politischen Motiven oder auch ihren Neigungen entsprechend verhalten und unterschiedlich einordnen.

Zum Zeitpunkt Ende '85, als die „Initiative Frieden und Menschenrechte" gegründet wurde, sah die Situation etwas anders aus. Es war eine sehr kleine Gruppe, die begonnen hat. Es sind viele Leute, die Ihnen möglicherweise bekannt sind. Es gehörte Bärbel Bohley dazu, es gehörte auch Ulrike [Poppe] dazu, es gehörte Wolfgang Templin dazu, Ralph Hirsch, Peter Grimm, Werner Fischer, Martin und Antje Böttger und andere, die man noch nennen könnte. Man sieht daran schon, dass aus dem Personal dieser Initiative auch ein Teil des Personals für die Neugründungen des Herbstes '89 kommt. Sowohl in dieser ersten Gruppe des „Neuen Forum" waren Mitglieder der „Initiative Frieden und Menschenrechte" wie auch bei „Demokratie Jetzt" und letztlich sogar bei der SDP. Darauf können wir nun allerdings nicht stolz sein, denn der bekannte Herr Böhme, der zu den ungefähr sieben bis zehn Inoffiziellen Mitarbeitern, die die Staatssicherheit im Laufe der Zeit etabliert hat, gehörte, ist dann in einer führenden Position der SDP gelandet. Diese Situation will ich jetzt einfach nur noch mal an den Anfang stellen, ehe ich dann zu diesen heute diskutierten Fra-

gen komme. Wir werden vielleicht auch noch über die verschiedenen Aktionsformen, politischen Zielrichtungen und so etwas reden.

Auf jeden Fall war es so, dass wir immer eine sehr kleine Gruppe gewesen sind. Es sind vielleicht 15 bis 20, 25 aktive Leute gewesen. Dazu kamen dann im Laufe der Jahre auch viele Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit. Das hat damit zu tun, dass wir gesagt haben: Von nun an agieren wir öffentlich. Im Unterschied zu den Oppositionellen in den sechziger und siebziger Jahren, die immer auf konspirative Tätigkeit bedacht waren, die einen theoretischen Text mit der Schreibmaschine schrieben und sieben Exemplare verteilen konnten, also unter sich blieben, keinerlei Außenwirkung hatten, waren wir der Auffassung, wir müssen nun, Anfang der Achtziger, Mitte der Achtziger insbesondere in diesem Falle, an die Öffentlichkeit. Wir müssen auch, sofern uns die nicht zugebilligt wird, versuchen, sie auf anderem Wege herzustellen. Der Beginn der ganzen Samisdat-Literatur in der DDR, wenngleich sieben bis zehn Jahre später als in ost-mittel-europäischen Ländern, kam zustande mit solchen Blättern wie „Grenzfall", herausgegeben von Mitgliedern der „Initiative Frieden und Menschenrechte", oder auch den Umweltblättern.

Dies alles hat sehr dazu beigetragen, dass die Entwicklung der nächsten Jahre möglich wurde, nämlich in dem Sinne, dass aus einzelnen isoliert agierenden Einzelpersonen oder auch Kleingruppen doch ein größeres Netz gebildet wurde. Ein Ziel war immer die Vernetzung der in der DDR bestehenden Gruppierungen, von denen man nicht genau wusste, wie viele es gibt, wie viele Leute das sind. Dass es nur 500 bis 700 Leute waren, haben wir später erst erfahren. Wir wussten es nicht genau. Wir dachten, hier sind immer noch ganz viele, die wir nicht kennen. 1989 haben wir dann festgestellt, eigentlich kennen wir alle, fast alle. Das muss man immer im Auge behalten, wenn man sich jetzt die Frage stellt: Wie verhält es sich denn mit dieser kleinen Opposition und ihrem Machtanspruch? Wir waren uns durchaus bewusst, dass wir nicht in der Mehrheit der Bevölkerung verankert sind, die eher an solchen Problemen leidet, wie Herr Kowalczuk sie vorhin beschrieben hat, und vielleicht weniger an den Problemen, dass es keine Demokratie oder keine Möglichkeit für die Opposition gibt, sich in den Medien darzustellen. Möglicherweise leiden natürlich die Menschen an beidem, wahrscheinlich. Aber es gab unterschiedliche Akzentsetzungen. Von daher wussten wir auch in diesem infragestehenden Zeitraum, dass wir im Grunde genommen nicht automatisch für die ganze DDR-Bevölkerung sprechen.

Wir wussten, dass eine Möglichkeit darin besteht – und unsere Zielsetzung sah so aus –, Menschen zu motivieren, sich selber zu artikulieren. Wir wollten damit vorangehen. Wir wollten die Wahrheit sagen. Wir wollten den Versuch machen, in der Wahrheit zu leben, wie Havel es beschrieben hat. Wir wollten gesellschaftlichen Druck von unten erzielen. Wir wollten Rechte einfordern, die uns in dieser Gesellschaft nicht zugebilligt wurden, und dies alles mit einem Einsatz der eigenen Person und so öffentlich wie möglich. Das war die Situation, in der wir im Jahr '89 standen. Nachdem es bereits Ende '87/Anfang '88 sehr bemerkenswerte Solidaritätskampagnen insbesondere im Fall von politischen Inhaftierungen gegeben hat – wenn Sie sich erinnern: Zionskirche, Umweltbibliothek November '87, Januar/Februar die Verhaftungen von fünf nam-

haften Mitgliedern der „Initiative Frieden und Menschenrechte", außer diesen Verhaftungen der Teilnehmer an der Luxemburg-Demo, die anschließenden Solidaritätsveranstaltungen überwiegend in Berliner Kirchen, aber auch in vielen anderen Städten der DDR, inzwischen Tausende, die zu diesen Veranstaltungen kamen –, man hat also gesehen, es gibt eine Chance der öffentlichen Wirksamkeit und auch eine unbedingte Notwendigkeit, sich über diesen jeweils vergleichbar kleinen Raum hinwegzubewegen. Das war der Ausgangspunkt für unsere Erklärungen oder Aufforderungen vom 11. März 1989, die „Initiative Frieden und Menschenrechte" DDR-weit zu bilden, die bis dahin nur als Berliner Gruppe agierte. Die Zielsetzung entsprach unseren thematischen Vorstellungen, die schon in einem Selbstverständnispapier 1987 festgehalten sind. Übrigens sind wir damals, glaube ich, die einzige Gruppierung gewesen, die den Sozialismusbegriff nicht mehr erwähnt im Unterschied zu diesen Neugründungen.

*Kellerhoff*: Darauf werden wir noch zu sprechen kommen.

*G. Poppe*: Also im März der Versuch, weil das offenbar an der Tagesordnung war, wenigstens diese DDR-weite Vernetzung zu schaffen. Wir zielten im Übrigen auch noch darüber hinaus, indem wir die Zusammenarbeit mit den ostmittel-europäischen Dissidentengruppen verstärkt haben, der „Charta '77" in Prag z.B. oder den hier schon genannten polnischen und ungarischen Dissidenten. Das war das erklärte Ziel, dass wir uns nicht nur für Berlin und die DDR, sondern auch für eine europäische Entwicklung einsetzen. Zu diesem Zweck brauchte man diese Verbreiterung, um DDR-weit zu agieren, um die Begrenzung der Opposition zu überwinden, auf unterschiedlichem Wege, ob basisdemokratisch oder durch Parteigründung. Aber in der Zielrichtung waren sich doch die Leute einig. Es gab dieses ziemlich breite Spektrum, das reichte von Christen bis zu Noch- oder Ex-Marxisten. Die Wege wurden unterschiedlich gesehen – die einen waren für eine Parteigründung, die anderen haben sie für verfrüht gehalten. Aber einig war man sich in dem Punkt, dass es an der Zeit ist, wirklich die Vernetzung, die angefangen hatte, voranzutreiben.

Das Ergebnis war zu dem Zeitpunkt unklar. Wir haben hundertmal irgendwelche Unterschriftenaktionen gemacht. Niemand konnte in dem Moment ahnen, dass die Unterschriftenaktionen, wie zunächst beim „Neuen Forum", diese Folgen haben. Jedenfalls haben wir in dem Moment mit dieser Dynamik der Entwicklung nicht rechnen können, wie man auch mit späteren sehr dynamischen Entwicklungen, dem ganzen Prozess bis zur deutschen Einheit, nicht unbedingt in jedem Falle rechnen konnte. Vieles hat sich auf eine andere Weise entwickelt, als wir das voraussehen konnten. Aber, gut, es wurde gesagt, es gab persönliche Differenzen. Das ist auf jeden Fall richtig. Es gab politische Differenzen. Es gab tatsächlich sogar persönliche Differenzen zwischen den Akteuren. Es war z.T. bedauerlich. Um das für die „Initiative Frieden und Menschenrechte" zu sagen: Wir gehörten zu denjenigen, die immer den Versuch gemacht hatten, ein größtmögliches Maß an Gemeinsamkeit dieser verschiedenen Gruppen zu erreichen. Das war vielleicht unsere Rolle, denn wir waren viel kleiner als alle anderen neu gegründeten Bürgerbewegungen oder Parteien. Wir waren so klein, wie wir auch am Anfang schon gewesen waren. Aber wir hatten eben

ein gewisses Potenzial an Personen. Und wir hatten diesen Anspruch einer möglichst gemeinsamen Aktion, so weit, wie das geht, gegen die SED und natürlich auch gegen die Blockparteien, die sich heute so hochstilisieren, als wäre ihr Beitritt in die CDU oder LDP eine Widerstandshandlung gewesen.

*Kellerhoff*: Herr Poppe, lassen Sie uns jetzt noch mal beim Zeitpunkt verbleiben. Herr Schöne hat uns eine These hingeworfen, die seiner Aussage nach, ich konnte das von meinem Platz nicht verfolgen, für Kopfschütteln im Plenum gesorgt haben soll. Deshalb der Reihe nach an die Gäste hier auf dem Podium ganz einfach die schlichte Frage: Hat es diese Absprache – vor dem 1. Oktober gehen wir nicht an die Öffentlichkeit, vor dem 1. Oktober machen wir nichts Konkretes –, in den einzelnen Gruppen gegeben? Ich fange bei Ihnen an, Herr Schult. Offensichtlich nicht, wenn Sie am 9. September aktiv geworden sind?

*Schult*: Dazu kann ich eigentlich nichts sagen, weil ich an dieser Vorbereitungsrunde, bei diesen Absprachen nicht beteiligt gewesen bin. Ich kann nur die Reaktion nach der Gründung feststellen, dass Eppelmann schwer empört gewesen ist. Er hat mir in einem Gespräch gesagt, er sei damals überrascht worden und er habe mit Bärbel Bohley verabredet, dass wir nichts getrennt gründen. Deshalb hat er auch immer, im September und Oktober, darauf gedrungen, dass der DA und das „Neue Forum" sich vereinigen unter der Überschrift: Ihr habt die Massen, wir haben die Köpfe. Ich kann mich erinnern, dass nachher festgestellt worden ist, dass es auch Absprachen mit Gerd Poppe gegeben hat. Das eine Stasi-Papier vom 12. Juli '89 von Reinhard Pump, IM „Paule", ist das erste Papier, wo das Treffen am 9. September als Treffen zur Vorbereitung einer Gründung deklariert worden ist. Aber der 9. September steht dann schon am 12. Juli drin. Und da steht unter diesen Namen, die eingeladen werden sollten oder informiert werden sollten, auch Ulrike Poppe.

*Kellerhoff*: Herr Neubert, der 1. Oktober spielte für den DA tatsächlich die Rolle, die Sie uns eben geschildert haben. Hat Herr Schöne Recht oder hat er Unrecht?

*Neubert*: Da hat er nicht Recht. Ich muss es bestätigen, ähnlich wie Rainer [Eppelmann]. Rainer hat es, nachdem ich bei Bärbel [Bohley] gescheitert war, eben noch einmal versucht und hat sich eingebildet, sie hätte eine Zusage gemacht, hat sie aber nicht. Denn, wie gesagt, der 9. stand fest. Sie wollte mit ihm auf keinen Fall. Er hätte keine Chance gehabt. Aber, da muss man ganz ehrlich sein, wir können heute mal die Stunde der Wahrheit machen: Ich habe in anderen Gruppen Wutanfälle auf Bärbel und Euch erlebt, dass sie ohne Absprachen vorausgesprescht ist; vor allem hat natürlich dieser schnelle Erfolg des „Neuen Forum" zu denken gegeben. Ich war nach kurzer Zeit ganz und gar, nachdem ich Eure Sachen gelesen habe, dagegen, dass wir gemeinsam arbeiten. Rainer hat versucht, noch auf das Schiff des „Neuen Forum" zu gelangen oder in das Schiff, wie die „Grünen" auch.

*Schult*: Als „Grüne Liste im Neuen Forum" hat er Unterschriften gesammelt.

*Neubert*: Genau. Aber Rainer wollte noch irgendwas, um da aufzuspringen. Ich hatte das gelesen, und ich glaube, das war auch der Hauptgegensatz, was in dem Aufruf des „Neuen Forum" steht. Es sind kaum programmatische Sachen, das kommt erst am 1. Oktober, sondern es ist eigentlich nur die Aufforderung zum Dialog. Und dieses dialogische zivilgesellschaftliche Konzept, das ist ein wunderbares Konzept, was in Ost-Mittel-Europa sehr gegriffen hat. Aber das war schon in wenigen Wochen überholt. Wir führten den Dialog. Das heißt, es gab schon Debatten. Nun musste auch ein bisschen genauer gesagt werden, worum es denn eigentlich geht. Da waren die Sozialdemokraten, oder dann auch der DA, also die Parteien etwas besser dran, weil die inhaltlich konkret deutlicher etwas machen konnten, obwohl am Anfang die meisten DDR-Bürger Angst hatten, sich in den Parteien, vor allem bei den Sozialdemokraten, zu engagieren. Das heißt, wir haben eine ganz merkwürdige Bewegung gehabt. Aber die mitgliederstärkste und stärkste mobilisierende Wirkung, und deswegen war es eigentlich unverzichtbar, nachträglich gesehen, hatte das „Neue Forum". Die hatten bis zu 200000 Unterschriften gesammelt. Aber die inhaltlich, glaube ich, Profilierteren, das waren eben die Sozialdemokraten, dann auch der DA.

*U. Poppe*: Und wir.

*Neubert*: Ihr auch, aber Ihr lagt so im Schatten, wenn man es jetzt organisationsgeschichtlich sagt.

*Neubert*: „Demokratie Jetzt" war für mich der exklusive Intellektuellen-Verein. Das war eine wunderbare Sache. Ich habe mich so oft, als bei uns der Kampf war, gefragt: Gehst Du jetzt zu denen? Aber so weit weg von der Basis. Es war zu intellektuell. Wenn ich an die Papiere von Matthias Arzt denke, oder die Leute aus Potsdam, diese Wissenschaftler, was die gemacht haben, das verstanden nur Leute, die ein hohes intellektuelles Niveau hatten, auch Wolfgang Ullmann mit den riesenmoralischen Ansprüchen. Insofern habt Ihr ein bisschen Pech gehabt, ja, es ist so.

*Kellerhoff*: Dazu können Sie gleich etwas sagen.

*Neubert*: Obwohl man noch viel mehr sagen muss, Herr Kellerhoff, der Runde Tisch hat allen, ob klein oder groß, einen Platz gegeben.

*U. Poppe*: Ich kann mich an eine entsprechende Absprache nicht erinnern und habe immer die unterschiedlichen Gründungen als sinnvoll angesehen, sehe das immer noch als sinnvoll an. In der Tat, wir waren arrogant genug, um zu sagen, wir wollen nicht so eine Feld- und Wiesen-Organisation sein wie das „Neue Forum", wo jeder eintreten kann, auch die Belasteten, auch die SED-Mitglieder, die sich, nur um den Status einer Vereinigung zu bekommen, sich unter der SED-Verfassung wegducken und damit den Artikel 1 akzeptieren, die führende Rolle der Partei, gegen die wir von Anfang an sehr deutlich aufgetreten sind. Wir haben auch den Aufruf verfasst, der für eine Abschaffung des Artikels 1 war, denn darin haben wir die Crux gesehen: Solange dieser Artikel bestehen bleibt, solange kriegen wir nie eine Veränderung im System. Insofern

haben wir uns schon gegenseitig kritisiert. Aber das waren auch fruchtbare Kritiken.

Wir waren andererseits auch froh, dass es das „Neue Forum" gab, denn es hat wirklich die breite Masse mobilisiert, und das war wichtig für uns alle. Das waren unterschiedliche Strategien. Wir haben mehr Sinn darin gesehen, ein paar inhaltliche Angebote zu machen, wobei die nicht so dezidiert waren, es war kein Programm, aber es waren ein paar Diskussionspunkte, die wir in unserem Thesenpapier zusammengestellt haben, wo wir eine Richtung vorgeschlagen und dazu zur Diskussion aufgerufen haben.

*Kellerhoff*: Also keine Absprache 1. Oktober. Herr Gutzeit, Ihre Erinnerung?

*Gutzeit*: Ich habe von keiner Absprache gehört. Ich habe von den Gesprächen gehört, die dann Ende Juni bei dem Gruppentreffen beim Bund der Evangelischen Kirchen geführt wurden. Es sind im Laufe dieses Herbstes unterschiedliche Leute von unterschiedlichen Wahrnehmungen ausgegangen. Eppelmann ist von einer anderen Wahrnehmung ausgegangen. Das war für ihn Realität, denke ich. Und dann sind die Konflikte entsprechend gelaufen. Für uns gab es überhaupt eine andere Situation ...

*Kellerhoff*: Und auch keine Bedeutung für eine solche eventuelle Überlegung.

*Gutzeit*: Für uns hat das sowieso keine Bedeutung gehabt, weil wir von vornherein, bevor uns von den anderen etwas bekannt war, mit unserer Sache losgelaufen sind. Insofern gab es keine Beschränkung.

*Kellerhoff*: Und Herr Poppe, kennen Sie diese Absprache?

*G. Poppe*: Absprache im eigentlichen Sinne nicht. Aber es gab natürlich Informationen, die wir auf dem einen oder anderen Weg erhielten. Wir wussten z.B. ziemlich lange Zeit von diesem Treffen, das in Grünheide geplant war. Nur, da ich nicht eingeladen war, Ulrike [Poppe] war auch nicht eingeladen, sind wir auch nicht hingegangen. Das war's. Über die Gründe der Nichteinladung kann man jetzt spekulieren. Da gibt es z.B. die Geschichte eines Stasi-IM in der „Initiative Frieden und Menschenrechte", die von Bärbel Bohley vielleicht etwas früher erkannt wurde als von den anderen. Und da gab es Differenzen über den Umgang mit oder die sofortige Ausschließung dieser Person, nach Auffassung anderer waren die Beweise noch nicht hundertprozentig stichhaltig. Aus solchen, im Grunde genommen sehr einfachen Situationen entwickelten sich Animositäten innerhalb des Personenkreises, der eigentlich inhaltlich schon viele Jahre zusammengearbeitet hat und sich auch in wesentlichen Fragen einig war.

Ich muss auch immer sagen: Jedes Mal, wenn es Inhaftierungen gegeben hat, sind über die Grenzen all dieser unterschiedlichen Gruppierungen hinweg sehr schnell eine Einigung und gemeinsame Solidaritätsbekundungen zustande gekommen. Es gab das alles. Aber bei diesen Gründungsprozessen wurden nicht alle beteiligt, nicht alle einbezogen. Anders war es bei der SPD, die hat uns auch schon im Frühsommer befragt. Ich kann mich erinnern, Markus [Meckel] und auch Martin Gutzeit sind herumgereist und haben mögliche infragekommende Leute befragt. Wir gehörten zu denen, die das erstmal nicht wollten und sagten:

„Wir sehen im Moment keine Chance für eine Parteigründung." Nun gut, wir haben uns an der Stelle geirrt. Andererseits wäre ich wahrscheinlich nicht in eine sozialdemokratische Partei gegangen. Wenn ich mir den Zustand dieser Partei heute ansehe, habe ich wahrscheinlich auch nicht ganz Unrecht. Aber auch andere haben keinen Grund zur Überheblichkeit. Auch der „Demokratische Aufbruch", hat angesichts seiner sehr wechselvollen Geschichte in der Entstehungszeit überhaupt keinen Grund zur Überheblichkeit gegenüber anderen hier genannten Gruppen.

*Kellerhoff*: Herr Neubert.

*Neubert*: Ich finde das lustig, dass wir jetzt wieder wie vor zwanzig Jahren angekommen sind, Gerd.

*Kellerhoff*: Aber diesmal öffentlich.

*Neubert*: Gerd, manchmal wünsche ich, dass wir die Revolution noch einmal machen können. Aber Du würdest Dich umgucken, was wir als DA gemacht hätten.

*Kellerhoff*: Ich möchte jetzt ganz bewusst eine für wahrscheinlich alle meine Gäste provozierende Frage stellen. Herr Poppe hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es eine Zahl von wenigen hundert, wahrscheinlich unter tausend Oppositionellen in dieser Zeit gegeben hat. Und es gibt die zugespitzte Formulierung (ich weiß nicht, von wem sie stammt), die größte Oppositionsbewegung in der DDR seien die Fluchtbewegungen gewesen. Ich habe die genauen Zahlen jetzt nicht im Blick. Wir wissen alle, die Karl Liebknecht – Rosa Luxemburg-Demonstration war eben nicht nur eine der Oppositionellen, sondern auch eine Aktion oder die Gegendemonstration von Ausreisewilligen. Sie zählt jedenfalls eher nach fünf- denn nach vierstelligen Zahlen, vielleicht schon nach sechsstelligen Zahlen im Jahr 1989. Wie sehen Sie, Frau Poppe, die zugespitzte Formulierung, die größte Oppositionsgruppe (Stichwort: Abstimmung mit den Füßen) sei die Fluchtbewegung gewesen, derjenigen, die sich geistig schon verabschiedet hatten von der DDR, auch wenn sie physisch noch nicht die Möglichkeit hatten, aus dem Land auszureisen?

*U. Poppe*: Die Massenflucht im Sommer '89 hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Das war wahrscheinlich der entscheidende Faktor, dass die Wellen hochschlugen und die Revolution in Gang kam. Dennoch würde ich die Fluchtbewegung nicht als Opposition bezeichnen. Opposition ist für mich etwas Aktives, was sich speziell auf die Abschaffung des Systems richtet und gleichzeitig auch eine Erneuerung und die Vision einer Veränderung im Blick hat. Das Nur-Weggehen hat zwar den Zusammenbruch befördert, ohne Zweifel, aber es hat erstmal nichts Neues impliziert. Deshalb ist für mich dieser Begriff für die Fluchtbewegung nicht geeignet.

*Kellerhoff*: Herr Neubert.

*Neubert*: Da stimme ich Ulrike [Poppe] zu. Im September trat doch das Merkwürdige ein, dass alle Handlungsstränge zusammenkamen: Die Opposition

formierte sich, die Ausreisesache kulminierte durch die Öffnung in Ungarn usw. Das heißt, auch die Künstler rebellierten. Vorhin ist das von Herrn Schöne ein bisschen einseitig dargestellt worden: Auch in den Kirchen gibt es, auf den Synoden, plötzlich Mehrheiten, die jetzt die Demokratisierung fordern. Insofern spielt das alles zusammen. Es ist ganz interessant, diese Dialektik zwischen Hierbleibern und den Leuten ist in Leipzig schön beschrieben worden, erst ruft die Mehrheit „Wir wollen raus", dann ruft schließlich die Mehrheit „Wir bleiben hier".

Aber wenn Sie die Fluchtbewegung ansprechen: Die Revolution hat in ihrem Verlauf ständig neue Akteursgruppen gebracht. In der SED, das verbuche ich als Rettungsaktion, die sogenannten Reformer, kleine Grüppchen, haben immerhin den Selbstzerlegungsprozess der SED ein bisschen gefördert. Dann muss man daran denken, dass es schon ab Dezember, manchmal geht das im November los, viele Neugründungen gibt, weil die Bürgerbewegung bestimmte Themen nach Ansicht der Bevölkerung oder tatsächlich nicht hinreichend behandelt hat. Ich habe bis zu 50 solche Grüppchen und neuen Parteien gefunden. Es ist auch interessant, wie sie sich bezeichnen. Das sind nicht mehr diese schönen Worte wie „Demokratie Jetzt" oder „Demokratischer Aufbruch", „Neues Forum", sondern jetzt sind das FDU oder CSPD. Man merkt, die neuen Parteien, die sich gründen, kopieren alle die West-Parteien, sie wollen wenigstens immer zwei Buchstaben drin haben. Auch aus dem „Neuen Forum" wachsen solche Parteien heraus. Sie sind im Wesentlichen fast alles Wiedervereinigungsparteien. Und nur eine, ein Zusammenschluss aus 20 kleinen Parteien: die DSU, kommt dann einigermaßen zum Zuge. Es wachsen eben neue Akteursgruppen. Aber die alte Opposition hatte noch einen Riesenvorteil, weil sie über die Kontaktgruppe den Runden Tisch erzwungen hatte und das organisiert hat. Das ist eigentlich eines der wichtigsten Verdienste dieser sehr heterogenen Opposition. Hier sitzen gerade vier Leute, die an der Vorbereitung beteiligt waren. Damals hat das „Neue Forum" sich nicht beteiligt bei der Vorbereitung des Runden Tisches, aber dann am Runden Tisch natürlich auch. Das hat uns einen strukturellen Vorteil gegeben. Aber wir haben dadurch die Entwicklung in der Gesellschaft auch ein bisschen verpasst. Als der Runde Tisch zu Ende ging, gab es viele andere Akteure, und die Gesellschaft war schon auf einem anderen Weg als die reformerische Mehrheit des Runden Tisches.

*Kellerhoff*: Herr Schult, Sie hatten in kürzester Zeit unter den Aufruf zehntausende, dann binnen vier Wochen über 100000 Unterschriften, die genauen Zahlen habe ich nicht im Kopf. Das ist eine Massenbewegung, das ist in einer ganz anderen Größenordnung als andere Oppositionsgruppen, trotzdem haben Sie gerade einmal die Menge oder annähernd die Menge erreicht, die die Fluchtbewegung ausgemacht hat. Wie haben Sie das damals wahrgenommen? War das ein Gegensatz zwischen denjenigen, die „Neues Forum" und Reformen in der DDR und eine demokratische DDR wollten und denjenigen, die einfach nur raus wollten?

*Schult*: Es gab diese beiden Bewegungen. Daraus entstand auch, dass Leute sagten „Wir bleiben hier. Wir fühlen uns für dieses Land verantwortlich. Wir wollen uns nicht von unsern Kindern fragen lassen: Was habt Ihr dagegen ge-

tan, gegen diese Verhältnisse?" Man muss auch sagen, wer weg war, war weg und war für die Opposition nicht mehr greifbar, hat sich nicht mehr eingebracht und hat, auch wenn er zuvor in der Opposition gewesen ist, einen Erfahrungsschatz mitgenommen. Da die Gruppen sich neu gebildet haben, mussten sie – in den Provinzen, wo die Opposition im Gegensatz zu Berlin nicht so zahlreich war – irgendwie politische Erfahrungen machen. Das war schon ein Verlust. Das Regime hat das benutzt, indem es in den achtziger Jahren immer mal wieder die Schleusen aufmachte, um den Druck wegzunehmen.

Zu uns sind Leute gekommen, das hat uns gefreut, die gesagt haben „Wir lassen den Ausreiseantrag jetzt erstmal ruhen. Es bewegt sich was. Und wir mischen jetzt hier mit." Und wir haben festgestellt, dass die staatlichen Strukturen innerhalb des Landes, der Gemeinden, Kommunen, Bezirke, zerfallen, das „Neue Forum" war sehr basisorientiert und sehr kommunal orientiert. Es stimmt nicht, was hier gesagt worden ist, dass wir uns nicht mit Programmatik beschäftigt haben und wir programmatische Aussagen nicht getroffen haben. Aber wir haben versucht, die Leute selber denkend zu machen und in einem Prozess des Dialogs und der Verständigung diese programmatischen Grundsätze zu erarbeiten. Das ist ein bisschen langwieriger, als wenn man sich mit einer kleinen Gruppe hinsetzt und eine Programmabteilung eine Programmatik festlegt. Aber das war ein anderer Ansatz. Wir haben uns an dem Artikel 1 nicht gestört, weil wir gesagt haben: Wir mobilisieren die Straße und stellen daraufhin die Machtfrage und drängen die SED, wie wir das in den achtziger Jahren schon gemacht haben, kleinteilig erkämpfen wir uns immer mehr Freiräume und versuchen, die Verstaatlichung der Gesellschaft zurückzudrängen. Diese ganzen Verfassungsfragen, Artikel 1, haben wir für nebensächlich gehalten.

*Kellerhoff*: Aber der Aufruf beginnt mit dem Satz „In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört." Das ist ja nun, weiß Gott, ein Frontalangriff, egal wie Sie zu Artikel 1 der DDR-Verfassung gestanden haben. Das müssen sie doch auch als Frontalangriff wahrgenommen haben.

*Schult*: Ja, sicher.

*Kellerhoff*: Das war kein Kommunikations- oder Dialogangebot, sondern die Aussage: Ihr, SED, habt abgewirtschaftet. Ihr seid dafür verantwortlich, dass es zu dieser Kommunikationsstörung gekommen ist. Oder?

*Schult*: Ja, sicherlich. Wir haben versucht, das zu organisieren, um die Leute beiseitezuschieben. Aber wir haben uns nicht mit dem Artikel 1 beschäftigt. Das war nicht die Voraussetzung. Sondern die Mobilisierung der Straße und in den Kreisen, Dörfern und in den Gemeinden war uns wichtig. Und dass die Leute, nach der langen Depression, sich selber artikulieren, aktiv werden. Das hat auch geklappt.

*Kellerhoff*: Sie haben also den Artikel 1 nicht akzeptiert, sondern ignoriert?

*Schult*: Ja, so kann man das sagen.

*Kellerhoff*: Herr Gutzeit, Sie haben nicht ganz umsonst Ihre Gründung, obwohl sie von Anfang an eine sozialdemokratische Partei sein sollte, am Anfang nicht SPD genannt, sondern SDP, also mit einem anderen Kürzel als die westdeutsche SPD. Sie haben zunächst auch Bezug genommen auf ein DDR-spezifisches Gebilde, das Sie gründen wollten. Wie haben Sie aus dieser Sicht die Fluchtbewegung vor allem im September gesehen, als z.B. gleichzeitig der Gründungsaufruf des „Neuen Forum" bekannt wurde und Nachrichten übers Westfernsehen kamen, dass es schon 400 DDR-Bürger sind, die in Budapest am 12. September in der bundesdeutschen Botschaft Unterschlupf gefunden hatten?

*Gutzeit*: Das war für uns ein Krisensymptom der DDR, und konnte uns nur ermuntern, kräftiger und zügiger zu arbeiten. Persönliche Erfahrung mit den Ausreisern hatten wir schon seit den siebziger Jahren; von meinem Studienjahr sind bestimmt 20, 30 Prozent ausgereist. Wir haben über die ganzen Jahre immer diese Verluste erlebt. Ich für mich sagte, ich bleibe hier, und zwar deshalb, weil ich sagte, dieses Land überlassen wir nicht der Macht der SED. Deswegen haben wir gesagt, wir machen eine Partei, das heißt, wir stellen selbst einen Machtanspruch auf. Wer politische Verantwortung wahrnehmen will, der muss so handeln. Deswegen steht in unserem Aufruf gleich, den Machtanspruch der SED abzulehnen und selbst Ansprüche anzumelden. Vielleicht gerade Anfang September: Der Sachverhalt, dass die Kollegen von der Sicherheit bei uns Anfang September nicht vor der Tür standen, hat mich bestärkt, zu sagen: Die sind tatsächlich bankrott. Denn die Provokation, die wir gemacht haben – etliche haben befürchtet, dass sie uns verhaften –, die war so markant, dass sie es hätten machen müssen, wenn sie noch zeigen wollten, dass sie tatsächlich einen eigenen Machtwillen haben. Dass sie es nicht getan haben und die Sachen weiterlaufen ließen, hat gezeigt, dass sie, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr können.

*Kellerhoff*: Das ist ein wunderbarer Anknüpfungspunkt für mich, weil ich genau darauf noch eingehen möchte. Herr Neubert hat es bereits angesprochen: Reaktionen des MfS. Sie haben es jetzt auch gesagt. Sie haben im September schon gedacht, dass es nicht mehr so gefährlich sei?

*Gutzeit*: Na, gefährlich ...

*Kellerhoff*: Dass sie abgewirtschaftet hatten, dass sie nicht mehr bei Ihnen vor der Tür standen.

*Gutzeit*: Sie hätten es eigentlich machen müssen. Bloß sie kamen nicht. Das konnte zwar immer noch passieren, das heißt, es konnte keiner abschätzen, wann sie zugreifen. Denn es gab ja Verhaftungen. Bloß bei uns nicht.

*Kellerhoff*: Herr Poppe, wie war Ihre Einschätzung des Gefährdungspotenzials? Sie hatten auch Familie, Kinder. War das ein Problem? Waren Sie schon so weit jenseits von Gut und Böse, dass es Sie nicht mehr gekümmert hat?

*G. Poppe*: Das war so. Aber darf ich noch kurz was zu den Ausreisern sagen?

*Kellerhoff*: Wenn Sie möchten, bitte.

*G. Poppe*: Die „Initiative Frieden und Menschenrechte" hatte ein ambivalentes Verhältnis zu dem Problem. Auf der einen Seite gab es mit Lotte und Wolfgang Templin zwei Mitglieder, die sich bis zu ihrer Verhaftung im Januar '88 intensiv um den Dialog mit den inzwischen entstandenen Ausreisegruppen bemüht haben. Auf der anderen Seite haben wir immer gesehen, dass es dort nur dieses eine Thema gab, das lautete einfach „Nur weg", da war kein anderes Thema. Die hatten zwar unterschiedliche biografische und politische Erfahrungen gemacht, aber es gab nur dieses eine Thema. Und wir hatten die Sorge, mit Recht, dass unsere politischen Themen in dem Moment, wo wir solche Personen mit in der Gruppierung haben, doch letztendlich untergehen, angesichts der Tatsache, dass es viel mehr Ausreisewillige gab als Oppositionelle, das hatten wir vorhin schon festgestellt. Auf der anderen Seite kennt jeder eine Vielzahl von Menschen, die weggegangen sind. Gerade meine Freundeskreise sind mehrfach dezimiert worden im Laufe von 20, 25 Jahren, so dass es durchaus verständlich war, darüber nachzudenken, und ich glaube, dass die meisten Menschen darüber nachgedacht haben, ob sie irgendwann und unter welchen Bedingungen ebenfalls diesen Weg gehen. Ich glaube nicht, dass jemand von sich behaupten kann, er hätte diese Überlegung überhaupt nicht gemacht. Das Problem war uns verständlich. Wir haben es auch als ein Menschenrecht angesehen, gerade als „Initiative Frieden und Menschenrechte". Aber wir waren sehr zurückhaltend, was politische Zusammenarbeit anging. Das war in Berlin anders als beispielsweise in Leipzig und anderen Städten, wo sie sehr viel stärker gemeinsam aufgetreten sind.

Jetzt zu der anderen Frage: Gefährdungspotenzial. Sie haben Recht, ich hatte andere Dinge erlebt im Laufe der vielen Jahre. Es war deutlich zu sehen, dass es Veränderungen gab, zwar noch die erwähnten Verhaftungen Anfang '88, aber auch dort nach einer Woche Abschiebung in den Westen. Es war nicht mehr das, was es früher war, dass Leute jahrelang im Gefängnis saßen. Wir hatten einen gewissen Bekanntheitsgrad. Wenn wir mal ein paar Stunden weg waren, war das noch am gleichen Tag bei den West-Medien bekannt. Die Gefährdungslage war schon in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine andere als davor. In den Stasi-Unterlagen finden sich immer wieder Hinweise, dass man uns bekämpfen soll unterhalb der Schwelle einer Verhaftung. Das war '83 noch anders, wo ausdrücklich zur Verhaftung aufgefordert wurde. Dann wurde später ausdrücklich nicht mehr zur Verhaftung aufgefordert, dafür gab es aber diese vielfältigen Zersetzungsmaßnahmen, nämlich Desavouierung an der Arbeitsstelle, Zerstörung der Familien usw., es ist ja bekannt, welche Methoden es gegeben hat.

Demzufolge hatten wir vor den Leuten, die vor unserer Haustür standen, eigentlich nicht mehr so viel Furcht. Sie verschwanden dann nach und nach – im September noch nicht, irgendwann im Oktober. Schließlich waren sie sogar plötzlich von unseren Bewachern zum Begleitschutz übergegangen. Als wir nämlich am 6. Dezember den Dalai Lama empfingen, da rückten Leute, die vorher vor unserer Haustür gestanden hatten, plötzlich als Personenschutz für den Dalai Lama an. Das war schon makaber. Diese Zersetzungsmaßnahmen waren durchaus perfide, waren grobe Menschenrechtsverletzungen. Wir dürfen uns

darüber nicht hinwegtäuschen. Aber es war eben doch etwas anderes als diese ständige unmittelbare Bedrohung mit Knast und anderen Repressalien.

*Kellerhoff*: Jetzt bin ich doch etwas überrascht, denn wir haben ja, ich glaube im Juni '89 war es, das Lob von Egon Krenz für die chinesische Lösung. Wir haben in Leipzig am 9. Oktober die große Überraschung, dass eigentlich alle damit gerechnet haben, dass etwas passiert und dass trotzdem 70000 Menschen auf die Straße gegangen sind, und dass gerade deshalb, weil 70000 Menschen auf die Straße gegangen sind, am Ende nichts Gewaltsames, seitens der SED, geschehen ist. Herr Schult, vielleicht die Frage an Sie: Ist das, was Herr Poppe geschildert hat, möglicherweise eine spezielle Sicht des seit Jahren und schon Jahrzehnten von der Stasi überwachten, teilweise zersetzten, unter Druck gesetzten (Sie bekamen keinen Arbeitsplatz und waren Maschinist in der Schwimmhalle), etwas an den Druck gewöhnten Menschen? Oder war die Wahrnehmung bei Ihnen eine ähnliche? Sie haben auch schon im Knast gesessen vorher.

*Schult*: Ja. Ich war im Knast und hatte mich in den achtziger Jahren der Aufmerksamkeit der Stasi erfreut. Es liefen immer bei irgendwelchen Anlässen ein paar Leute hinter mir her. Wenn man morgens um 6 Uhr das Fenster aufmachte, guckte man auf die Straße, ob irgendwo ein Auto stand, das nicht mehr wegfuhr. Diese Erfahrung habe ich auch gemacht. Ich bin vom 6. bis 8. Oktober rund um die Uhr überwacht worden mit vier Autos. Ich habe mich dann abgeseilt am 8. Oktober, habe mich verkleidet, über einen dunklen Hinterhof, habe meinen Stasi-Pfarrer angerufen, Gottfried Gartenschläger, der hat mich abgeholt mit dem Trabi, habe bei ihm vom 8. zum 9. Oktober übernachtet und bin dann nach Leipzig gefahren, weil ich dachte, am 9. Oktober greifen sie zu und da kennen mich wahrscheinlich vom Angesicht nicht so viele. Aber man muss auch sagen, dass die politischen Inhaftierungen schon Anfang der achtziger Jahre, schon '83, '84, als immer noch Leute aus der Szene verhaftet wurden, diese durch Solidaritätsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit nach zwei, drei, vier, sechs Wochen wieder rausgekommen sind. '85 ist noch mal Karl-Heinz Bomberg inhaftiert worden. Der wurde dann auf Bewährung verurteilt.

Die Mittel und Methoden haben sich verändert. Und die konnten nicht mehr so, wie sie wollten, aufgrund der Nähe der Botschaften und der West-Journalisten. Die Punks haben andere Erfahrungen gemacht. Die waren nicht so bekannt und hatten auch in der Gesellschaft Gegenwind. Bei denen haben sie mit dem Paragraphen 249 gearbeitet. In den achtziger Jahren hatte der Assi-Paragraph wegen Nichtarbeitens bei den Punks Konjunktur, die sind eingesperrt worden. In Dresden sind die Punks von der Polizei aus der Innenstadt verbannt und an den Stadtrand gefahren worden. Das sind ambivalente Vorgänge gewesen. Die Opposition war z.T. geschützter. Man darf auch nicht vergessen, dass es, wie wir nachher in den Stasi-Papieren festgestellt haben, Mordpläne gegeben hat, die nicht von den Leitungen bestätigt worden sind, aber Gedankenspiele gab es. Aber sie haben Anschläge gemacht auf Autos, also Farbanschläge, Reifen zerstechen, Scheiben einschmeißen. Beliebte Zersetzungsmaßnahme war auch, die Toiletten zu verstopfen in den Gemeinden, um die Gemeinden gegen die Gruppen aufzubringen. Bei mir haben sie regelmäßig

Fahrradventile aus dem Fahrrad geklaut, um meine Bewegungsmöglichkeit einzuschränken, solche Spielchen haben sie gemacht. Aber das ist nicht zu vergleichen mit dem, was die Oppositionellen in den fünfziger, sechziger, siebziger Jahren erlebt haben, wo es doch hart zur Sache gegangen ist und wo viele Gefängnisstrafen über fünf bis sieben Jahre und mehr verhängt worden sind und auch die Haftbedingungen noch schrecklicher gewesen sind, als ich das '79/'80 und in den achtziger Jahren erlebt habe. Man kann nicht von humanem Strafvollzug sprechen, aber diese Entwicklung war schon weiter vorangeschritten, so dass es nicht mehr so schlimm gewesen ist wie in den fünfziger, sechziger, siebziger Jahren.

*Kellerhoff*: Frau Poppe, ich weiß nicht, wie alt Ihre Kinder sind, aber sie waren damals noch nicht so alt. Hat das eine Rolle für Sie gespielt in der Wahrnehmung der Gefährdungslage?

*U. Poppe*: Ich kann bestätigen, was Gerd Poppe über unsere persönliche Situation gesagt hat. Dennoch gab es noch eine andere Dimension der Ängste, und das, glaube ich, war sehr verbreitet: Wir wussten nicht, wie die letzten Zuckungen des Staates aussehen werden. Wir mussten durchaus damit rechnen, dass die Staatsmacht irgendwann noch einmal, wenn die SED merkt, dass ihr alle Felle davonschwimmen, wild um sich schlägt. Das haben wir ein bisschen zu spüren bekommen, als wir im Juni eine Demonstration, eine ganz kleine, unscheinbare Demonstration vor der chinesischen Botschaft in Pankow machten. Da habe ich eine Brutalität durch den Polizeieinsatz erlebt, die ich vorher noch nicht kannte. In den ersten Oktobertagen hat sich das wiederholt. Da hat die Polizei doch sehr brutal zugeschlagen. Diese Angst hatten wir natürlich auch für Leipzig und für den 9. Oktober. Wir hatten uns durchaus vorstellen können, dass es noch einmal wirklich richtig gewalttätig wird, dass sie noch einmal Panzer auffahren, dass sie schießen und dass tatsächlich eine chinesische Lösung passiert. Man konnte sich auch durchaus nicht sicher sein, dass die sowjetischen Truppen in ihren Kasernen bleiben.

*Kellerhoff*: So viel Vertrauen zu Gorbatschow hatten Sie zu dem Zeitpunkt noch nicht?

*U. Poppe*: Nein. Ich habe es gehofft und es bestand die Aussicht, dass Gorbatschow sozusagen seine Zügel locker lässt und die Demokratisierungsbestrebungen in den Satellitenstaaten zulässt. Aber sicher, gerade in Deutschland, an der Demarkationslinie zum Westen, waren wir uns damals nicht.

*Kellerhoff*: Herr Neubert.

*Neubert*: Ja, ich muss es bestätigen. Ich war Theologe und es war relativ klar, dass wir am besten geschützt waren unter den Oppositionellen. Es gab noch ganz wenige, die eingesperrt worden sind, ein Freund von mir, aber in dem Fall haben sie etwas anderes vorgeschoben. Sie haben versucht, uns zu kriminalisieren, wo es ging. Und ich hatte Angst, weil ich auch noch ein paar andere illegale Sachen hatte, die ich nicht öffentlich gemacht habe. Ich schrieb im Westen unter Pseudonym und hatte immer mal Angst, dass das auffliegt. Aber das ist nicht

passiert. Die chinesische Sache hat mich noch nicht so beeindruckt. Aber Anfang Oktober, oder Ende September, wurde es heftig. Das hatte ich in der Provinz nicht so erlebt, in Weimar, wie man ständig begleitet wurde und wo die überall standen. Vor allem hatte ich Angst, denn wir hatten noch kleine Kinder, vor allen Dingen ein Baby. Am 1. Oktober, und noch an anderen Tagen, habe ich meine Frau mit den Kindern zu Freunden geschickt oder hingefahren. Es gab auch ein paar Vorsichtsmaßnahmen, z.B. Verstecke für Papiere. Und die ungeheuer vielen Sabotageakte an meinem Auto.

*U. Poppe*: Bloß war das schon eher das, was Reinhard Schult auch erzählte mit dem Fahrrad. Mir haben sie auch immer wieder die Fahrradreifen durchgestochen.

*Neubert*: Nein, nein, die Autosache, die ging ca. '87/'88 los.

*U. Poppe*: Es gab diese kleinen Erschwernisse des alltäglichen Lebens einschließlich der Bedrohungen unserer Kinder. Die Stasi war durchaus in der Schule unserer Kinder. Das war aber schon viel eher. Das war '89 sozusagen keine neue Qualität.

*Kellerhoff*: Herr Gutzeit, Sie haben am 7. Oktober in Schwante die SDP offiziell begründet. Und am selben Abend, wenn ich das richtig weiß, kommt es in Berlin nach den Demonstrationen, oder wie es in den Stasi-Akten heißt: Zusammenrottung, gegen den 40. Jahrestag der DDR zu Rangeleien und zu Schlägereien und zu massiven „Zuführungen". Sie haben das Ganze in Schwante draußen an der Peripherie miterlebt. Sie sind ja nicht umsonst dahin gegangen und haben es nicht in Mitte gemacht oder sonstwo, wo Sie noch Möglichkeiten gehabt hätten, sondern Sie haben es an der Peripherie gemacht. Wie haben sie das Gefährdungspotenzial in dieser Phase der Formierung der neuen Opposition eingeschätzt?

*Gutzeit*: Natürlich haben wir das alles als äußerst gefährdet angesehen, deswegen haben wir auch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Als ich vorhin sagte, als die nicht kamen, dachte ich, die sind bankrott, heißt das nicht, ich hätte die Gefahren nicht gesehen. Natürlich haben wir vorher schon gesagt, auch unseren Kindern gegenüber, was zu tun ist, wenn sie uns verhaften, die Kinder haben das immer noch traumatisch in Erinnerung. Damit gerechnet haben wir natürlich. Ende September, Anfang Oktober ging es noch einmal zur Sache. Das MfS stand natürlich bei uns in Marwitz. Das ist völlig klar. Und in unserer Kirchgemeinde gab es noch Drohungen, wüste Drohungen, nach dem Motto: Ihre Frau könnte ja in der Havel verschwinden. Das war völlig eindeutig.

*Kellerhoff*: Das war keine Rhetorik. Das war für Sie eine reale Drohung?

*Gutzeit*: Ja, natürlich. Wie sollte man das denn sonst begreifen? Wir haben dann die Gründung entsprechend trickreich vorbereitet. Erstens, nach der Erfahrung der Verhinderung der Gründung des DA hatten wir schon in der Nacht vom 1./2. Oktober eine Gründungserklärung fertig gemacht, die ich abgesichert hatte. Über Böhme mussten sie das wissen. Das heißt, die Gründung war nicht mehr zu verhindern, in dieser Hinsicht. Dann gab es entsprechende Abspra-

chen, dass alle Mitglieder der Initiativgruppe, die nach Schwante fuhren, die Nächte vorher nicht mehr zu Hause schlafen sollten. Einer hat es nicht gemacht, den verfolgte das MfS mit seinen Autos. Es gibt in den MfS-Unterlagen Listen von beabsichtigten Blockierungen. Sie haben u.a. den Kameramann Siegbert Schefke blockiert, der kam nicht raus, und deswegen musste sein Freund Aram Radomski mit der Kamera hinkommen. Zur DA-Gründung am 1. Oktober hatten sie auch Leute blockiert. Daher haben wir es eben anders gemacht. Wir hatten auch Ausweichvarianten. Sie haben die Gründung der SDP nicht verhindert, wahrscheinlich in Abwägung. Sie wussten, dass sie es eigentlich nicht mehr verhindern können. Aber natürlich musste man davon ausgehen, eigentlich hätten sie es verhindern müssen. Sie haben es aber nicht geschafft.

*Neubert*: Am 1. Oktober, bei dieser Gründung, gelang es mir an einer Stelle einmal, ein Telefon zu erwischen und ich kriegte den epd-Korrespondenten Röder, der das sofort, wie das immer auch ging, an den Deutschlandfunk gegeben hat. Eine Stunde später, wir saßen noch fest, hörten wir es schon im Deutschlandfunk. 10 oder 20 Minuten später kamen Leute, offenbar von dem Führungspunkt, wo sie saßen, und redeten, gestikulierten. Gleichzeitig war eine andere Truppe bei Euch [zu Reinhard Schult] unten, bei Pflugbeil, das heißt also, sie waren nun plötzlich in einer blöden Lage: Sollten sie reingehen, das ganz verhindern? Im Radio war es schon. Das war echt eine Waffe.

*Gutzeit*: Da spielt noch etwas anderes eine Rolle. In Berlin war im Ostteil die SPD eigentlich doch nie aufgelöst, sie hatte nur die Arbeit eingestellt. Wenn wir für die DDR etwas machen wollten, dann mussten wir diese Sache außerhalb von Berlin durchziehen.

*Neubert*: Ja, das hatte rechtliche Gründe. Das war sehr klug.

*Kellerhoff*: Der Vier-Mächte-Status.

*Neubert*: Ja. Am 7. Oktober gab es in Berlin diese ersten sehr großen Demonstrationen. Und ich war, glaube ich, in Hohenschönhausen. Wir fuhren am Nachmittag, oder gegen Abend, rein. Da kamen wir in diese Auseinandersetzungen, allerdings waren wir hinter den Reihen der Kampfgruppen und der Polizei. Wir haben dann erlebt, mit welcher Brutalität die vorgingen. Da gab es noch einmal solch einen Moment: Also, jetzt wollen sie es wirklich wissen und dem Spuk ein Ende machen. Das war noch einmal sehr kritisch. Aber auf der anderen Seite hat man auch geahnt, dass sie hilflos sind. Das war irgendwie unwürdig. Wenn sie es jetzt schon nötig haben, auf der Straße unschuldige Leute wegzufangen, zusammenzuschlagen. Sie haben in diesen Tagen allein in Berlin über 1000 Leute festgenommen. Aber schon ein paar Tage später war das eine Waffe für uns.

*Kellerhoff*: Das konnte man natürlich nicht wissen.

*Neubert*: Ja. Aber wir konnten das in die Öffentlichkeit geben. Marianne [Birthler] und andere sammelten damals die Berichte über diese Übergriffe. Das hat natürlich gesessen in der Öffentlichkeit.

*Kellerhoff*: Ich möchte unbedingt noch auf die programmatischen Fragen in dieser frühen Zeit eingehen. Ich beginne vielleicht bei Ihnen, Frau Poppe. „Demokratie Jetzt" hat, wenn ich das richtig gelesen habe, mit einem Sozialismus-Begriff operiert, der sehr stark auf den Überlegungen eines Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Partei-Kommunismus fußte. Lag dem ein durchdachtes Konzept zugrunde oder war das, wenn ich ketzerisch frage, mehr Rhetorik, um neben dem Hauptziel, dem Ende des SED-Regimes, den potenziellen Unterstützern noch etwas anderes an Inhalt anzubieten?

*U. Poppe*: Unserm Konzept lag die Vorstellung zugrunde, dass wir eine Gesellschaft wollten, in der alle Eigentumsformen möglich sind und sich die Effektivsten in freier Konkurrenz durchsetzen können. Das heißt: Wir haben den Sozialismus nicht verstanden als Aufhebung des Privateigentums und Volkseigentums. Bezüglich der Marktwirtschaft gab es eine klare Aussage. Andererseits haben wir den Sozialismus-Begriff benutzt. Nun war er gerade auch zu der Zeit ziemlich inflationär gebraucht. Ich habe noch in Erinnerung, wie Gorbatschow im Sommer 1989 sagte, Schweden sei für ihn der wahre Sozialismus. Der hohe soziale Standard eines natürlich kapitalistischen Landes war für ihn mit diesem Begriff besetzt. Nun weiß ich nicht, wie einzelne Mitglieder von „Demokratie Jetzt" das gesehen haben, wahrscheinlich auch sehr unterschiedlich. Vorrangig für uns waren dann aber doch die demokratische Struktur und die Rechtsstaatlichkeit, die wir auch deutlich betont haben.

*Kellerhoff*: Darin bestand wohl bei allen hier auf diesem Podium vertretenen Oppositionsgruppen keine Differenz. Herr Neubert, der „Demokratische Aufbruch" ergänzte seinen Namen, Sie haben es schon gesagt, um die Attribute sozial und ökologisch. Gegen diese drei Dinge: demokratisch, sozial und ökologisch konnte nun eigentlich niemand wirklich etwas haben. War das ein Gemischtwarenladen?

*Neubert*: Nein, das war schon spannend. Der „Demokratische Aufbruch" war ein bisschen das Spiegelbild der Gesamtsituation. Wir haben am Anfang die Formel „sozialistisch" in bestimmten Papieren gehabt. Es hieß immer, wir wollen eine Demokratisierung, in der alles enthalten ist, auf sozialistischer Grundlage. Aber es war mental nicht anders möglich. Ein Mann wie Friedrich Schorlemmer, mit dem ich eng befreundet war, hatte zum Beispiel Riesenvisionen. Der sagte: „Ich habe die Vision, dass die Grenze hier ein grüner Rasen ist, auf dem Ost und West spazieren gehen." Ich sagte: „Na und? Dann gibt es die DDR nicht mehr." „Nein, nein. Die Leute fliehen aus dem Westen in die DDR." Machen Sie mal mit solchen Leuten Politik. Man musste immer irgendwelche Kompromisse machen. Die Mehrheitsverhältnisse im DA waren so, dass letzten Endes diese sozialistischen Sachen immer mehr rausfielen. Aber den Hauch von Drittem Weg gab es bis zum Parteitag im Dezember. Übrigens fand ich den auch bei Euch [zu Ulrike Poppe]. Es gab Leute, die die Meinungsführerschaft hatten. Und Edelbert Richter, der die achtziger Jahre über geschrieben hat, „der Osten muss liberale Grundsätze übernehmen und der Westen sozialistische. Und wir müssen uns aufeinander zu reformieren". Das

gab es bei Euch [zu Ulrike Poppe] auch, solche Leute, Stephan Bickhardt und andere. Und dann natürlich die Vorstellung von einer Neutralität, das war einfach bei uns drin.

Die Aversionen, die die Bundesregierung, auch Sozialdemokraten, gegen uns hatten, beruhten z.B. auch darauf, dass für die bundesdeutsche Politik ein Austritt aus den westlichen Bündnissen undenkbar war. Diese Entscheidung war in den fünfziger Jahren gefallen und wurde zehn Jahre später von den Sozialdemokraten übernommen. Insofern waren alle diese Dinge programmatisch, die bei uns sehr stark vorhanden waren. Natürlich, die hatten schon einen utopischen Charakter. Wobei man sagen muss, es waren für uns Vorstellungen, dass wir überhaupt weitermachen konnten. Denn die westdeutsche, bundesdeutsche Politik hat sich vorher überhaupt nicht um uns gekümmert. Sie hatten den Status Quo, vielleicht hätte Kohl den beinahe noch finanziert, er hat es dann nicht gemacht. Aber Schäuble und Seiters hatten ihm das nahegelegt. Was hätten wir dann gemacht, wenn die im November der DDR sechs Milliarden geschenkt hätten?

*Kellerhoff*: Herr Gutzeit, Sie haben nicht umsonst, ich glaube, auch in Abgrenzung zur real existierenden SPD in Westdeutschland ihre Gründung SDP genannt. Aber wenn ich die Quellen richtig gelesen habe, dann waren die Inhalte doch schon in einem sehr starken Sinn im Kern sozialdemokratisch. Sie haben auch bewusst mit dem Bild der Sozialdemokratie, beispielsweise aus der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg oder der Weimarer Republik, gearbeitet. Oder sehe ich das falsch?

*Gutzeit*: Wir haben uns bewusst in diese sozialdemokratische Tradition gestellt. Das mit dem Namen ging zu diesem Zeitpunkt nicht anders. Auch schon in dem SDP-Namen steckt ein historisches und politisches Potenzial, das sprengt, das für die ganze DDR sprengend war. Deswegen haben wir es erst einmal vorsichtig formuliert. Aber wir haben uns in der Programmatik ganz klar in die sozialdemokratische Tradition gestellt. Eine soziale Marktwirtschaft, alle solche Dinge, die Grundelemente einer westlichen Demokratie, sozialdemokratisches Muster, ist drin. Es kommt nachher im Statut noch mal der Sozialismusbegriff, das hat aber damit zu tun, dass wir, indem wir den Antrag auf Aufnahme in die Sozialistische Internationale gestellt haben, uns bewusst in diese politische Familie gestellt haben, was für uns eine sinnvolle Angelegenheit war, weil das eben nicht nur eine deutsch-deutsche Kiste war, sondern eine weitergehende Angelegenheit. Und das zeigte sich auch nachher im Laufe des Herbstes '89.

*Kellerhoff*: Aber die Programmatik war eindeutig sozialdemokratisch.

*Gutzeit*: Eindeutig sozialdemokratisch. Keine Einschränkung.

*Kellerhoff*: Herr Schult, korrigieren Sie mich, aber ich glaube, im Gründungsaufruf vom 9. oder 10. September steht der Begriff „Sozialismus" nicht, oder?

*Schult*: Nein, er steht nicht drin.

*Kellerhoff*: Warum nicht? Was waren die programmatischen Gedanken dabei – jetzt unabhängig von dem Streit, wann Sie angefangen haben, programmatisch zu denken, der genaue Zeitpunkt ist jetzt nicht wichtig?

*Schult*: Wir fanden den Sozialismus-Begriff nicht mehr definiert, er war inflationär. Wir wollten keine Ellenbogen-Gesellschaft, das haben wir hineingeschrieben. Wir wollten gerechte Weltwirtschaft. Wir wollten eine Abrüstung, eine Entmilitarisierung der Politik, eine Politik von unten, also eine Graswurzel-Politik, dass sich die Leute selber Gedanken machen. Und wir wollten auch, im Begriff des „Europäischen Hauses" von Gorbatschow, Entmilitarisierung in Europa und die Abschaffung der Blöcke, das, was wir schon in den achtziger Jahren gefordert haben. Bärbel Bohley hat im Interview gesagt, innerhalb 40 Jahre DDR gab es keine fünf Minuten Sozialismus. Das fand ich ganz richtig. Dieses System – als sozialistisch zu bezeichnen war es auch nicht. Wir waren auch gegen den westlichen Kapitalismus und gegen die westliche Parteiendemokratie. Wir wollten eine andere Struktur aufbauen in der Gesellschaft, wo es mehr Beteiligung und mehr Möglichkeiten gibt, dass jeder einzelne sich an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen kann.

*G. Poppe*: Wir haben immer gesagt, die Lösung der deutschen Frage stellen wir uns vor im Kontext der Aufhebung der europäischen Teilung. Unsere Freunde in Warschau und Prag haben letztlich Recht behalten, dass es andersherum gelaufen ist. Aber wir haben das Thema nicht negiert, sondern wir haben es angesprochen, dabei auch utopische Modelle gehabt, das wurde eben schon von anderer Seite gesagt, diese Neutralitätsgeschichten. Wir haben gesagt, Deutschland raus aus NATO und Warschauer Pakt, das war offenbar illusionär, ich habe das dann auch später revidiert, was mich betrifft. Aber wir haben damals so gedacht. Schwerpunkt waren immer die Demokratie- und Menschenrechtsforderungen, auch schon vorher. Die DDR hatte sogar nun immerhin die wesentlichen Menschenrechtspakte ratifiziert. Man konnte, man musste sie einklagen. Man musste es auch tun nach der KSZE-Konferenz von Helsinki, und später natürlich bei den Nachfolge-Konferenzen. Selbstverständlich gab es ohne jegliche Einschränkung die Forderung nach einer vollen Umsetzung der Menschenrechte, die nicht teilbar sind.

Diesen Begriff haben wir immer mit dem Friedensbegriff verknüpft, schon im Namen. Wir haben immer gesagt, ohne inneren kein äußerer Frieden, also ohne konsequente Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten ist ein Staat unglaubwürdig, auch in seinen Außenbeziehungen. Das haben wir durchgehalten bis in die Zeit des Runden Tisches hinein, wo natürlich die Demokratisierung der DDR selbst, Wahlgesetz usw. im Vordergrund standen, vor allen Dingen auch die Verfassungsdebatte. Die ist sowohl von der „Initiative Frieden und Menschenrechte" als auch sehr stark von „Demokratie Jetzt" geführt worden. Für uns war es wichtig, dass wir nicht einfach ohne Wenn und Aber nach Artikel 23 das Grundgesetz übernehmen, sondern wir wollten den anderen Weg nach Artikel 146, schon aus dem Grund, weil wir uns davon eine größere verbindliche Zustimmung, sozusagen eine der gesamten DDR-Bevölkerung, zum Einigungsprozess erhofft haben. Wahrscheinlich wären uns auch etliche

Probleme erspart geblieben, wenn es so weit gekommen wäre. Es gab das Gegenargument mit dem Zeitfenster, das Kohl immer angeführt hat. Wir wissen um diese Diskussionen. Aber das waren für uns Schwerpunktthemen im letzten Jahr der DDR und dann bis in die Zeit des Runden Tisches hinein. Und im Grunde genommen auch noch in der Volkskammerzeit.

*Kellerhoff*: Meine Damen und Herren, im Prinzip wären wir am Ende mit diesem Podium. Aber wenn Sie nicht Zeter und Mordio schreien, wäre ich doch bereit, da eine sehr freundliche Anfrage vorliegt, eine Ausnahme von der Festlegung zu machen, jetzt keine Publikumsfragen zuzulassen, sondern dies auf die Nachmittagsdiskussion zu verschieben. Also, wenn nicht ganz lauter Protest bei Ihnen aufbrandet, bitte ich Sie um Ihre Frage.

*N. N.*: Ich habe eine Frage, die überhaupt noch nicht besprochen worden ist: Das allgemeine Bild, das man in Vorträgen, in Veröffentlichungen, jetzt hier auf dem Podium wiederfindet, ist, dass es eine völlig in sich geschlossene Sache gewesen ist. Da gab es Oppositionelle, die haben sich vereinigt, die haben Absprachen miteinander getroffen, die sind, was hier auch noch nicht gesagt wurde, aber jeder weiß, von West-Journalisten unterstützt worden. Die Frage, die ich habe, speziell an Martin Gutzeit, aber auch indirekt an Reinhard Schult: Gab es im Sommer 1989 konspirative Absprachen mit westlichen Politikern, indem man schon auf die Veränderungen in der DDR angespielt hat, auf Unterstützung gehofft hat? Gab es Absprachen, die dann eventuell nach der erfolgreichen Revolution auch zu Gegenleistungen verpflichtet haben? Dieser ganze Komplex ist bis jetzt überhaupt noch nicht durchdacht worden. Ich weiß nur z.B., als ich als Ausgereister in West-Berlin zur Unterstützung des „Neuen Forums" das „Neue Forum West" gegründet hatte, wurde ich dafür sehr hart attackiert von Reinhard Schult, mit der Begründung: „Wir wollen keinerlei Westkontakte haben." Aber nach dem, was ich dann erfahren habe, gab es solche Kontakte doch zur West-Berliner SPD. Das ist natürlich bisher nie verifiziert worden. Darum die Frage an Euch beide: Gab es politische Unterstützung, jetzt nicht von den Journalisten, sondern von den Parteien?

*Gutzeit*: Es gab Gespräche. Am 10. Juni '89 kam Gert Weisskirchen nach Ost-Berlin, wo ich ihn traf. Da waren aber nicht nur spätere Sozialdemokraten anwesend, sondern in der Wohnung Misselwitz, wo dies stattfand, war u.a. auch Sebastian Pflugbeil dabei. Gert Weisskirchen fragte, weil die SPD geplant hatte, im September eine Fraktionssitzung in Berlin zu machen und auch über Fragen hinsichtlich der Situation in der DDR zu diskutieren: „Was erwartet Ihr von uns?" Da habe ich gesagt: „Ich sollt Euch so verhalten, dass so etwas wie Ihr bei uns auch möglich ist." Ich habe ihn dann zum Grenzübergang gefahren. Da habe ich angedeutet, was wir vorhaben. Er fing an, von Reformern in der DDR zu reden. Das heißt, sie hatten das überhaupt nicht im Blick. Die Wahrnehmung war nicht da. Nun haben wir den Antrag auf Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale gestellt. Hans Misselwitz war über den 7. Oktober mit seiner Frau im Westen, wir hatten vor ihrer Reise gesagt, sie sollten zur SPD Kontakt aufnehmen. Das ist dann auch schon passiert. Dann kamen im

Laufe des Herbstes Kontakte von West nach Ost zustande. Gansel kam rüber, unser jetziger Innensenator kam auch mit rüber. Das war Ende Oktober. Und so baute sich langsam etwas auf. Schon im November fuhren unsere Leute vom Vorstand nach Genf zur Ratstagung der Sozialistischen Internationale. Die ersten finanziellen Unterstützungen kamen erst einmal privat. Ehrhart Körting hat uns mal kurz 10000 Mark rübergereicht, aus seiner Privatschatulle, damit wir uns einen Drucker und einen Computer anschaffen konnten. Das war im November. So lief das. Das änderte sich in der weiteren Phase. Also eine Konspiration zur Unterstützung bei uns gab es nicht. Das heißt, wir haben gesagt, wir machen das Ding selbst, und haben es auch durchgezogen. Und dann hat sie, die SPD, sich dazu zu verhalten.

*Kellerhoff*: Hat es irgendeine Form von Verpflichtungen Ihrerseits, der SDP-Gründer, gegenüber der SPD gegeben, die dann später eingefordert wurden?

*Gutzeit*: Gar nicht. Wir haben völlig selbstständig gehandelt, haben uns bis zum Schluss wie ein selbstständiger Partner verhalten und auch ein entsprechendes Verhalten erwartet, sind denen auch entsprechend begegnet. Da gab es keine Verpflichtungen.

*Schult*: Wir hatten sowieso eine Abneigung gegen die westlichen Parteien. Außer den „Grünen" hat vorher niemand Kontakt zu uns gesucht. Ich kann mich nur daran erinnern, dass es einmal Besuche von Ehmke bei Frau Bohley gab, wo wir miteinander diskutiert haben. Das war ungefähr September/Oktober. Absprachen hat es nicht gegeben, Verabredungen auch nicht. An eins kann ich mich noch erinnern, dass einmal 10000 West-Mark bei Frau Bohley von irgendeinem westlichen SPD-Bundestagsabgeordneten angelandet sind. Das war dann für Stephan Hilsberg bestimmt, von der SDP.

*Gutzeit*: Das sind die 10000 von Körting gewesen.

*Schult*: Und dann hat Frau Bohley gefragt, was sie damit machen soll. Ich habe gesagt: „Na, bring das zu mir, das kriegt der Hilsberg nicht." Das sind die ersten 10000 West-Mark, die wir aus dem Westen gekriegt haben. Und dann war das irgendwie peinlich, und dann hat der Herr Körting noch mal die nächsten 10000 für die SDP rübergeschickt.

# II. Die Revolution bis zum 10. November 1989

Gemeinsame Erklärung

Für eine demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft in der DDR fordern wir:

- eine Verfassungsreform, die eine demokratische Willensbildung ohne festgeschriebene Führungsrolle der SED ermöglicht;
- freie und geheime Wahlen auf der Grundlage eines demokratischen Wahlrechtes;

für alle demokratischen Kräfte fordern wir:

- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit;
- Pressefreiheit, einschließlich der Zulassung unabhängiger Zeitungen und gleichberechtigten Zugang zu den elektronischen Medien.

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger der DDR, diese Forderungen mit eigenen Beiträgen und Aktionen zu unterstützen.

Die Vertreter
der Bürgerbewegung Demokratie jetzt
des Demokratischen Aufbruchs
des Grünen Netzwerkes Arche
der Initiative Frieden und Menschenrechte
der Initiativgruppe der Vereinigten Linken Berlins
des Neuen Forums
der SDP

Berlin, an 3. November 1989

(SDP) (Demokratie jetzt) (Demokratischer Aufbruch) (GRÜNE) (SDP) (SDP) (NEUES FORUM)

*Gemeinsame Erklärung von SDP, Initiative Frieden und Menschenrechte, Demokratie Jetzt, Neues Forum, Vereinigte Linke und Demokratischer Aufbruch vom 3. November 1989.*

*Privatarchiv Martin Gutzeit*

*Karsten Timmer*

# Die Massenmobilisierung im Oktober 1989

Die Bürgerbewegung im Herbst 1989 überwand innerhalb kürzester Zeit ein autoritäres Regime, das Beobachter in Ost und West für unangreifbar gehalten hatten. Ihre Einzigartigkeit beruhte jedoch nicht nur auf dieser historischen Ausnahmestellung. Einzigartig war auch die Tatsache, dass die Protestbewegung tatsächlich eine Bürgerbewegung im wahrsten Sinne des Wortes war. Anders als alle anderen sozialen Bewegungen vor ihr war sie nicht auf die Angehörigen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe beschränkt, etwa die Studenten, die Frauen, die Jugend oder die Arbeiter. Sie umfasste statt dessen alle Bevölkerungsschichten: junge und alte Menschen, Frauen und Männer, Studenten und Arbeiter, die durch Massendemonstrationen das Regime erst zu Kompromissen und wenig später zur Machtaufgabe zwangen. Ungewöhnlich war zudem, dass die Aktionen nicht nur in den großen Städten oder in bestimmten Regionen stattfanden, sondern sich über das gesamte Land erstreckten und die Metropolen ebenso umfassten wie Kleinstädte und Dörfer.

Unterteilt man den Verlauf der Bewegung in Phasen, so lässt sich die Zeit bis zum 9. Oktober als Phase der Formierung verstehen. In dieser Zeit entstanden mit den Friedensgebeten und den oppositionellen Gruppen diejenigen Kristallisationspunkte, in denen die massive Unzufriedenheit der Bevölkerung eine Anlaufstelle finden sollte. Bis auf wenige spektakuläre Sonderfälle, wie gerade Leipzig, war dieser Protest jedoch noch nicht öffentlich, sondern auf kirchliche Räume beschränkt.

Erst in der nächsten Phase, vom 9. Oktober bis zum 9. November, wurde die Unzufriedenheit massenhaft in öffentliche Proteste umgesetzt.[1] Ihren Höhepunkt erreichte diese Mobilisierungswelle in der ersten Novemberwoche, als das MfS landesweit 210 Demonstrationen mit insgesamt 1,4 Mio. Teilnehmern zählte.[2] Die Tatsache, dass in dieser Woche statistisch gesehen 10 Prozent der Gesamtbevölkerung auf die Straße gingen, verweist nochmals auf die außergewöhnliche Mobilisierungskraft der Proteste.

Innerhalb kürzester Zeit veränderten sich im Oktober 1989 die Bedingungen und Chancen von Protest in der DDR radikal. Es lagen tatsächlich keine vier Wochen zwischen dem 9. Oktober, an dem noch eine „chinesische Lösung" in Leipzig drohte, und dem 4. November, als Vertreter der oppositionellen Gruppen gemeinsam mit den Spitzen von Staat und Partei vor mehreren Hunderttausend Menschen auf dem Alexanderplatz auftraten. In den vier Wochen, die

---

1 Vgl. zu diesem Phasenmodell und zum Ablauf der Proteste insgesamt: TIMMER, Aufbruch.

2 Vgl. zur Entwicklung der Teilnehmerzahlen die Wochenberichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS sowie Schwabe, Uwe, Der Herbst '89 in Zahlen – Demonstrationen und Kundgebungen vom August 1989 bis zum April 1990, in: KUHRT, Opposition in der DDR, S. 719–735.

zwischen diesen beiden Ereignissen lagen, eilte die Bürgerbewegung von Erfolg zu Erfolg.

Wenn man sich fragt, worin diese Erfolge bestanden, dann ging es sicherlich nicht um Macht oder um Machtgewinn. Weder in der Wahrnehmung der Akteure noch aus einer systematischen Perspektive lassen sich die Auseinandersetzungen dieser Zeit als Machtkampf beschreiben.

Die zentrale Entwicklung dieser vier Wochen war vielmehr ein Kampf um Öffentlichkeit.[3] Schritt um Schritt trotzte die Bewegung dem SED-Regime im Verlauf dieser Zeit Bereiche einer unabhängigen Öffentlichkeit ab – vom geschützten Raum der Friedensgebete über die ersten öffentlichen Demonstrationen bis hin zu den massenhaften Dialogveranstaltungen, auf denen die Funktionäre Rede und Antwort stehen mussten.

Es ist diese Perspektive – der Kampf um Öffentlichkeit –, die den roten Faden der folgenden Ausführungen bilden wird. Als Einstieg in die Thematik möchte ich dazu kurz die Entwicklung in Dresden rekapitulieren. Anhand dieses Beispieles lassen sich verschiedene Erklärungsansätze herausarbeiten, die sich auf die DDR-weiten Entwicklungen übertragen lassen.

Aufbauend auf diesen Erklärungsansätzen möchte ich die landesweite Dynamik der Proteste vorstellen und abschließend die Rolle und Bedeutung der oppositionellen Gruppen in dieser Phase des Protestes diskutieren.

## Die Dynamik aus Dialog und Demonstration in Dresden

Ähnlich wie Leipzig war Dresden ein Sonderfall, der bestimmte Entwicklungen vorwegnahm. In Leipzig waren dies die Friedensgebete und Demonstrationen, die kurze Zeit später auch in anderen Städten zustande kommen sollten. Dresden jedoch war Vorreiter der öffentlichen Dialoge zwischen Bevölkerung und Staatsmacht. Es bietet sich daher als Beispiel an, um einige zentrale Erklärungsmuster für den Kampf um Öffentlichkeit herauszuarbeiten.[4]

In Dresden kam es am 8. Oktober zu einer prekären Situation. Polizisten hatten mitten auf der Prager Straße eine große Gruppe von Demonstranten eingekesselt. Es ging weder vor noch zurück – die Demonstranten im Kessel wollten und konnten nicht weichen und auch die Sicherheitskräfte hatten keinen Ausweg: Weder konnten sie auf friedliche und sitzende Bürger einschlagen, noch konnten sie den Kessel einfach auflösen, ohne das Gesicht zu verlieren.

In dieser Situation fand sich unter den Demonstranten eine Gruppe von 20 Personen, die einen Vorschlag zur friedlichen Lösung machten: Sie boten an, die Versammlung unter der Bedingung aufzulösen, dass sie am nächsten Tag die Möglichkeit erhalten würden, dem Oberbürgermeister Berghofer die Forderungen und Anliegen der Demonstranten in einem persönlichen Gespräch zu übermitteln.

---

[3] Vgl. hierzu vor allem FEHR, Öffentlichkeit.

[4] Vgl. zu den Ereignissen in Dresden URICH, Bürgerbewegung, sowie RICHTER/SOBESLAVSKY, Die Gruppe der 20.

Das Gespräch mit Berghofer am nächsten Morgen bot den Auftakt für eine Auseinandersetzung, die nicht nur um die politischen Forderungen der Demonstranten kreiste. Ganz wesentlich ging es auch um die Frage, wie die Bedingungen des Dialogs zwischen der Staatsmacht und Bevölkerung gestaltet werden sollten.

Berghofer versuchte, den Status und die Öffentlichkeit der Gespräche so minimal wie möglich zu halten. Für ihn war die „Gruppe der 20" – wie sie sich nannte – keineswegs ein Vertreter der Bevölkerung oder gar einer Opposition. Er legte Wert auf die Sprachregelung, dass es sich um 20 besorgte Bürger handelte, die er im Rahmen seiner normalen Amtstätigkeit empfing. Die Gespräche sollten in der Tradition der Gespräche zwischen Staat und Kirche hinter verschlossenen Türen stattfinden und weder Publikum noch Zeugen haben. Auch eine Bekanntgabe der Ergebnisse auf öffentlichen Plätzen kam für Berghofer nicht in Frage.

Für die „Gruppe der 20" wiederum war die Herstellung von Öffentlichkeit selbst ein Ziel der Gespräche. Sie wollte keine machtpolitische Forderungen durchsetzen, sondern einen öffentlichen Dialog anstoßen und vermitteln. Deshalb forderte sie, dass die Gespräche mit Berghofer öffentlich stattfinden sollten, als Podiumsdiskussionen vor Publikum. Zudem sollten auch die Ergebnisse öffentlich bekannt gemacht werden, zum Beispiel im Dynamo-Stadion.[5]

Beim ersten Gespräch am 9. Oktober konnte sich Berghofer mit seinen Vorstellungen noch weitgehend durchsetzen. Das Gespräch fand in kleiner Runde im Rathaus statt und für die Bekanntgabe der Ergebnisse hatte man den Kompromiss gefunden, die Bevölkerung in den Kirchen zu informieren. Dort fanden sich am Abend ca. 30000 Dresdener ein, die der „Gruppe der 20" ein Mandat zu weiteren Verhandlungen gaben.

Auch in der Vorbereitung des zweiten Gesprächs am 16. Oktober hatte sich Berghofer durchsetzen können: Es sollte wieder hinter verschlossenen Türen stattfinden und die Ergebnisse sollten wiederum in den Kirchen bekannt gegeben werden.

Es kam allerdings anders, denn während des Gesprächs passierte das, was die SED unbedingt hatte vermeiden wollen: Vor dem Rathaus, in dem die Verhandlungen liefen, bildete sich eine Demonstration von 10000 Menschen, die lautstark forderten, nicht länger vom Dialog ausgeschlossen zu werden.

Diese Demonstration war von der „Gruppe der 20" weder geplant noch organisiert worden. Aber sie veränderte die Verhandlungsspielräume nachhaltig zu ihren Gunsten. Noch an diesem Abend war Berghofer gezwungen, seinen Versuch, die Gespräche klandestin zu halten, aufzugeben. Da er sich nicht anders zu helfen wusste, trat er vor die Menge, um mit den Demonstranten zu diskutieren.

Dies wiederum war ein Zugeständnis, hinter das die Dresdener Führung nicht mehr zurück konnte. Folgerichtig gab Berghofer alle Bedingungen, die er noch wenige Tage zuvor an einen Dialog geknüpft hatte, auf. Von verschlosse-

---

[5] Vgl. die Unterlagen und Erklärungen der „Gruppe der 20" im Archiv des Stadtmuseum Dresden, Standort 7/3, Ordner: Gruppe der 20.

nen Türen konnte keine Rede mehr sein, als sich der Oberbürgermeister und mit ihm die lokalen Repräsentanten von SED und Blockparteien am 26. Oktober auf der so genannten Cocker-Wiese einer offenen Diskussion mit 100000 Dresdenern stellten.

## Die Faktoren der Massenmobilisierung

Das Beispiel Dresden verdeutlicht, warum die Herstellung von Öffentlichkeit aus meiner Sicht die zentrale Entwicklung der Zeit von Anfang Oktober bis Anfang November 1989 darstellte. Es war zum einen, zeitgenössisch, diejenige Auseinandersetzung, die den Konflikt zwischen Staat und Protesten prägte. Zum andern war es, systematisch gesehen, die wichtigste Leistung der Bewegung, sich diese Räume einer unabhängigen Öffentlichkeit im Laufe des Oktobers gewaltfrei erkämpft zu haben.

Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, am Beispiel Dresdens eine Reihe von Punkten deutlich zu machen, die einen Schlüssel bieten zum Verständnis dessen, was um wenige Tage zeitversetzt in der gesamten DDR passieren sollte. Denn Dresden steht nicht nur stellvertretend für den Kampf um Öffentlichkeit, sondern auch für die Art und Weise, in der dieser Kampf DDR-weit geführt werden sollte.

Erstens: Systematisch gesehen war das Fehlen eines intermediären Systems in der DDR die Voraussetzung für die Dynamik. Demokratische Systeme zeichnen sich – neben vielem anderen – dadurch aus, dass es eine Vielzahl von Organisationen, Verbänden, Vereinen und Initiativen gibt, in denen sich Menschen freiwillig zusammenschließen. Diese Organisationen leisten etwas, was den meisten von ihnen nicht bewusst ist: sie aggregieren, bündeln und artikulieren gesellschaftliche Interessen und machen sie dadurch bearbeitbar für die politischen Entscheidungsträger.

Es ist offensichtlich, dass ein solches intermediäres System in der DDR fehlte. Sigrid Meuschel hat bereits 1992 darauf hingewiesen, dass diese Tatsache für die 40jährige Stabilität der DDR verantwortlich war: man konnte gar keine abweichenden Interessen wahrnehmen, weil diese keine Chance hatten, sich zu organisieren.[6]

In dem Moment aber, wo sich im Herbst 1989 die Unzufriedenheit in der Bevölkerung manifestierte, kehrte sich diese Eigenheit des Systems gegen die Machthaber. Ihnen standen keine Wege zur Verfügung, um die Unzufriedenheit innerhalb der etablierten Strukturen aufzufangen und zu kanalisieren. Sie waren daher gezwungen, neue Gesprächsformen und Gesprächspartner zu finden, und hatten gar keine andere Wahl, als diejenigen „Volks"-Vertreter zu akzeptieren, die sie in der Situation selbst vorfanden. In Dresden war dies eine spontan entstandene Gruppe von 20 Personen; andernorts sollten die neu entstehenden oppositionellen Gruppen diese Funktion wahrnehmen.

Das Problem der fehlenden Ansprechpartner teilte die Führung mit der Bevölkerung. Denn auch ihr fehlte angesichts der blockierten Institutionen ein

---

6 MEUSCHEL, Legitimation.

Mechanismus, um ihre Unzufriedenheit zu artikulieren. Denn Interessen und Anliegen entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie müssen organisiert sein, um wirksam zu werden. Es bedarf einer Anlaufstelle, einer Plattform, die es ermöglicht, individuelle Unzufriedenheit in kollektive Aktion umzusetzen. Im Oktober 1989 gab es keine etablierte Struktur in der DDR, die diese Aufgabe hätte wahrnehmen können.

Die Folgen aus diesem Strukturmerkmal der DDR ließen sich in Dresden deutlich beobachten: beide Seiten – Staatsmacht und Bevölkerung – waren so dringend auf einen neutralen Mittler angewiesen, dass es einer Gruppe aus 20 zufällig zusammen gekommenen Bürgern gelang, von einem Tag auf den anderen ein Gespräch beim Oberbürgermeister zu erzwingen und dort mit Forderungen aufzutreten.

Aus der Sicht der Bürgerbewegung schuf das Fehlen eines intermediären Systems daher einzigartige Handlungschancen: Es gab kein System von etablierten Verbänden und Vereinen, durch das hindurch die Bewegung ihre Anliegen hätte vermitteln müssen. Sie konnte von der Straße weg in einen direkten Kontakt zu den Machthabern treten.

Zweitens wird am Beispiel Dresden deutlich, wie stark die Dynamik von einem Wechselspiel aus Dialog und Demonstration geprägt war. Für die Staatsmacht war der Dialog ein Köder, um die Proteste zu kanalisieren und von der Straße in die Rathäuser zu lenken. Das Angebot von Berghofer lautete daher: Ihr bekommt den Dialog, wenn ihr auf Demonstrationen verzichtet.

Demonstrationen waren damit zunächst einmal die Vorbedingung dafür, dass es zu einem Dialog kam.[7] Ohne die Situation im Kessel und die drohende Eskalation hätte sich Berghofer kaum zu einem Gespräch bereitgefunden. Diese Dynamik setzte sich in der weiteren Entwicklung fort. Denn die Zugeständnisse der Staatsmacht besänftigten nicht wie erhofft die Gemüter, sondern schufen nur ein Bewusstsein der eigenen Stärke, das wiederum zu neuen Forderungen und Erwartungen führte.

Während die Bevölkerung in Dresden daher am Abend des ersten Gesprächs noch – vereinbarungsgemäß – in die Kirchen kam, um sich zu informieren, reichte dies beim zweiten Gespräch schon nicht mehr aus. Die 10000 Bürger vor dem Rathaus hebelten die Alternative „Dialog oder Demonstration" aus und zwangen Berghofer dazu, sich einem direkten Gespräch zu stellen.

Dies ist eine Dynamik, die sich wenig später DDR-weit beobachten ließ: Jedes Rückzugsgefecht, jedes Zugeständnis des Staates schuf neue Anlässe und Chancen für den Protest. Die Auseinandersetzung kreiste dabei um die zentrale Frage, wie ein Dialog zwischen Bevölkerung und Machthabern organisiert werden könnte.

Drittens wird schließlich am Beispiel Dresden deutlich, dass es nicht nur zwischen den Machthabern und den Protesten eine Dynamik gab, sondern auch zwischen den Protestakteuren.

---

[7] Dies zeigen auch die Entwicklungen in den anderen Städten, in denen es frühzeitig zu Dialogen zwischen Staatsmacht und Bevölkerung kam, etwa in Halle (15.10.1989), Plauen (12.10.1989) oder Karl-Marx-Stadt, wo ein erster Dialog mit einer „Gruppe der 25" am 13. 10. 1989 stattfand.

Die „Gruppe der 20" steht – bewegungssoziologisch – für die organisierten Teile der Protestbewegung; eine Funktion, die andernorts den oppositionellen Gruppen zukommen sollte, auf die ich gleich zu sprechen komme. Natürlich war die „Gruppe der 20" nicht organisiert in dem Sinne, dass sie über Satzung, Geschäftsordnung, Büro und Sekretariat verfügt hätte. Aber sie nahm in der Situation eine besondere Rolle wahr, die diese Gruppe deutlich von den – anonymen – Teilnehmern der Massendemonstrationen unterschied.[8]

Die Gruppe fungierte als Sprachrohr der Demonstranten gegenüber der Staatsmacht. Sie hatte per Akklamation ein Mandat erhalten, als „Volks"-Vertreter aufzutreten. Diese Funktion bezog sich vor allem, aber nicht nur auf die Verhandlungen mit Berghofer. Tatsächlich weitete die „Gruppe der 20" das Mandat aus und trat in Veranstaltungen, in der Dresdener Stadtverordnetenversammlung oder in öffentlichen Stellungnahmen und Erklärungen als Sprecher der Proteste in Dresden auf.

Dabei bündelte die Gruppe die vielfältigen Forderungen, die aus der Bevölkerung an sie herangetragen wurden, und trug damit dazu bei, dem sehr breiten Konsens eine einheitliche Richtung zu geben. Die „Gruppe der 20" fungierte also zum einen als Sprachrohr der Anliegen und trieb den Protest gleichzeitig aktiv weiter voran, indem sie die Freiräume nutzte, die im Prozess des Protestes entstanden.

Damit übernahm die „Gruppe der 20" in Dresden genau die Funktionen, die in den anderen Orten der DDR von den entstehenden oppositionellen Gruppen wahrgenommen wurden. Die Dynamik der Entwicklung lässt sich daher nur erklären, wenn man die oppositionellen Gruppen und die Teilnehmer der Demonstrationen nicht auseinanderdividiert. Vielmehr ist die Bürgerbewegung als ein zeitlich begrenztes Aktionsbündnis zu verstehen, in dem die organisierten und mobilisierten Teile jeweils spezifische Aufgaben und Rollen wahrnahmen. Erfolg konnten sie allerdings nur miteinander haben. Ohne die Gruppen wären die Massenproteste organisatorisch und programmatisch ins Leere gelaufen; ohne den Druck der Straße hätte den Gruppen das Argument gefehlt, um gegenüber Staat und Partei als politische Akteure aufzutreten.

## Die DDR-weite Massenmobilisierung

Diese drei Merkmale – das Fehlen eines intermediären Systems, das Wechselspiel aus Dialog und Demonstration und die Dynamik zwischen den organisierten und mobilisierten Teilen der Bewegung – prägten nicht nur die Ereignisse in Dresden. Sie bilden vielmehr den Rahmen zur Erklärung der Protestwelle, die im Laufe des Oktobers DDR-weit entstehen sollte.

Vor allem sind diese drei Faktoren aus meiner Sicht der zentrale Erklärungsansatz für das erstaunliche Phänomen, dass es im Herbst 1989 Hunderte von kleinen ‚lokalen Revolutionen' gab. Jede Stadt hatte ihren eigenen Rhythmus

---

[8] Vgl. in dieser bewegungssoziologischen Sicht auch den Beitrag von Wielgohs, Jan/Johnson, Carsten, Entstehungsgründe, Handlungsbedingungen, Situationsdeutungen. Analytische Perspektiven auf die DDR-Opposition der 80er Jahre, in: POLLACK/RINK, S. 332–363.

der Proteste, ihre eigenen Rituale und Protagonisten. Und dennoch: In der Gesamtschau der Proteste gab es erstaunliche Parallelen zwischen den einzelnen Städten. Nicht nur die Forderungen und Formen der Proteste ähnelten sich, sondern auch die zeitliche Abfolge.

Bis zum 18. Oktober gab es – abgesehen von einzelnen Sonderfällen wie Leipzig, Berlin, Dresden oder Plauen – praktisch keine Demonstrationen in der DDR. Die vorherrschende Aktionsform waren die Friedensgebete, die im September flächendeckend entstanden waren.

Die Demonstrationswelle begann mit dem 18. Oktober. In einer Stadt nach der anderen gingen die Menschen nach diesem Tag auf die Straßen, so dass für gut zwei Wochen, vom 18. Oktober bis zum Ende des Monats, der Ablauf „Friedensgebet und nachfolgende Demonstration" die Blaupause für die Proteste überall in der DDR bildete. Ab Anfang November wurde dieser Ablauf um eine weitere Komponente erweitert, nämlich um Dialogveranstaltungen, die im Anschluss an den Demonstrationszug in eigener Regie durchgeführt wurden.

Angesichts dieser Entwicklung wird deutlich, warum die Proteste dieser Zeit am besten mit einem Kampf um Öffentlichkeit beschrieben sind. Es handelte sich tatsächlich um die schrittweise Ausweitung einer staatsunabhängigen Öffentlichkeit – von den Friedensgebeten über die Demonstrationen bis hin zu den Dialogveranstaltungen.

Eine entscheidende Rolle spielten dabei die Aktionen der Bürgerbewegung. Der Verlauf dieser dramatischen Wochen lässt sich allerdings nicht alleine aus den Aktionen der Bewegung erklären. Der Schlüssel zum Verständnis liegt vielmehr in dem Wechselspiel aus den Zugeständnissen von Staat und Partei und den Aktionen der Bewegung, die die entstehenden Freiräume nutzte.

Dieses Wechselspiel wurde besonders deutlich am 18. Oktober. Denn der Rücktritt von Erich Honecker war ein zentrales Ereignis, das die Protestwelle landesweit synchronisierte. Es waren vor allem zwei Aspekte des Machtwechsels, die eine massenpsychologische Wirkung entfalteten: Zum einen musste die Bevölkerung den Eindruck haben, dass der Rücktritt Honeckers ein Erfolg und Verdienst der Proteste im Land war. Deutlicher konnte die SED kaum zum Ausdruck bringen, dass sie durchaus nicht unverwundbar war. Stattdessen sandte der Machtwechsel ein klares – und bis dahin unvorstellbares – Signal aus: Protest hat Aussicht auf Erfolg.[9]

Die Hoffnung von Egon Krenz, die Stimmung in der Bevölkerung durch den Machtwechsel zu besänftigen, erwies sich daher als Fehleinschätzung. Das Gegenteil war der Fall. Dazu trug vor allem auch die Tatsache bei, dass Krenz öffentlich betonte, dass die Staatsmacht keine Gewalt gegen Demonstranten anwenden werde.

Von einem Tag zum anderen hatten sich damit die Bedingungen für Protest in der DDR grundlegend verändert: erschien öffentlicher Protest noch am 17. Oktober als riskant und zudem aussichtslos, war ab dem 18. Oktober klar, dass Protest doch Wirkung zeigte und noch dazu gefahrlos möglich war.

---

[9] Vgl. hierzu besonders KURAN, Surprise.

Die Folge dieser Erkenntnis lässt sich an den Zahlen des MfS deutlich ablesen: hatte es vom 9. bis zum 15. Oktober in der ganzen DDR gerade drei Demonstrationen gegeben, stiegen die Zahlen ab dem 18. Oktober sprunghaft an. In der folgenden Woche waren es bereits 24 Demonstrationen mit 140000 Teilnehmern und in der letzten Oktoberwoche zählte das MfS republikweit 540000 Menschen, die in 145 Städten, Orten und zum Teil Dörfern auf die Straße gingen.[10] Allerorts schlug der Protest also nach dem 18. Oktober in öffentliche Aktionen um.

Mit den Demonstrationen begann eine Dynamik, die bereits am Beispiel Dresden deutlich geworden ist. Auf Demonstrationen folgen überall Dialogangebote, die in den meisten Fällen von den örtlichen Bürgermeistern oder Oberbürgermeistern ausgesprochen wurden. Das Angebot und die Hoffnung der Verantwortlichen lautete: „Wir bieten Dialoge an, damit öffentliche Proteste unterbleiben." Dies war mit Krenz auch offizielle Parteilinie geworden.

Unter dem Druck der ersten Demonstrationen wurden daher ab dem 22. Oktober allerorts „Dialoge" angeboten, die in den meisten Fällen im Rathaus anberaumt waren. Dort wollten sich die lokalen Repräsentanten von Staat und Partei den Fragen der besorgten Bürger stellen. Zu diesem Ablauf kam es allerdings praktisch nirgendwo. Was als Inszenierung von Öffentlichkeit geplant war, wurde überall kurzerhand von der Protestbewegung übernommen und in eine offene Diskussion überführt.[11]

Dazu trug vor allem die schiere Anzahl von Menschen bei, die die Rathäuser überrannten. Wer von Seiten der Machthaber gehofft hatte, durch Dialoge die Initiative wiederzugewinnen, sah sich getäuscht. Statt dessen waren die Verantwortlichen an allen Orten gezwungen, den Forderungen nachzugeben, und weitere Veranstaltungen anzusetzen. Diese Dialogveranstaltungen fanden dann nicht mehr in Hinterzimmern statt, sondern oft mit vielen Tausend Teilnehmern auf öffentlichen Plätzen oder in großen Hallen. Die Vertreter der oppositionellen Gruppen nutzten diese Veranstaltungen, um auf sich und ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Nicht immer, aber oft waren die Wortführer bei diesen Diskussionen Vertreter des lokalen Neuen Forums oder einer der anderen Gruppen, die sich damit als Sprecher und Vertreter der Bevölkerung profilierten.

Mit den Dialogveranstaltungen war ein neuer Grad von Öffentlichkeit möglich geworden. Die Friedensgebete hatten eine öffentliche Diskussion noch innerhalb der Kirchenmauern und unter „Gleichgesinnten" hergestellt. Die Demonstrationen hatten die Forderungen erstmals in den öffentlichen Raum getragen, und die Dialogveranstaltungen boten zum ersten Mal die Chance, die Verantwortlichen von Staat und Partei direkt mit den Forderungen und Vorwürfen zu konfrontieren.

Dieser Prozess war damit allerdings noch nicht zum Ende gekommen. Ende Oktober war das Selbstbewusstsein der Bewegung und die Hilflosigkeit der Funktionäre so groß geworden, dass nunmehr die Bewegung die Spielregeln des Dialoges diktierte. Anstatt dass man den Dialog auf Veranstaltungen führte, zu

---

10 MfS/ZAIG: Informationen 471/89 (23. 10. 1989) und 496/89 (7. 11. 1989).

11 Vgl. dazu mit Beispielen TIMMER, Aufbruch, S. 253 ff.

denen offiziell Staat und Partei einluden, gab es nunmehr überall in der DDR Dialogveranstaltungen in eigener Regie.

Ab Anfang November fanden Dialogveranstaltungen in vielen Städten im Anschluss an die wöchentlichen Demonstrationen statt. Die Demonstrations-Züge endeten auf den großen Innenstadt-Plätzen, auf denen ein Podium stand. Auf diesem Podium saßen nicht mehr nur die Vertreter von Staat und Partei, sondern auch die Vertreter der oppositionellen Gruppen, die nicht mehr vor dem Podium, sondern auf dem Podium Platz nahmen. Und damit nicht genug: Sie eröffneten die Veranstaltungen mit ihren Redebeiträgen, sie moderierten die Diskussion und erteilten den SED-Vertretern das Wort. Damit war zum ersten Mal in der Geschichte der DDR ein öffentlicher Raum für Diskussionen geschaffen, der nicht von staatlicher Seite organisiert war.

Die Dialogveranstaltungen erreichten eine ungeahnte Massenwirkung und Dynamik. So kamen in Gotha am 29. Oktober 20000 Menschen auf dem Hauptmarkt zu einer Dialogveranstaltung zusammen. In Schwerin waren es am folgenden Tag 40000 Menschen. Am 3. November diskutierten wiederum 40000 Menschen auf dem Erfurter Domplatz, am Tag danach waren es 20000 in Suhl und wiederum einen Tag später 40000 in Jena. Am 6. November nahmen 50000 Menschen an einer Dialogveranstaltung in Magdeburg teil und am gleichen Tag waren es 70000 in Karl-Marx-Stadt.[12] Alle diese Veranstaltungen folgten dem Muster, das die oben beschriebene Veranstaltung am 26. Oktober in Dresden etabliert hatte.

Das Regime binnen weniger Wochen gewaltfrei gezwungen zu haben, eine direkte und offene Kommunikation zuzulassen, war eine außergewöhnliche Leistung. Für viele der Beteiligten waren die Dialogveranstaltungen der Höhepunkt der Entwicklung. Die Möglichkeit, die Funktionäre mit der ganzen angestauten Unzufriedenheit zu konfrontieren, war für viele Menschen ein unglaublich befreiendes Gefühl. Umso mehr verwundert es, dass diese Veranstaltungen in der Forschung praktisch keine Beachtung finden. Schließlich konstituierte sich dort zum ersten Mal in der Geschichte der DDR Öffentlichkeit massenhaft als herrschaftsfreier Diskurs.

Dabei ging es nicht um die Herstellung von Öffentlichkeit als Selbstzweck. Die Veranstaltungen wurden zu den zentralen Foren der Delegitimation der Machthaber, die völlig hilflos auf die Kritik reagierten und deutlich machten, dass sie nicht mehr Herr der Lage waren. Diese Delegitimation führte quasi in einer Gegenbewegung zur Legitimation der oppositionellen Gruppen, die auf diesen Veranstaltungen massenhaft als Volksvertreter akklamiert wurden. Dies führt mich zu meinem letzten Punkt, der Rolle der oppositionellen Gruppen.

## Die Rolle der oppositionellen Gruppen

Im Beitrag stand bis hierhin bewusst die Massenmobilisierung im Vordergrund, die meiner Meinung nach die herausragende Entwicklung dieser vier Wochen war. Sie war dafür verantwortlich, dass es gelang, dem SED-Regime immer

12 Vgl. ebd. S. 270ff.

größere Bereiche einer unabhängigen Öffentlichkeit abzutrotzen. Für den weiteren Ablauf der Ereignisse war dies wesentlich entscheidender als die Versuche der oppositionellen Gruppen, sich intern zu organisieren und nach außen zu profilieren.

Ich möchte ohnehin dafür plädieren, die Perspektive auf das Verhältnis von Demonstrationen und Organisationen umzudrehen. Betrachtet man die Forschungsliteratur, tobt der Streit immer wieder um die Frage, ob und inwiefern die oppositionellen Gruppen für die Mobilisierung verantwortlich waren oder nicht.[13] Dieser Streit ist grotesk.

Der Schlüssel zum Verständnis liegt meiner Meinung nach darin, oppositionelle Gruppen und Massendemonstrationen als ein Aktionsbündnis zu verstehen, in dem zwei Partner – Demonstranten und oppositionelle Gruppen – für eine gewisse Zeit eine sehr erfolgreiche, aber eben nicht bruchlose oder spannungsfreie Partnerschaft eingingen. Dieses Aktionsbündnis beruhte im Oktober auf zwei Säulen. Erstens einer gemeinsamen Wahrnehmung des Problems: In der Bevölkerung herrschte – gerade nach den Vorgängen um die Ausreisewelle – ein großes Bedürfnis nach Information und Kommunikation. Dieses Bedürfnis traf sich exakt mit der Problemanalyse der oppositionellen Gruppen, die die fehlende Öffentlichkeit in der DDR als Kernproblem herausstellten.[14]

Aber nicht nur bei der Analyse, sondern auch bei den Zielen gab es im Oktober und Anfang November eine Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern der Demonstrationen einerseits und den oppositionellen Gruppen andererseits: Es ging um die demokratische Reform der DDR. Dieser inhaltlich wenig definierte Minimalkonsens bot eine Grundlage für ein Zusammengehörigkeitsgefühl und für gemeinsame Aktionen.

Die Bedeutung der oppositionellen Gruppen für die Aktionen der Bewegung nahm im Laufe der vier Wochen vom 9. Oktober bis zum 9. November kontinuierlich zu. Das Verdienst, öffentliche Räume erobert und geöffnet zu haben, kam dabei sicherlich den Demonstrationen zu. Aber in dem Maße, wie die Möglichkeiten entstanden, brauchte es eine Instanz, die diese Räume auch füllen konnte.

Die Bevölkerung – und auch die SED – war darauf angewiesen, dass es jemanden gab, der die Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung bündelte, vertrat und artikulierte. Diese wichtige Rolle kam den Vertretern der oppositionellen Gruppen zu.

Besonders deutlich wird diese Rolle als Volksvertreter im wahrsten Sinne des Wortes daran, dass die oppositionellen Gruppen in vielen Städten ab Anfang November in die kommunalen Stadtverordnetenversammlungen berufen wurden, die damit ihr Legitimationsdefizit ausgleichen wollten. Diese Tatsache

---

13 Stellvertretend für viele andere seien hier genannt Karl Dieter Opp und Peter Voß, (OPP/VOSS, Die volkseigene Revolution) deren These von der „volkseigenen Revolution", bei der die Oppositionellen keine Rolle gespielt hätten, etwa von Fehr als „analytisch unterkomplex" (FEHR, Unabhängige Öffentlichkeit, S. 276) verworfen wurde. Für Fehr wiederum spielten die Gruppen eine so herausragende Rolle, dass er andere Prozesse der Mobilisierung kaum beachtet.

14 Vgl. den ersten Satz des Gründungsaufruf ‚Aufbruch '89 – Neues Forum': „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört."

verweist bereits auf die Entwicklung, die die Vertreter der Gruppen wenige Wochen später an die Runden Tische führen sollte.

## *Literatur*

FEHR, Helmut: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR, Opladen 1996

KUHRT, Eberhard (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999

KURAN, Timur: Now out of Never. The Elements of Surprise in the East-European Revolution of 1989, in: World Politics, 44 (1991), S. 7–48

MEUSCHEL, Sigrid: Legitimation und Parteienherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992

OPP, Karl Dieter/VOSS, Peter: Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993

POLLACK, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000

POLLACK, Detlef/RINK, Dieter (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989, Frankfurt a. M. 1997

RICHTER, Michael/SOBESLAVSKY, Erich: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, München 1999

TIMMER, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000

URICH, Karen: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90, Köln 2001

*Ilko-Sascha Kowalczuk*

# Die alte Macht und die Revolution: Reaktionen von SED und MfS in der Krise[1]

Zur Ironie der Geschichte von „1989" gehören nicht nur die Feierlichkeiten aus Anlass der Großen Französischen Revolution von 1789. In der DDR begann das Jahr zudem mit dem Gedenken an einen deutschen Revolutionär, dessen Schicksal symbolisch für die meisten Freiheitsbestrebungen in der deutschen Geschichte steht: sie scheiterten, blieben auf halber Strecke stehen oder weit hinter ihren eigenen Zielstellungen zurück. Als das lange Jahr 1989 sich mit den freien Wahlen am 18. März 1990 zu Ende neigte, hatte endlich auch die deutsche Geschichte eine erfolgreiche Freiheitsrevolution vorzuweisen.

Im Januar 1989 begann in der DDR das Thomas-Müntzer-Gedenken aus Anlass seines (ungefähr) 500. Geburtstages. Der Revolutionär hatte gegen geistliche und weltliche Obrigkeiten aufbegehrt. Als eine Leitfigur im Bauernkrieg ist er 1525 hingerichtet worden. Karlen Vesper, Geschichtsredakteurin beim „Neuen Deutschland", brachte die offizielle Sicht auf den Punkt: Die „kühne Idee" Müntzers „wurde in der DDR Wirklichkeit", die DDR sei „Testamentvollstrecker auch des Kampfes Thomas Müntzers".[2] Die SED versuchte Müntzer schon immer nachhaltiger als Luther für ihre Legitimationszwecke zu vereinnahmen. Logisch wäre es eigentlich andersherum gewesen. Denn Luther predigte Gehorsam gegenüber der weltlichen Obrigkeit, während Müntzer genau gegen diese kämpfte.

Erich Honecker ließ es sich nicht nehmen, am 19. Januar 1989 selbst eine Rede zum Müntzer-Gedenken zu halten. Dabei nahm er auf die gerade zu Ende gehende KSZE-Nachfolgekonferenz von Wien Bezug und behauptete, in der DDR würden alle Menschenrechte geachtet. Tatsächlich nahmen viele DDR-Bürger die Beschlüsse als Erfolg wahr, aber anders als von Honecker gedacht. Das Dokument ließ aufhorchen und bestärkte viele darin, die Einhaltung der Menschenrechte einzuklagen. Die DDR war nicht nur die Verpflichtung eingegangen, „dass es jedermann freisteht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen und in sein Land zurückzukehren", sondern hatte auch versprochen, dieses Recht gesetzlich zu garantieren und die Einhaltung beobachten zu lassen.[3]

Dass die DDR gerade wegen der Menschenrechtssituation weithin isoliert war und selbst „Bruderstaaten" wie Polen, Ungarn und die UdSSR erkennbar Distanz hielten, erwähnte Honecker in seiner Rede natürlich nicht. Stattdessen griff er die Bundesrepublik und die USA scharf an und schob ihnen die Verantwortung für die fehlende Reisefreiheit zu. Sie seien dafür verantwortlich gewe-

---

1 Der Beitrag basiert auf: KOWALCZUK, Endspiel.

2 K.V.: Wie wir Revolutionäre ehren, in: Neues Deutschland (ND) vom 23. 1. 1989.

3 Aus dem abschließenden Dokument des Wiener Treffens, in: ND vom 21./22. 1. 1989.

sen, dass die DDR 1961 den „antifaschistischen Schutzwall" habe bauen müssen und noch gebe es keine Gründe, daran etwas zu ändern: „die Mauer wird (...) so lange bleiben, wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50, auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind."[4] Niemand konnte zu diesem Zeitpunkt wissen, dass Honecker Recht behalten sollte. Anders als von ihm gemeint, fiel im Herbst binnen weniger Wochen der Grund für die Mauer weg: die SED-Diktatur.

Die SED-Führung war sich der tiefen gesellschaftlichen Krise seit 1987 sehr wohl bewusst. „SED-Reformer" aber hat es nur in wenigen Ausnahmefällen gegeben, sehr wohl aber gab es vor der Öffentlichkeit verborgene Auseinandersetzungen über kosmetische Operationen. In Vorbereitung des für 1991 geplanten XII. SED-Parteitages sind im Auftrag der Parteiführung über 100 Studien zur Entwicklung des SED-Sozialismus in den neunziger Jahren verfasst worden. Die blieben dem bisherigen Kurs verpflichtet, listeten aber im Detail zahlreiche Punkte auf, die es zu verändern gelte. Daneben existierten an einigen Universitäten kleinere Gruppen von SED-Gesellschaftswissenschaftlern, die an Konzepten für einen „modernen Sozialismus" arbeiteten. Allen war gemeinsam, dass sie den herrschenden Dogmen verbunden blieben. Niemand kam auf die Idee, die führende Rolle der SED zu hinterfragen, von rechtsstaatlichen Strukturen war ebenso wenig die Rede, wie niemand im Sinn hatte, die Opposition zu legalisieren. Die berühmteste Gruppe dieser „SED-Reformer" um die Brüder André und Michael Brie, Dieter Klein, Dieter Segert, Rainer Land und Rosemarie Will an der Humboldt-Universität bezeichnete es noch am 22. Oktober 1989 als legitim, verfassungsfeindliche, d. h. das Machtmonopol der SED untergrabende Gruppierungen zu verbieten.[5] Als „Grundlagen" für einen „modernen Sozialismus" stellten sie heraus: „Beibehaltung des Systems der Nationalen Front", keine Zulassung von nichtsozialistischer Opposition, Verhinderung von politischen Oppositionsgruppen, die Machtbeteiligung oder Machtübernahme anstreben.[6] Die Juristin Rosemarie Will sah noch im September 1989 den Willen und das Vermögen der SED-Führung gegeben, „die DDR konsequent als einen sozialistischen Rechtsstaat *weiter* auszubauen".[7]

Die kommunistischen Regime waren nicht reformfähig. Jede politische Öffnung eines geschlossenen Systems mündet letztendlich in ein anderes System.

---

[4] ND vom 20. 1. 1988.

[5] Vgl. Land, Rainer/Will, Rosemarie/Segert, Dieter: Wie wollen wir mit den entstandenen informellen politischen Gruppen und Bewegungen umgehen, und wie könnte mit dem Prozess des Umbaus des politischen Systems sowie des Staates und des Rechts begonnen werden, in: BLUHM, Texte zu Politik, S. 62–71. Eine apologetische Selbstdarstellung dieser Gruppe bietet u. a.: SEGERT, Das 41. Jahr. Anregender und nicht peinlich, aber auch nicht überzeugend ist hingegen: LAND/POSSEKEL, Fremde Welten.

[6] Vgl.: Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie, 8. 10. 1989 (hekt.).

[7] WILL, Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung, S. 812 (Hervorhebung nicht im Original).

Deshalb war es auch systemlogisch, dass sich Honecker gegen Gorbatschows Reformen stellte. Zur Krisenwahrnehmung der SED gehörte, „die eigenen Reihen fest zu schließen". Dafür stand ihr ein in der Praxis schon oft erprobtes Mittel zur Verfügung: eine „Parteisäuberung". Schon in einer internen Parteinformation von 1988 stand, Meckerer und Nörgler hätten nichts in der Partei zu suchen. Diese Ankündung setzte das SED-Politbüro am 7. Februar 1989 um und beschloss, in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1989 die Parteidokumente umzutauschen. Eine solche Umtauschaktion hatte zum Ziel, jedes Mitglied auf seine ideologische Standfestigkeit zu prüfen. Im Ergebnis trennte sich die SED bei solchen Aktionen von Zehntausenden Mitgliedern, was eine innere Disziplinierung der Partei bezwecken sollte.

Eine solche Aktion wurde flankiert von einer parteiinternen Auseinandersetzung mit einem „führenden Genossen" oder gar einer „parteiinternen Plattform". Die Parteiführung demonstrierte, dass sie ohne Ansehen der Person auf höchster Ebene eine konsequente Auseinandersetzung führte, gab ein Beispiel vor, das dann auf allen Parteiebenen nachzuahmen war. Da weder das System noch die Theorie fehlerhaft sein durften, konnten Mängel, Fehler, Unzulänglichkeiten und Unzufriedenheiten nur subjektiv bedingt sein. Deshalb beschloss das SED-Politbüro ebenfalls am 7. Februar 1989, eine von Politbüromitglied Günter Mittag geleitete ZK-Instrukteursgruppe in den Bezirk Dresden zu entsenden, um die Arbeitsweise der dortigen SED-Bezirksleitung zu überprüfen. Am nächsten Tag kam die aus hochrangigen Funktionären bestehende etwa hundertköpfige Gruppe dorthin und begann mit ihrer Überprüfung. Die Arbeit dauerte zehn Tage.

Der Bezirk schien exemplarisch zu sein für die Krise. Hinzu kam, dass mit Hans Modrow ein Funktionär Chef der SED-Bezirksleitung war, der nicht zum engeren Hof von Honecker zählte und als Anhänger von Gorbatschow galt. Dies hat er in der Öffentlichkeit verborgen.[8]

Die Kommission stellte fest, was sie im ganzen Land hätte feststellen können: die Versorgungslage, die Planerfüllung und vieles andere seien nicht zufriedenstellend. Die Verantwortung dafür trage die SED-Bezirksleitung. Honecker griff in der SED-Politbürositzung am 28. Februar Modrow scharf an. Dieser übte Selbstkritik und gelobte, in Zukunft alles besser machen zu wollen.

Wirkliche Reformer zeigen sich vor Ausbruch einer offenen Krise angesichts der vielfältigen Symptome. Kann es Reformer geben, die sich strikt an die Parteidisziplin halten, diese nicht verletzen wollen und genauso im Stillstand verharren, wie die, die sie angeblich bewegen möchten? Vielleicht haben Modrow oder die Brie-Brüder mit den Augenbrauen gezuckt, aber diese „Bewegung" war öffentlich nicht wahrnehmbar. Kann jemand zum Reformer stilisiert werden, der öffentlich schweigt, nicht handelt, zuerst an die Partei und erst dann an den „ganzen Rest" denkt? Warum bis zum heutigen Tage so viel von den „SED-Reformern" gesprochen wird, ist rational nicht nachzuvollziehen.

---

[8] Modrow, Hans: Optimismus und Kämpfertum zeichnen Parteikollektive aus, in: Aus den Diskussionsreden. 7. Tagung des ZK der SED. 1./2. 12. 1988. Berlin 1988, S. 89–96.

In der DDR-Gesellschaft gab es im Sommer 1989 kaum ein anderes Thema als die Fluchtbewegung. Nur die SED-Führung schwieg und schien sich in den Urlaub verabschiedet zu haben. Vor allem die zu ihr haltenden Menschen verunsicherte das erheblich. Die Handlungsunfähigkeit angesichts von Flüchtlingscamps in Ungarn und besetzten Botschaften symbolisierte für immer mehr Menschen, dass dieses Regime keine Auswege aus der Krise kenne und am Ende sei. Intern herrschte aber eine hektische Betriebsamkeit. Arbeitsgruppen unter Leitung der ZK-Abteilung Sicherheitsfragen, dem MdI und dem MfS erarbeiteten im August verschiedene Handlungsalternativen. Die diskutierten Alternativen lauteten: sofortige Schließung aller Grenzen oder Verabschiedung eines großzügigen Reisegesetzes oder Zehntausende auf einmal ausreisen lassen. Von den politisch Verantwortlichen im SED-Politbüro zeigte sich niemand bereit, eine Entscheidung zu fällen oder nur vorzuschlagen. Jede Entscheidung barg enorme Risiken, die schriftlich fixiert und nach Misslingen einer Aktion dem zuständigen Politbüromitglied und seiner Entourage angekreidet werden würden.

Am 14. August 1989 reagierte Honecker erstmals auf den aktuellen Flüchtlingsstrom. Er erklärte, dabei ein geflügeltes Wort von August Bebel aufgreifend: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf. Diese alte Erkenntnis der deutschen Arbeiterbewegung findet durch die große Initiative der Werktätigen der DDR ihre aktuelle Bestätigung."[9] Er hatte nicht gerade viele Lacher auf seiner Seite.

Würde die SED auf die Krise politisch reagieren, Fehler einräumen und einen Kurswechsel vornehmen, würde sie die Gegenwehr automatisch verstärken, weil jede neue Politik ohne Dialog mit der Opposition und der Gesellschaft unglaubwürdig bliebe. Als Alternative kam auch in Frage, mit massiver Gewalt zu reagieren, die Grenzen vollkommen zu schließen, die vorbereiteten Isolierungslager des MfS zu aktivieren und 86000 Menschen, so sahen es die Pläne vor, dort zu internieren, sowie innerhalb der Partei eine Disziplinierungswelle zu initiieren, um diese auf Kurs zu halten. Innerhalb des SED-Apparates sind die Alternativen ebenso wie im MfS besprochen worden. Die ZK-Abteilung Sicherheitsfragen, in der auch mehrere Generale arbeiteten, berief ab Mitte August mehrfach außerplanmäßige Sitzungen mit ranghohen Vertretern des MdI und MfS ein, um Krisenpläne zu entwickeln. Das SED-Politbüro selbst zeigte sich weitgehend handlungsunfähig. Zwar kam es dort seit Ende August – Honecker war bis 26. September krank, als sein Stellvertreter agierte Mittag – regelmäßig zu Diskussionen über die Lage, aber Krenz, Schabowski, Stoph, Tisch, Sindermann und die anderen blieben ihren ideologischen Perspektiven verbunden. Schuld an der Lage sei allein der Westen. Sindermann veranschaulichte, dass das Politbüro tatsächlich in anderen Kategorien dachte: „Was sich der Westen gegen Erich Honecker leistet, ist wie zur Zeit der faschistischen Judenpogromhetze."[10] Abgesehen von dem skandalösen Vergleich, zeigt diese

---

9 ND vom 15. 8. 1989.

10 Verlauf der Sitzung des SED-Politbüros am 12. September 1989, in: STEPHAN/KÜCHENMEISTER, „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!", S. 151.

Einlassung, wie stark das SED-Politbüro in Schablonen und Verhaltensmustern der dreißiger und vierziger Jahren hängen geblieben war. Es gab Ausnahmen, eine stellte MfS-Minister Erich Mielke dar. Auf der einen Seite orientierte er sein Ministerium auf die Zerschlagung der Opposition. Mielke gab aber weder den Befehl, die Internierungslager zu aktivieren noch zählte er Mitte September zu jenen – was oft behauptet wurde –, die Demonstrationen mit polizeilichen und militärischen Mitteln niederringen wollten. Er war sich des Ernstes der Situation voll bewusst. Seine berühmte Frage vom 31. August 1989 im Kreise der Generalität des MfS: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?"[11] untermauert das. Nun besteht kein Anlass, Mielkes Position neu zu bewerten. Aber anders als die anderen Politbüromitglieder verfügte er auf der anderen Seite über umfangreiche Informationen, die ihm zeigten, dass es nicht nur um Flüchtlinge und neue Oppositionsgruppen ging, sondern um die gesamte Gesellschaft. Ihm und seinem Ministerium war deutlich geworden, dass die Mobilisierung der Gesellschaft durch die Oppositionsgruppen erst begonnen hatte und noch „ein großes Potential an Menschen" bereitstand, in den neuen Gruppen mitzuarbeiten.[12]

Die Stimmung an der Parteibasis war auf einem bedenklichen Tiefpunkt angelangt. Vor allem das laute Schweigen der Parteiführung verunsicherte viele Mitglieder. Am 23. September 1989 kam es live im DDR-Fernsehen zu einem kleinen Eklat, der vielen aus der Seele gesprochen schien: Die Entertainerin Helga Hahnemann moderierte gemeinsam mit dem Opernsänger Gunter Emmerlich die 100. Sendung von „Ein Kessel Buntes". In einem vorher nicht verabredeten Sketch sagte Hahnemann zu Emmerlich: „Wir sind nicht die einzige Fehlbesetzung in dieser Zeit." Das Publikum applaudierte stürmisch, ebenso als Frank Schöbel sang: „Wir brauchen keine Lügen mehr". Bei der Wiederholung im Fernsehen einige Tage später fehlten beide Stellen.

Ein Jahr lang hatte die SED den 40. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober vorbereitet und das Land mit einer Propagandaschlacht nach der anderen überzogen. Das Land war aufgewühlt und erregt, aber aus ganz anderen Gründen. Es drohten Demonstrationen und Aufstände. In Prag saßen Tausende Menschen in der bundesdeutschen Botschaft fest, in Warschau nochmals über 800, aus Ungarn flohen immer noch Tag für Tag Hunderte DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik. Am 29. September 1989 um 17.00 Uhr unterrichtete Erich Honecker am Rande einer Festveranstaltung zum 40. Gründungstag der Volksrepublik China in der Deutschen Staatsoper das SED-Politbüro, dass in einer einmaligen Aktion die in den beiden Botschaften befindlichen Menschen mit Zügen der Deutschen Reichsbahn über DDR-Territorium in die Bundesrepublik ausreisen dürften.

Es ist viel darüber gerätselt worden, warum Honecker die Züge über DDR-Territorium fahren ließ. Zum einen glaubte die SED-Spitze, damit Stärke zu demonstrieren. Das ist die übliche Interpretation, die nicht falsch, aber nur halb

---

11 Dienstbesprechung beim Minister, 31. 8. 1989, in: MITTER/WOLLE, „Ich liebe euch doch alle", S. 125.

12 BStU, Ast. Potsdam, AKG 617, Bl. 166 (26. 9. 1989).

richtig ist. Wichtiger scheint der zweite, bislang übersehene Aspekt: weder SED noch MfS wussten genau, wer die insgesamt 5500 Menschen eigentlich waren. Deshalb versprachen sie, in der DDR förmliche Ausbürgerungsdokumente auszuteilen. Sie unterließen dies, sammelten aber alle Personaldokumente ein und konnte so die Ausgereisten genau identifizieren. Zugleich gestatteten sie nahen Familienangehörigen die unverzügliche Nachreise in die Bundesrepublik, um so Druck abzulassen und nicht eventuell Gruppenproteste dieser Personen zu provozieren. Sicherheitspolitisch – SED und MfS hatten ihr Ende nicht vor Augen – war diese Aktion herrschaftslogisch. Moralisch erwies sie sich als völlig verfehlt und brachte nur noch mehr Menschen gegen das Regime auf.

Am Abend des 3. Oktober hielten sich in der Prager Botschaft bereits wieder etwa 6000 und in der unmittelbaren Umgebung 2000 Menschen auf, außerdem waren 3000 bis 4000 Menschen auf dem Weg nach Prag.[13] Egon Krenz als zuständiger ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen unterbreitete an diesem Tag Honecker drei Handlungsvorschläge: „Eine Ideallösung gibt es nicht." 1. die Bundesregierung erkenne die DDR-Staatsbürgerschaft an und anschließend würden die Reisemöglichkeiten erweitert; 2. zeitweilige Schließung aller Grenzen; 3. sofortige Mitteilung, jeder könne ab sofort reisen, wohin er wolle und jeder könne die DDR verlassen und wieder einreisen. Die 3. Variante galt als nicht „zweckmäßig", der augenblickliche Verlust liege sicher bei Hunderttausenden von Menschen. „Die 1. Variante hätte vor allem propagandistischen Effekt, würde aber kaum zu einer Lösung führen." Und schließlich steht in dem Papier: „Die 2. Variante könnte die Lage im Inneren bis zur Nichtmehrbeherrschbarkeit anheizen. Außerdem müssten alle Grenzen abgeriegelt werden (Einsatz der Landstreitkräfte und der Kampfgruppen wären nötig ...)."[14] Krenz schrieb dennoch: „Ich würde die zweite Variante empfehlen." Wollte er einen Bürgerkrieg heraufbeschwören? Wollte er Honecker so in Bedrängnis bringen, dass dieser zwangsläufig zurücktreten musste? War der Druck aus Prag zu groß geworden, wo die Regierung immer stärker in Bedrängnis geriet? Was lief hinter den geschlossen Türen ab? Honecker jedenfalls zeichnete noch am selben Tag mit der Bemerkung „zurück zur Aussprache" ab, der Regierung der ČSSR aber wurde unverzüglich mitgeteilt, ab 17.00 Uhr schließe die DDR ihre Grenzen zum Nachbarland, was man in Prag begrüßte.

Die gefühlte Situation am 7. Oktober, wie sie viele Menschen als fast unerträglich wahrnahmen, brachten chilenische Emigranten auf den Punkt: „Es werde die Auffassung vertreten, dass die Situation gefühlsmäßig so gespannt sei wie vor dem Putsch in Chile 1973."[15]

Am 8. Oktober vormittags, es war ein Sonntag, verschickte Krenz im Auftrag Honeckers an alle SED-Bezirksleitungen ein eiliges Rundschreiben, mit dem

---

13 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Adameč, 3. 10. 1989, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998, S. 437.

14 Egon Krenz an Erich Honecker, 3. 10. 1989. BStU, ZAIG 7438, Bl. 12–17; SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2039/309, Bl. 141–143.

15 Information zu aktuellen Meinungsäußerungen aus der DDR-Bevölkerung, 8. 10. 1989. BStU, HA II 32903, Bl. 9.

summarisch auf die „rowdyhaften Zusammenrottungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen" in mehreren Bezirken hingewiesen wurde. „Es ist damit zu rechnen, dass es zu weiteren Krawallen kommt. Sie sind von vornherein zu unterbinden." Die Bezirkseinsatzleitungen seien sofort einzuberufen, alle wichtigen Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Funktionäre sowie die Mitarbeiter staatlicher Organe seien unverzüglich zu informieren.

Wer auch immer die Rede von der „friedlichen Revolution" erfunden haben mag, er scheint erst am Abend des 9. Oktober erstmals hingeschaut zu haben. Es herrschte an diesem Montag eine unglaubliche Anspannung. Es gab nur ein Thema: kommt heute Abend in Leipzig die „chinesische Lösung" oder kommt sie nicht? Mehrfach fragten Leipziger Funktionäre in Ost-Berlin nach, was zu tun sei. Das ZK schwieg, Egon Krenz als zuständiger ZK-Sekretär ebenfalls. Er gab weder den Befehl zuzuschlagen noch dies zu unterlassen. Mielkes Befehl vom Tag zuvor, der oft fehlinterpretiert wurde, beinhaltete keine offensive Zerschlagungsstrategie. Die MfS-Kräfte sollten nur im Fall der Verteidigung von Institutionen und Personen zurückschlagen, eine immer noch offene Interpretationsangelegenheit, aber keinesfalls eine umfassende Angriffsoption.

Kurz nach 18.35 Uhr wurde in Leipzig entschieden, nicht einzugreifen. Um 19.15 Uhr rief Krenz in Leipzig an und segnete nachträglich die Entscheidung, nicht einzugreifen, ab. Um 20 Uhr begann im Gewandhaus ein Konzert unter Leitung von Kurt Masur. Auf dem Plan stand Richard Strauss' „Till Eulenspiegels lustige Streiche".

Am Dienstag und Mittwoch, dem 10. und 11. Oktober 1989 tagte das SED-Politbüro. Die mächtigsten Männer wussten nicht mehr weiter. Am Abend des 11. Oktober verbreiteten die DDR-Nachrichten eine Erklärung, die im gewohnten SED-Deutsch erklärte, dass erstens bislang alles richtig war und dass zweitens alles noch viel richtiger und besser werden würde. Die SED-Führung erklärte, sie würde gegen konterrevolutionäre Bestrebungen vorgehen und sich nicht erpressen lassen.

Die SED trug täglich weiter zur Delegitimierung ihres Regimes unbeabsichtigt bei. Auf der einen Seite begannen nach dem 12. Oktober in vielen Städten und Gemeinden „Dialoggespräche" zwischen Partei und Staat einerseits, Kirchen und Bürgerrechtsvertretern andererseits. Die Strategie der SED lief darauf hinaus, die Menschen wieder von der Straße zu bekommen. Auf der anderen Seite kamen immer wieder Erklärungen und Vorgänge ans Licht der Öffentlichkeit, die deutlich zeigten, dass die SED noch längst nicht gewillt war, einzulenken. Ausgerechnet Kurt Hager erklärte am 12. Oktober, die SED habe den Dialog erfunden und eingeführt. Darüber haben gewiss selbst ZK-Mitarbeiter heimlich gelacht.

Es ist bekannt, dass die FDJ dazu überging, schon für die Zeit „danach" zu sorgen, und Ideen entwickelte, wie ein Teil ihres beträchtlichen Vermögens gerettet werden könnte. Solche Überlegungen gab es in den Blockparteien noch nicht. Die rangen um eine klare Position, klebten aber noch mit Ausnahme der LDPD wie Zwillingskinder an der SED. Die größten Differenzen bestanden zwischen Zentrum und Provinz. Während das ZK, die Berliner SED-Leitung und der Ostberliner Magistrat immer noch auf die harte Gangart setzten und

jedes Gespräch mit den Gruppen ablehnten, gab es andernorts erste Gespräche bzw. konkrete Gesprächsangebote. Aus Sicht der SED-Führung konnten ihre Regionalvertreter vereinzelt Konzessionen machen, ein solches Vorgehen in Ost-Berlin aber hätte immer Signalwirkung für das ganze Land gehabt.

Etwa am 13. oder 14. Oktober versuchte die SED-Führung, ihre Partei mit einem vertraulichen Papier zusammenzuschweißen. Alle Funktionäre bekamen es in die Hand. Zwar seien alle „Meinungsäußerungen und Vorschläge für einen attraktiven Sozialismus" gefragt. „Neues Forum", „Demokratischer Aufbruch", „Demokratie Jetzt" und SDP aber betrieben mit imperialistischen Kräften eine „hasserfüllte Kampagne", um „den Sozialismus zu diffamieren". Das „Neue Forum" sei sozialismusfeindlich. Wahrheitswidrig hieß es, in dem Gründungsaufruf des „Neuen Forums" stehe als Ziel, „das Machtmonopol des Staates zu beseitigen". Außerdem tauche nirgends „Sozialismus" oder „sozialistisch" in dem Aufruf auf. „Sollen wir derartigem Gedankengut etwa ‚Pressefreiheit' gewähren?" Selbst viele SED-Funktionäre muss es wirklichkeitsfremd angemutet haben, wenn es weiter hieß, diese „Gruppierungen" würden „aus gutem Grund die Öffentlichkeit in der DDR meiden". Dem folgte eine Drohung: „Wer ihnen seine Sympathie bekundet, muss wissen, worauf er sich einlässt." Der SDP wurde noch ein bestechendes Argument entgegengehalten. Die aus der Zwangsvereinigung hervorgegangene SED schrieb: „Interessanterweise waren mehr als die Hälfte ihrer Begründer Vertreter kirchlicher Kreise. Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung entspricht das wohl nicht!" Eine Wiederbelebung der Sozialdemokratie aus Arbeiterkreisen wäre durch die SED also begrüßt worden, lautete ein entsprechender Witz auf der Straße.[16]

Niemand außerhalb des eigentlichen SED-Machtzentrums wusste zu diesem Zeitpunkt, dass am Dienstag, dem 17. Oktober, das SED-Politbüro nicht nur zu seiner turnusmäßigen Wochensitzung zusammentraf, sondern erstmals seit Wochen versuchte, auf die Ereignisse zu reagieren. Noch am 16. Oktober hatten Honecker, Krenz, Mielke, Innenminister Dickel und der stellvertretende Verteidigungsminister Streletz im Lagezentrum des MdI über eine Direktschaltung gemeinsam die Leipziger Massendemonstration verfolgt. Krenz hatte zu diesem Zeitpunkt einige Politbüromitglieder und ZK-Mitarbeiter für Honeckers Ablösung gewonnen. Die Initiative kam dabei nicht von Krenz selbst, sondern aus dem zentralen Parteiapparat. Die Übertragung der Leipziger Demonstration für Honecker folgte einem Szenario, mit dem ihm sein Ende vor Augen geführt wurde: Über 100000 Menschen demonstrierten gegen das SED-System und der Staat griff nicht ein.

Honecker hatte noch auf der Politbürositzung vom 10. Oktober unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er gar nicht daran denke, seinen Platz zu räumen. Als ausgerechnet Krenz vortrug, die nächsten Wahlen müssten korrekter ablaufen, zeigte sich Honecker irritiert über dieses implizite Eingeständnis des obersten Wahlverantwortlichen. Honecker reagierte geistesgegen-

---

16 Zum „Neuen Forum" und zu anderen illegalen oppositionellen Gruppierungen in der DDR. Informationen 1989/7, 4 S. (parteiinternes Agitationsmaterial). Es war die letzte derartige „Information", die die SED-Führung parteiintern herausgab.

wärtig und machtbewusst: es müsse eine Untersuchungskommission eingesetzt werden, um eventuelle Unregelmäßigkeiten bei der Wahlauszählung aufzudekken. Dieser unmissverständliche Angriff auf seinen politischen Ziehsohn Krenz zeigte, dass er noch immer das Handwerk politischer Machterhaltung verstand. Er verfügte aber über keine Mehrheiten mehr. Innerhalb einer Woche rückte die Mehrheit im Politbüro von ihm ab. Am 17. Oktober brachte Stoph den Antrag ein, Honecker abzulösen. Mielke brachte die Dynamik auf den Punkt: „Während wir sitzen, hat sich die Lage schon verändert." Er fügte am Schluss seines Statements erneut hinzu: „Wir können doch nicht anfangen, mit Panzern zu schießen." Alle anwesenden Politbüromitglieder einschließlich Honecker stimmten schließlich dem Antrag zu. In seinem Schlusswort formulierte Honecker zutreffend, durch eine Ablösung von Personen würden die inneren Probleme nicht gelöst, aber gezeigt, die Partei sei erpressbar, was ausgenützt würde. Er ging aufrecht von der internen Bühne ab: „Ich sage das nicht als geschlagener Mann, sondern als Genosse, der bei voller Gesundheit ist."[17]

Diese Entmachtung erwies sich nur als eine Palastrevolte. Krenz, Schabowski, Stoph und die anderen versuchten ihre eigenen Köpfe zu retten, indem sie „die" drei Hauptschuldigen für die Misere präsentierten. Zugleich spielten sich Krenz und Schabowski als Umstürzler auf. Denn sie schoben nicht nur Honecker, Mittag und Herrmann alle Schuld zu, zugleich begannen sie das MfS und namentlich Mielke als hauptverantwortlich hinzustellen. Das begann damit – und hält bis heute an –, dass erstens die Rolle Mielkes am Sturz Honeckers unbenannt blieb bzw. beträchtlich heruntergespielt wurde und dass sie zweitens das MfS als „Staat im Staate" zeichneten, das es nie war. Krenz als direkter Vorgesetzter von Mielke wusste besser als die meisten anderen, dass das MfS den Befehlen der SED-Zentrale gehorchte und nicht umgekehrt.

Am Abend des 18. Oktober wandte sich der neue SED-Chef Egon Krenz mit einer Fernsehansprache an die Öffentlichkeit. Schon der erste Satz zeigte, dass er nicht fähig war, in dieser Situation auch nur annähernd angemessen aufzutreten. Er begann mit: „Liebe Genossinnen und Genossen!" Anschließend trug er Wort für Wort eine Rede vor, die er nachmittags bereits dem ZK vorgelesen hatte. Sein letzter Satz lautete deshalb auch: „Ich danke Euch." An keiner Stelle machte Krenz deutlich, was sich konkret ändern würde. Die Rede blieb so blass wie der Vortragende selbst. Vielen war nicht entgangen, dass sich Krenz als oberster Parteisekretär wie in einer Parteiversammlung an das Parteivolk gewandt hatte – Beginn und Ende symbolisierten das, der Inhalt selbst glich eher Durchhalteparolen als einer zu erwartenden politischen Offensive. Genau ein Satz schaffte es, historisch zu überleben: „Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen."[18] Hier fiel erstmals das Wort von der „Wende", eine geschichtspolitisch bis in die Gegenwart nachwirkende Umdeutung dessen,

---

[17] Schürer, Gerhard: Persönliche Aufzeichnungen über die Sitzung des Politbüros am 17. 10. 1989, in: HERTLE, Der Fall der Mauer, S. 433 f., 437.

[18] ND vom 19. 10. 1989.

was Gesellschaft und Staat in diesen Tagen und Wochen erlebten. Mit Krenz hatte sich die SED-Führung den Chef auserwählt, den sie verdient hatte. Kaum jemand anders vereinte so stark in einer Person all das, wogegen die Gesellschaft aufbegehrte.

Die Haltung der SED ist durch ein Tondokument authentisch rekonstruierbar. Als sich am 24. Oktober in Vorbereitung der Wahl Krenz' zum Staatsratsvorsitzenden die SED-Parteigruppe der Volkskammerabgeordneten traf und eine emotionale Debatte führte, nahm ein Techniker der Volkskammer die Sitzung heimlich auf und spielte sie anschließend der Opposition zu. In der SED-Parteigruppe trafen sich alle SED-Mitglieder, die als Abgeordnete wirkten. Von den 500 Abgeordneten gehörten 127 der SED-Fraktion an, aber 276 waren SED-Mitglieder (FDGB, FDJ u.a.). Eine Frau versicherte in dieser Versammlung: „Ich bin und bleibe Kommunist, egal was uns in Leipzig noch bevorsteht."[19] Bernhard Quandt, ein alter, erregter Funktionär aus dem Norden erzählte, wie er 1953 Konterrevolutionäre mit der Pistole verjagt habe. Ein Kommunist lasse sich nicht von einem Konterrevolutionär totschlagen, 1953 so wenig wie 1989. Die Demonstranten seien fürchterliche Gewalttäter. Die Anwesenden dankten ihm mit heftigem Beifall. Eine Abgeordnete aus Lübbenau wusste wahrheitswidrig zu berichten, dass in Ostberliner Kirchen Aufrufe mit der Aufforderung, „Die Kommunisten sind aufzuhängen", angeschlagen seien. Diese Versammlung der „intellektuellen und politischen Elite" fand ihren skurrilen Höhepunkt mit dem Statement einer Abgeordneten aus Leipzig, die vorschlug, das 1962 im Kinderbuchverlag erschienene Bändchen „Der erste Start" sofort neu aufzulegen, damit alle ganz genau Bescheid wüssten. Denn zu diesem Buch hatte der Autor Klaus Hilbig eine Geschichte unter dem Titel „Egon setzt sich durch" beigesteuert. Darin porträtierte er den 35jährigen FDJ- und SED-Funktionär Egon Krenz.[20] Die Abgeordnete glaubte, dies sei die richtige Antwort auf die Zeichen der Zeit.

Allerdings enthüllte diese Versammlung nicht nur die peinliche Unfähigkeit dieser SED-Funktionäre. Auch Schabowski griff in die Debatte ein. Er erklärte, es komme darauf an, politisch zu reagieren. Darunter verstand er, in der Öffentlichkeit so zu tun, als nähme man die Kritik ernst, tatsächlich aber den bisherigen Kurs weiterzuverfolgen und vor allem alles zu verhindern, was darauf hinausliefe, Krenz zu demontieren. Mit der Versammlung war er sich einig, dass jetzt nicht nachgegeben werden und man sich dem Druck der Straße nicht beugen dürfe. Zum Schluss kam Krenz selbst zu Wort. Die Partei sei nicht bereit, so Krenz, die führende Rolle abzugeben.

Das erstaunlichste an der Politik von Krenz war, dass sie nicht stattfand. Die Stoph-Regierung versuchte noch, die Gemüter zu beruhigen und erklärte, die dramatisch schlechte Versorgungslage würde schnell verbessert durch Importe und Bereitstellungen aus der Staatsreserve. Am 27. Oktober folgte eine Amnestie für die in den Wochen zuvor Verhafteten und für die wegen „Republik-

---

19 SED-Parteigruppe der Volkskammer, Mitschnitt vom 24. 10. 1989. RHG.

20 Siehe auch: Aufbruch auf Rügen. Aus dem Alltag eines Jugendfunktionärs, in: ND vom 18. 6. 1960, Beilage.

flucht" verurteilten Menschen. Die Opposition protestierte. Amnestie bedeute Gnade vor Recht und stelle einen Willkürakt dar. Am gleichen Tag wurden die Reisebeschränkungen in die ČSSR aufgehoben, was zu einem sofortigen Anstieg der Fluchtzahlen führte.

Zu diesem Zeitpunkt ahnte niemand, was das SED-Politbüro in einer Art Offenbarungseid erfahren hatte. Eine Kommission unter Gerhard Schürer legte zwei Papiere zur Wirtschafts- und Finanzsituation vor. Diese Papiere entsprachen einer vollständigen ökonomischen und finanziellen Bankrotterklärung. Schürer schrieb, dies müsse alles im „Interesse der Notwendigkeit der Erhaltung der Kreditwürdigkeit" der „absoluten Geheimhaltung" unterliegen. Die wahren Verschuldungszahlen „dürfen deshalb auch künftig nicht in die Abrechnung der Planzahlungsbilanz einbezogen werden".

Einige Tage später murmelte Krenz mehrfach in Parteigremien, was man auch mache, es sei falsch. Er und seine Getreuen ahnten, dass nicht nur ihre Zeit, sondern auch die des Systems vorbei war. Sie verwalteten nur noch Restzeit.

Ab 1. November fehlten praktisch wochenlang in keiner Nachrichtensendung Meldungen über angekündigte oder bereits erfolgte Rücktritte von Ministern, Parteivorsitzenden, Verbands- und Gewerkschaftsfunktionären, Abgeordneten, SED-Funktionären und vielen anderen regionalen und örtlichen Funktionären. Egon Krenz heizte die Stimmung am 1. November nochmals an. Auf einer Pressekonferenz in Moskau erklärte er, die Gründe für die Mauer bestünden immer noch. Außerdem sagte er, alles was sich in den letzten Tagen und Wochen positiv entwickelt habe, sei das Ergebnis der Arbeit von SED-Politbüro und ZK der SED.

Die gesellschaftliche Emanzipationsbewegung schritt derweilen voran. Die SED-Führung versuchte zwar Druck abzulassen, aber dies gelang nicht einmal mehr ansatzweise. Als die SED-Führung die Grenzen zur ČSSR zum 1. November wieder öffnete, setzte erneut ein Flüchtlingsstrom ein. Schnell sprach sich herum, dass die Mauer für Ausreisewillige praktisch gefallen war.

Am 6. November begann vormittags eine dreitägige Sitzung des ZK der SED. Zunächst gab Krenz den Rücktritt des gesamten Politbüros bekannt, um dann einen Teil der alten Mannschaft mit ein paar neuen Gesichtern wie Modrow erneut „wählen" zu lassen. Nachmittags versammelten sich vor dem ZK-Gebäude Zehntausende SED-Mitglieder und verlangten in teils drastischen Worten die sofortige Einberufung einer Parteikonferenz. Die Organisatoren demonstrierten, das war ihre erklärte Absicht, die SED-Basis sei handlungsbereit und sei immer noch eine Massenbasis. In den Bezirken rumorte es an der Parteibasis ebenfalls so heftig, dass noch während der Tagung einzelne SED-Bezirkschefs abberufen und aus dem gerade neu gewählten Politbüro herausgenommen werden mussten. Krenz murmelte während der aufgeregten Tagung, Demokratie und Dialoge seien sehr anstrengend. Er beschwor die Versammlung, die Errungenschaften des DDR-Sozialismus nicht preiszugeben. In einem langen Referat stellte er ein SED-Aktionsprogramm vor, das bei nicht wenigen ZK-Mitgliedern blankes Entsetzen hervorrief. Denn erstmals unterrichtete ein SED-Chef das ZK von der katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Obwohl Krenz nicht einmal das tatsächliche Ausmaß der Krise beschrieb und das ZK

praktisch belog, zeigten sich mehrere Redner tief erschüttert. Sie sagten, sie fühlten sich belogen und betrogen.

Am Nachmittag des 9. November präsentierte Krenz der ZK-Versammlung eine Verordnung der Stoph-Regierung nebst einer Pressemitteilung. Seit Wochen war im ZK und im Ministerrat fieberhaft an einer Lösung des Flucht- und Reiseproblems gearbeitet worden. Von den drei im August entwickelten Alternativen standen zwei noch immer zur Verfügung: sofortige Schließung aller Grenzen oder geregelte Öffnung. Krenz hatte damals Honecker mitgeteilt, eine „Ideallösung" gebe es nicht. Nun teilte er dem ZK praktisch wiederum beide Alternativen mit: „Wie wir's machen, machen wir's verkehrt." Krenz entschied sich diesmal nicht für die Kamikaze-Lösung (Schließung der Grenzen), die noch mehr als Anfang Oktober bürgerkriegsähnliche Zustände hätte provozieren können. Im Kern lautete der Beschluss, bis zur Verabschiedung eines Reisegesetzes könnten ständige Ausreisen über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur Bundesrepublik und nach West-Berlin ab dem nächsten Tag erfolgen. Krenz sagte noch: „Ja, ich würde sagen, dass der Regierungssprecher das gleich macht, ja." Dann murmelte er noch bei abgeschaltetem Saalmikrophon: „Das ist doch immer gut, so was zu machen."[21] Krenz selbst gab die Anweisung, dass noch am Abend die neue Regelung öffentlich verkündet werden solle. Die Bezirksbehörden der Polizei, die für die Ausgabe der Reisepässe zuständig waren, erhielten gegen 18.00 Uhr eine Mitteilung über die neue Verfügung übermittelt, um sich auf den erwarteten Ansturm am nächsten Morgen vorbereiten zu können.

Um 18.00 Uhr begann eine Pressekonferenz. Solche Pressekonferenzen gab es erst seit wenigen Tagen, am 2. November hatte der Ministerrat das Amt eines Regierungssprechers eingeführt. Kurz vor 19.00 Uhr fragte der italienische Journalist Riccardo Ehrman, was mit dem Reisegesetz sei. Und nun kam Schabowskis großer Auftritt. Die ganze Welt sollte glauben, er sei der Grenzöffner, gewissermaßen nebenbei und aus Versehen. Er las stotternd, sich nach links und rechts umschauend, die Pressemitteilung vor und tat so, als wisse er nicht, was er da soeben vorgelesen hatte. Dabei war Schabowski bei der ZK-Tagung anwesend. Er kannte zudem die Planspiele vom August. Welcher Inszenierungsplan verfolgt wurde, liegt nicht offen, auch nicht, ob dies mit Krenz abgesprochen war. Schabowskis Auftreten demonstrierte, hier handelte kein Politiker, sondern ein Funktionär. Die Folgen seiner Bemerkung, die Regelung gelte „ab sofort", waren von ihm nicht einkalkuliert worden. In jedem Fall handelte es sich um die bereits im August erdachte Lösung, den Kessel zu öffnen, Druck abzulassen, um ihn dann wieder zu schließen. Die von Schabowski gemimte Ahnungslosigkeit über die Bedeutung des Beschlusses war großes Schauspiel eines politischen Dilletanten. Denn natürlich hatte er weder die Wirkung gewollt noch erahnt.

Die anwesenden Journalisten verstanden aber sofort, was ihnen soeben präsentiert worden war. Um 19.01 Uhr ging die Pressekonferenz zu Ende, ab 19.03 Uhr liefen die Ticker heiß.

---

21 HERTLE/STEPHAN, Das Ende der SED, S. 422, 368 f., 305 f.

Auch wenn Krenz und Genossen noch einige Tage hofften, die Grenzen wieder schließen zu können und dafür sogar militärische Überlegungen angestellt wurden, so bedeutete doch die Nacht vom 9. zum 10. November historisch das endgültige Ende der SED-Diktatur.

## *Literatur*

BLUHM, Harald u. a.: Texte zu Politik, Staat, Recht, Berlin 1990

HERTLE, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996

HERTLE, Hans-Hermann/STEPHAN, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, 2. Aufl., Berlin 1997

KOWALCZUK, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009

LAND, Rainer/POSSEKEL, Ralf: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren, Berlin 1998

MITTER, Armin/WOLLE, Stefan (Hrsg.): „Ich liebe euch doch alle". Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989, Berlin 1990

SEGERT, Dieter: Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR, Wien/Köln/Weimar 2008

STEPHAN, Gerd-Rüdiger/KÜCHENMEISTER, Daniel (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994

WILL, Rosemarie: Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 37/9 (1989), S. 801–812

*Diskussion*

## Die Revolution bis zum 10. November 1989

*Moderation: Helge Heidemeyer*

*Heidemeyer*: Ganz im Gegensatz zur Rede von Egon Krenz darf ich mich für zwei pointierte, analytische und zuweilen sogar kurzweilige Beiträge bedanken. Wir haben viel von Dynamik, Dialog, kosmetischen Operationen und Delegitimationen gehört. Wir haben aber auch von einem Kampf um Öffentlichkeit gehört. Wir wollen jetzt in einen Dialog mit der Öffentlichkeit, in einen Dialog mit Ihnen einsteigen, auch wenn das anstrengend ist, wie wir gerade gelernt haben. Ich würde vorschlagen, dass wir zunächst den Themenkomplex der alten Mächte diskutieren.

*Barbe*: Nur eine Nachfrage. Zum Schluss hast Du [I.-S. Kowalczuk] gesagt, dass es wohl militärische Pläne gegeben hat, die Mauer wieder zu schließen. Das ist für mich ganz neu.

*Kowalczuk*: Ja. Es gab in Strausberg solche Planspiele. Dazu gehört aber auch, dass sich hohe NVA-Generäle dagegengestellt haben. Deutsche Soldaten schießen nicht auf deutsche Bürger, das ist die Ideologie dahinter. Es gehört auch dazu, dass man in dieser Phase für jede These oder für jede Bewegung in den hohen Machtapparaten oft eine Gegenbewegung hat. Und bei den militärischen Planspielen zur Wiederschließung der Berliner Mauer war das z.B. der Fall. Es war auch ganz entscheidend dafür, dass diese Pläne am 12. oder 13. November dann endgültig aufgegeben worden sind.

*Templin*: Zwei Nachfragen. Dr. Timmer: Wen von den Dresdener Oppositionsvertretern, also von den bereits vorhandenen Oppositionsgruppen, sehen Sie im Oktober in der Scharnierfunktion, die diese Dialogdynamik beförderte, über die „Gruppe der 20" hinaus? Haben Sie da Personen im Blick? Gab es die bereits im Oktober? Ab November werden sie dann ja sichtbar. Aber sind Sie bereits für Oktober auf Gruppen gestoßen? Ich weiß, von der IFM gab es die Gruppe „Wolfspelz" in Dresden, die auch vorher schon recht rührig war. Es wird auch einzelne gegeben haben, die Kontakt zu Oppositionsgruppen hatten. Spielten die im Oktober eine Rolle?

Und Frage an Ilko[-Sascha Kowalczuk]: Du hast völlig zu Recht gesagt, wer das Prädikat „Reformer" unter den rührigeren oder etwas beweglicheren SED-Mitgliedern nicht verdiente – inhaltlich. Aber es muss ab September, ab der Gründungsphase des „Neuen Forum", relativ intensive personelle Verbindungen aus dieser SED-strategischen Ecke heraus bis hin in die Koordinierungsgruppen „Neues Forum" gegeben haben. Wie gestaltete sich das in der Oktober-Phase? Ab November ist jeder von den SED-Reformern stolz darauf, wie viele Kontakte er hat. Da reißt man sich darum, Bärbel Bohley auf die Podien

einzuladen. Aber wie sah das im Oktober aus? Wer hat welche Fäden gesponnen und wahrscheinlich sogar versucht, Einfluss auf die programmatischen Entscheidungen oder auf den Kurs des „Neuen Forum" zu nehmen? Es muss doch intensive Versuche des Brückenbaus gegeben haben, die bislang immer unterbelichtet geblieben sind, aber für die Entwicklung, die dann zum Runden Tisch hinführt, und für November/Dezember eine erhebliche Rolle spielen, auch für die internen Auseinandersetzungen im „Neuen Forum".

*Kowalczuk*: Ich kann bloß mutmaßen, weil all das, was ich dazu gefunden habe, auch in Gesprächen mit Zeitzeugen, immer sehr widersprüchliche Informationen sind. Das geht letztlich zu Kontakten im Vorfeld der Besetzungen der MfS-Zentralen, wo es einige Gesprächskontakte und Absprachen, etwa zwischen Bärbel Bohley, Gregor Gysi und Markus Wolf, gab. Dahinter steht immer die Angst, es käme doch noch zu einem Gewaltausbruch. Aber gerade in dieser Phase im September kommt hinzu, dass diesen sogenannten SED-Reformern immer noch der Vorwurf anlastet, dass sie vom MfS gesteuert worden seien. Auch das ist bislang mehr oder weniger nebulös, Akten dazu gibt es nicht wirklich. Aber vielleicht kann Reinhard Schult aus seiner Sicht dazu noch Näheres sagen, ehe ich jetzt mutmaße.

*Schult*: Ich kann nur für mich sprechen. Meines Wissens gab es im September/Oktober keine Kontakte zu irgendwelchen SED-Reformern. Wir hatten natürlich in den oppositionellen Gruppen auch SED-Genossen, Klaus Wolfram, Gunther Begenau usw. Aber die waren nicht in den Apparat involviert.

*Timmer*: Zu Ihrer Frage zu Dresden: In dem Zeitraum, um den es hier geht, war es tatsächlich die „Gruppe der 20", die die Entwicklung geprägt hat; es war die „Gruppe der 20", die die Dialoge mit Berghofer geführt hat; es war die „Gruppe der 20", die in der Stadtverordnetenversammlung auftrat; es war die „Gruppe der 20", die am 26. Oktober diese Dialogveranstaltung mit 100000 Teilnehmern mit moderiert und gestaltet hat. Es gab innerhalb dieser Gruppe Wechsel, es sind einige zurückgetreten, andere eingetreten. Über diese Rekrutierungen erfolgten tatsächlich auch aus den Kreisen der politisch-alternativen Gruppen oder sich formierenden neuen Gruppen Veränderungen. Aber die Ablösung von der spontan entstandenen „Gruppe der 20" hin zu den oppositionellen Gruppen, die überall im Land auftraten, war dann tatsächlich erst später in der Entwicklung, im November.

*N. N.*: Noch einmal ein paar deutliche Worte zu dem „Macher der Revolution", Krenz. Es kam ein kleiner Nebensatz, dass er nur etwas abgesegnet habe. Aber es hält sich wirklich hartnäckig das Gerücht, dass Egon Krenz für die Friedlichkeit der Revolution verantwortlich ist und alles angewiesen hat, dass kein Militär eingesetzt wird. Ilko-Sascha, kannst Du noch etwas dazu sagen?

*Kowalczuk*: Ich dachte, das gesagt zu haben. Im Raum stand auf der einen Seite die Angst der Demonstranten vor dem, was kommt, und auf der anderen Seite die Angst der Funktionäre sowohl in Leipzig wie in der Zentrale in Berlin, eine Entscheidung zu treffen. Demzufolge haben sie ganz lange keine Entschei-

dung getroffen. Zur Geschichte vom 9. Oktober in Leipzig gehört natürlich, ich habe es vorhin mit Kurt Masur nur kurz angedeutet, dieser Aufruf der Sechs zur Gewaltlosigkeit, also von Kurt Masur, einem Theologen, einem Kabarettisten und drei SED-Funktionären aus der SED-Bezirksleitung Leipzig, was ganz wichtig ist. Masur bestand darauf, dass sie auch namentlich unter diesem Aufruf stehen.

Sie kennen vielleicht alle die Geschichte: Kurz nach 18 Uhr ging auf einmal der Stadtfunk in Leipzig an mit einer Erkennungsmelodie, und die Menschen, die mittlerweile um den Ring herum spazierten, bekamen fürchterliche Angst, weil sie glaubten, in diesem Moment werde der Ausnahmezustand über Leipzig verkündet. Aber stattdessen ist von Kurt Masur der Aufruf zur Friedfertigkeit vorgelesen worden, der sich gleichermaßen an die Demonstranten wie an die Polizeikräfte und die anderen Sicherheitskräfte wandte. Das hatte natürlich eine sehr große Wirkung, gerade aufgrund dieser Namen, die in Leipzig jeder kannte. Damit war eine Vorentscheidung gefallen. Es war etwas präjudiziert worden. Kurz nach 18.30 Uhr ist dann in Leipzig, und zwar nur in Leipzig, vom Zweiten Sekretär der SED-Bezirksleitung der Beschluss gefällt worden. Er hat sich natürlich mit seinem Büro abgestimmt, aber ohne Rückendeckung Berlins. Ungefähr eine Dreiviertelstunde später, die Nachrichten brachten mittlerweile auch, dass immer noch nichts passiert sei, rief Krenz an und segnete es nachträglich ab.

Mit anderen Worten: Er hatte mit dieser Entscheidung nicht wirklich etwas zu tun. Er hat sie im Nachhinein legitimiert. Sein engster Mitarbeiter, Wolfgang Herger, war derjenige, der wenige Tage später, ich glaube am 15. Oktober oder am 25., jedenfalls noch im Oktober, die Legende erfunden hat, dass Krenz der Friedensapostel von Leipzig sei. So wurde das dann in Umlauf gebracht. Und besonders massenwirksam hat es am 4. November auf dem Alexanderplatz Gregor Gysi ins Volk gestreut, als er Egon Krenz dafür dankte, dass er die blutige Niederschlagung in Leipzig verhindert habe. Zu dieser Geschichte gehört, dass die Mehrheit der Leute damals auf dem Alexanderplatz angesichts dieser Botschaft pfiff und buhte. Dazu muss man wissen, dass Gysi damals noch lange nicht so eine Figur war, die die Leute in Wallung brachte. Aufgrund seines Witzes und seiner Sprachakrobatik hatte er durchaus hohes Ansehen, bis weit in die Oppositionskreise hinein. Mit anderen Worten: Er gehörte am 4. November nicht zu denjenigen, die per se ausgepfiffen worden sind, so wie Markus Wolf oder Schabowski, sondern man hörte ihm schon zu. Er bekam auch sehr viel Beifall für seine Forderung nach Rechtsstaatlichkeit und nach einem Reisegesetz. Aber an diesem Punkt, als er Krenz zum Friedensengel machen wollte, kippte kurzzeitig die Stimmung, was eben auch zeigt, dass die Menschen damals schon ein anderes Erfahrungswissen hatten und sich die Legende tatsächlich erst im Laufe der Jahre in unser aller Köpfe versuchte festzusetzen.

*Booß*: Zwei Anmerkungen. Einmal zum Thema „Neues Forum" und SED: Ilko Kowalczuk hat dieses Papier von Rosemarie Will zitiert, an der Humboldt-Universität entstanden, von so genannten Reformern erdacht, das dazu dienen sollte, Gruppen, die den Boden des Sozialismus verlassen, als Verfas-

sungsfeinde zu kriminalisieren. Interessanterweise erfolgt dies mit einer Verfassungsargumentation, also nicht mehr mit einer Partei-, sondern mit einer juristischen Argumentation. Was Kowalczuk nicht gesagt hat: Dieses Papier sieht auch die Möglichkeit vor, Gruppen zuzulassen, die diesen Konsens nicht antasten, also Reformgruppen – dabei wurde natürlich zuerst an das „Neue Forum" gedacht –, die, wenn sie nicht über die Stränge schlagen würden, als intermediäre Gruppe zugelassen werden sollten. Es ist schon auffällig, dass ab einem gewissen Zeitpunkt in das „Neue Forum" sehr stark SED-Leute eingedrungen sind und sich SED-Leute wie Gysi intensiv um das „Neue Forum" bemüht haben.

Punkt 2: Ein bisschen unorthodox: zum 9. Oktober. Ich habe mit dem Egon-Krenz-Vertrauten [Wolfgang] Herger mal zwei oder drei Stunden lang gesprochen zu diesem Punkt. Was er mir für eine Geschichte erzählt hat, macht einen nachdenklich. Denn am 9. war der eigentliche Militärchef der DDR, Erich Honecker, im Entscheidungszentrum präsent. Er war natürlich in seiner Doppelfunktion als Chef des Nationalen Verteidigungsrates und SED-Generalsekretär, der die Bezirkseinsatzleitungen steuern konnte, der „oberste Kriegsherr" in solch einem Fall. Die halbe Stunde, in der die Genossen aus Leipzig oben angefragt haben, „Was sollen wir nun tun?", und Herr Krenz nicht geantwortet hat, hat Herger mir so erklärt: „Das ist die halbe Stunde, wo wir Honecker nicht informiert haben über die wahre Lage in Leipzig". Offenbar weil sie die Befürchtung hatten, dass Honecker, und wir kennen ja seine Äußerungen kurz zuvor, eine falsche Entscheidung trifft. Die oberste Entscheidungsebene wurde ausgehebelt. Ich habe Herger dann gefragt, ob das nicht ein kalter Staatsstreich gewesen sei, da hat er gegrinst und gesagt: „Das haben Sie gesagt." Plausibel wäre es, von den Entscheidungsstrukturen her, dass etwas an dieser Geschichte dran ist. Es wird nur gefragt, was hat Krenz gemacht. Die Frage muss doch lauten: Was hat Honecker, die Nr. 1, damals gemacht? Das macht Herrn Krenz nicht wesentlich besser als er ist, aber es ist eine differenzierte Sicht.

*Schult*: Darauf kann ich direkt reagieren: SED-Mitglieder sind nicht in ausreichender Zahl ins „Neue Forum" reingedrückt worden. In den Sprecherräten gab es keine. Es war auch ausgeschlossen, dass Sprecherräte und Mandate von Leuten wahrgenommen wurden, die anderen Parteien angehörten. Mitglieder gab es selbstverständlich. Es gab auch IMs und auch Stasi-Offiziere im „Neuen Forum".

*Lietz*: Herr Timmer, Sie sagten, dass es in der Zeit, die Sie beschrieben haben, zu einer vorübergehenden Partnerschaft zwischen Oppositionsgruppen und den vielen Demonstranten auf der Straße gekommen sei. Ich kann das nur bestätigen. Es ist aber heute Vormittag schon gesagt worden, dass die Oppositionsgruppen bis zum Sommer '89 eigentlich kaum eine breite Resonanz in der Bevölkerung hatten und sich nach der Maueröffnung diese vorübergehende Partnerschaft auch mehr und mehr wieder auflöste und auseinanderdriftete. Worin würden Sie die Gründe sehen, dass es in dieser kurzen Phase, die ich für eine ganz wichtige in der gesamten Entwicklung dieses Jahres halte, zu dieser

Partnerschaft gekommen ist? Ich habe damals schon das Bild gebraucht: Das Volk hatte wie ein Stier seine Interessen irgendwo, und für kurze Zeit sind die Bürgerbewegungen sozusagen oben auf den Rücken gesprungen, haben das ein Stückchen gelenkt. Als die Mauer geöffnet wurde, ist der Stier weitergezogen und die Bürgerbewegten wurden einfach wieder runtergeschmissen und saßen ein halbes Jahr später mit 3 Prozent bei den ersten Wahlen. Was ist da eigentlich passiert? Was war der nicht artikulierte Wille des Volkes, der massenwirksam war, der möglicherweise von bestimmten Eliten immer falsch interpretiert worden ist? Wo ist erkennbar geworden, warum es dann wieder auseinanderdriftete?

*Timmer*: In dem Referat von Herrn Kowalczuk ist deutlich geworden, dass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung bis '89 massiv war. Es war sicherlich nicht so, dass die oppositionellen Gruppen sich hingestellt und der DDR-Bevölkerung erklärt haben: „Ihr müsst unzufriedener sein, weil das und das und das nicht funktioniert." Das wäre absurd gewesen und auch gar nicht möglich in der Lage. Die absolute Voraussetzung dieser Ereignisse war die Ausreisewelle. Wenn die nicht gewesen wäre, wären auch die Gruppengründungen, die wir heute Morgen besprochen haben, das geblieben, was sie sonst gewesen wären, nämlich einfach wieder Gruppengründungen, denen danach wahrscheinlich weitere Gruppengründungen gefolgt wären. Es hätte meiner Meinung nach keine Massenwirkung erreichen können. Es ging nur auf der Grundlage der Ausreisewelle. Und die Ausreisewelle schuf einen solchen Handlungsdruck in der Bevölkerung, dass man das Gefühl hatte, es muss jetzt etwas anders werden. Auf dieser Grundlage war es möglich, auf dem Minimalkonsens Veränderung und Dialog, diese Partnerschaft herzustellen. In dem Augenblick, wo es darum ging, wohin es jetzt, positiv, gehen soll nach dem 9. November, zeigte sich dann doch, dass die Zielvorstellungen extrem unterschiedlich waren. Aber in der Abschaffung des Alten war man sich sehr einig.

Ein Thema, das noch gar nicht zur Sprache gekommen ist, das aber gerade bei dieser Partnerschaft zwischen Gruppen und, „Massen", jetzt böse gesagt, zentral war, war die Rolle der West-Medien. Man muß nur überlegen, woher man in der DDR etwas von den oppositionellen Gruppen wusste; die wenigsten hatten Ende September jemanden vom „Neuen Forum" direkt getroffen. Und ich fürchte, auch die ganzen Aufrufe, Forderungskataloge, Stellungnahmen und Positionspapiere werden nicht massenhaft studiert worden sein in der DDR, schon allein deswegen, weil sie mangels Kopierer gar nicht massenhaft vorhanden waren. Was man von den Oppositionsgruppen wusste, wusste man aus den West-Medien. Wenn man sich die Berichterstattung der „Tagesschau" und von „heute" im September anguckt, ist das sehr interessant – Sie haben das Gefühl, das hat einfach überhaupt nichts mehr mit dem zu tun, was da drüben tatsächlich passierte. Die Oppositionsgruppen, klein, fragil, wie sie waren zu dieser Zeit, wurden in den West-Medien als die Hoffnungsträger des demokratischen Aufbruchs, als schlagkräftige Opposition, als handlungsmächtige Alternative zur SED dargestellt. Und es wurde sehr explizit auch die Verbindung hergestellt zwischen Bevölkerung, unzufriedenen Massen und eben der Handlungs-

alternative, praktisch dem Aufruf der West-Medien: „Geht zum ‚Neuen Forum', wenn Ihr was verändern wollt." Die „Tagesthemen" zeigten home-stories von Bärbel Bohley in ihrer Ost-Berliner Wohnung. Es war eine äußerst umfangreiche Berichterstattung.

Zur Frage, warum das „Neue Forum" diesen rasanten Verlauf genommen hat: Das lag sicherlich daran, dass das „Neue Forum" immens konsensfähig war, weil in den ersten Aufrufen noch nichts stand, gegen das man sein konnte. Darin standen keine dezidierten Forderungen, sondern nur ein Aufruf zum Gespräch. Dem konnte sich jeder anschließen. Die Hemmschwelle war gering.

*Barbe*: Ich habe vorige Woche zu meinem größten Erstaunen im MDR eine Sendung gehört, in der es hieß, die SED erhebe jetzt den Anspruch, auch an der Revolution beteiligt gewesen zu sein, nicht nur die oppositionellen Gruppen. Ich war total erstaunt. Es muss wohl Historiker geben, die das belegen. Beziehen die sich möglicherweise auf dieses sogenannte Reformpapier von Will, Brie und Land, und wie sie alle heißen? Oder wollen sie auch noch einen Anteil haben an den Feiermöglichkeiten nächstes Jahr?

*G. Poppe*: Ich frage einmal nach systematischen Untersuchungen der Motivation der Demonstranten. Gibt es so etwas? Hat das mal jemand versucht? Ich weiß, dass es natürlich wahnsinnig schwierig wäre. Aber wir haben auf der einen Seite selbstverständlich den Einfluss der West-Medien, weil alle Informationen darüber gingen. Das, was wir als Samisdat-Publikationen herausgeben konnten, hatten natürlich immer nur wenige tausend Leute, aber niemals diese Menge. Auf der einen Seite kommt man immer schnell dazu zu sagen, die Opposition war eine gewisse Initialzündung, meinetwegen in den Grenzen der Kirchen, und da wurden bestimmte Themen angesprochen. Anschließend ist man herausgegangen, erst mit ganz wenigen Leuten, und dann hat es zugenommen.

Also, gibt es eine Untersuchung z.B. der regionalen Unterschiede des Zustandekommens? Sie haben darauf verwiesen, dass in weiten Teilen der DDR die Demonstrationen erst Mitte Oktober losgehen, sicher auch unter dem Eindruck dessen, was in Leipzig gelaufen ist. Aber das sind natürlich alles Mutmaßungen. Es wäre an der Zeit, dass man versucht, diese Entwicklung der Demonstrationen von den kleinen Anfängen und regional unterschiedlich zu untersuchen.

*Kowalczuk*: [Zu Angelika Barbe] Ich glaube, das, worauf die sich beziehen, setzt mit der ZK-Demo am 8. November ein, als sich zum ersten Mal Teile der SED-Parteibasis vor dem ZK-Gebäude versammeln. Und das geht dann eine ganze Weile weiter. Am 10. November, das haben viele vergessen, gibt es nicht nur die Demonstration von 20000 Menschen vor dem Schöneberger Rathaus. Im Ost-Berliner Lustgarten sind 150000 SED-Genossen zusammengeeilt und demonstrieren für eine eigenständige sozialistische DDR, wo es allerdings auch hart zur Sache ging gegen die Krenz-Führung. Und es gibt eine ganze Reihe von weiteren solchen innerparteilichen, auf öffentlichen Plätzen ausgetragenen Veranstaltungen. Damals Beteiligte werden das gewiss etwas anders einschät-

zen, aber ich formuliere es so. Insofern glauben die Akteure durchaus, ihren Anteil am revolutionären Prozess gehabt zu haben. Sie haben insofern tatsächlich ihren Anteil daran gehabt, als sie die Parteiführung, insbesondere Krenz, so stark unter Druck setzten. Dass er Anfang Dezember zurücktreten musste, war ein Beleg dafür, dass sie Ladehemmungen hatten, weil sie merkten, wenn sie schon aus der eigenen Parteibasis einen so großen Druck haben, können sie gegen den Rest der Gesellschaft erst recht nicht mit anderen Bandagen vorgehen. Dieses Wechselspiel, das sich bereits im September und im Oktober zeigt, darf man nicht vergessen. Man sollte es nicht überbewerten, und man sollte erst recht keine Heldengeschichten daraus machen, aber man sollte es zumindest als einen Aspekt berücksichtigen. Im Übrigen: Dass die SED, und zwar viele in der SED, damals fest davon überzeugt waren, dass das eine Revolution war, die sie gerade vor ihren Machtzentralen erlebten, wird an dem Umstand deutlich, dass sie permanent von einer Konterrevolution sprachen.

*Timmer*: Herr Poppe, zu Ihrer Frage: Eine systematische Untersuchung der Motive würde man sich natürlich wünschen. Es gibt das für Anfang Dezember, als in Leipzig die ersten Meinungsumfragen auf Demonstrationen gemacht worden sind. Aber da sind wir eben schon im Dezember, also letztlich Lichtjahre von dem entfernt, was wir hier diskutieren. Es gibt eine Untersuchung zu Leipzig, die Teilnahme oder Nichtteilnahme an dieser Demonstration aus individuellen Kosten- und Nutzen-Rechnungen begründet, was ich absurd finde, weil der ganze kulturelle Aspekt dabei verloren geht. Also, die Antwort ist: Nein, es gibt dazu keine systematischen Untersuchungen.

*N. N.*: Sie sehen die Demonstrationen erst ab 18. Oktober als wirkliche Demonstrationen an. Eigentlich geht es mit den Demonstrationen gegen die Wahlfälschung los, die natürlich sehr klein und noch keine Massendemonstrationen sind. Der 7. Oktober ist dann ein kalendarischer Zufall, weil in jedem Monat so eine stattfand.

*N. N.*: Eine Frage zum Verhältnis von Masse, Massendemonstration und oppositionellen Gruppen, also zwischen Masse und Elite, wie manche sagen. Das sei streckenweise zusammen- und dann wieder auseinandergegangen. Kann man etwas plakativ sagen, die Massendemonstrationen wollten nach der Maueröffnung möglichst schnell an die Fleischtöpfe des Westens, also möglichst schnell „Wir sind ein Volk", und die oppositionellen Gruppen wollten möglichst lange noch an der Idee hängen, eine demokratische DDR zu schaffen?

*Timmer*: Es gab natürlich bereits vor dem 18. Oktober einzelne Demonstrationen. Um was es mir allerdings geht, ist der Beginn der landesweiten Welle von Massendemonstrationen, die erst mit dem Rücktritt Honeckers begann.

Zum Verhältnis von Masse und Elite kann man nur konstatieren, dass beide Seiten im Oktober und November von dem gemeinsamen Vorgehen profitierten. Die Grundlage dieser Zusammenarbeit war der Eindruck weiter Bevölkerungsteile, dass die Teilnahme an den Aktionen der Bewegung der beste Weg war, die politischen Reformziele zu erreichen. Diese Erfolgsvoraussetzung trug bereits den Keim der Auflösung in sich. Denn dank des Erfolgs der Bewegung

standen im Dezember andere Handlungsalternativen zur Wahl, die angesichts der immensen Probleme der DDR und der politischen Unerfahrenheit der „neuen Eliten" für viele DDR-Bürger attraktiver und erfolgversprechender waren. Es ist absurd, den Menschen vorzuwerfen, dass sie sich nicht auf ein Experiment einlassen wollten, sondern nur nach den Fleischtöpfen des Westens gierten.

*Kowalczuk*: Kollege Timmer, in einem kleinen Punkt würde ich Ihnen schon widersprechen. Prinzipiell ist es tatsächlich so, dass nach dem Honecker-Rücktritt ein rasanter Anstieg der Demonstrationen, der Massendemonstrationen, der Spontandemonstrationen zu verzeichnen ist. Gleichwohl gab es auch vorher außerhalb Leipzigs einige größere, die eine unglaubliche Dynamik entwickelten, und zwar für die ganze Region. Erinnert sei nur an das Beispiel Plauen, wo am 7. Oktober fast bis zu 20000 Menschen auf der Straße standen und unter anderem, was viele nicht wissen, für die deutsche Einheit demonstriert haben in einer Stadt mit 60000 Einwohnern. Das sind schon ganz andere Dimensionen und hier ging auch etwas anderes ab.

Das Zweite ist der oft unbeachtete Punkt, dass diese Demonstrationen nach dem 9. November nochmals einen Anstieg erfuhren. Es ging beileibe nicht nur um die deutsche Einheit, sondern es wurde immer radikaler gegen die SED-Diktatur demonstriert. Das fand seinen Höhepunkt im Januar, wo es völlig neue Dimensionen annimmt. Und was ganz oft übersehen wird, wenn lamentiert wird über die Bürgerbewegungen und was denn aus ihnen geworden sei – sie blieben das moralische Gewissen des Landes auch noch bis weit ins Jahr 1990 hinein. Immer, wenn es darum ging, gegen Seilschaften, gegen Stasi und gegen was auch immer vorzugehen, dann war das „Neue Forum", dann waren die anderen neuen Gruppen, die alte Opposition die Ansprechpartner, die am ehesten in der Lage waren, zu mobilisieren, was sie auch immer wieder getan haben. Das letzte bekannte Beispiel ist die zweite Besetzung der Stasi-Zentrale.

# III. Auf dem Weg zum Runden Tisch – bis zum 7. Dezember 1989

*Jens Reich im Wahlkampfbüro von Bündnis 90 im „Haus der Demokratie" in Berlin-Mitte.*

*Foto: Thomas Uhlemann, 28. Februar 1990, Bundesarchiv 183-1990-0228-021*

*Rainer Eckert*

# Organisationsgeschichte ostdeutscher Parteien und Bewegungen in der Zeit zwischen dem Fall der Berliner Mauer und der Vorbereitung auf die erste freie Volkskammerwahl

## Einleitung

Die Friedliche Revolution war das Ergebnis verschiedener interner und externer Faktoren, die auf die kommunistische Diktatur in der DDR einwirkten. Ausschlaggebend für Ausbruch und Sieg der Revolution war letztlich die kurzfristige glückliche Verbindung zwischen oppositionellen Massendemonstrationen und neu entstehenden Bürgerrechtsbewegungen und Parteien.[1] Die im Sommer und Frühherbst entstandene ostdeutsche Oppositions- und Bürgerbewegung zeichnete sich ihrerseits jedoch durch Zersplitterung aus.[2] Zur Überwindung dieses politischen Mankos bildeten die wichtigsten der neuen Organisationen eine Kontaktgruppe aus „Neuem Forum" (NF), „Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM),[3] „Demokratie Jetzt" (DJ), „Demokratischem Aufbruch" (DA), „Sozialdemokratischer Partei in der DDR" (SDP), der „Vereinigten Linken" (VL) und später der „Grünen Partei" (Grüne), um ihre Aktionen aufeinander abzustimmen. Bereits am 4. Oktober 1989 regte diese Kontaktgruppe an, ein Wahlbündnis zu schließen.[4] Später bereitete sie nach einem Treffen am 3. November die Einberufung eines „Zentralen Runden Tisches" als gegen die diktatorische Staatspartei und ihre Verbündeten gerichtete Form der Doppelherrschaft vor. Konsens war die Ablehnung der Führungsrolle der SED, die Forderung nach freien und geheimen Wahlen und nach politischen Freiheiten.[5]

Zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 kam allerdings schließlich ein Bündnis nur zwischen denen zustande, die sich ausdrücklich als Bürgerrechtsbewegung verstanden und die bereits im Herbst 1989 ein solches Zusammengehen ins Auge gefasst hatten. Die Versuche von zumindest Teilen der Opposition, noch im November politische und ökonomische Überlebenskonzepte für die DDR zu entwickeln, unterschied sich grundsätzlich von den Versuchen der SED, ihre Macht mit Hilfe westlichen Kapitals zu stabilisieren.[6] Gleichzeitig rückte die deutsche Frage immer unabweisbarer auf die Tagesord-

---

1 Klein, Thomas: Die doppelte Isolation: Zum Ausgang der oppositionellen Gruppen in der „Wende", in: JARAUSCH/SABROW, Weg in den Untergang, S. 274–276.

2 WIELGOHS/SCHULZ/MÜLLER-ENBERGS, Bündnis 90, S. 10.

3 Älteste unabhängig von Staat und Kirchen arbeitende Oppositionsgruppe, die sich im Oktober 1989 als Organisation konstituierte, vgl.: MÜLLER-ENBERGS, Was will die Bürgerbewegung?, S. 96–106.

4 Hampele, Anne: Das Wahlbündnis „Die Grünen/Bündnis 90 – BürgerInnenbewegungen", in: MÜLLER-ENBERGS/SCHULZ/WIELGOHS, Von der Illegalität ins Parlament, S. 307.

5 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 199.

6 NEUBERT, Geschichte der Opposition, S. 886 f.

nung. In der Opposition setzte sich jetzt verstärkt das Ziel einer deutschen Konföderation verbunden mit der Blockfreiheit Deutschlands und eingebettet in europäische Einigungsprozesse durch. Gleichzeitig forderten die Demonstranten auf den Straßen – zuerst im Süden der DDR – immer energischer die deutsche Einheit und sahen in den Äußerungen wichtiger Oppositioneller eher eine Verschleppungstaktik.

Zuerst hatte „Demokratie Jetzt" am 27. Oktober 1989 in der Berliner Gethsemanekirche eine Volksabstimmung über die führende Rolle der SED gefordert.[7] Nach dem Fall der Berliner Mauer kam es zu ersten Differenzierungskämpfen im oppositionellen Lager.[8] Zwar hatten große Teile der Opposition die Grenzöffnung begrüßt, doch hatten sich andere kritisch geäußert, da sie jetzt die Reformbestrebungen in der DDR gefährdet sahen. Diese Differenzen waren sicher unvermeidbar, schadeten aber trotzdem Ansehen und Gewicht der Opposition in der Bevölkerung. Gleichzeitig konnten die der Maueröffnung kritisch gegenüberstehenden Oppositionellen keinen alternativen Weg in die Zukunft aufweisen. Auch verstärkten sich im November die Spannungen zwischen den intellektuellen Führern der Opposition und den Angehörigen verschiedener Gruppen wie auch die zwischen den „Berlinern" und Oppositionellen besonders im Süden der DDR. Die Ostdeutschen waren zu diesem Zeitpunkt so politisiert, dass das Engagement der politisch Aktiven auch bei offenen Grenzen nicht nachließ. Allerdings rückte jetzt die Forderung nach der Einheit Deutschlands – auch nach der Verkündung des „Zehn-Punkte-Plans zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas" durch Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November – verstärkt auf die Tagesordnung. In der DDR reagierten Intellektuelle am 29. November mit dem im Neuen Deutschland abgedruckten Appell „Für unser Land". Hier ging es um das Ideal einer eigenständigen DDR auf der Grundlage humanistischer und sozialistischer Ideale – eine Schimäre, wie sich bald herausstellen sollte.

Gleichzeitig verloren die SED-Parteistrukturen im November und Dezember weiter an Einfluss und die administrative Macht übte zunehmend die am 17. November gebildete Regierung Modrow aus. Ihr stand der „Zentrale Runde Tisch" gegenüber, der jedoch auch die Gefahr barg, dass die Oppositionellen zu Stützen der Regierung avancierten. Dieses Risiko verstärkte die formale Beteiligung von Bürgerrechtlern seit dem 28. Januar 1990 an der „Regierung der nationalen Verantwortung". Zwar wurde die Demokratisierung des Realsozialismus jetzt unumkehrbar, es verstärkte sich jedoch auch der Druck auf eine möglichst zügige Abhaltung von freien Wahlen, da letztlich sowohl Regierung als auch „Zentraler Runder Tisch" demokratisch nicht legitimiert waren. Gleichzeitig ging der Kampf gegen die gesellschaftliche Macht der SED und ihre Geheimpolizei weiter. Dieser hatte neue Brisanz gewonnen, als sich Ende 1989, Anfang 1990 die Angst ausbreitete, die SED bzw. SED-PDS könne das alte Regime wieder stabilisieren bzw. neu einführen. Nach der kommunistischen

---

[7] Ebd., S. 891. Zu den Runden Tischen: SCHROEDER, Der SED-Staat, S. 344–350; THAYSEN, Der Runde Tisch.

[8] NEUBERT, Unsere Revolution, S. 234.

„Kampfdemonstration" am 3. Januar am mit nationalistischen Parolen beschmierten sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow hatte diese Angst einen realen Anlass. Im Gegenzug nahm die Revolution einen neuen Aufschwung, und die Opposition schloss sich ebenfalls am 3. Januar im „Wahlbündnis '90" zusammen – einem allerdings sehr brüchigen Zusammenschluss, wie sich schnell zeigen sollte.

Im Januar 1990 verstärkte sich auch der Einfluss bundesdeutscher Parteien und ihrer Politiker auf die Entwicklungen in der DDR. Verschiedene dieser Parteien suchten Partner im Osten, die ihrerseits zunehmend von der Unterstützung durch den Westen abhängig waren. Auch die Westorientierung der Bevölkerung vergrößerte sich nach dem Fall der Mauer rasant, was Einfluss auf die Forderungen der Demonstranten, aber auch auf Politiker in beiden deutschen Staaten und darüber hinaus ausübte. Die oppositionellen Gruppen bekräftigten zwar vorerst das Versprechen, ein Wahlbündnis zu bilden, aber bald scherten die ersten Parteien aus dieser Kooperation aus. Vor diesem Hintergrund verloren Demonstrationen, Friedensgebete und Dialoge an Bedeutung und der letzte gemeinsame Erfolg der Bürgerbewegung war die Auflösung der kommunistischen Geheimpolizei nach der Besetzung ihrer Zentrale am 15. Januar 1990. Letztlich hatte sich die Vision einer „Gesellschaft in Bewegung" auf den ungeahnten Erfolg des Ausbruchs aus der kommunistischen Diktatur in einer Friedlichen Revolution beschränkt.[9]

## I. Parteien und Bewegungen der Bürgerbewegung[10]

### *1. Sozialdemokratische Partei in der DDR*

Die ostdeutsche Sozialdemokratie verstand sich von Anfang an als Partei und *die* Alternative zur kommunistischen SED. Deshalb setzte sie auf verbindliche Programme und verpflichtende Beschlüsse statt endloser unstrukturierter Diskussionen.[11] Ein wesentliches Problem für die ostdeutschen Sozialdemokraten war die Diskreditierung des Sozialismusbegriffs durch die kommunistischen Diktatoren, denen es gelungen war, mit ihren Vorstellungen eines „realen Sozialismus" freiheitliche und demokratische Sozialismusvorstellungen für eine übergroße Mehrheit der Ostdeutschen als nicht mehr vermittelbar zu denunzieren.[12] Anfang November beschleunigte sich der Aufbau von Parteistrukturen und es bildeten sich die ersten Bezirks- und zahlreiche Ortsverbände. Das veränderte den Charakter der Partei dadurch, dass jetzt Menschen zu ihr stießen,

---

9 TIMMER, Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 386.

10 Unabhängiger Frauenverband (UFV), IFM, DSU und zahlreiche andere Gründungen werden hier nicht gesondert, sondern im Zusammenhang mit anderen Gruppen und Parteien thematisiert.

11 Von zur Mühlen, Patrick: Die SDP und der Sturz des SED-Regimes, in: FAULENBACH/POTTHOFF, Die deutsche Sozialdemokratie, S. 70.

12 MILLER/POTTHOFF, Kleine Geschichte der SPD, S. 280; dazu auch: Schröder, Richard: Ein eigenes Profil – das Leipziger Grundsatzprogramm der SPD (Ost) vom Februar 1990, in: DOWE/ECKERT, Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 73–80.

die ihr eine erfolgreiche politische Rolle zutrauten, und besonders in Sachsen nahmen viele Gruppen eine dezidiert antikommunistische Haltung ein.[13] Auch das führte dazu, dass sich die SDP am 3. Dezember zur Einheit der Nation bekannte, gleichzeitig jedoch einen reinen Anschluss an die Bundesrepublik ablehnte.[14] Eine Konföderation beider deutscher Staaten sollte die Einheit gestalten.

Insgesamt riss die Beziehung der ostdeutschen Sozialdemokraten zu anderen Gruppierungen der Opposition zwar nie ab, von Ende 1989 an verstärkten sich jedoch die politischen Differenzen. Inhaltliche Entwicklungen innerhalb der ostdeutschen Sozialdemokraten schlugen sich in dem auf dem Leipziger Parteitag vom 22. bis 25. Februar 1990 beschlossenen Programm nieder. Jetzt hieß es, dass die Partei den Begriff „soziale Demokratie" bevorzugen würde, da „Sozialismus" als Synonym für ein menschenverachtendes Zwangssystem stehe.[15] Ob dieser halbherzige Rückzug vom Sozialismusbegriff den Postkommunisten mit ihrer angemaßten Inanspruchnahme des demokratischen Sozialismus in die Hände spielte, ist bis heute ungeklärt bzw. strittig. Das gilt auch für den gegen die Meinung des neuen Parteivorsitzenden, Ibrahim Böhme, gefassten Beschluss, vorerst keine SED-Mitglieder aufzunehmen.

Vom Fall der Berliner Mauer bis Anfang 1990 sprach in der DDR viel für einen Sieg der Sozialdemokraten bei kommenden freien Parlamentswahlen, da SED und Blockparteien als diskreditiert galten. Für viele Beobachter kam die Gründung der konservativen „Allianz für Deutschland" gänzlich unerwartet oder wurde in ihrer Durchschlagskraft unterschätzt. Zuvor waren die ostdeutschen Sozialdemokraten wie auch andere oppositionelle Gruppen am 5. Februar 1990 der „Regierung der nationalen Verantwortung" unter dem PDS-Ministerpräsidenten Hans Modrow beigetreten. Gleichzeitig versuchten sich die Sozialdemokraten zunehmend auf ihre bundesdeutsche Schwesterpartei zu stützen, agierten dabei insgesamt aber eher zurückhaltend und teilweise unsicher.

### *2. Demokratischer Aufbruch*

Der „Demokratische Aufbruch" kritisierte ursprünglich den Real-Sozialismus, ohne von der Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung Abstand zu nehmen.[16] Das führte unter den Bedingungen einer offenen Grenze auf dem Weg zu einer wahlfähigen Partei zu einer schweren Krise, die damit begann, dass die Programmkommission am 2. Dezember erklärte, die Einheit Deutschlands stehe auf der Tagesordnung.[17] Der Konflikt brach offen aus, als im Gegensatz zu den Gründern besonders Delegierte aus Sachsen und Thüringen auf dem Leipziger Parteitag am 16./17. Dezember 1989 das links-ökologische Pro-

---

13 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 197–198.

14 Ebd., S. 248.

15 STURM, Uneinig in die Einheit, S. 291.

16 Vorläufige Grundsatzerklärung und Diskussionspapier des „Demokratischen Aufbruch" (DA) vom 30. Oktober 1989, in: SCHÜDDEKOPF, „Wir sind das Volk!", S. 163.

17 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 247.

gramm ablehnten.[18] Jetzt wurde deutlich, dass den „Demokratischen Aufbruch" als Sammlungsbewegung nur die gemeinsame Opposition gegen die kommunistische Diktatur verband. Eine Mehrzahl der Delegierten wandte sich gegen jede Form von Sozialismus, bekannte sich zur Marktwirtschaft und strebte die schnellstmögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten an. Daraufhin verließen basisdemokratisch und ökologisch ausgerichtete „Linke" den „Demokratischen Aufbruch", dessen Vorstand schließlich unter dem Konkurrenzdruck der SPD Anfang Februar in das konservativ-christlich-demokratische Lager wechselte. Damit war die Voraussetzung der Verbindung mit der Block-CDU und der neu gegründeten Deutschen Sozialen Union (DSU) gegeben, die unter Vermittlung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 5. Februar 1990 als „Allianz für Deutschland" die politische Bühne betrat. Für die CDU bedeutete dies, dass sie jetzt auch über einen aus der Revolution hervorgegangenen Bestandteil verfügte.[19]

### *3. Grüne Partei/Grüne Liga*

Die Wurzeln der Ökologiebewegung in der DDR reichen in die Friedensbewegung der siebziger Jahre zurück.[20] Die „Grüne Partei" wurde am 24. November 1989 gegründet, in diesem Gründungsprozess entstand auch am 26. November die „Grüne Liga", die viele in der DDR erlaubte Umweltgruppen integrierte.[21] In der neuen „Grünen Partei" spielten reformsozialistische oder radikaldemokratische Vorstellungen eine geringere Rolle als etwa bei den bundesdeutschen „Grünen". Die „Ost-Grünen" waren stärker als diese pragmatisch und naturwissenschaftlich-technisch orientiert. Die „Grüne Partei" setzte auf die ökologische Lösung globaler und innergesellschaftlicher Umweltprobleme, aber auch auf die Gleichstellung von Mann und Frau sowie sozial benachteiligter Menschen. Den Sozialismus erwähnten die „Grünen" in ihrer Programmatik nicht, diese blieb aber auch im Vorfeld der freien Volkskammerwahlen vage, setzte jedoch darauf, die menschlichen und natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Politisch fiel mangels Alternativen letztlich die Entscheidung für ein Wahlbündnis mit dem „Unabhängigen Frauenverband", der formal am 17. Februar 1990 in Berlin gegründet wurde.[22] In der ersten freien Volkskammer bildeten die „Grünen" dann mit den Gruppen des „Bündnis 90" die gemeinsame Fraktion „Bündnis 90/Grüne". Gegen die Avancen der bundesdeutschen „Grünen" zeigte man sich auch weiterhin zurückhaltend.

---

18 Eckert, Rainer: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition, in: ENQUETE-KOMMISSION, VII, 1, 1995, S. 718.

19 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 353.

20 Kühnel, Wolfgang/Sallmon-Metzner, Carola: Grüne Partei und Grüne Liga: Der geordnete Aufbruch der ostdeutschen Ökologiebewegung, in: MÜLLER-ENBERGS/SCHULZ/WIELGOHS, Von der Illegalität ins Parlament, S. 166–220.

21 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 359.

22 Programm in: MÜLLER-ENBERGS, Was will die Bürgerbewegung?, S. 130–141.

*4. Neues Forum*

Die bekannteste und vielleicht auch wirksamste neue Bürgerbewegung des Herbstes 1989 war das „Neue Forum".[23] Viele trauten ihm im November zu, die Macht von der desolaten Staatspartei zu übernehmen. Dieser Glaube wurde brüchig, als das „Neue Forum" den Fall der Mauer nur halbherzig begrüßte und auch die deutsche Einheit auf einen nicht näher bezeichneten Tag in der Zukunft verschieben wollte.[24] Das „Neue Forum" stellte auch jetzt die Machtfrage nicht, nahm jedoch an der Konstituierung des „Zentralen Runden Tisches" am 7. Dezember teil, bildete Bürgerkomitees zur Bekämpfung der Staatssicherheit und erkannte einen möglichen Generalstreik als Mittel des politischen Kampfes an. Gleichzeitig gab es nach dem Fall der Mauer heftige interne Flügelkämpfe, die unter anderem zu Parteineugründungen wie der „Deutschen Forumspartei" und der „Partei Neues Forum" führten, an die das „Neue Forum" Mitglieder verlor.[25]

Diese Doppelherrschaft ließ sich jedoch nicht mehr aufrechterhalten, als Anfang 1990 erste freie Volkskammerwahlen ins Blickfeld rückten. Das „Neue Forum" konnte schließlich in internen Diskussionen den Kompromiss erzielen, eine organisierte Bürgerbewegung zu bleiben, aber eine mit Programm, die sich zur Wahl stellen würde. Die Gründungskonferenz des „Neuen Forums" bestätigte am 27./28. Januar 1990 diesen Kurs mit der Beschreibung des „Forum" als organisierte Bürgerbewegung. Statut und Programm wurden jetzt beschlossen und man setzte darauf, eine „unabhängige politische Vereinigung" zu bleiben.[26]

Im Januar 1990 erlebte die Revolution nochmals einen Mobilitätsschub. Jetzt gelang es maßgeblich dem „Neuen Forum", die Regierung Modrow zur Auflösung ihrer Geheimpolizei zu zwingen und den Ministerpräsidenten dazu, persönlich dem „Zentralen Runden Tisch" Auskunft zu geben. Die Verhandlungen über eine Regierung der nationalen Verantwortung endeten in der Nacht vom 28. zum 29. Januar damit, dass sich auch das „Neue Forum" in diese Regierung einbinden ließ. Zumindest aus heutiger Sicht war dies wohl eine falsche Entscheidung. Zwar konnte das „Neue Forum" in vielen Kommunen wichtige Positionen besetzen, doch brach die Mitgliederzahl dramatisch ein.[27]

Die jetzt folgende Programmdebatte des „Neuen Forums" führte zwar zu einem Bekenntnis zur deutschen Einheit, aber nur unter bestimmten Bedingungen.[28] Die Programmatik zeichnete sich nicht durch Klarheit aus, so sollte die eigene Identität der DDR auf sozialistischer Grundlage erhalten bleiben und

---

23 Schulz, Marianne: Neues Forum, in: MÜLLER-ENBERGS/SCHULZ/WIELGOHS, Von der Illegalität ins Parlament, S. 11–104; „Aufbruch 89 – Neues Forum": Gründungsaufruf des Neuen Forum vom 10. September 1989, in: SCHÜDDEKOPF, „Wir sind das Volk!", S. 29.

24 Initiativgruppe NEUES Forum: Die Mauer ist gefallen, in: Die ersten Texte des NEUEN Forum, S. 20.

25 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 345.

26 TIMMER, Vom Aufbruch, S. 379.

27 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 357.

28 Regional gab es die Forderung nach Aufgabe der Zweistaatlichkeit bereits früher, vgl.: PROBST, Ostdeutsche Bürgerbewegungen, S. 114 f.

gleichzeitig war eine reglementierte soziale und ökologische Marktwirtschaft zu errichten.[29] Um seine Wahlchancen zu verbessern, schlossen sich – nach dem Rückzug der Sozialdemokraten und des „Demokratischen Aufbruchs" aus dem „Wahlbündnis '90" – am 6. Februar 1990 das „Neue Forum", mit „Demokratie Jetzt" und der „Initiative Frieden und Menschenrechte" unter dem Namen „Bündnis 90" zu einer Wahlplattform zusammen. Dieses hatte in einer Situation nur geringe Chancen, in der die Transformation des westdeutschen Parteiensystems in die DDR rasche Fortschritte machte.

### *5. Demokratie Jetzt*

Im November 1989 verstand sich „Demokratie Jetzt" als offene Bürgerbewegung ohne feste Mitglieder, die jetzt die „Chiffre Sozialismus" nicht mehr gebrauchte. Bereits am 27. Oktober hatte die Gruppe einen Volksentscheid gegen den Führungsanspruch der SED und einen „Runden Tisch" vorgeschlagen.[30] Die zweite Forderung nahmen später die Sozialdemokraten und der „Demokratische Aufbruch" auf. Am 14. Dezember legte „Demokratie Jetzt" einen „Dreistufenplan der nationalen Einheit" vor, der nach Reformen in Bundesrepublik und DDR einen entmilitarisierten und neutralisierten „Bund Deutscher Länder" vorsah. Die Diskussionen auf der Strukturkonferenz am 28. Dezember 1989 verliefen zwischen denen, die die Formierung zur Partei zugunsten einer programmatisch gebundenen Bürgerbewegung ablehnten und zwischen denen, die angesichts der bevorstehenden Wahlen den Aufbau der inneren Strukturen vorantreiben wollten. Auf der 1. Vertreterkonferenz vom 19. bis 21. Januar 1990 gab sich „Demokratie Jetzt" Programm und Statut, ging jedoch nicht den Weg zur Partei, sondern sicherte die weitgehende Autonomie der Basisgruppen ab, indem es sich formal als eine politische Vereinigung konstituierte. Programmatisch ging es „Demokratie Jetzt" lange darum, dem Sozialismus sein wahres Gesicht zu geben, um ihn so zu retten. Dabei war „direkte Demokratie" ein zentraler Leitbegriff. Später wurde eine „solidarische Gesellschaft" angestrebt, die eine Alternative zur Bundesrepublik sein sollte.[31]

### *6. Vereinigte Linke*

Die „Initiative für eine Vereinigte Linke" trat am 4. September 1989 in die Öffentlichkeit, wobei von einer „linken" Menschenrechtskonzeption ausgegangen wurde, die klassische politische Bürgerrechte wie Presse-, Versammlungs-, Meinungs- und Reisefreiheit mit sozialen Grundrechten verbinden wollte.[32] Die Gründung als politische Organisation erfolgte am 30. Januar 1990 und die 2. Delegiertenkonferenz verabschiedete am 24. und 25. Februar in Berlin das Wahlprogramm für die kommende Volkskammerwahl.

---

29 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 357.

30 Ebd., S. 196.

31 Ebd., S. 358.

32 Wielgohs, Jan: Die Vereinigte Linke: Zwischen Tradition und Experiment, in: MÜLLER-ENBERGS/SCHULZ/WIELGOHS, Von der Illegalität ins Parlament, S. 283–305.

Programmatisch beharrte die „Vereinigte Linke" auch nach dem Mauerfall auf gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln, auf der Erneuerung des Sozialismus, auf dem Ausbau der Selbstbestimmung der Produzenten, auf sozialer Sicherung und Gerechtigkeit, politischer Demokratie und Akzeptanz der Menschenrechte sowie dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Gegenüber der SED bzw. der PDS verhielt sich die „Vereinigte Linke" konsequent abweisend, ging nicht auf das „Dialog-Angebot" des Politbüros ein und verzichtete auch auf eine Beteiligung an der zweiten Modrow-Regierung der „nationalen Verantwortung".

Da sich für das Erhalten der Basisdemokratie und die Verhinderung des wirtschaftlichen Ausverkaufs an den Westen als Leitziele der „Vereinigten Linken" kaum ein Partner finden ließ, konnte schließlich nur mit der bedeutungslosen marxistischen Partei „Die Nelken" das ebenfalls einflusslose „Aktionsbündnis Vereinigte Linke" geschaffen werden.

## II. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands/Partei des demokratischen Sozialismus (SED/SED-PDS/PDS) und Blockparteien

### *1. SED/SED-PDS/PDS*

Die kommunistische Staatspartei SED hat in ihrer Entwicklung nach dem Fall der Mauer und dem zunehmenden Machtverlust in der Friedlichen Revolution auch in der Phase der Transformation zur „Partei des demokratischen Sozialismus" (PDS) erhebliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Die SED war eine der wenigen herrschenden kommunistischen Parteien ohne einen nennenswerten Reformflügel.[33] Das war einer der Gründe dafür, dass die Partei im Herbst 1989 nicht nur schnell ihre Macht, sondern auch Reste von Ansehen, die Kontrolle über die Bevölkerung und auch immer stärker ihre Mitglieder verlor. Dieser Prozess war auch nach dem Sturz des alten Parteiführers Erich Honecker am 17. Oktober nicht zu bremsen, beschleunigte sich nach dem Fall der Mauer und führte innerhalb der Partei zwangsläufig zu Auseinandersetzungen und Machtkämpfen, die schließlich einen außerordentlichen Parteitag unumgänglich machten.[34]

Dieser von einem Arbeitsausschuss vorbereitete Parteitag fand entsprechend den Forderungen von Teilen der Partei-Basis am 8./9. und am 16./17. Dezember 1989 in Berlin statt. Zuvor traten am 3. Dezember unter dem Druck der Verurteilung der kriminellen Machenschaften der SED-Führung das Politbüro und das Zentralkomitee als Leitungsorgane zurück. Auf diesem Parteitag gelang es der neuen Führungsmannschaft unter dem Rechtsanwalt Gregor Gysi, die Auflösung der Partei und ihre Neugründung als linkssozialistisches Projekt zu

---

[33] Falkner, Thomas: Von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur sozialistischen Partei in Deutschland, in: BOLLINGER, Das letzte Jahr der DDR, S. 183.

[34] Zu den dramatischen Auseinandersetzungen um die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages vgl.: HERTLE/STEPHAN, Das Ende der SED; zur Transformation von SED zur PDS: Neugebauer, Gero: Von der SED zur PDS 1989 bis 1990, in: HERBST/STEPHAN/WINKLER, Die SED, S. 100–116.

verhindern.[35] Dafür war nicht nur der Wunsch nach Rettung des Parteivermögens ausschlaggebend, sondern auch das Argument, dass die Modrow-Regierung als „Regierung der nationalen Verantwortung" die Unterstützung durch eine Partei benötigen würde[36] und dass die Reformpolitik Michael Gorbatschows in Moskau nicht gefährdet werden dürfe. Es entstand das merkwürdige Doppelgebilde SED-PDS, wobei der Name den Anspruch auf den demokratischen Sozialismus ausdrückte, der sowohl im Parteiprogramm der bundesdeutschen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stand als auch immer noch zum Gedankengut vieler ostdeutscher Oppositioneller zählte. Dieser Etikettenwechsel bzw. -schwindel wurde von den politischen Konkurrenten jedoch relativ unkommentiert und ohne Gegenwehr hingenommen.

Die neu begründete Partei bekannte sich darüber hinaus zumindest formal zur deutschen Nation, jedoch nicht zur staatlichen Wiedervereinigung. Die neue-alte SED/PDS schwor ihrer Monopolstellung in Staat und Ideologie ab, orientierte sich auf breitere Traditionen vor allem der Arbeiterbewegung und versprach, das stalinistische Dogmengefüge abzulegen, wobei Lenin jedoch weiterhin als historisches Vorbild galt.[37] Eine wirkliche theoretische Neubegründung erfolgte nicht und auch der Mitgliederschwund konnte nicht gebremst werden. Ebenso wenig existierte ein umsetzbares Sofortprogramm für die nächsten Wochen und Monate bis zur Volkskammerwahl.

In Hinblick auf diese jetzt abzusehenden freien Parlamentswahlen musste die postkommunistische Partei die von ihr geführte Regierung stützen, ihren eigenen Verfall aufhalten und sich theoretisch neu aufstellen. Dies alles sollte nur partiell gelingen. So war der Kampf gegen den Kapitalismus weiterhin ein wesentliches Ziel der Partei und die Einführung der Marktwirtschaft sollte nur akzeptiert werden, wenn sich die Bundesrepublik in Richtung Antifaschismus, Frieden und Solidarität entwickeln würde. Weiter hieß es, dass die deutsche Frage im europäischen Kontext zu lösen sei und die Ostdeutschen sozial abzusichern seien. Der Wahlparteitag der PDS am 24. und 25. Februar 1990 präsentierte die Partei dann mit pazifistischen Parolen und als Sachwalter der sozial Unterprivilegierten.

### 2. *Christlich-demokratische Union (CDU)*

Unter den Blockparteien waren zumindest nach ihrer Mitgliederzahl CDU und LDPD die bedeutendsten. Durch ihren Beitritt zur CDU der „alten" Bundesrepublik kam der DDR-CDU schließlich im Prozess der deutschen Einheit eine besondere Bedeutung zu. Diesen Weg der CDU wie auch den anderer Blockparteien ermöglichte die Systemkrise der kommunistischen Diktatur im Herbst 1989 als Folge der Friedlichen Revolution. Die Parteien wurden von der Dik-

---

35 Dazu: GYSI, Das war's; zur Dramatik der Situation: Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag des SED/PDS: Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999.

36 Dazu: MODROW, Aufbruch und Ende.

37 Wie Anm. 33, S. 197.

tatur gewissermaßen in die Eigenständigkeit entlassen.[38] Auf einem Sonderparteitag wählte die CDU den Parteivorsitzenden Gerald Götting ab, und mit Lothar de Maizière übernahm ein Mann die Führung der Partei, der in der Blockpartei keine Funktionen innehatte. Er erwirkte in der letzten Sitzung des SED-dominierten „Demokratischen Blocks" am 28. November die Einladung zum „Zentralen Runden Tisch" gemäß den Vorstellungen der Bürgerbewegungen, oppositionellen Parteien und der evangelischen Kirchen. Nach der Streichung des Führungsmonopols der SED aus der DDR-Verfassung am 1. Dezember und dem Verzicht auf jeden Bezug zum Sozialismus schied die CDU als erste Blockpartei aus dem SED-geführten „Demokratischen Block" aus.

In dieser Zeit stand die CDU auch vor der Entscheidung, sich weiterhin für eine eigenständige DDR einzusetzen oder sich entsprechend dem Wunsch der übergroßen Mehrheit der Ostdeutschen und der Bundesregierung für die deutsche Einheit auszusprechen. Die Entscheidung für die über eine Konföderation zu erreichende staatliche Einheit Deutschlands dürfte der Majorität der CDU-Mitglieder in der DDR nicht schwer gefallen sein.

Und so war es folgerichtig, dass nach Überwindung von Widerständen in der bundesdeutschen CDU am 5. Februar 1990 im Westberliner Gästehaus der Bundesregierung unter Mitwirkung Helmut Kohls die „Allianz für Deutschland" als Wahlbündnis zur bevorstehenden freien Volkskammerwahl gegründet wurde. Ihr gehörten neben der Ost-CDU der „Demokratische Aufbruch" und die erst im Januar 1990 in Leipzig gegründete „Deutsche Soziale Union" an.

### *3. Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD)*

Innerhalb der LDPD verstärkten sich ab Herbst 1989 die gegenüber der Alleinherrschaft der SED kritischen Stimmen, doch konnte die Partei keine führende Rolle in der Reformbewegung übernehmen.[39] Sie entwickelte zwar ein begrenztes Reformprogramm, stellte die „führende Rolle der Arbeiterklasse" jedoch nicht in Frage. Die Geschlossenheit des Parteiapparates zerbrach schließlich im November unter dem Druck der Ereignisse und der Parteibasis. Die LDPD verließ am 5. Dezember den „Demokratischen Block", löste sich aber erst am 21. Dezember offiziell vom „Sozialismus" und bekannte sich uneingeschränkt zur deutschen Einheit. Schließlich löste die Partei im Februar 1990 ihren Vorsitzenden Manfred Gerlach durch den politisch unbelasteten Rainer Ortleb ab. Auf dem Sonderparteitag am 9. und 10. Februar 1990 nahm die LDPD wieder ihren alten Namen LDP an und formulierte nochmals die völlige Absage an den Sozialismus. Die Partei bekannte sich jetzt programmatisch zu individueller Freiheit und Marktwirtschaft und bildete zusammen mit den Neugründungen F.D.P. und DFP am 12. Februar den „Bund Freier Demokraten". Trotzdem hatte die LDP durch ihre zögerliche Haltung die Chancen zur Volkskammerwahl am 18. März nicht verbessert.

---

[38] Crome, Erhard: Politische Konstellationen des Umbruchs: Bürgerbewegungen, SED und „Blockflöten", in: BOLLINGER, Das letzte Jahr der DDR, S. 153.

[39] Papke, Gerhard: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – Die LDPD, in: ENQUETE-KOMMISSION, II, 4, 1995, S. 2453.

*4. Deutsche Bauernpartei (DBD)*

Die Bauernpartei konnte in den letzten Jahren der DDR zwar auf steigende Mitgliederzahlen verweisen, verfiel jedoch trotzdem durch ihre Blockbindung und Treue zur SED in Agonie.[40] Schließlich zog im Januar 1990 ein außerordentlicher Parteitag Bilanz und bekannte sich zur Marktwirtschaft, zur Betonung der genossenschaftlichen Produktionsformen bei unterschiedlichen Eigentumsformen, zur ökologisch orientierten Landwirtschaft und zur stufenweisen Annäherung der deutschen Staaten.

*5. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD)*

Der Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur unter dem Druck der Friedlichen Revolution traf in der Mitgliedschaft und bei der NDPD-Führung auf tiefe Ratlosigkeit.[41] Gerade die Parteiführung stand fest zur Herrschaft der SED und bemühte sich weiter darum, aus dem Schatten der LDPD zu treten. Diese Position änderte sich Anfang Dezember 1989, als sich die NDPD zwar immer noch zum Sozialismus bekannte, jetzt jedoch seine „nationalen Züge" betonte.

Die NDPD erklärte sich im Januar 1990 zu einer „Partei der Mitte"[42], und Anfang Februar verstärkte sich schließlich der Druck der Parteibasis, ein Bündnis mit den DDR-Liberalen einzugehen. Zwar sondierte die Spitze der NDPD entsprechend, doch blieb dies erfolglos. So trat die im Grunde nicht erneuerte Partei allein zu den Volkskammerwahlen an.

## Fazit

Nach dem Fall der Berliner Mauer öffneten sich den neuen Parteien und Bürgerbewegungen zwei Optionen. Die eine barg die Möglichkeit, politische Macht zu erreichen, war jedoch an die Partnerschaft mit altbundesdeutschen Parteien gebunden. Der alternative Weg der organisatorischen und politischen Unabhängigkeit führte in die politische Bedeutungslosigkeit. Trotzdem gab es für beide Varianten gute Gründe, so dass sich hier ein moralisierendes Urteil verbietet. Die entscheidenden Weichenstellungen erfolgten nicht unmittelbar nach der Öffnung der Grenze, sondern unter dem zunehmenden Druck großer Teile der Ostdeutschen, die nationale Einheit möglichst schnell zu erreichen, im Januar und teilweise im Februar 1990. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Blockparteien längst von ihrem ehemaligen Partner und Dominator SED abgewandt und den Weg zu den bundesdeutschen Parteien gefunden. Allein die SED-PDS hätte auch bei bestem Willen keinen Partner im Westen finden kön-

---

40 Nehrig, Christel: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien. Die DBD, in: ENQUETE-KOMMISSION, II, 2, 1995, S. 2895–2396.

41 Frölich, Jürgen: Transmissionsriemen, Interessenvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zu Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der NDPD, in: ENQUETE-KOMMISSION, II, 2, 1995, S. 1572.

42 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 356.

nen. So stand sie allein und schien dem Untergang geweiht zu sein. Dies sollte sich jedoch als Irrtum erweisen.

## *Literatur*

BOLLINGER, Stefan (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004

Die ersten Texte des NEUEN Forum. Erschienen in der Zeit vom 9. September bis 18. Dezember 1989, Berlin 1990

DOWE, Dieter/ECKERT, Rainer (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, Bonn 1993

Materialien der ENQUETE-KOMMISSION „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", versch. Bde., hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995

FAULENBACH, Bernd/POTTHOFF, Heinrich (Hrsg.): Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Essen 2001

GYSI, Gregor: Das war's. Noch lange nicht! Autobiographische Notizen, Düsseldorf 1995

HERBST, Andreas/STEPHAN, Gerd-Rüdiger/WINKLER, Jürgen (Hrsg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997

HERTLE, Hans-Hermann/STEPHAN, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, 2. Aufl., Berlin 1997

JARAUSCH, Konrad H./SABROW, Martin (Hrsg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen, 1999

MILLER, Susanne/POTTHOFF, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1990, 7., überarb. u. erw. Aufl., Bonn 1991

MODROW, Hans: Aufbruch und Ende, 2. Aufl., Hamburg 1991

MÜLLER-ENBERGS, Helmut: Was will die Bürgerbewegung?, Augsburg 1992

MÜLLER-ENBERGS, Helmut/SCHULZ, Marianne/WIELGOHS, Jan (Hrsg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991

NEUBERT, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München/Zürich 2008

NEUBERT, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 1997

PROBST, Lothar: Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft, Köln 1993

SCHROEDER, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft, 1949–1990, München/Wien 1998

SCHÜDDEKOPF, Charles (Hrsg.): „Wir sind das Volk!". Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek bei Hamburg 1990

STURM, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006

THAYSEN, Uwe: Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990

TIMMER, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000

WIELGOHS, Jan/SCHULZ, Marianne/MÜLLER-ENBERGS, Helmut: Bündnis 90: Entstehung, Entwicklung, Perspektiven. Ein Beitrag zur Parteienforschung im vereinten Deutschland, Berlin 1992

*Diskussion*

## Auf dem Weg zum Runden Tisch – bis zum 7. Dezember 1989

*Moderation: Bernd Florath*

*Florath*: Ich danke Professor Eckert für seinen Vortrag. Es ist ein wenig die Quadratur des Kreises. Wer sich an diese Zeit erinnert, weiß, dass eine Revolution verdichtete Zeit bedeutet, d.h., was sich da innerhalb eines Monats oder von zwei Monaten abspielt, ist in Zeiten normaler historischer Vorgänge die Geschichte von Jahren. Insofern ist es natürlich unglaublich schwierig, diese komplexen Vorgänge und rasanten Veränderungen in verschiedenen politischen Strömungen in so kurzer Zeit auch nur andeutungsweise, geschweige denn erschöpfend zu verhandeln.

*Herzberg*: Damals im Dezember, als sich viele Parteien gründeten, war vor allem auffällig, dass sie alle im linken Spektrum standen und dann manche nur bis zur Mitte gingen. Die Frage, die ich an Rainer Eckert, habe, ist: Damals war es für mich sehr verwunderlich, dass aus diesem Dampfdruckkessel keine rechten Parteien entstanden. Sie sind dann, so oberflächlich, wie ich das sehe, doch sehr stark aus westlichen Reisegruppen in der DDR installiert worden. Aber gibt es Vorgeschichten, wo man sagen kann, dass sich auch hier schon rechtsgerichtete Parteien in der Herbst-Revolution angekündigt haben?

*Eckert*: Insgesamt haben wir, glaube ich, in der Zeit 30 bis 40 Parteigründungen. Du hast Recht, es gibt keine direkte rechtsradikale Gründung, auch, soweit ich das jetzt überblicke, keine Ankündigung, eine rechtsradikale Partei zu gründen. Es gab natürlich eine ganze Reihe rechtskonservative, die bekannteste ist die DSU in Leipzig, die sich dann als Schwesterpartei die CSU in Bayern suchte. Dazu kam noch eine ganze Reihe von reinen Spaßgründungen, die „Biertrinker-Partei" werden noch einige in Erinnerung haben, aber die einmal beiseite gelassen. Ich vermute, es gab damals keinen wirklichen Nährboden für die Gründung einer eigenständigen rechtsnationalistischen, rechtsradikalen Partei in der Noch-DDR.

*Florath*: Es gab aber zumindest massive Werbungsversuche der NPD im ostdeutschen Raum, und auf der anderen Seite wohl doch einen weitgehenden Konsens zwischen allen anderen politischen Kräften, das außen vor zu lassen.

*Kowalczuk*: Im August 1989 ist der Ortsverband der Republikaner im linken Ost-Berliner Prenzlauer Berg gegründet worden. Das war die erste Ankündigung, dass es natürlich auch für dieses Spektrum eine Resonanz gab. Zum anderen hat sich in der neofaschistischen Szene, die haben sich immer „Faschos" genannt, eine ganze Reihe von Subparteien gegründet. Ab Anfang 1990 wurde dann das Problem virulent, dass es in der DDR keine funktionierenden Verfassungsorgane gab. Das führte unter anderem zu dem etwas merkwürdigen Um-

stand, dass eine eigene Kommission gegründet wurde, Mitglieder waren unter anderem Kurt Masur und der Historiker Gerhard Brendler (der bekannt geworden ist als Biograf von Müntzer und Luther und gleichzeitig auch Honekker entsprechende historische Reden geschrieben hat), das war ein fünfköpfiges Gremium, das gewissermaßen aus moralischen Gründen darüber zu befinden hatte, welche Parteien zur Volkskammer zugelassen werden und welche nicht. Ich versuche, das ganz wertneutral zu sagen: Während es keinen einzigen Fall gab, dass eine linksradikale Gruppierung oder Partei oder auch nur deren Ansprüche zurückgewiesen worden wäre, waren sich alle gegenüber Rechtsradikalen oder auch denjenigen, die sie dafür hielten, ziemlich einig, dass das im politischen Spektrum der Noch-DDR nichts zu suchen hätte. Das ist an sich nicht zu kritisieren. Das Problem ist nur, dass es überhaupt keine rechtsstaatlichen Instrumentarien gab, die darüber hätten entscheiden können. Aber noch einmal: Im August 1989 gab es die erste Gründung eines REP-Ortsvereins im Prenzlauer Berg.

*Eckert*: Mein Bezugspunkt waren diejenigen, die zur Volkskammerwahl angetreten sind. Wie Du es eben gesagt hast: Die traten dann nicht an und waren daher zu dem Zeitpunkt auch nicht politisch relevant.

*Booß*: Wenn ich mich richtig erinnere aus Interviews mit den Organisatoren, wie Jochen Läßig damals, sind die Leipziger Montagsdemonstrationen im Dezember unter anderem von den Organisatoren deswegen abgesagt worden, weil die Teilnehmerzahl abnahm und zunehmend Parolen, über die man nicht glücklich war, aufkamen und weil zunehmend auch Organisationen aus dem Westen auftraten, die ganz offenkundig versucht haben, dieses etwas aggressive, sehr illiberale Klima, das es bei einem Teil der Demonstranten gab, zu nutzen, um Parteipropaganda für Gruppen aus dem Westen zu machen, die einen rechtsradikalen Hintergrund hatten. Da die Ziele der Gruppen, die die Demos organisiert haben, und das, was gerufen worden ist, („Deutschland, einig Vaterland" etc.) nicht mehr gut zusammenpassten, führte das dazu, dass die Montagsdemonstrationen kurz vor Weihnachten vorerst abgesagt wurden.

*Ebeling*: Ich habe noch eine kleine Ergänzung zum „Demokratischen Aufbruch", die aus dem liberalen Bereich kamen. „Allianz für Deutschland", war kein Beschluss, sondern das wurde festgelegt, und zwar nach einer Diskussion bzw. einem Gespräch zwischen Schnur und Kohl. Herr Schnur kam in die Vorstandssitzung und verkündete lauthals: „Wir sind jetzt eine ‚Allianz für Deutschland'", ohne Abstimmung, ohne alles. Das war zunächst ein ziemlicher Schock, hat sich aber hinterher als politischer Schachzug erwiesen, wie es die Wahl dann auch gezeigt hat.

*Kowalczuk*: In den Fernsehbildern sah man natürlich Rechtsradikale auch auf den Montagsdemonstrationen in Leipzig. Die sah man deshalb, weil die Spots auf die Kleinstgruppen, es waren nicht mal Kleingruppen, sondern Kleinstgruppen, gehalten wurden. Das waren die Bilder, die im Fernsehen sowohl im Osten wie im Westen gezeigt werden sollten. Die Montagsdemonstrationen sind auch nicht abgesagt worden, sondern die Kirchenverantwortlichen in

Leipzig haben den letzten Montag vor Weihnachten dazu genutzt, dass die Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen schweigend an die Opfer des Stalinismus erinnern sollten, was auch geschah. Und dann hat man gesagt, man setzt die Montagsdemonstrationen wegen der Weihnachtszeit aus. Noch immer hatten die Kirchen eine gewisse Rolle, die Weihnachtszeit sollte einfach als Zeit der Besinnung genutzt werden. Allen war klar, man hat eine unglaublich anstrengende, aufregende Zeit hinter sich gehabt. Allen war auch irgendwie klar, dass bei dem, was im nächsten Jahr passiert, viele neue und auch rasante Entwicklungen vonstatten gehen würden. Da haben die Kirchen dazu aufgerufen, diese Zeit zur Zeit der Besinnung zu nutzen. Die Demonstrationen setzten dann auch wieder ein.

*Eckert*: Es ist richtig, die Montagsdemonstrationen sind nicht abgesetzt worden. Rechtsradikale Gruppierungen haben eine ganz untergeordnete Rolle gespielt, sind immer an den Rand gedrängt worden, waren nicht relevant. Insofern hat Ilko-Sascha Kowalczuk Recht. Nicht ganz richtig ist zu sagen, es ging um die weihnachtliche Ruhe. Nicht die Kirchen haben das empfohlen, sondern Teile der Kirchen. Und darum tobt bis heute noch der Streit in Leipzig. Superintendent Magirius wollte es aussetzen, andere wollten das nicht. Man hat hier in der Hauptstadt nicht mitbekommen, wie erbittert in Leipzig gekämpft wurde, wer die entscheidende Figur in Leipzig war, ob es nun Wonneberger, Führer, Magirius, Turek, Läßig etc. war. Letztlich wurde vorgeschlagen, einen dieser Herren mit dem Nobelpreis auszuzeichnen. Das hat sofort erbitterten Widerstand hervorgerufen. Wie gesagt, Magirius, der ausgezeichnet wurde für seine Rolle in der Friedlichen Revolution, war eigentlich derjenige, der diese Weihnachtsruhe dann durchsetzte. Andere wollten anderes, konnten sich aber nicht durchsetzen.

*Florath*: Wir haben gerade im Dezember bis zum Anfang Januar eine tatsächliche Auseinanderbewegung. Was sich im Oktober entwickelt, bis in den November hinein, dieses Verhältnis ändert sich in den folgenden Wochen. Ich würde folgende These aufstellen: Ich habe manchmal den Eindruck, dass in der Zeit zwischen dem 9. November und Weihnachten, nicht nur verbunden mit den fortlaufenden Enthüllungen darüber, wie die Sachlage in der DDR tatsächlich aussieht, sondern zugleich mit der Begegnung mit der Wirklichkeit der Bundesrepublik, eine Bewegung stattfindet, die auseinanderführt. Denn zugleich wird natürlich ein Problem sehr relevant für die meisten Leute, die in den Westen fahren, und das nun das erste Mal in ihrem Leben und massenhaft tun können: sie haben schlicht und ergreifend kein Geld für die ganzen Segnungen, die sie dort zu sehen kriegen. Wie soll das Problem gelöst werden? Die Frage des Umtauschs spielt, wenn ich mich recht entsinne, dann vor allem in den Wochen nach den Weihnachtsfeiertagen, wo viele ihre Verwandten besucht haben, eine enorme Rolle.

*Eckert*: Das ist gar keine so gewagte These, es ist relativ naheliegend, dass es so gelaufen ist. Auf jeden Fall muss man aber noch dazudenken, dass Berlin und der Süden auseinanderfallen zu diesem Zeitpunkt. Das wird in der Diskussion zu wenig berücksichtigt.

*N. N.*: Ist bis heute noch so.

*Eckert*: Das ist bis heute noch so. Es verstärkt sich aber zu diesem Zeitpunkt. Das Problem ist wahrscheinlich weniger, dass sich das real-historisch vollzogen hat, sondern dass wahrscheinlich verschiedene in Berlin gar nicht mitbekommen haben, dass im Süden die Entwicklungen schon ganz anders laufen.

*Templin*: Gregor Gysi galt, für manche gilt er ja immer noch, als eine Art Reformträger in der Partei für diese Zeit. Glaubt man ihm selber, dann ist er bei der Option Neugründung oder Camouflage hin und her gerissen gewesen. Er argumentiert sogar, er sei für Neugründung gewesen. Frage an beide: War das eine offene Situation der verschiedenen Kräfte innerhalb der SED? Denn eine andere Entscheidung – Neugründung – wäre einigermaßen folgenreich gewesen. War es eine offene Situation, die letztlich entschieden wurde? Oder muss man, inklusive dieser Äußerung von Gysi, dazu würde ich neigen, von einem viel stärker abgekarteten Spiel ausgehen? Das heißt, Gysi, der längerfristig zur Erhaltungsoption neigte, drückte sich nach außen offener aus und sagte: „Wir müssen jetzt mal beides austragen", d.h. beruhigte die Neugründer und erklärte dann: „Mein Gott, es ging doch gar nicht anders." Wie darf man sich dieses Szenario nach bisherigem Erkenntnisstand vorstellen? Das spielte sich ja alles in einigen Dezemberwochen ab.

*Florath*: Die Entwicklung innerhalb der SED sieht Anfang Dezember tatsächlich so aus, dass es einem politisch sehr aktiven Teil der Mitgliedschaft, insbesondere in Berlin, aber auch in Leipzig, gelungen war, bis an die Schwelle dessen zu kommen, dem Apparat die Geschäfte aus der Hand zu nehmen. Es wurde durchgesetzt, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, d.h. die Möglichkeit für die Delegierten zu schaffen, eine neue Parteiführung zu wählen, und nicht die Parteikonferenz, die die Chance dargestellt hätte, über alles Mögliche zu reden, aber das Personal gleich belassen hätte.

Der zweite Schritt war, dass dieser Parteitag nicht vom alten Apparat organisiert wird. Dafür gab es erste Schritte, d.h. die bereits neu gewählten Delegierten wurden am Wochenende des 2./3. Dezember nach Berlin eingeladen, unabhängig vom Parteiapparat, um den Parteitag in eigener Regie durchzuführen. Dieses Unternehmen ist mit einer sehr klaren Strategie vom Arbeitsausschuss unterbunden worden. Man verweigerte den Koordinatoren dieses Vorhabens jede Kooperation seitens des bereits gebildeten Arbeitsausschusses im ZK-Gebäude. Zum Arbeitsausschuss gehörten die zu dem Zeitpunkt gewählten Bezirkssekretäre und eine Handvoll von der Abteilung Sicherheit, nämlich Wolfgang Herger, ausgewählte Einzelpersönlichkeiten wie Gregor Gysi, Brigitte Zimmermann, Markus Wolf (das kann man im Protokoll des Parteitages nachlesen). Die schickten Markus Wolf zu den bereits versammelten Delegierten (die Versammlung fand statt im Gebäude der Akademie der Wissenschaften), der den Genossen sagte: „Genossen, wir haben alles unter Kontrolle. Ihr könnt das jetzt bleiben lassen. Mittwoch findet der Parteitag statt." Und damit war die Regie wieder in den alten Händen.

Der Nachparteitag am 5./6. hätte fast zur Auflösung geführt. Der Antrag war zur Abstimmung gestellt worden. Und zur Verfahrensordnung wurde eine

Beratungspause eingelegt. In dieser Beratungspause sollten die Bezirksdelegationen dieses schwierige Problem beraten. Der Witz ist, es gab gar keine Bezirksdelegationen, weil zu diesem Parteitag die Delegierten das erste Mal direkt in den Kreisen gewählt worden waren. Dann fand eine geschlossene Sitzung des Parteitages statt, in der zuerst Modrow sagte: „Genossen, wenn die Partei aufgelöst wird – ich war gerade in Moskau bei Gorbatschow, da hat mir Gorbatschow gesagt, ‚dann stürzt die Perestroika'." Dann kam Gysi und sagte: „Soll ich die Partei von Rosa Luxemburg und von Ernst Thälmann auflösen? Die Jacke ist mir zu groß." Nächstes Argument: „Wir wissen gar nicht, wie wir dann mit dem Eigentum umgehen sollen." Und drittens: „Gesetzt, wir lösen uns heute auf und gründen uns morgen als eine neue Partei, dann ist doch keiner da, der eintritt." Das ist ein explizit ausgeführtes Argument auf dem Parteitag.

Insofern ist dieses Hin-und-Her-Gerissen-Sein von Gysi für mich absolut unglaubhaft. Die Regie des Parteitages war mit der Unterbrechung und mit der geschlossenen Sitzung klar darauf angelegt, eine Stimmung zu produzieren, die den Leuten Angst machte, diese Partei aufzulösen. Denn der Wille dazu war da, bis zu dem Zeitpunkt. Wenn vor der Pause abgestimmt worden wäre – ich meine, das ist immer spekulativ. Aber man kann sich die Tonbandaufnahme dieser Versammlung anhören, sie ist auch im Protokoll publiziert, da hört man auch atmosphärisch, was abläuft. Es wäre eine riesige Chance gewesen, diese Partei zu beerdigen. Es ist nicht gelungen. Es wurde für die zweite Sitzung dieses Parteitages am Wochenende wenigstens ersatzweise beantragt, dass die Partei sich dann wenigstens ehrlich machen soll, indem sie alles Parteieigentum in eine öffentliche Stiftung überführt, aus der alle neuen politischen Organisationen, und auch die alten, aber unter gleichen Bedingungen, finanziert werden. Dieser Antrag ist nicht mal befasst worden. Man müsste den Genossen Höpcke fragen, der die Antragskommission leitete, wo der Antrag geblieben ist.

Es ist dann im Januar, nach diesen Ereignissen in Treptow, den ja bis heute nicht geklärten Schmierereien, und den dann stattfindenden zwei Demonstrationen, nicht nur die am 3. Januar, sondern auch die zwei oder drei Tage davor stattfindende Demonstration, von den Plattformen, die sich gebildet hatten, „Demokratische Sozialisten", „Sozialdemokratische Plattform", „Plattform Dritter Weg", „WF-Plattform", und einer einzigen, das muss ich jetzt zu meiner Ehre sagen, regulären Parteiorganisation, nämlich die der Akademie der Wissenschaften, die unmittelbare Auflösung der Partei gefordert worden mit dem Argument: „Das Land ist wichtiger als die Partei. Und die Partei ist gegenwärtig die größte Gefahr für das Land." Und deswegen muss die Partei aufgelöst werden. Das war der zweite Versuch. Er ist am nächsten Tag im Parteivorstand weggebügelt worden. Der Effekt war, dass ein großer Teil der Leute, die daran beteiligt waren, die Partei verlassen haben.

*Eckert*: Ich muss Bernd Florath in einem Punkt widersprechen. Die Auflösung wollten wirklich nur relativ wenige auf dem Parteitag, und zwar die erwähnten Plattformen „WF" (Werk für Fernsehelektronik), die Akademie und die Humboldt-Universität. Das war nicht die Masse. Und wenn man sagt, man könne sich diese Aufnahmen anhören: Es sprechen einige Dutzend Leute. Wie

viele hat so ein Parteitag? 2000, 3000 Delegierte. Die Masse schweigt. Und die Masse wollte, glaube ich, diese Auflösung aus den von uns beiden erwähnten Gründen nicht. So ist es dann auch gekommen. Es war ein Irrtum der sogenannten SED-Reformer, sie könnten das durchsetzen. Es war auch ein Irrtum anzunehmen, sie hätten inzwischen die Macht übernommen. Das galt vielleicht begrenzt in Berlin, aber nicht im Rest der DDR mit 15 oder 14 Bezirksverwaltungen der SED. Da sah es ganz anders aus. Ich glaube, es hat diese Chance nicht gegeben. Und Gysi als cleverer Machtpolitiker hat es, denke ich, gewusst und hat damit gespielt und es nicht ernsthaft betrieben.

*Schult*: Ist denn über den Antrag abgestimmt worden auf dem Parteitag? Und wie viele Stimmen gab es dafür und dagegen?

*Eckert*: Sie ziehen sich zurück in die schon so nett beschriebene interne Runde. Da werden die Argumente gebracht. Modrow sagt, er war gerade bei Gorbatschow gewesen: „Ihr könnt Euch gar nicht vorstellen, der Genosse ist total entsetzt. ‚Die Perestroika ist gefährdet. Ihr müsst zusammenstehen, um sozusagen die Ostfront des Imperiums zu stärken.'" Und dann ist nicht mehr abgestimmt worden, das hat jeder eingesehen.

*Florath*: Nach der geschlossenen Sitzung ist der Antrag wieder zur Abstimmung gestellt worden und dann hat sich keiner mehr dafür gemeldet. Es war eine ganz merkwürdige Abstimmung, auch im Protokoll.

*Barbe*: Mir geht es darum, noch einmal deutlich zu machen: Es geht nicht um den Begriff Sozialismus, der diskreditiert war bzw. den wir damals auch nicht aufnehmen wollten, sondern es geht auch um den Verbleib des Parteivermögens. Ich habe in Marzahn ganz alleine mit ein paar beherzten Sozialdemokraten gegen diese ganze Front Wahlkampf gemacht. Wir hatten kaum irgendwelche Mittel. Und diese Bonzen haben wöchentlich Zeitungen verteilt von dem Vermögen, das dem Volk vorenthalten und gestohlen worden ist. Bis heute haben sie ihre Pamphlete und verteilen alles unter das Volk. Ich denke, dass die Aufklärung darüber absolut notwendig ist, weil es viel zu wenig bekannt ist, dass sie, im Gegensatz zu den ungarischen Sozialdemokraten, die ihr Vermögen an den Staat gegeben haben, es eben behalten haben und sich durch die Welt lügen. Es wird ja auch nie bekannt gemacht, dass Gysi eine führende Rolle hatte. Er war Vorsitzender der Rechtsanwaltskollegien der DDR. Er hatte eine führende Machtposition und wird heute noch als Oppositioneller geführt und auf den Podien behandelt, als wäre er ein großer Guru gewesen. Ich denke schon, dass diese Aufklärung noch erfolgen sollte. Und wer, wenn nicht Ihr Historiker, könnte das machen?

*Booß*: Ich wollte Rainer Eckert noch eine Frage stellen zum Rückgang oder relativen Rückgang der Bedeutung der Gruppen gegen Jahresende. Du hast einen Aspekt kaum benannt, von dem ich der Meinung bin, dass er sehr wichtig gewesen ist, nämlich die Frage der Logistik und der Apparate. Ich kann mich daran erinnern, dass im November/Dezember 1989 die Blockparteien, z.B. die CDU, in allen über 200 Kreisen der DDR hervorragend eingerichtete Stellen

hatten mit Personal und Logistik. Später konnte die West-CDU aus dem Adenauer-Haus auf dieser Schiene innerhalb von zwei Tagen die ganze DDR mit Plakaten beliefern. Dagegen die SDP: Ich erinnere mich, wenn ich als Journalist den Parteivorsitzenden zu dieser Zeit erreichen wollte, um wichtige Positionen der SDP wie die deutschlandpolitischen Thesen zu erfahren, dann musste ich zu Ibrahim Böhme morgens um sieben in die Wohnung gehen. Der hatte kein Telefon. Wenn man Glück hatte, war die Nachbarin, die ein Telefon hatte, so freundlich, ihm Bescheid zu geben. Wo er tagsüber steckte, wusste man nicht.

Für einen Außenstehenden war das relativ schwer zu durchschauen, wo sich die Akteure jeweils aufhielten. Martin Gutzeit könnte noch einmal sagen: Seit wann hat die SDP so was wie ein Parteibüro gehabt? Das kam relativ spät. Die ganzen Gruppen saßen zentral im Haus der Demokratie. Da ich dort auch mein Büro hatte, wusste ich, dass man von dort kaum eine Chance hatte, ein Fax abzusetzen, weil die Telefonleitungen instabil waren. Von Datenfernübertragung war überhaupt nicht die Rede. So war das auch in der Provinz, wo es allmählich kleine Häuser der Demokratie gab. Das heißt, die Inhalte der Gruppen, wie sie hier auf der Tagung dargestellt werden, sind meines Erachtens gar nicht in der Bevölkerung angekommen. Die Bevölkerung hat sich teilweise viel vordergründiger an anderen Sachen entschieden.

Hier wurde der „Demokratische Aufbruch" im Dezember genannt, wo die mehr konservativ gestrickte Basis den Kampf zwischen den eher Linken und den eher Konservativen in der Spitze entschieden hat. Was war vorher passiert? Im Fernsehen war Helmut Kohl an der Seite der DA-Spitze in Bonn aufgetreten. Das hat viele Leute in der DDR davon überzeugt, dass der DA eine bürgerrechtliche CDU-Variante ist. Und auf einmal bekam der „Demokratische Aufbruch" einen Mitgliederzuwachs, der alle Kräfteverhältnisse, die vorher im DA geherrscht hatten, durcheinander gebracht hat. Ähnliche Prozesse haben sich in anderen Parteien oder Gruppierungen abgespielt. Da knallte es überall. Ich glaube, dass die Leute sich weniger an den Parteiprogrammen oder an den Inhalten der Gruppierungen, so wie sie heute referiert worden sind, entschieden haben, sondern, zunehmend an Chiffren der Politik der Bundesrepublik, denn die kannten sie aus dem Fernsehen. Und wenn die Menschen eine Gruppierung Köpfen aus der Bundesrepublik zuordnen konnten, die ihnen sympathisch waren, dann sind sie da hingerannt.

*Eckert*: Grundsätzlich gab es ein Riesenproblem mit der Logistik. Das ist gar keine Frage. Das gilt für alle neu gegründeten Parteien und Gruppen und zieht sich bis weit ins Jahr 1990 hinein. Wie ich mich entsinne, saß die SPD zuerst in der ehemaligen Parteihochschule der SED, in diesem Gebäude neben dem Märkischen Museum. Nicht nur, dass keine Logistik vorhanden war. Es wurde auch von den Genossen aus der Bundesrepublik vieles geliefert, womit man helfen wollte. Ich kann mich entsinnen, da war ein ganzer Korridor voll mit Nachschlagewerken über Demokratie und über die DDR, mit Hunderten gestapelten Exemplaren. Ich lief des Weges und fragte, ob ich mir was mitnehmen könne. Da sagte mir ein Mitglied der Noch-SDP: „Nicht für Dich. Nur für Mandats-

träger." Ich habe gewartet, bis er weg war, dann habe ich es eingesteckt. So war die Einstellung.

Ein weiteres Problem war auch, dass viele Sachen übernommen wurden von den Westparteien, bis hin zu Wahlplakaten, die im Grunde genommen ihre Restbestände zum Wahlkampf in den Osten gegeben hatten. Woran ich mich mit besonderer Freude oder Entsetzen, das ist eine Mischung, erinnere, ist ein Wahlplakat der SPD: Ein glückliches junges Paar, blauer Himmel, steht unter Palmen. Oben fliegt ein Flugzeug in den Urlaub. Und darauf stand: „Wählt uns. Wir garantieren den schönsten Urlaub." Oder so ungefähr. Das war aus irgendeinem Uralt-Wahlkampf übrig geblieben und hing dann in Berlin und in Brandenburg.

*Florath*: Ich möchte dem bloß noch eins hinzufügen: Das eine ist die technische Ausstattung. Das war tatsächlich so. Als ich aus dem Büro von der Akademie der Wissenschaften ins Haus der Demokratie hinüber kam, stellte ich fest, dass dort die kleine Parteiorganisation der SED in der Akademie der Wissenschaften besser ausgestattet war als ganze Parteien. Aber ein noch viel stärkeres Problem war wirklich die Dislozierung der Organisationen innerhalb des Landes im Wahlkampf. Denn wie will man Wahlkampf führen, wenn man in den Kreisen überhaupt nicht verankert ist, wenn dort niemand ist, der tatsächlich die Botschaften trägt? Ich war im Februar im Kreis Fürstenberg, da gab es nur CDU-Wahlplakate. Und irgendwann staunte ich, es gab ein einzelnes Plakat der Grünen, das gewissermaßen unter Denkmalschutz irgendwann an der Wand war. Da gab es keine SPD, da gab es nichts anderes. Es war natürlich der unglaubliche Vorteil der „Allianz für Deutschland", dass sie sich auf einen existierenden alten Parteiapparat setzen konnte, der überall im Lande seine Büros hatte. So unbedeutend die Blockpartei vorher gewesen sein mag, aber als Verteiler des Materials war sie genial. Die „Allianz für Deutschland" wurde geschlossen und verkündet, und am nächsten Tag war unten der Eingang zum Haus der Demokratie zugestapelt mit Plakaten der „Allianz für Deutschland", in einer Geschwindigkeit, dass alle, die in dem Haus ein und aus gingen, nur staunten, wie schnell das funktionierte. An der Materialschlacht im Wahlkampf zur Volkskammer ist sichtbar, dass unglaubliche Unterschiede existierten, und das vor allem zum Nachteil der neu gegründeten Organisationen, also der SDP einerseits und der Bürgerbewegungen andererseits, zum Vorteil der PDS einerseits und zum Vorteil der „Allianz für Deutschland" andererseits.

*Eckert*: Als ich anfing, in Leipzig das Zeitgeschichtliche Forum mit aufzubauen, war ich lange unterwegs auf der Suche nach Technik der DDR-Opposition. Ich bin bei fast allen gewesen und habe gefragt: „Was habt Ihr noch? Was könnt Ihr mir geben?" Wir haben einen gummigeschnittenen Adressstempel des „Neuen Forums" in Leipzig, das war damals die Leipziger Technik gewesen; dann habe ich einen Computer eines Theologiestudenten bekommen, der darauf seine Doktorarbeit schreiben sollte, später die Sozialdemokratie mitgründete ...

*Gutzeit*: Ich war nicht mehr Student, ich war Assistent.

*Eckert*: Ich will Dir nicht zu nahe treten, also Assistent am Sprachenkonvikt. Und einige wenige alte Schreibmaschinen. Das war beim Ausbruch der Revolution der Technikbestand.

*N. N.*: Die Technik mag das eine gewesen sein, aber das andere war sicherlich auch das Problem, dass trotz dieser immensen Unterstützerzahlen für die Bürgerbewegungs-Gruppen keine wirklich aktive Gruppenbasis weitflächig vorhanden war, siehe SDP, die sich zwar in der Tradition der Arbeiterschaft sah, aber im Prinzip eine Partei von Intellektuellen ohne Arbeiter-Unterbau war.

*N. N.*: Ich habe eine Frage zu den Blockparteien. Wir haben heute Morgen gehört, dass sie z. T. versucht haben, sich als Oppositionelle zu gerieren, fälschlicherweise. Wo muss man sie einordnen? Waren sie auch stalinistisch? Wie haben sie beispielsweise in ihren Publikationen die Entwicklungen in Peking kommentiert? Wie hat die CDU in Westdeutschland darauf reagiert, dass Tausende von Angehörigen dieser Herrschaftsschicht aus der DDR jetzt plötzlich zu ihnen gehören? Und wie hat man umgekehrt auf dem platten Land in der DDR darauf reagiert, dass jetzt mit ungezügelter Verve die Westinhalte transportiert werden? Soweit ich mich erinnere, war es so, dass „Bündnis 90 – Die Grünen" einen anderen Weg gegangen sind, also eine etwas behutsamere Fusion vollzogen haben, und dass gerade im Vorfeld des Runden Tisches dagegen sehr starke Vorbehalte aufkamen, dass der erste freie Wahlkampf gewissermaßen ein westdeutscher Wahlkampf wird.

*N. N.*: Ich habe eine Frage zur regionalen Diskrepanz. Wir haben etwas von dem Nord-Süd-Gefälle dieser Initiativen gehört. Wie muss man sich das Verhältnis vorstellen, sowohl im Vorwege als auch später bei der Parteienausdifferenzierung und -intensivierung, zwischen dem vorreiterischen Süden und dem Zentrum Berlin? Wie war das Verhältnis, sowohl von den Initiativen als auch strukturell und organisatorisch? Und gab es Vorreiter-Streit zwischen den klassischen Berliner Initiativen und dem Süden?

*N. N.*: Kleine Frage zu der neu formierten Vereinigung „Grüne", über die Sie sprachen. Gab es in deren „Programm" auch Aussagen über politische Gestaltungsfragen oder nur zur Umweltthematik? Und haben sie sich insofern schon von vornherein als Anhängsel verstanden?

*Florath*: Es gab natürlich, das ist ein DDR-Phänomen, eine Spannung zwischen Berlin und dem Rest des Landes. Die spiegelt sich auch in einigen der Bürgerbewegungen, nicht in allen vielleicht, aber in einigen. Für das „Neue Forum" gibt es vielleicht einen Punkt, der das sehr deutlich macht. Die spontane Reaktion von Bärbel Bohley auf die Maueröffnung war sicher verheerend, auch innerhalb des „Neuen Forums". Die Reaktionen aus dem „Neuen Forum" auf diese Äußerung von Bärbel Bohley waren erbost, um es freundlich zu formulieren. Das lässt sich nachlesen in den publizierten Briefen an das „Neue Forum". Es hat hier sehr heftige kontroverse Debatten gegeben, aber die auch nur innerhalb Berlins. Tendenziell gab es schon eine Differenz in den Auffassungen der Initiativgruppe in Berlin in dieser Frage und den vielen Basisgrup-

pen auf dem platten Land (obwohl Dresden und Leipzig nun wahrhaftig nicht plattes Land sind). Diese Spannungen sind da und sind zu berücksichtigen, die spielen insbesondere in einer so großen Organisation wie dem „Neuen Forum" eine Rolle, die eben nicht zentralistisch organisiert ist, sondern wo jede Basisgruppe im Grunde genommen für sich spricht und nur ganz selten einmal tatsächlich eine Kontroverse dahingehend ausgetragen wird, dass in Berlin entschieden wird. Eine solche Kontroverse wird auch öffentlich ausgetragen, wenn sie eine sehr große Bedeutung hat. Der Rest blieb eher auf der Ebene, dass es verschiedene Meinungsäußerungen kontroverser Natur gab.

*G. Poppe:* Dieses sogenannte Nord-Süd-Gefälle, das ist nicht einfach ein Nord-Süd-Gefälle, sondern ein Gefälle zwischen Berlin und der übrigen DDR gewesen, und zwar im Grunde genommen genauso gut in Mecklenburg wie in Sachsen oder Thüringen. Man muss dazu wissen, dass das eine ganz lange Geschichte hat. Es ist so, dass Berlin einfach durch die Lage tatsächlich immer im Vorteil war. Die Besucher aus dem Westen oder aus dem Ausland kamen jeden Tag zu uns. Obwohl wir immer gesagt haben, „fahrt nach Leipzig, fahrt nach Dresden usw.", ist das höchst selten passiert. Es war immer wieder so, dass Gruppierungen, die Hilfe, Unterstützung oder Materialien gebraucht hätten, dort schlechter behandelt worden sind als in Berlin.

Die Vorreiterrolle hatte auch nicht Leipzig. Die Vorreiterrolle hatte im Prinzip Berlin, zumindest bis zum Jahr '88. Und alle heute besprochenen Neugründungen sind in Berlin vorgenommen worden. Das war immer ein Grund für bestimmte Auseinandersetzungen, die wir nicht gewünscht haben, die zu bedauern waren, aber die einfach aufgrund dieser besonderen Situation des geteilten Berlin immer zutage traten.

Ich bin mir nicht sicher, was der Wahlkampf wirklich bedeutet hat. Es war tatsächlich so, wir hatten im Haus der Demokratie eine Maschine bekommen, ein Riesenkopiergerät, als Geschenk. Heute war schon einmal die Rede von Geschenken, die die SPD, „Demokratischer Aufbruch" usw. bekommen haben. Wir haben auch etwas bekommen, aber kein Geld, sondern Hunderte von Broschüren, wie Demokratie gestaltet wird, meistens von der Bundeszentrale für Politische Bildung, das kostete ja auch nichts; und dann ein großes Kopiergerät, das hat das ganze Haus der Demokratie benutzt, denn das war wirklich hervorragend, eine Sammlung von Freunden aus West-Berlin, ein sehr teures Gerät.

Aber ich frage trotzdem: Welche Bedeutung hatte der Wahlkampf wirklich? Ich stand auch immer an den Ständen. Und es kamen dauernd Leute auf mich zu, die sagten: „Ich war auch für die Zulassung des ‚Neuen Forum'. Ich war für diese ganzen neu gegründeten Organisationen. Ihr seid mir so sympathisch. Aber Ihr habt nicht das Geld. Der Kohl hat das Geld." Ich glaube, dass dieses Denken eine derartig große Verbreitung in der Bevölkerung hatte, dass tatsächlich mit oder ohne gutem Wahlkampf die Chancen sehr einseitig verteilt waren für die ersten freien Wahlen in der DDR.

*Ritter*: Eine Bemerkung möchte ich machen zum Nord-Süd-Gefälle. Wenn man im Januar/Februar gereist ist, von West-Deutschland kommend, durch Sachsen fahrend, dann fiel einem auf, wie viele sächsische Fahnen da waren. Ich

glaube, dass ganz bewusst angeknüpft wurde an ältere sächsische Traditionen und diesen Regionalismus. Die zweite Bemerkung: Ich würde gerne etwas zu der CDU in dieser Phase sagen, weil die Frage aufgekommen ist. Man weiß aus der Literatur, das kann man in den Akten bestätigt sehen, die in Sankt Augustin liegen, wie schwer sich die CDU anfangs getan hat. Gerade Kohl hat bis zum Schluss außerordentlich geschwankt. Es gab zwei Flügel, das war eindeutig. Rühe war gegen ein Zusammengehen mit der Blockpartei. Schäuble war dafür, mit dem Argument, die einfachen Mitglieder sind etwas anderes, sie sind keine Widerstandskämpfer, das hat er nie behauptet, aber die sind doch in einer gewissen Distanz, und es sind viele Christen dabei, die kann man integrieren. Natürlich spielte eine Rolle, dass man auf den Apparat zurückgreifen wollte. Kohl hat sich erst ganz spät entschieden, er hat sehr geschwankt. Ganz entscheidend war meines Erachtens die Festigung der SPD. Nach dem engen Zusammengehen von Ost- und West-SPD, glaubte er, man käme unendlich ins Hintertreffen, wenn man nicht eine solche Organisation hat, die dann, das wurde ja beschrieben, auch sehr wirksam operiert hat.

Ein zweiter Aspekt ist bisher nicht genannt worden: Er hat natürlich ein Programm gegeben mit dem Angebot der Währungsunion. Und, was immer man sagt, es war eines der erstaunlichsten Phänomene, dass gegen jeden damals bestehenden ökonomischen Sachverstand ins Blaue hinein eine sehr kluge Entscheidung getroffen worden ist für die Währungsunion, die übrigens seit Dezember vorbereitet worden ist u.a. von unserem jetzigen Bundespräsidenten, gegen alles, was Meinung der Ökonomen war, die sagten, das dauert mindestens fünf bis zehn Jahre, bis allmählich die Wirtschaft angeglichen wird und dann kommt als Krönung die Währungsunion. Was ist das für eine seltsame Vorstellung gewesen. Dass die Währungsunion zu diesem Zeitpunkt kam, hatte natürlich außenpolitische Gesichtspunkte. Man hat es ja bewusst vor der Reise zu Gorbatschow gemacht, damit er nicht protestieren konnte. Aber es hatte natürlich, neben vielen anderen – z.B. Beschleunigung der Einheit, das war wahrscheinlich das Hauptargument – auch das Ziel (das ist aus den Akten klar erkennbar, das ist keine neue Erkenntnis), damit der „Allianz für Deutschland" ein Programm zu geben, das nach ihrer Meinung (und das bestätigte sich ja) dann erfolgreich sein würde.

*Eckert*: Ich persönlich gebrauche den Begriff „Blockflöten" nicht, den man so oft hört. In der CDU, in den anderen Parteien, waren Menschen aus ganz unterschiedlichen Gründen. Ich habe ganz Unterschiedliche kennengelernt: Menschen, die dem Druck der SED, ihr beizutreten, ausweichen wollten; andere wollten Karriere machen; es gab Leute, die wollten was verändern und dachten, sie können es da besser; oder wollten nur ihren kleinen Familienbetrieb schützen. Dieses pauschale Urteil, dieser pauschale Vorwurf, ist einfach falsch. Aber eins ist richtig: In der Diskussion vor der Wahl 1990 spielte das alles überhaupt keine Rolle. Es war genau so, wie Sie es beschrieben haben: Währungsunion. Und es ging immer: „Die haben das Geld. Die können mit Geld umgehen." Es war an diesen Wahlständen keinerlei rationale Diskussion mehr möglich. Es wurde einfach gesagt: „Sie können mir ja erzählen, was sie wollen, Bürgerbewe-

gung, SPD, was auch immer. Die anderen haben das Geld. Die können damit umgehen. Und davon wollen wir profitieren." So einfach ist das oft gelaufen.

Das Parteiprogramm der „Grünen", soweit ich das in Erinnerung habe, setzt doch sehr einseitig auf ökologische Themen und dann auf Gender-Themen, würde man heute sagen. Das sind die beiden Schwerpunkte. Dagegen sind politische Aussagen und vor allen Dingen wirtschaftliche Aussagen weitaus schwächer entwickelt. – Und was die Programmatik der SPD angeht: Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Berlin, Friedrichshagen, werde ich nicht vergessen, in der brechend vollen Kirche, oben saßen die Vertreter der neu gegründeten ostdeutschen Sozialdemokratie. Meldet sich jemand und sagt: „Was will die Sozialdemokratie in der DDR?" Betretenes Schweigen. Alle guckten sich etwas unsicher an. Und dann sagte einer: „Na das, was Willy Brandt will."

*N. N.*: Ich würde gerne noch mal an den Begriff von der verdichteten Zeit anknüpfen, weil ich mich so sehr daran erinnert habe, wie das im „Neuen Forum" ablief, diese fünf Monate, mehr sind es ja nicht bis zur Wahl gewesen, und dass es immer ein verzerrtes Bild gibt, wenn man diese fünf Monate beschreibt und dann das Wahlergebnis nimmt. Oje! Es ging allen Akteuren natürlich auch so. Aber man muss sehen, dass die Leute, die diesen Aufruf unterschrieben haben, ihn als Aufruf zu einem Dialog in einem Land unterschrieben haben, zum Zerreißen dieser bleiernen Zeit. Die haben natürlich kein Programm für eine Partei unterschrieben. Sie wollten auch in keine Partei eintreten. Sie hatten nicht vor, am nächsten Tag wach zu werden und in einer Partei zu sein. Das heißt, diese Zahlen, die dann kursieren, soundso viel Unterschriften sind gesammelt – das sind nicht Mitglieder einer Partei, sie sind eigentlich gar nichts. Das ist so, wie wenn Sie heute draußen stehen und sagen: „Wir sind gegen Atomenergie." Dann unterschreiben sehr viele Menschen, aber sie sind nicht bereit, im nächsten Moment zur Wahl anzutreten. Man muss da eine große Zäsur machen. Alle mussten erst begreifen: Jetzt geht es darum, eine Organisation zu gründen. Das war eine neue Entdeckung. Alle diese Dinge mussten in fünf Monaten sein: eine Struktur bilden; Menschen finden, die Verantwortung übernehmen; eine Struktur mit Statut und Satzung, noch nie gesehen, noch nie gehabt, noch nie gebraucht. Und alle diese Prozesse, alles in fünf Monaten. Also tatsächlich verdichtete Zeit. Dass es dann überhaupt zu einem Antritt zu einer Wahl kam und zu Kandidaten und doch relativ demokratisch und irgendwie durchorganisiert, ist auch schon ein sehr gutes Ergebnis, auch wenn es eigentlich ein so schwaches ist. Da spielt, glaube ich, diese Vorstellung vom „Neuen Forum" eine Rolle und man sieht die Zahlen der Unterschreiber des Aufrufes. Es ist einfach eine falsche Ausgangsbasis, zu meinen, das wäre der Kreis, der diese Organisation getragen hätte.

*N. N.*: Eine Frage noch zur SPD: Sie haben gesagt, man hatte, ich weiß nicht, wie lange, damit gerechnet, dass die SPD hier am 18. März das Rennen macht. Wir in der West-SPD haben damit auch gerechnet und waren natürlich bass erstaunt und entsetzt, wie das hier ausgegangen war. Ab wann ist denn der Umschlag passiert? Nach dem, was ich hier gehört habe, wundere ich mich

überhaupt, dass der SPD irgendwann einmal Chancen zugerechnet wurden. So, wie die Plakate waren, war das ja alles höchst lächerlich. Oder sie hatte offenbar überhaupt kein Programm. Martin Gutzeit, ich weiß nicht, was Ihr dazu sagt. Aber ich wundere mich, dass irgendwann mal gesagt wurde, die SPD wird das Rennen machen. Im Osten hat man das ja wohl auch mal gedacht. – Dann noch eine ganz andere Frage: Die „Grünen" hatten in ihrer Programmatik die Gleichstellung von Mann und Frau, also die Gender-Frage. Hatten die anderen Parteien das eigentlich auch in ihren Programmen?

*Lietz*: Ich würde noch mal den Faden aus der vorigen Runde aufnehmen. Da war die Situation in der DDR zum September '89 mit all den wirtschaftlichen Problemen, also im Grunde genommen einer Bankrott-Erklärung; dann die andere Phase, in der für eine kurze Zeit, von Anfang Oktober bis Anfang November, das Volk mit den Bürgerbewegten zusammenging; als dann die Mauer aufging, und in der Wahl nachher, Anfang '90, wurde klar, dass es auf eine Vereinigung Deutschlands zugeht. Diese Erfahrung, die man machte, als man rüberfuhr, war so elementar, dass alle anderen Argumente, die noch da waren, auch die Bedürfnisse, die wirtschaftliche Situation, verblassten. Jetzt wollte man sehen, wie man möglichst schnell Anschluss kriegt, zumindest an den Wohlstand des Westens. Man sagte: „Wir haben alle zusammen '45 den Krieg verloren. Warum sollen wir jetzt diese wahnsinnige Differenz an Wohlstand, gar nicht an großem, aber an normalem Lebenswohlstand hinnehmen?" Ich glaube, das war der Hauptgrund, weshalb dann bei den ersten Wahlen im März die „Allianz für Deutschland" plötzlich einen wahnsinnigen Schub bekam.

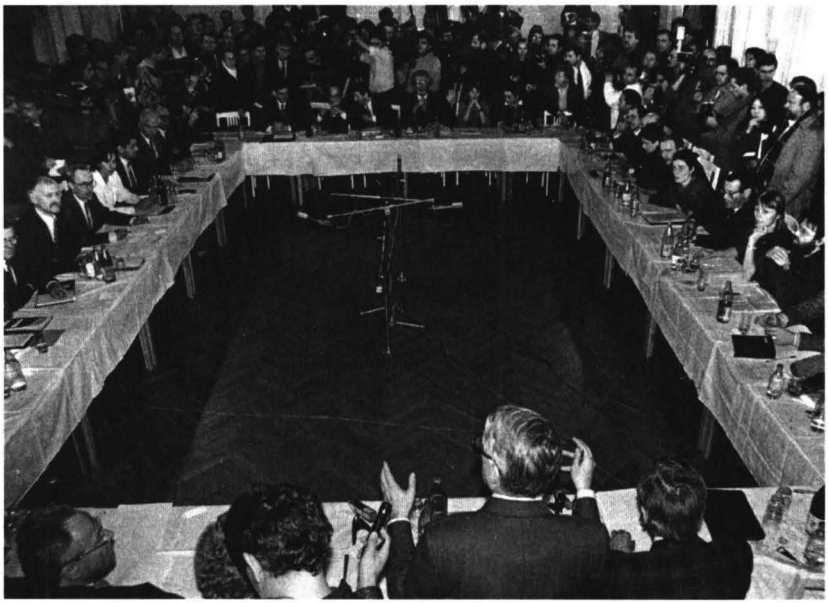
Ich sprach mit einem jungen Mann in Güstrow, einem Maurer, und fragte: „Was hast Du denn gewählt?" „Natürlich wähle ich CDU." Ich sage: „Bist Du denn wahnsinnig?" „Ja", sagt er, „die bringen das Geld." Und ich sage: „Nächstes Mal?" „Da wähle ich die SPD." „Und warum wählst Du die dann?" „Ja, die bringt soziale Gerechtigkeit." Das war die Stimme aus dem Volk. Das war für mich ein Beispiel für die Grundsituation. Ich glaube, wir haben als Leute aus dem „Neuen Forum" die realen Bedürfnisse der Menschen nicht ausreichend wahrgenommen in unserer Programmatik.

Und das Zweite: Wir waren überhaupt nicht imstande, diesen Hunger nach Anpassung, auch nach Wohlstand, zu stillen. Wir haben ja nichts gehabt. Wir haben ein paar schöne Ideen gehabt. Aber von Ideen wird man nicht satt. Und insofern, ich karikiere das ein bisschen, war die Frage nach der Demokratisierung in der Mehrheit der Bevölkerung nicht das Problem. Es war, auch vor dem Hintergrund von zwei Diktaturen, bei vielen überhaupt nicht die Frage, Demokratie zu entwickeln. Das sehen wir jetzt 20 Jahre später. Ich komme aus Norddeutschland, Mecklenburg, da haben wir die NPD im Landtag. Das Demokratie-Defizit, das nach der Wahl und auch nach der Einigung 1990 im Grunde genommen bis heute anhält und das auch die etablierten Parteien bisher nicht ausreichend aufgearbeitet haben, ist jetzt deutlich sichtbar. Bei Umfragen will nur ca. ein Drittel der ostdeutschen Bevölkerung die Demokratie. Das Problem, das 1990 angefangen hat, fällt uns jetzt auf die Füße und jetzt müssen wir sehen, wie wir damit fertig werden.

*Eckert*: Zu den Wahlchancen der SPD will ich noch etwas sagen. Das kommt mir vor wie der Glauben an die Wirtschaftskraft der DDR. Bis zum Zusammenbruch haben alle daran geglaubt, dass die DDR die siebt- oder zehntstärkste Wirtschaftsmacht der Welt ist. Und plötzlich war es dann nicht so. Die Meinungsforschungsinstitute, auch aus der Bundesrepublik, haben ihre Meinungsforschungen ausgedehnt und haben noch im Februar einen Sieg von SPD zusammen mit Gruppen der Bürgerbewegung vorausgesagt. Das war die Prognose. Und wenn ich von mir selber ausgehe: Ich habe bei mir im Wahlbezirk die Wahl organisiert, saß als Vorstand des Wahlbüros bis tief in die Nacht in einer Schule. Ich habe die Wahlergebnisse ins Rathaus gebracht mit der festen Erwartung, dass mir gesagt wird: SPD 51 %, „Bündnis 90" 15 % und so weiter. Ich war auch vollkommen überrascht, ich habe das aus Berliner Perspektive bis zum letzten Augenblick vollkommen falsch eingeschätzt.

*Florath*: Vielleicht ein versöhnliches Wort, das ich gegen das von Heiko Lietz setzen will: Das „Neue Forum" wollte den Dialog zwischen Staat und Gesellschaft wieder in Gang setzen. Den Dialog haben sie in Gang gesetzt. Da waren sie mächtig erfolgreich. Sie haben den Weg mit geebnet für die freie Wahl. In dieser freien Wahl hat der Souverän entschieden. Insofern war die Revolution erfolgreich, auch wenn das „Neue Forum" die Wahl verloren hat, wie andere auch.

# IV. Die Hälfte der Macht: Arbeit am Zentralen Runden Tisch bis Februar 1990



*Erste Sitzung des Zentralen Runden Tischs im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Berlin am 7. Dezember 1989.*

*Foto: Rolf Walter, Robert-Havemann-Gesellschaft*

*Walter Süß*

# Zentraler Runder Tisch und alte Parteien

Wozu brauchte man in der DDR einen Runden Tisch? Die Antwort auf diese Frage hängt von der Phase der Revolution ab, auf die man sich bezieht. Zu dem Zeitpunkt, als das Thema aufkam – in der letzten Woche des Oktobers 1989 – war das Subjekt dieser Forderung gewiss die Bürgerrechtsbewegung.[1] Die SED saß zu jener Zeit zwar etwas ungemütlich, aber doch noch einigermaßen fest im Sattel. Um die Lage wieder richtig unter Kontrolle zu bekommen, versuchte sich ihre neue Führung unter Egon Krenz an einer „Politik des Dialogs" mit der Bevölkerung. Dieser Dialog sollte allerdings nicht mit den Bürgerrechtsorganisationen geführt werden, um sie nicht als Verhandlungspartner anzuerkennen und damit aufzuwerten. Die Forderung, einen Runden Tisch einzurichten, war auch gegen diese Missachtung gerichtet, reichte aber politisch weit darüber hinaus: Sie war immer damit verbunden, dass er zur Vorbereitung von freien Wahlen dienen sollte.

Als die wichtigsten Bürgerrechtsorganisationen (mit Ausnahme des Neuen Forums) am 10. November gemeinsam die Einberufung eines Runden Tisches postulierten, war die Mauer eben erst gefallen. Nun verlangten sie einen Runden Tisch wegen „der krisenhaften Situation [...], die mit den bisherigen Macht- und Verwaltungsstrukturen nicht mehr bewältigt werden kann". Seine Aufgabe sollte sein, „Voraussetzungen für eine Verfassungsreform und für freie Wahlen zu schaffen".[2] Die SED, an die sich diese Forderung auch richtete, befand sich inzwischen in einer tiefen Krise, weil in jenen Tagen die Mechanismen der innerparteilichen Hierarchie am Zusammenbrechen waren. Die Parteibasis begann sich gegen die Politbürokratie zu wehren.[3] Zur gleichen Zeit begannen die im „Demokratischen Block" zusammengezwungenen Parteien vorsichtig auf Distanz zu gehen, indem sie die institutionalisierte Führungsrolle der SED infrage stellten.[4] Das galt vor allem für die LDPD und – unter neuem Vorsitz[5] – die CDU, in geringerem Maße für die politischen Kunstprodukte

---

1 Am 27. 10. 1989 wurde von Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt) bei einer Veranstaltung in der Ostberliner Gethsemanekirche und ebenso von Steffen Reiche (SDP) in Bonn ein Runder Tisch gefordert. Vgl. ULLMANN, Demokratie, S. 147; SPITTMANN/HELWIG, Chronik, S. 15.

2 Gemeinsame Erklärung von Grüner Partei (GP), Sozialdemokratischer Partei (SDP), Demokratie Jetzt (DJ), Vereinigter Linker (VL), Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und Demokratischem Aufbruch (DA) vom 10.11.1989; www.ddr89.de/ddr89/texte/erklaerung5.html (22. 10. 2008). Zur Programmatik dieser Organisationen siehe REIN, Opposition.

3 Vgl. BORTFELDT, Von der SED zur PDS, S. 119–133.

4 Zu Blockparteien und Demokratischem Block siehe zusammenfassend und mit weiterführender Literatur Suckut, Siegfried, Geschichte und Funktion der Blockparteien in der SBZ/DDR, in: EPPELMANN/FAULENBACH/MÄHLERT, Bilanz und Perspektiven, S. 93–99

5 Lothar de Maizière war am 10. 11. 1989 zum CDU-Vorsitzenden gewählt worden; vgl. SPITTMANN/HELWIG, Chronik, S. 20.

NDPD und DBD.[6] In der Volkskammerdebatte am 13. November wurde im Zusammenhang mit der Bildung einer neuen Regierung von Rednern aller vier Parteien die Forderung nach einer entsprechenden Verfassungsänderung erhoben. Einige Tage später wurde von der Volkskammer eine Kommission zur Änderung der Verfassung eingerichtet.[7]

Offizielle Einladungen zum Runden Tisch wurden nach Verhandlungen hinter den Kulissen zwischen der Kontaktgruppe der Bürgerrechtsorganisationen und der evangelischen Kirche ab dem 21. November ausgesprochen.[8] Gleich darauf beschloss auch das SED-Politbüro, einen „Dialog" am Runden Tisch vorzuschlagen.[9] Nachdem die SED-Spitze unter Krenz schon die Einleitung der „Wende" für sich zu reklamieren versucht hatte, war das ein weiteres durchsichtiges Manöver, um eine politische Führungsrolle im Umbruch zu simulieren. Welche Vorstellungen Egon Krenz damals tatsächlich mit dem Runden Tisch verbunden hat, machte er einige Tage später bei einer Sitzung des „Demokratischen Blocks" deutlich, den er beibehalten wollte. Er forderte, dass ein solcher Runder Tisch „nur wenn es unbedingt notwendig ist" zusammentreten sollte und dann „auf Spitzenebene in loser Folge, nicht zu oft". Seine „Anliegen" könne der Runde Tisch dann jeweils an die Volkskammerausschüsse „herantragen". Auf keinen Fall sollte der Runde Tisch „zu einer Institution im Sinne einer Nebenregierung" werden. „Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass dies nicht gut wäre."[10]

Der SED-Chef wollte einen Runden Tisch nach polnischem Vorbild verhindern. Der Runde Tisch war bekanntlich ein ideelles Importprodukt, bei dem die ungarische Erfahrung eine gewisse Rolle spielte, vor allem aber die politische Entwicklung in Polen. Beiden Seiten war dieses Modell präsent.[11] In Polen hatte die Solidarność-Führung den Vertretern des kommunistischen Herrschaftsapparates am Runden Tisch in einer klaren Frontstellung gegenüber gesessen. Auf Seiten des alten Regimes gehörten damals zu der Verhandlungs-

---

6 Vgl. ZAIG des MfS: „Information über aktuelle Aspekte der politischen operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 3. Mai 1989", dok. in: Suckut, Siegfried, Widerspruch und abweichendes Verhalten in der LDP(D), in: ENQUETE-KOMMISSION, Bd. VII, S. 1492–1653, hier S. 1536–1543.

7 Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode, Protokoll der Sitzung am 13. 11. 1989, S. 234–254, und Protokoll der Sitzung am 18. 11. 1989, S. 308.

8 Die offizielle Einladung erfolgte am 30. 11. 1989; vgl. THAYSEN, Der Runde Tisch, S. 32–34.

9 Vgl. Protokoll der Politbüro-Sitzung am 22. 11. 1989; SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2039/314, Bl. 61–62.

10 „Aus dem Protokoll der letzten Sitzung des zentralen Blockausschusses" am 28. 11. 1989, in: Suckut, Siegfried, Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen, in: WEBER, Der SED-Staat, S. 99–197, hier S. 186–197. Vgl. auch [Egon Krenz:] Zum „Runden Tisch". Überlegungen zur Position der SED im Demokratischen Block [Entwurf]; SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2039/317, Bl. 170–183.

11 Zu Krenz vgl. SAPMO-BArch IV 2/2039/317, Bl. 180–183; Auszüge aus einem Gespräch mit dem führenden Bürgerrechtler Gerd Poppe von der Initiative Frieden und Menschenrechte vom 2. 7. 1990 in Berlin, in: SEMTNER, Der Runde Tisch, S. 165–174, hier S. 168.

delegation unter anderem sechs ZK-Sekretäre und Politbüromitglieder, angeführt vom Innenminister, General Czesław Kiszak, der 1981/82 die Internierungswelle nach der Ausrufung des Kriegsrechts organisiert hatte. In zweimonatigen zähen Verhandlungen hatten sie Modalitäten des Übergangs zu einem demokratisierten System ausgehandelt.[12]

Als in der DDR die politische Idee der Einrichtung eines Runden Tisches aufkam, ging es ebenfalls darum, dem alten Regime Paroli zu bieten. Als er aber am 7. Dezember tatsächlich zusammentrat, war die politische Konstellation erneut gründlich verändert. Die alte Macht war keineswegs mehr so geschlossen wie ein Dreivierteljahr zuvor in Polen:

Die Übergangsführung der SED unter Egon Krenz war unter dem Druck der revoltierenden Parteimitglieder gestürzt. Das Zentralkomitee und das Politbüro, die früheren Führungsorgane, existierten nicht mehr, statt dessen versuchte ein spontan gebildeter „Arbeitsausschuss" den völligen Zerfall zu verhindern.[13]

Die „führende Rolle" der SED war am 1. Dezember von der Volkskammer aus der Verfassung gestrichen worden – eine zentrale Forderung also bereits erfüllt.

Die repressive Hauptstütze der SED-Herrschaft, die Staatssicherheit, hatte in den Tagen zuvor hinnehmen müssen, dass ihre Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen von Demonstranten lahmgelegt und unter die Kontrolle von Bürgerkomitees gestellt worden waren. Auch wenn das Ministerium in Ostberlin noch nicht angetastet wurde, waren der Krake Staatssicherheit doch die Fangarme abgeschlagen.[14]

Und die alten Parteien hatten inzwischen allesamt die Mitgliedschaft im „Demokratischen Block" aufgekündigt. Die treibende Kraft war dabei die CDU gewesen. Deren neuer Vorsitzender Lothar de Maizière hatte bei der letzten Sitzung des „Demokratischen Blocks" am 28. November gefordert, den „Block" aufzulösen. Der Grund dafür war, wie er sagte: „Wir sollten, was uns angeht, alles tun, um zu verhindern, dass am Runden Tisch Fronten aufeinander prallen."[15]

Als der Zentrale Runde Tisch dann zusammengetreten ist, folgte die Verteilung von Sitz und Stimmen und ebenso die Sitzordnung noch der alten Machtkonstellation: auf der einen Seite die ehemaligen Blockparteien (bald ergänzt um FDGB und VdgB), auf der anderen die Bürgerrechtsorganisationen (zu denen ich diesem Fall auch die SDP zähle). Aber eine echte Konfrontation war das ursprünglich nicht. Liest man heute, im zeitlichen Abstand von über 20 Jahren, das Wortprotokoll gerade der ersten Sitzung, so erstaunt der relativ ruhige, um rationale Argumentation und wechselseitige Überzeugung bemühte Kommunikationsstil. Selbst bei der Frage der Legitimation von Volkskammer und Regierung, die von den Bürgerrechtsorganisationen grundsätzlich bestritten wurde, gab es keine größeren Differenzen. Die alten Parteien, die alle noch

---

12 Vgl. KÜHN, Solidarność, S. 426–432.

13 Vgl. HERTLE/STEPHAN, Das Ende der SED.

14 Vgl. SÜSS, Staatssicherheit, Kap. 10.

15 In: Suckut, Die DDR-Blockparteien, S. 187.

in beiden Institutionen tätig waren, leugneten dieses Defizit nicht. Da aber auch der Runde Tisch keine demokratische Legitimation hatte, denn niemand hatte seine Teilnehmer gewählt, blieben nur pragmatische Lösungen – zu drängend schienen die Probleme.

Gemeinsam waren den Teilnehmern auf allen Seiten des Tisches die Anliegen, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch und eine von vielen befürchtete gewaltsame Eskalation zu verhindern, und einen geordneten Übergang zu einem demokratischen System, vor allem zu freien Wahlen zu organisieren. In einer Erklärung zum Selbstverständnis des Runden Tisches wurde dies als entscheidendes Motiv für die Einrichtung der Institution genannt: „Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen sich aus tiefer Sorge um unser in eine Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung." Das Legitimationsproblem wurde dadurch zu lösen versucht, dass sich der Runde Tisch einerseits negativ definierte: Er habe „keine parlamentarische oder Regierungsfunktion". Andererseits bezeichnete er sich als „Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in unserem Land"[16] – gewissermaßen ein plebiszitäres Gremium.

Tatsächlich hatte der Runde Tisch aus Sicht der alten Parteien zu diesem Zeitpunkt drei Funktionen: Erstens sollte er integrativ auf die revoltierende Gesellschaft und auf die Bürgerrechtsorganisationen einwirken, indem ihr Protest nun institutionellen Ausdruck bekam. Das heißt, die Bürgerrechtsorganisationen dienten als Sprecher der Gesellschaft und wurden damit zugleich in die gemeinsame Verantwortung für das Land eingebunden. Zweitens diente die Beteiligung des Runden Tisches zur Legitimation der Entscheidungen von Regierung und Volkskammer. Und drittens bot er den ehemaligen Blockparteien die Chance, eigenständiges Profil zu entwickeln.

Uwe Thaysen hatte in seiner Analyse der Geschichte des Runden Tisches zwei Phasen und zwei Konfliktlinien unterschieden:
– In der ersten Phase im Dezember 1989, charakterisiert als „alter Machtkampf", habe der Runde Tisch eine Veto-Funktion gegen das alte Regime – verkörpert durch die Regierung Modrow – ausgeübt.
– Die zweite Phase ab Ende Januar 1990 (der „neue Machtkampf") sei einerseits von dem beginnenden Wahlkampf geprägt gewesen, andererseits habe der Runde Tisch zusätzliche Funktionen übernommen: Gesetzesvorbereitung, also eine legislative Aufgabe, und schließlich sogar exekutive Aufgaben in Form der Teilnahme der Bürgerrechtsorganisationen an der Regierung durch Minister ohne Geschäftsbereich.[17]

Meines Erachtens müssen zwei weitere Konfliktlinien in die Interpretation einbezogen werden: die Sorge um ein drohendes Chaos bzw. einen staatlichen Zusammenbruch (ein Aspekt, der auf Initiative von Lothar de Maizière von der CDU schon in der Erklärung zum Selbstverständnis aufgetaucht ist[18]), und die deutsche Frage bzw. die Frage der Wiedervereinigung. Die Auseinandersetzung um diese Konflikte entzündete sich an verschiedenen Fragen, von der Gewerbe-

---

16 In: HERLES/ROSE, Vom Runden Tisch, S. 23.

17 THAYSEN, Der Runde Tisch, S. 16 f. und passim.

18 Vgl. THAYSEN, Der Zentrale Runde Tisch, 1, S. 31.

ordnung bis zur Staatssicherheit. Auf zwei will ich etwas genauer eingehen: das Verhältnis zwischen Rundem Tisch und Regierung, und auf das Problem Staatssicherheit.

Zuvor aber noch zur Phaseneinteilung. Gewiss gab es die beiden von Thaysen mit den Begriffen „Vetomacht" und „Konkurrenzkampf" charakterisierten Konstellationen. Allerdings drängt sich bei der Lektüre der Wortprotokolle des Runden Tisches der Eindruck auf, dass die zeitlichen Grenzen anders verlaufen. Der neue Machtkampf, also die Konkurrenz um die besten Ausgangsbedingungen für die Teilnahme an den künftigen freien Wahlen, begann bereits bei der ersten Sitzung des Runden Tisches am 7. Dezember. Grundlegende Fragen waren: Wann sollen sie stattfinden und wer darf teilnehmen?

Die Auseinandersetzung um den Wahltermin war zugleich eine Auseinandersetzung um die Chancen zur personellen und organisatorischen Vorbereitung. Selbstverständlich waren die alten Parteien bei einem frühen Termin im Vorteil, weil sie bereits eine DDR-weite organisatorische Struktur hatten. Entsprechend haben ihre Vertreter von CDU bis SED argumentiert, wobei die CDU mit dem Argument überzeugte, dass die Volkskammerwahlen bei einem Termin im Herbst 1990 zum „Spielball des Bundestagswahlkampfes" werden würden.[19] Auch die Frage, wer teilnehmen darf, wurde damals schon vorläufig beantwortet: De Maizière teilte mit, dass aus Sicht der CDU nur Parteien dazu berechtigt seien.[20] Das hätte jene Bürgerrechtsorganisationen, die sich wie das Neue Forum explizit nicht als Parteien verstanden, ausgeschlossen.

Eng mit der Chancengleichheit verbunden war das Problem der Parteienfinanzierung. Matthias Platzeck von der Grünen Liga hat bereits bei der 3. Sitzung am 22. Dezember gefragt, „in welcher Höhe die Altparteien in den vergangenen Jahren Mittel aus dem Staatshaushalt in Anspruch genommen haben".[21] Das war selbstverständlich zugleich die Frage nach der Legitimität dieser Besitzstände. Platzeck bekam damals keine Antwort, und die alten Parteien zögerten auch danach noch, dazu Auskunft zu geben.[22] Erst zu einem Zeitpunkt, an dem sich abzeichnete, dass sie auf Unterstützung durch die künftigen Schwesterparteien in der Bundesrepublik rechnen konnten, wurden sie in diesem Punkt offener. Dann leistete nur noch die SED-PDS, die nicht auf solche Hilfe hoffen konnte, weiter hinhaltenden Widerstand.

Hatte der Runde Tisch in den ersten Wochen tatsächlich eine „Vetomacht"? Zweifellos haben Delegierte der Bürgerrechtsorganisationen versucht, das durchzusetzen, allerdings gerade in dieser Zeit weitgehend erfolglos. Immer dann, wenn vor allem vom Neuen Forum diese Forderung aufgestellt wurde, entgegneten die Vertreter der alten Parteien mit einigem Recht, eine solche Regel würde die Regierung handlungsunfähig machen. Als dieses Argument angesichts einer mehr als unzureichenden Informationspolitik der Regierung gegenüber dem Runden Tisch allein nicht mehr überzeugte, kam eine Drohung

---

19 De Maizière in: THAYSEN, Der Zentrale Runde Tisch, 1, S. 56.

20 In: ebd., S. 51.

21 In: ebd., S. 171.

22 Vgl. GERLACH, Mitverantwortlich, S. 377.

hinzu: Dann müsse man sofort Neuwahlen ausschreiben, was den zuvor angedeuteten Effekt einer extrem ungleichen Chancenverteilung gehabt hätte. Deshalb war die Forderung nach einem Veto-Recht nicht durchzusetzen.

Erwähnt wurde bereits, dass sich der Runde Tisch in einer Phase konstituierte, in der das alte Regime bereits am Boden lag und die ehemaligen Blockparteien sich um ihre Rundum-Erneuerung bemühten. Diese Konstellation machte den Kontrahenten kaum greifbar und wurde noch verstärkt durch eine Art Rollenspaltung ihrer Delegierten am Runden Tisch: Sie wollten allein als *Partei*vertreter betrachtet werden, während ihre Mitgliedschaft in der Regierung geradezu tabuisiert war. Und immerhin saß bei den ersten Sitzungen des Runden Tisches auf dessen einer Seite ein stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, nämlich Lothar de Maizière, in Person von Manfred Gerlach der Vorsitzende der LDPD und zugleich des Staatsrats, außerdem Günther Maleuda, der Vorsitzende der DBD und neue Präsident der Volkskammer. Und nicht zuletzt der Vorsitzende und ein stellvertretender Vorsitzender der SED-PDS, Gregor Gysi und Wolfgang Berghofer. Ihre Parteien waren alle in der Regierung vertreten und sie selbst haben mehr oder weniger eifrig am Runden Tisch mitverhandelt. Gelegentlich wurde – auch von den Moderatoren – angesprochen, dass ja führende Mitglieder von Regierungsparteien anwesend seien, doch solche kritischen Initiativen verpufften sehr schnell. Die SED-PDS-Vorsitzenden verwiesen auf ihren Lernprozess hinsichtlich der notwendigen Trennung von Partei und Staat, die Vertreter der anderen alten Parteien beharrten auf ihrer Rolle als Parteidelegierte.[23] Wenn es zum Teil sehr heftig darum ging, warum die Regierung das eine getan oder etwas anderes unterlassen hatte, fühlte sich kaum ein Mitglied einer Regierungspartei veranlasst, Beschlüsse des Ministerrates zu erläutern. Sinn ergibt diese Flucht vor der Regierungsverantwortung nur, wenn man davon ausgeht, dass mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen bereits versucht wurde, eigenes, unabhängiges Profil zu entwickeln, mit größtmöglicher Distanz zur SED.

Die zuvor erwähnte, relativ ausgeglichene Stimmung zu Beginn des Runden Tisches hielt nicht lange. Bereits bei der zweiten Sitzung wurde tiefes Misstrauen seitens jener Organisationen deutlich, die der Regierung nicht angehörten. Der Anlass für diese Veränderung der Stimmungslage war der Verdacht, die Regierung würde „Grundsatzentscheidungen" treffen, ohne den Runden Tisch vorab zu informieren und in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Dieser Konflikt kreiste bald um die Auflösung der Staatssicherheit, doch ursprünglich stand ein anderes Problem im Vordergrund: das Verhältnis zur Bundesrepublik. Vermutet wurde, dass von den Regierungsparteien weitreichende Vereinbarungen getroffen würden, die noch vor den Wahlen die Weichen für das künftige Wirtschaftssystem stellen. Die Vermutung wurde geäußert, in der Bundesrepublik oder in Frankreich würden Kernkraftwerke bestellt, geplante „joint ventures" wurden als Beginn eines drohenden „Ausverkaufs" der DDR-Wirtschaft betrachtet. Zusätzliche Nahrung erhielt dieser Verdacht, als die Parteitage der CDU und – weniger deutlich – des Demokratischen Aufbruch sich Mitte De-

---

23 Vgl. Sitzung am 27. 12. 1989, in: THAYSEN, Der Zentrale Runde Tisch, 1, S. 233–234.

zember von jeder Art von Sozialismus distanzierten. Hinter diesem Konflikt stand bei manchen noch die Hoffnung, es sei möglich, die Option irgendeiner Art von Drittem Weg offen zu halten, die jedoch bald obsolet wurde.

Aber kein anderer Konflikt hat das fragile Machtgefüge der Übergangszeit stärker durcheinander gebracht als die Frage der Auflösung der Staatssicherheit. Schon bei der ersten Sitzung des Runden Tisches war von Bürgerrechtsseite die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit gefordert worden. Auf Seiten der alten Parteien äußerte sich zu dieser Frage am deutlichsten Lothar de Maizière von der CDU, der erklärte, „dass kein Staat auf ein Sicherheitsorgan im Sinne von Nachrichtendienst und Abschirmdienst verzichten kann".[24] Wenn dem aber so ist, wo solle man die „Zivilisten" mit dem notwendigen Sachverstand herbekommen? In einer Erklärung zur Rechtsstaatlichkeit wurde diese Frage offen gelassen: Einerseits wurde die Auflösung des AfNS „unter ziviler Kontrolle" gefordert, andererseits die Frage neuer Dienste offen gelassen: „Über die Gewährleistung der eventuell notwendigen Dienste im Sicherheitsbereich soll die Regierung die Öffentlichkeit informieren."[25]

Dann begingen die Regierungsparteien den schweren Fehler, in der Ministerratssitzung am 14. Dezember die Einrichtung neuer Dienste zu beschließen, ohne die Öffentlichkeit oder den Runden Tisch vorab zu informieren. Andere Eskalationsfaktoren kamen noch hinzu: Der zuständige Staatssekretär Halbritter veranlasste am 7. Dezember eine Anweisung, die von Modrow abgezeichnet wurde, die Aktenvernichtung fortzusetzen. Am nächsten Tag wurde allerdings, angesichts von Protesten aus den Bezirken, diese Anweisung widerrufen, verbunden mit der Entscheidung Modrows, die Staatssicherheit in ihrer alten Form nun beschleunigt aufzulösen.[26] Ein weiterer Ministerratsbeschluss war, dass den Stasi-Mitarbeitern der Wechsel ins Zivilleben durch „Übergangsgelder" erleichtert werden sollte. Das war als Maßnahme gedacht, um auf sie angesichts unsicherer Zukunftsperspektiven beruhigend einzuwirken, die jedoch, als sie bekannt wurde, breiten Protest auslöste.

Als all diese Punkte auf der Sitzung des Runden Tisches am 27. Dezember vom Neuen Forum skandalisiert wurden, kam es wieder zu der seltsamen Situation, dass keiner der Delegierten der Regierungsparteien diese Entscheidungen erläuterte oder gar verteidigte. Mit einer relativ knappen Mehrheitsentscheidung (19:12:6) wurde gefordert, die Bildung eines Verfassungsschutzes bis nach den Wahlen auszusetzen.[27] Sonst wurde über das Verfahren debattiert: An den Runden Tisch müsse, wenn nicht Modrow selbst, dann ein kompetenter Regierungsvertreter kommen. Dem wurde in den darauffolgenden Sitzungen entsprochen, allerdings mit fatalem Effekt: Die Auftritte von Staatssekretär Halbritter und des „zivilen Beauftragten" Peter Koch, der zuvor Abteilungsleiter im Finanzministerium gewesen war, haben die Krise noch vertieft, weil sie vor allem eines deutlich machten: enorme Inkompetenz.

---

24 In: THAYSEN, Der Zentrale Runde Tisch, 1, S. 69.

25 In: ebd., S. 88.

26 Vgl. SÜSS, Staatssicherheit, S. 643–647.

27 Vgl. THAYSEN, Der Zentrale Runde Tisch, 1, S. 246–248.

Die Einstellung der ehemaligen Blockparteien zur Frage neuer Dienste hat sich in den ersten Januartagen grundlegend gewandelt. Angesichts des wieder zunehmenden Bürgerprotestes und wahrscheinlich auch infolge intensivierter Kontakte mit bundesdeutschen Parteien schwenkten sie von der vorsichtigen Verteidigung solcher Dienste um auf scharfe Ablehnung. Der Ort, wo diese Neujustierung offen ausgetragen wurde, war jedoch nicht der Runde Tisch, sondern die Volkskammer, in der die alten Parteien unter sich waren. In den Sitzungen am 11. und 12. Januar wurde der Verzicht auf eine Nachfolgeeinrichtung der Staatssicherheit zum Kriterium für den Fortbestand der Regierungskoalition erklärt. Unter diesem politischen Druck kapitulierte schließlich auch Modrow, der „die Dienste" am längsten als Symbol der Staatlichkeit der DDR verteidigt hatte.

Der Fortbestand der Regierung war dennoch weiter gefährdet. Einflussreiche Kräfte in der CDU versuchten, die Regierung zu verlassen. Man darf annehmen, weil sie sich von einem noch deutlicheren Abstand zum alten Regime mehr Unterstützung von ihrer künftigen bundesdeutschen Schwesterpartei und erhöhte Wahlchancen versprochen haben. Doch zugleich bestand die Angst vor dem völligen Zusammenbruch staatlicher Autorität, die durch den Sturm auf die Stasi-Zentrale am 15. Januar aktualisiert worden ist. Dafür wollte man die Verantwortung auch nicht übernehmen. Die zweitbeste Lösung war aus dieser Sicht, die Bürgerrechtsorganisationen und vor allem die SPD in die Regierung einzubinden, um ihr den „Oppositionsbonus" zu nehmen. Das ist Ende Januar mit der Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung" schließlich gelungen. Selbstverständlich war das nur ein Faktor. Bedeutsamer noch war der rapide Zerfall der SED-PDS: Inzwischen hatten sie zwei Drittel der Mitglieder verlassen, das verbliebene Drittel war zum großen Teil demoralisiert. Damit wurde dieser in der Regierung noch immer dominanten Partei die Basis entzogen, so dass sie dringend nach neuen Stabilisierungsfaktoren suchte. Die Erweiterung der Regierung war ein Schritt dazu und leitete einen Wandel im Transformationsprozess ein. Eine neue Phase hatte begonnen, in der die beiden zuvor genannten Funktionsbestimmungen des Runden Tisches aus Sicht der alten Parteien – Integration und Legitimation – auf eine höhere Ebene gehoben waren. Die Stabilisierung gelang zumindest so weit, dass am demokratischen Charakter der Wahlen im März 1990 kein Zweifel besteht. So hat der Runde Tisch im Zusammenwirken aller politischen Kräfte die ihm ursprünglich zugedachte Funktion erfüllt.

## *Literatur*

Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, hrsg. von EPPELMANN, Rainer/FAULENBACH, Bernd/MÄHLERT, Ulrich, Paderborn u. a. 2003, S. 93–99

BORTFELDT, Heinrich: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn/Berlin 1992

GERLACH, Manfred: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Berlin 1991

HERLES, Helmut/ROSE, Ewald (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990

HERTLE, Hans-Hermann/STEPHAN, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997

KÜHN, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999

REIN, Gerhard (Hrsg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989

SEMTNER, Klemens: Der Runde Tisch in der DDR, München 1992

SPITTMANN, Ilse/HELWIG, Gisela (Hrsg.): Chronik der Ereignisse in der DDR, Köln 1990

SUCKUT, Siegfried: Widerspruch und abweichendes Verhalten in der LDP(D), in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII, 1995, S. 1492–1653

SÜß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes; Bd. 15), 2. Aufl., Berlin 1999

SÜß, Walter: Der Untergang der Staatspartei, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 284–306

THAYSEN, Uwe: Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990

THAYSEN, Uwe (Hrsg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente (5 Bde.), Wiesbaden 2000

ULLMANN, Wolfgang: Demokratie – jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit, München 1990

WEBER, Jürgen (Hrsg.): Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994

*Martin Gutzeit*

# SDP/SPD und Zentraler Runder Tisch

Wir haben zwei Vorträge zur Konstellation am Zentralen Runden Tisch gehört: einen zu den alten Parteien und einen zur Opposition. Weshalb jetzt über die Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP –, ab Mitte Januar 1990 SPD, geredet werden soll, hat mit einigen Besonderheiten dieser Partei in der damaligen Situation zu tun. Das betrifft zuallererst das Verhältnis zu den anderen Gruppierungen, die man unter dem Begriff „Opposition" zusammenfasst. Ende November/Anfang Dezember 1989 hatten sich für die SDP neue Konstellationen und Perspektiven ergeben, die damals noch nicht öffentlich waren und auch wohl heute kaum bekannt sind. Diese neuen Konstellationen und Perspektiven hatten mit dem historischen und politischen Potenzial im Grundansatz der SDP zu tun, worauf ich hier nicht näher eingehen kann. Ich werde zuerst die Genese dieser Konstellation und Perspektiven beschreiben, um dann auf das Verhalten am Runden Tisch und zu den anderen politischen Gruppierungen und Parteien einzugehen.

Am 30. November 1989 trafen sich im Ostteil Berlins einige Vorstandsmitglieder der SDP mit den SPD-Bundestagsabgeordneten Gert Weisskirchen und Hartmut Soell, wobei ich selbst auch teilnahm. Es ging um die Analyse der politischen Situation und die politische Strategie der SDP in Hinblick auf den Runden Tisch. Angesichts der zunehmenden Destabilisierung in der DDR, Kohls 10-Punkte-Plan und der Forderung nach Wiedervereinigung im Süden der DDR drängten unsere SPD-Genossen auf eine stärkere Profilierung der SDP, insbesondere am Runden Tisch, der am 7. Dezember zu tagen beginnen sollte, aber auch auf eine Umbenennung in SPD sowie auf ein Vorziehen des Wahltermins für die Volkskammer. Man spürte die Befürchtung, dass, sollten CDU/CSU in dieser Frage die Meinungsführerschaft gewinnen, die Konsequenzen für die SPD bei der nächsten Bundestagswahl enorm wären.

Bis zu diesem Zeitpunkt galt für uns der von Markus Meckel und mir vor dem Mauerfall erarbeitete Zeitplan: Wahl zu einer verfassunggebenden Versammlung im September 1990, Parlamentswahlen im Frühjahr 1991.[1] Der Zeitrahmen scheint im Nachhinein sehr weit, jedoch erinnern wir: Auf der großen Demonstration am 4. November in Berlin war die von der Opposition formulierte Forderung nach freien Wahlen lautstark vorgetragen worden. Was die Beteiligung an freien Wahlen betrifft, standen wir neuen politischen Gruppierungen und Parteien aber vor fast unlösbaren Problemen. Waren wir über-

---

[1] Der Zeitplan ist in einer Beschlussvorlage für den SDP-Vorstand mit dem Titel „Schritte auf dem Weg zur Demokratie" enthalten, die Markus Meckel und der Verfasser am 6. November 1989 formulierten und die am 8. November vom Geschäftsführenden Ausschuss und am 12. November vom Vorstand verabschiedet wurde (Archiv des Verfassers). Als Übergangsinstitution war ein Runder Tisch vorgesehen. Der Vorschlag wurde am 10. November vom Verfasser auf der Sitzung der Kontaktgruppe der Opposition eingebracht.

haupt in der Lage, kurzfristig landesweit mit politischen Programmen erfolgversprechend zu freien Wahlen anzutreten? Die SED und die Blockparteien hatten ein Informationsmonopol und ein Monopol bei den Medien. Sie hatten landesweite politische Organisationsstrukturen. Die SED nutzte das MfS, um alle Bereiche der Gesellschaft konspirativ zu durchdringen, auch unsere embryonalen Strukturen, um unsere politische Arbeit zu zersetzen. Unsere rechtliche und organisatorische Situation war noch prekär. Eigentlich waren wir noch illegal.[2] Wollten wir einigermaßen solide politische Lösungsangebote für das Land machen, brauchten wir Informationen über die wirtschaftliche, finanzielle, soziale und ökologische Situation, die bis dahin als geheime Verschlusssachen behandelt wurden. Demokratisch legitimierte eigene Parteistrukturen mussten aufgebaut werden, die den eigenen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess realisieren konnten. Dies war nicht von heute auf morgen zu schaffen. Ich führte für die SDP die Kontaktadressenliste und kannte den Stand des Parteiaufbaus, der gerade mal in seinen Anfängen steckte, obwohl die SDP als erste neu gegründete Partei von vornherein mit dem Aufbau von Strukturen begonnen hatte.

Wir wussten, unsere politischen Handlungsmöglichkeiten waren erheblich eingeschränkt. Wer behauptet, die Macht hätte auf der Straße gelegen und wir hätten sie nicht ergriffen, verkennt die Situation, in der wir damals waren. Zudem schätzten wir die wirtschaftliche und finanzielle Situation der DDR als katastrophal ein und wussten, dass, wer jetzt unmittelbar, vielleicht durch revolutionäre Akte, politische Verantwortung übernimmt, sich vor nicht lösbare Probleme gestellt sehen würde. Die SED und die Blockparteien waren für die katastrophale Situation verantwortlich. Sie von dieser Verantwortung zu entlasten, lag nicht in unserem Interesse. Was wir aber brauchten, war Zeit, um unsere politische Handlungsfähigkeit überhaupt erst herzustellen und die realen Voraussetzungen für freie Wahlen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang bot sich das Instrument eines Runden Tisches an, für das ja in Polen schon ein Beispiel vorlag und über das, wie wir heute wissen, schon vor uns diskutiert worden war.[3] Dabei meinten wir zu diesem Zeitpunkt

---

[2] Noch auf seiner Sitzung vom 31. Oktober 1989 beschloss das Politbüro des ZK der SED, dem SDP-Geschäftsführer Böhme sei mündlich mitzuteilen: „Ihre Mitteilung vom 7. Oktober 1989 ist beim Ministerium des Innern eingegangen. Prüfungen haben ergeben, dass die bisherigen Gründungshandlungen rechtswidrig sind. Alle rechtlichen Erfordernisse und Voraussetzungen zur Gründung eines derartigen Zusammenschlusses wurden nicht beachtet. Der verbreitete Aufruf sowie das Material unter der Überschrift Zum Aufruf der Initiativgruppe ‚Sozialdemokratische Partei in der DDR' weisen eindeutig die Verfassungswidrigkeit des Zusammenschlusses nach." (BArch ZPA J IV 2/2A/3252 vom 31. 10. 1989).

[3] Am Abend des 25. Oktober 1989 fand in den Räumlichkeiten des Evangelischen Jungmännerwerkes ein Treffen von Vertretern verschiedener oppositioneller Gruppierungen (u. a. Ibrahim Böhme, Wolfgang Schnur, Ehrhart Neubert, Sebastian Pflugbeil) mit Mitgliedern einer offiziellen Delegation (u. a. Gert Weisskirchen und Henning Schierholz) statt, die am Nachmittag die Auflösung eines Jagdfliegergeschwaders beobachtet hatte. Bei dem Treffen vereinbarte man für den 30. Oktober eine Zusammenkunft von Vertretern aller „‚oppositionellen Plattformen' der DDR". Geplant sei bei dem Treffen „die Erarbeitung einer Erklärung zur Demonstration am 4. 11. 1989" (RHG Konvolut zu „IMB-Reinhard Schumann" KD Mitte, Bd. 2). Bei den dazu geführten Vorgesprächen wurden u. a. schon folgende Forderungen formuliert: „1. Verfassungs-

noch, dass an diesem Runden Tisch sowohl die neu entstandenen demokratischen Vereinigungen und Parteien als auch Organisationen der Nationalen Front teilnehmen sollten, d.h. auf der einen Seite die, die für die Situation verantwortlich waren, und auf der anderen Seite die, die sie dafür verantwortlich machten. Der Runde Tisch sollte uns Zeit verschaffen.

Als wir Ende November mit den SPD-Bundestagsabgeordneten zusammensaßen, hatte sich mit dem Fall der Mauer die politische Situation grundlegend verändert. Darin hatten unsere Freunde aus Bonn recht, als sie mit ihren Vorschlägen an uns herantraten. Ich machte einige Bedenken geltend: Die SDP befinde sich erst im Aufbau. Man brauche noch Zeit. Das Vorziehen der Wahlen und die Umbenennung erforderten bzw. implizierten eine deutliche Profilierung und Absetzung von den anderen Gruppierungen, mit denen man im Lande noch sehr eng zusammenarbeite, da dies im Kampf gegen die SED nötig sei. Ich brachte zum Ausdruck, dass ich nicht gegen eine solche Profilierung sei, mich aber frage, ob alle Anwesenden sich der Konsequenzen bewusst seien. Es bedeute nämlich letztlich, dass die SDP von diesem Zeitpunkt an sich von den anderen Gruppierungen ablösen und ihren Weg allein gehen müsse, d.h. faktisch das angestrebte Wahlbündnis aufzukündigen, um bei Wahlen dann auch auf Sieg zu setzen. Es impliziere auch die Forderung, die anderen so weit wie möglich zu absorbieren oder ihnen auf eigenen Listen Plätze anzubieten. Es setze ebenso eine entsprechende bis dahin noch nicht vorhandene klare, entschiedene und eindeutige Unterstützung durch die West-SPD voraus. Ich sei, wie gesagt, nicht dagegen, fordere aber, dass die anderen Mitglieder des Vorstands dann auch dazu stehen müssten. Dann würde ich dies auch mit aller Konsequenz mit durchzusetzen helfen. Die Vertreter der West-SPD sagten organisatorische und inhaltliche Unterstützung zu. Die meisten Vertreter der SDP meinten, an ein Vorziehen der Wahl und einer klaren Profilierung der SDP führe kein Weg vorbei.

Die Beteiligten an diesem Treffen bildeten kein Beschlussgremium, doch die sich hier abzeichnenden Veränderungen in der politischen Strategie und in den politischen Konstellationen fanden bald Eingang in entsprechende Beschlüsse. Parallel zu dem Gespräch in Berlin führte Markus Meckel Gespräche in Bonn und trat öffentlich für ein Vorziehen der Volkskammerwahl auf den 8. Mai

---

änderung § 1 Trennung von Staat und Partei (Hauptschwerpunkt) [...] 2. Gespräche am ‚Runden Tisch' DDR-weit" (ebd). Der Verfasser, der ebenso wie Wolfgang Ullmann parallel zu dem Treffen an einer Zusammenkunft von Oppositionsvertretern bei Generalsuperintendent Krusche teilnahm, erfuhr von den Ergebnissen durch Ibrahim Böhme und war zu dem vereinbarten Termin am 30. Oktober in der Wohnung von Ehrhart Neubert. Die beabsichtigten Absprachen fanden bei dieser Zusammenkunft nicht statt, da zu wenige Gruppierungen vertreten waren. Daher wurde für den 3. November am gleichen Ort ein Treffen der Kontaktgruppe der Opposition vereinbart, auf dem dann Forderungen der Opposition für die Demonstration am 4. November formuliert wurden (der Verfasser und Wolfgang Ullmann waren anwesend). Die Forderung nach Runden Tischen war nicht enthalten, wiewohl darüber geredet wurde (siehe NEUBERT, Unsere Revolution, S. 250). Meiner Erinnerung nach haben wir uns aber nicht einigen können. Eine entsprechende Erklärung wurde erst auf der Sitzung der Kontaktgruppe am 10. November verfasst (siehe Anm. 2 und Martin GUTZEIT, Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der „Opposition" im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR, in: EUCHNER (Hrsg.), Politische Opposition in Deutschland, S. 109ff.).

1990 ein.[4] De facto betrieb die SDP von nun an eine Profilierung, die nicht mehr auf das am 4. Oktober durch Beschluss der Kontaktgruppe der Opposition in Aussicht genommene Wahlbündnis orientiert war. Eigentlich war es schon vorher recht fadenscheinig geworden. In Aussicht genommene Gespräche fanden nicht statt. Das Neue Forum hatte sich zwischenzeitlich von der Zusammenarbeit mit den anderen Gruppierungen verabschiedet.

Zwei Ereignisse sollen hier noch erwähnt werden. Auf der Gründungsversammlung in Schwante hatte die SDP beschlossen, die Aufnahme in die Sozialistische Internationale (SI) zu beantragen. Mit Schreiben vom 9. November lud uns der Präsident der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, zur Ratstagung der SI in Genf ein.[5] Am 12. November traf sich der Schwede Gunnar Stenarv in Berlin mit Stephan Hilsberg und mir und sagte uns die solidarische Unterstützung der SI zu. Schließlich fuhr eine größere Delegation von Vorstandsmitgliedern zu der vom 21. bis 24. November in Genf stattfindenden Ratssitzung der SI. Die Mitglieder der Delegation wurden als Sozialdemokraten begrüßt und Stephan Hilsberg wurde die Gelegenheit gegeben, eine Selbstvorstellung der SDP vorzutragen. Über den Antrag entscheiden konnte der Rat nicht. Mit der Einladung war aber öffentlich anerkannt: Wir gehörten zu einer größeren politischen Gemeinschaft. Wir konnten von ihrer Unterstützung ausgehen.

Am 29. November, am Vortag des Treffens mit den Bundestagsabgeordneten, zeigte sich uns der Zustand der SED. Auf einem von den SED-Reformern Michael und André Brie, Dieter Klein, Reiner Land, Dieter Segert initiierten Treffen mit Vorstandsmitgliedern der SDP wurde von diesen das Angebot gemacht, Politikberatung für die SDP zu betreiben. Die von ihnen vorgetragene Perspektive eines dritten Weges zum Sozialismus, der nicht der sozialdemokratische Kurs und nicht der des real existierenden Sozialismus ist, sowie die nicht glaubwürdig vorgetragene Distanzierung zur SED ließen uns dieses Angebot ausschlagen.

Will man die geänderten Konstellationen und Perspektiven für die SDP zusammenfassen, könnte man sagen: Die durch die westdeutsche Sozialdemokratie geförderte Anerkennung durch die SI sowie die angebotene Unterstützung hatten die prekäre rechtliche Situation gebessert und versprachen bessere Wirkungsmöglichkeiten. Mit der Konzession der SED, sich mit der Opposition an einen Runden Tisch zu setzen, zeichnete sich auch eine innerstaatliche Anerkennung ab. Zugleich zeichnete sich ab, dass die SDP in der SPD der Bundesrepublik ihren politischen Partner finden würde, von dem sie Unterstützung erhalten und gemeinsam an der Gestaltung eines Prozesses zur deutschen Einheit arbeiten würden. Dass es in der SPD maßgebliche Kräfte mit anderen Zielstellungen gab, die sich dann zwar nicht durchsetzten, aber die Situation der SDP nicht erleichterten, ich erinnere an Lafontaine, muss erwähnt werden.[6]

---

4 Siehe Thomas Geisen im Bonner Generalanzeiger vom 1. 12. 1989.

5 Archiv des Verfassers.

6 Siehe dazu STURM, Uneinig in die Einheit.

Auf der Vorstandssitzung der SDP am 3. Dezember wurde auf Initiative von Markus Meckel eine Erklärung zur Deutschen Frage verabschiedet, in der es heißt: „Die Sozialdemokraten in der DDR bekennen sich zur Einheit der Deutschen Nation. Diese Einheit muss von den beiden deutschen Staaten gestaltet werden."[7] Nicht zuletzt, um schnellstmöglich für eine solche Gestaltung die dringend benötigte legitimierte handlungsfähige Regierung zu bekommen, wurde zugleich beschlossen, die am Runden Tisch vertretenen Parteien und Gruppierungen aufzufordern, sich für das Vorziehen der Volkskammerwahl auf den 6. Mai 1990 einzusetzen.[8] Übrigens fand der Vorschlag des Bezirksverbandes Berlin der SDP, Manfred Stolpe als Spitzenkandidat der SDP für die Volkskammerwahl zu nominieren, keine Zustimmung. Er wurde noch im November auf der Kabinettsliste Modrows auf einem CDU-Ticket aufgeführt[9] und hatte noch am 14. Oktober versucht, ein Kontaktadressentreffen des Neuen Forum auf Landesebene in kirchlichen Räumen in Berlin zu verhindern.

Spätestens seit Anfang Dezember gab es an der Basis der SDP Aktivitäten, die auf eine Umbenennung in SPD drängten, so ein Beschluss des Kreisvertretertreffens des Bezirks Cottbus am 3. Dezember mit dem Hinweis auf „die Gefahr einer Gründung der SPD aus den Reihen der SED". Am 7. Dezember meldeten sich in Rostock die dortigen Sozialdemokraten beim Rat der Stadt mit dem Namen „SPD" an. Am Abend des 6. Dezember stieß der SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel zum Treffen der Begleitkommission der SDP zum Runden Tisch, an dem Markus Meckel und ich teilnahmen. In einem Gespräch nach der Sitzung drängte er nachdrücklich zu einer raschen Umbenennung in SPD, da die Gefahr bestehe, das die SED sich das Kürzel SPD für die Umbenennung in Sozialistische Partei Deutschlands rauben könnte. Wir standen vor dem Problem, welches Gremium für eine solche Entscheidung legitimiert sei. Nach unserer Meinung konnten dies nur eine Landesdelegiertenkonferenz oder ein Parteitag. Um den Namen „SPD" zu besetzen, schlugen wir auf der nächsten Vorstandssitzung vor, in der Basis eine Diskussion über den Namenwechsel anzuregen. In den Diskussionen um den Parteinamen zeigte sich aber auch der feste Wille der Ost-Sozialdemokraten zur deutschen Einheit.

Die beschriebene Perspektive spiegelt sich im Handeln der SDP am Runden Tisch wider. Zentrale Aufgabe des Runden Tisches war nach Auffassung der SDP das Schaffen der Voraussetzung für die Volkskammerwahlen und damit einer legitimierten Regierung, die den Weg zur deutschen Einheit gestalten könnte. Modell war die parlamentarische Demokratie wie in der Bundesrepublik. Dass die SDP bei den Wahlen auf Unterstützung durch die SPD setzte, ist klar. Der Runde Tisch war für sie eine Übergangsinstitution mit Verfallsdatum, ebenso letztlich auch die DDR. Auf der ersten Sitzung des Runden Tisches konnte die SDP den Beschluss für das Vorziehen der Volkskammerwahlen auf den 6. Mai 1990 erreichen.

---

7 GUTZEIT, Martin/HILSBERG, Stephan, Die SDP/SPD im Herbst 1989, in: KURTH (Hrsg.), Opposition in der DDR, S. 683 f.

8 Siehe ebd., S. 684.

9 Siehe BArch ZPA J IV 2/2/2362.

Auch in der SPD fallen die Entscheidungen. Am 17. Dezember, einen Tag vor Beginn des Berliner Parteitages, erklärt die SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs: „Die SED ist kaputt. Damit ist das Thema erledigt." Und weiter: „... ihre Partei wolle sich auf die Unterstützung der SDP in der DDR konzentrieren. Dabei geht es um praktische sowie organisatorische Hilfe, soweit die SDP es wünsche; es sei wichtig, hinsichtlich der Wahlen in der DDR am 6. Mai eine Chancengleichheit zu schaffen."[10] Am Rande des Berliner Parteitages der SPD habe ich Gespräche geführt, in denen es um konkrete inhaltliche Unterstützung der politischen Arbeit am Runden Tisch und zur Vorbereitung der Arbeit in der Volkskammer ging: einen Ansprechpartner in der SPD-Bundestagsfraktion für die Erarbeitung eines Wahlgesetzes, eines Parteiengesetzes, einer Geschäftsordnung der SPD-Fraktion in der Volkskammer, einer Geschäftsordnung der Volkskammer. Dabei handelte es sich um den Bundestagsabgeordneten Konrad Porzner, mit dem ich schon im Januar 1990 zusammentraf. Für Verfassungsfragen wurde mir der Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider benannt. Zwischen Weihnachten und Neujahr führten Stephan Hilsberg und ich Gespräche über konkrete organisatorische Hilfe bei der Arbeit der Partei und beim Führen eines Wahlkampfes.

Bei dem Treffen der Kontaktgruppe der Opposition am 3. Januar wurde insbesondere von den Vertretern von Demokratie Jetzt und vom Neuen Forum darauf gedrängt, das am 4. Oktober 1989 in Aussicht genommene Wahlbündnis zu fixieren. Sie verfassten eine entsprechende Erklärung, die von den anderen Gruppierungen außer mir als SDP-Vertreter auch unterschrieben wurde. Dass die Erklärung trotz enormen Drucks, den die anderen machten, von mir nicht unterzeichnet werden konnte, wird aus der beschriebenen politischen Entwicklung deutlich. Gegen Ende des Treffens stieß Ibrahim Böhme dazu, las die Erklärung, lächelte und unterschrieb, ohne vorher mit mir geredet zu haben. Der SDP-Vorstand befasste sich am 7. Januar mit der Frage des Wahlbündnisses. Ich selbst war tagsüber in Bonn und kam erst später zur Sitzung, als die Unterzeichnung der Erklärung durch Böhme schon die Zustimmung des Vorstands gefunden hatte. Nachdem ich meine Argumente vorgetragen hatte, wurde der gegenteilige Beschluss gefasst. Dass die Beibehaltung des ersten Beschlusses zu einer Zerreißprobe der Partei geführt hätte, zeigte sich wenig später auf der in Berlin tagenden Delegiertenkonferenz, die den neuen Beschluss bestätigte, indem sie eine gemeinsame Liste ausschloss, wenn auch die Absicht bekräftigt wurde, „gemeinsam mit der demokratischen Opposition im Wahlkampf dafür einzutreten, dass die SED durch den Willen des Wählers entmachtet wird"[11]. Dieser Beschluss bedeutet in gewisser Hinsicht den Bruch mit den anderen Gruppierungen der Opposition. Bruchlinien zeigten sich aber auch am Runden Tisch bei der Behandlung von Wahl-, Parteien- und Vereinigungsgesetz, bei der die SDP an der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie und den Maßstäben des Wahlgesetzes und Parteiengesetzes der Bundesrepublik orientiert argumentierte. Auf der vom 12. bis 14. Januar tagenden Delegierten-

10 „Die Welt" vom 15. 12. 1989.

11 Wie Anm. 7, S. 686.

konferenz wurde die in Aussicht genommene Umbenennung der Partei in SPD beschlossen und eine Erklärung zur deutschen Frage verabschiedet, in der es u.a. heißt: „Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation. Ziel unserer Politik ist ein geeintes Deutschland."[12] Auch mit dieser Erklärung wurden Bruchlinien mit anderen Oppositionsgruppierungen vertieft. Dass vor dem Hintergrund dieser Perspektive die SDP in der AG Verfassung des Runden Tisches nicht daran interessiert war, eine neue DDR dauerhaft zu begründen, dürfte verständlich sein.

Am Rande der Delegiertenkonferenz traten, vermittelt durch Henning Voscherau, im Hintergrund Egon Bahr, die Söhne Manfred von Ardennes an Markus Meckel heran, die das Angebot eines vertraulichen Gespräches von Wolfgang Berghofer mit Vertretern des SDP/SPD-Vorstandes im Gartenhäuschen ihrer Villa auf dem Weißen Hirsch in Dresden machten. Am 19. Januar fuhren Markus Meckel und ich nach Dresden. Berghofer trug das Ansinnen vor, dass er durch den SDP-Vorstand in die SDP aufgenommen werden wollte. Er würde auch noch eine Reihe Kombinatsdirektoren mitbringen. Von uns wurde dagegen vorgetragen, dass ein solcher Beschluss die Partei zerreißen würde, zumal wir damit das Recht der Basis, über die Aufnahme neuer Mitglieder zu entscheiden, insbesondere, da es sich um einen Oberbürgermeister handelte, suspendieren würden. Wir schlossen eine Aufnahme nicht aus, empfahlen Berghofer aber, sich an unsere Dresdener Genossen zu wenden. Trotz der immer wieder vorgetragenen Angriffe von Egon Bahr in dieser Sache halte ich diese Entscheidung heute noch für richtig.

In der zweiten Hälfte des Januar wurden Forderungen nach Regierungsbeteiligung insbesondere gegenüber der SPD der DDR immer lauter. Bei den Treffen der Kontaktgruppe der Opposition am 24. und 26. Januar in der Friedrichstraße 165, später Haus der Demokratie, kam es zu harten Auseinandersetzungen. Für die SPD nahmen Markus Meckel und ich teil. Die vorgetragenen Argumente für eine Regierungsbeteiligung konnten uns nicht überzeugen. Als Kriseninstrument hatten wir den Runden Tisch. Die SED-PDS und die ehemaligen Blockparteien von ihrer Verantwortung für die entstandene Situation zu entlasten, hielten wir für nicht angebracht. Daran interessiert war insbesondere die CDU, die versuchte, Distanz zur SED-PDS, und damit zu ihrer Verantwortung, zu gewinnen, um sich so neue Optionen zu schaffen. Ich kann mich noch erinnern, dass ich Vertreter anderer Gruppierungen darauf hinwies, dass wir auf dem Weg seien, eine Situation zu verlassen, in der das Feld der Auseinandersetzung zwischen alten, etablierten Parteien und Opposition bestand. In Hinblick auf den anstehenden Wahlkampf und im Rahmen der in Aussicht stehenden deutschen Einheit kündigten sich neue parteipolitische Konstellationen an, in denen die politischen Interessen der neuen Gruppierungen neu zu bewerten seien. Schließlich kam es am Abend des 28. Januar auf Einladung von Ministerpräsident Modrow im Johannishof, dem Gästehaus der Regierung, zu einer Zusammenkunft der am Runden Tisch vertretenen Parteien und Gruppierungen. Auf der Vorstandssitzung, die vor dem Treffen stattfand, war es Mar-

12 Ebd.

kus Meckel und mir nicht gelungen, einen Beschluss herbeizuführen, der eine Regierungsbeteiligung definitiv ausschloss. Als Teilnehmer an den Verhandlungen wurden Ibrahim Böhme und ich bestimmt. Den Ablauf der Verhandlungen zu beschreiben und zu analysieren, wäre einen eigenen Vortrag wert. Das Ergebnis kennen wir. Die Wahlen wurden auf den 18. März vorverlegt. Ibrahim Böhme stimmte der Regierungsbeteiligung der SPD zu. Wessen Interessen er dabei zum Durchbruch verhalf, ist eine andere Frage.

## *Literatur*

EUCHNER, Walter (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993

KURTH, Eberhard (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999

NEUBERT, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008

STURM, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2005

*Diskussion*

# Die Hälfte der Macht: Arbeit am Zentralen Runden Tisch bis Februar 1990

*Moderation: Ulrich Mählert*

*Herzberg*: Ich habe noch in grauer Erinnerung, dass damals am Runden Tisch die SED, oder PDS/SED, sich bei der Opposition entschuldigt und dass Wolfgang Ullmann diese Entschuldigung angenommen hat, was ich damals für einen fundamentalen Fehler hielt. Aber ich weiß leider nicht mehr ganz genau, das müsste in den Protokollen stehen, wofür sie sich entschuldigt hat. Walter [Süß], kannst Du dazu was sagen? – Und das Zweite, das hat Martin Gutzeit zum Schluss angeführt. Ich habe mich immer gefragt: Wie konnte Ibrahim Böhme innerhalb der SDP einen solchen Aufstieg nehmen? Hängt das damit zusammen, dass er sozusagen von Willy Brandt gefördert wurde? Oder welches Verhältnis habt Ihr zu ihm gehabt, dass er diese Rolle spielen konnte?

*G. Poppe*: Zunächst mal zu Martin Gutzeit. Du hast zutreffend beschrieben, dass es etwa zur Halbzeit des Runden Tisches doch eine ziemlich strikte Trennung zwischen den Parteien und den verbliebenen Bürgerbewegungen gegeben hat. Allerdings muss ich jetzt einige Korrekturen anbringen.

Erstens: Verfassungsdiskussion. Die Arbeitsgruppe „Neue Verfassung", die ich meistens geleitet habe, hatte selbstverständlich auch Beteiligte aus der SDP. Richard Schröder saß für die SDP in der Arbeitsgruppe. Zweitens war nie intendiert, damit die DDR zu verlängern, wie Du gesagt hast. Es wäre auch nicht unbedingt automatisch zu einer Verlängerung der DDR durch die Etablierung einer neuen Verfassung gekommen. Wir hatten keine Verfassung im Laufe des Jahres bis zur Einheit hin, denn die alte DDR-Verfassung ist zu erheblichen Teilen immer wieder, wenn es notwendig war, verändert worden. Man hat einfach per Dekret festgelegt, bestimmte Artikel sind jetzt außer Kraft gesetzt. Nach unserer Auffassung war es deshalb notwendig, die Verfassungsdiskussion zu führen. Wie man am Ergebnis jederzeit nachlesen kann, ist auch in der Version, die dann nach Abschluss des Runden Tisches der Volkskammer übergeben wurde, sogar ein abschließendes Kapitel enthalten mit Übergangsregelungen für die Gestaltung der deutschen Einheit. Solche Übergangsregelungen hat es bekanntlich gegeben. Sie waren dann Bestandteil des Einigungsvertrages. Und sie sind z.T. gar nicht so weit entfernt voneinander. Was man vielleicht sagen kann: Wir haben eine bestimmte Gewichtung vorgenommen, indem ein erhöhter Anteil von direkter Demokratie vorgesehen war – eine alte Diskussion, die vielleicht auch nicht besonders überraschend war – und dass natürlich der Menschenrechtsanteil in diesem neuen Entwurf erheblich größer gewesen ist, als er im Grundgesetz war. Das waren die hauptsächlichen Unterschiede. Ich will das nicht im Einzelnen referieren. Ich will nur sagen, dass die Zu-

stimmung der SDP, dieses Verfahren am Runden Tisch zu führen, vorhanden war.

Zweiter Punkt: Wahlgesetz. Natürlich konnten die Bürgerbewegungen am Runden Tisch nicht damit einverstanden sein, dass die SDP die Forderung stellte, das Wahlgesetz der Bundesrepublik müsse jetzt sofort 1:1 umgesetzt werden ...

*Gutzeit*: Das haben wir nicht gesagt.

*G. Poppe*: Ihr habt in einem Entwurf, der als Antrag am Runden Tisch vorlag, gefordert, dass nur Parteien zur Wahl antreten dürfen. Damit wären wir, „Neues Forum", „Demokratie Jetzt", „Initiative Frieden und Menschenrechte", automatisch allesamt sofort aus dem ganzen weiteren politischen Prozess rausgefallen. Das konnten wir leider nicht akzeptieren. Deshalb haben wir natürlich sehr heftig dagegen argumentiert und letztlich am Runden Tisch eine Mehrheit dafür erhalten, dass das Wahlgesetz für die nächste Volkskammerwahl ausdrücklich für Wahlbündnisse, die noch keine Parteien sind, die Möglichkeit zulässt, sich zu beteiligen. Das ist ein Punkt, der natürlich die Trennung zwischen den alten Gruppen und Parteien der Opposition nachdrücklich gefördert hatte. Das bedeutete, dass allein im Interesse der SPD auf jegliche weitere Zusammenarbeit mit den früheren Verbündeten in der Opposition verzichtet werden sollte. Für uns war das selbstverständlich nicht hinnehmbar.

Und schließlich noch der Punkt Regierungsbeteiligung bzw. 28. Januar 1990, Johannishof. Wie ist das gelaufen? Als Erster trat Modrow auf und sagte, „Die Lage im Land ist fürchterlich. Wir glauben, dass jetzt alles zusammenbricht.", und malte die Situation in den schwärzesten Farben, die überhaupt denkbar sind. Sofort sprang Ibrahim Böhme auf und sagte: „Ja, dann muss sofort etwas unternommen werden." Und beide schlugen gleichzeitig vor, den Wahltermin ein weiteres Mal vorzuziehen. Ich war dabei, ich habe das erlebt. Der Wahltermin sollte auf den März vorgezogen werden. Dass Modrow daran ein Interesse hatte, war verständlich, weil vielleicht gehofft wurde, dass der desolate Zustand der SED dann noch nicht so sichtbar ist wie drei Monate später.

Das Interesse der SPD ist mir auch klar, und dagegen, dass Ihr dieses Interesse hattet, ist auch gar nichts zu sagen. Die Situation für uns war natürlich eine ganz andere, denn es war völlig klar, dass wir in den nun verbleibenden anderthalb Monaten als Bürgerbewegung nicht die Spur einer Chance hatten, einen ordentlichen Wahlkampf aufzuziehen. Deshalb hätten wir mindestens diese zwei Monate mehr, eigentlich noch mehr gebraucht. Diese Situation hat natürlich dazu geführt, dass all das, woran wir gestern in so schöner Gemeinsamkeit bei aller Differenzierung der verschiedenen Gruppen erinnerten, dann in sich zusammenfiel. Das gehört vielleicht mit in die Kategorie der politischen Fehler, die hätten vermieden werden können. Man hätte sich auf bestimmte Fragestellungen einigen können, wie z. B. das Wahlgesetz.

*Gutzeit*: Das hätte man vor dem 7. Dezember machen müssen. Ist aber nicht passiert.

*G. Poppe*: Der 7. Dezember war der Beginn des Runden Tisches. Und am ersten Tag haben wir gleich diese wichtigen Aufgaben festgelegt, mit dem Wahl-

termin im Mai waren wir ja völlig einverstanden. Der Dissens entstand erst durch die ganz deutliche Trennung. Beim „Demokratischen Aufbruch" war es ähnlich, der inzwischen von Kohl eingebunden war für die „Allianz für Deutschland". Damit war klar: Die ursprüngliche Konstellation, die fifty-fifty war am Runden Tisch, 16 Personen auf der einen Seite, 16 Personen auf der anderen Seite, war zerbrochen, denn die beiden waren jetzt plötzlich eine eigenständige Gruppe, im Sinne einer Partei, die sich vielleicht sogar noch besser mit den anderen verbliebenen Parteien am Runden Tisch oder den alten Parteien versteht als mit ihren ehemaligen Verbündeten der Bürgerbewegung. Dieses Problem haben wir damals gesehen. Die Regierungsbeteiligung war möglicherweise falsch. Wir haben natürlich darüber diskutiert. Wir haben nicht gesehen, dass wir tatsächlich eine Regierungsaufgabe übernehmen können. Das war auch illusorisch. Man kann nicht vom 28. Januar bis zum 18. März Ressorts übernehmen. Das war völlig klar. Weshalb sind wir dann doch reingegangen? Wir sind reingegangen, damit wir noch in den verbleibenden sechs Wochen vor den Wahlen versuchen, mögliche Unregelmäßigkeiten, die wir am Runden Tisch eben nicht sehen, innerhalb dieser Regierung zu kontrollieren. Ob uns das gelungen ist, ist eine ganz andere Frage. Es sind auch in dieser Regierung viele Dinge an uns vorbeigelaufen, die wir gar nicht sehen konnten. Aber dass dieser Versuch gemacht wurde und dass es ernsthafte Gründe dafür gab, diesen Versuch zu machen, ist für mich völlig klar. Trotzdem war es aus heutiger Sicht möglicherweise falsch. Aber ich glaube nicht, dass es ein entscheidender Fehler gewesen ist.

*Meckel*: Stichwort: Verfassung und Runder Tisch. Einmal ist festzuhalten, dass am Anfang ziemlich unklar war, was man wollte. Es gab eine Reihe von Beteiligten, die wollten, dass der Runde Tisch eine Verfassung macht und dafür dann diese Untergruppe schafft. Wir haben uns intensiv dafür eingesetzt und deshalb auch Richard Schröder dort hingeschickt, um deutlich zu machen: Wir wollen keine Verfassung, die der Runde Tisch macht, denn dazu können erst gewählte legitimierte Institutionen das Nötige tun und darüber abstimmen. Ich selber war in der ersten Sitzung des Arbeitsgruppe Verfassung des Runden Tisches, als Richard Schröder noch nicht da war, um genau diese Position deutlich zu machen. Dann haben wir Schröder dort hingeschickt, der diese Position auch hinreichend deutlich gemacht hat. Was dann stattgefunden hat, ist, dass, ich glaube, am 12. März, am Runden Tisch das, was die Untergruppe erarbeitet hatte, vorgetragen wurde. Aber der Runde Tisch hat eben darüber auch nicht beschlossen, sodass das, was dann als Verfassung des Runden Tisches ausgegeben wurde, nie eine Verfassung des Runden Tisches war, sondern ein Entwurf einer Untergruppe.

*Ruden*: Das kommt mir wirklich wie von der SED gesteuert vor. Bei uns war es in Magdeburg so, der SED-Oberbürgermeister kam auf mich zu und sagte: „Herr Ruden, wir tragen die Macht nicht mehr alleine." Er lud uns ein zu einer Kontaktgruppen-Sitzung auf Bezirksstadt-Ebene. Daraus gingen der Runde Tisch und das Bürgerkomitee hervor. Auch der Begriff „Bürgerkomitee" wäre eine Extratagung wert. Die Verbindung zum Zentralen Runden Tisch war sehr

lose. Sie gab es ein bisschen bei der Frage der Stasi-Auflösung, da haben die Bürgerkomitees mit dem Zentralen Runden Tisch zusammengearbeitet. Aber was unsere lokalen, regionalen Probleme betraf, haben wir überhaupt keine Kommunikation mit dem Zentralen Runden Tisch gehabt. Ich denke, die Bezirkschefs haben ihre Dinge dann schon selber gemacht. Mit dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen hat unser Grünwald die Landesgründung vorbereitet. Das wäre auch noch ein Extrathema, wie weit die Ländergründungen nicht ohnehin Gründungen der SED waren.

*Ebeling*: Mich verwundert immer sehr, dass man bei dieser Diskussion nie die äußeren Bedingungen analysiert. Die Grenzen waren offen. Die Menschen, zumeist junge Fachkräfte, sind zuhauf in die alte Bundesrepublik gezogen. Wie sollte gehandelt werden? Schnell. Auch die Frage der Wirtschafts- und Währungsunion ist natürlich brisant. Man hat mich im März in einer Pressekonferenz gefragt, wie ich dazu stehe. Ich habe gesagt: „Das Westgeld muss her, und zwar sofort." Denn bei den Leuten auf der Straße galt die Losung: „Wenn das Geld nicht zu uns kommt, gehen wir zum Geld", nämlich zum Westgeld. Diese Situation, die auch den Wahltermin beeinflusst hat, sollte dabei berücksichtigt werden.

*Templin*: Das klingt immer so toll. Ich bin auch sehr dafür, die äußere Situation zu berücksichtigen, die damals war, aber vor allem die Folgen, die kamen. Wenn wir heute in einer glückhaften gelingenden Vereinigungssituation säßen, in einem Deutschland einig Vaterland, das seine Aufgaben erfüllte und mindestens die Mehrzahl der in ihm Wohnenden dann auch mit dem Gefühl versieht „Au ja, toll, das war damals. Und das, was daraus gefolgt ist, das bringt uns heute in eine mindestens stabile und auch für die Perspektive gute Lebenssituation", dann würde ich dem ungeteilt zustimmen. Viele von denen, die das damals so sahen, sitzen heute in der beinharten Klientel derjenigen, die die Demokratie in Grund und Boden reden, verachten und sagen „Bloß nicht so etwas." Das müssen wir auch sehen.

Wir haben damals versucht, diesen ungewissen Weg zu gehen: „Wie kann Demokratie neu gestaltet werden?". Nicht: „Wie können wir die alte DDR erhalten?", sondern: „Wie können wir mit den eigenen Aufgaben umgehen?", die wir nun mal hatten in diesem Land, mit oder ohne Vorzeichen DDR. Aber es ging ja nicht um den Erhalt dieser DDR, sondern es ging darum, mit dem, was 40 Jahre angerichtet hatten, möglichst auch mit eigenen Kräften, unter Zuhilfenahme anderer, aber mit eigenen Kräften umzugehen. Ja, und wer dann sagt: „Interessiert mich nicht. Ich will weg. Oder ich will jetzt punktum das", dem habe ich damals gesagt und dem würde ich heute sagen: „So kann man sich nicht zum eigenen Leben, in das man nun mal gestellt wurde, und zu dem, was dieses Leben bedeutet, verhalten. Wenn Du eine andere Entscheidung triffst – Dein Recht. Ich trete dafür ein, dass Du das Recht hast, eine andere Entscheidung zu treffen. Meine ist es nicht. Wenn Du dann aber später mit den Folgen Deiner Entscheidung rumlaborierst, dann guck vielleicht noch mal auf die damalige Situation." Ich merke immer mehr, und das ist gut so: Wenn wir auf das Gestrige gucken, auf die Fehler, die wir gemacht haben, auf die Fehler, die die

anderen gemacht haben, dann schiebt sich immer stärker die jetzige Situation als Vergleichsmoment dabei ein.

Aber zu zwei, drei anderen Fragen. Ibrahim Böhme war ein ganz interessanter Punkt. Was zeigt Ibrahim Böhme? Ibrahim Böhme zeigt die Situation, in der wir unvergleichlich stärker als viele andere Blockländer in Bezug auf die Entwicklung oder Nichtentwicklung von Opposition steckten. Ein Unternehmen wie die „Initiative Frieden und Menschenrechte", Mitte der Achtziger, die Leute, die sich da fanden, waren darauf angewiesen, dass die paar, die wir um uns sahen und die bereit waren, mitzumachen, mehr wurden. Wir hatten zwei Möglichkeiten. Wir hätten Findungskommissionen, Strategien und sonst was entsenden können. Die DDR in ihrer inneren Entwicklung, machtgesteuert und strategiebesetzt, hatte es zu einem Zustand gebracht, in der wir wirklich ein disparates Häufchen waren, was auf keinerlei schnellen Zulauf und Unterstützung rechnen konnte. Viele, vielleicht von fernab, meine ehemaligen Kommilitonen z.B., beäugten uns von sonst wo her. Die hätten nie real Schritte auf uns zu unternommen. Und diejenigen, die sich dann anschlossen, ich kann zahlreiche positive Beispiele nennen, das waren Leute, die Lebensentscheidungen trafen, die einigermaßen einschneidende Wirkungen hatten. Und nie konnte man gewiss sein, ab wann diese Entscheidung nun vielleicht in einem anderen Zustand ist, nicht mehr so dauerextrem, dass sie das ganze normale Leben außer Kraft setzt. Dann kamen Leute, und zu denen gehörte Ibrahim Böhme, die durch ganz verschiedene Signale ihres Vorlebens das Gefühl geben konnten, da hat es einer auf ganz verrücktem Wege zu dieser Konsequenz gebracht. Und genau das signalisierten er und ein Teil unserer gelenkten IMs, die dann dazu kamen. Die haben die Entscheidungssituation, die wir durchlaufen hatten und die immer auch Umwege beinhaltete, simuliert. Wir entweder diese berühmten Röntgenaugen haben oder mit Hilfe der Findungskommission entscheiden müssen: Wir trennen die einen von den anderen. Es geht nicht nur um die IMs im engeren Sinne, um Kontaktleute. Ich weiß noch, wer mich im Westen dann mit allen möglichen Legenden aufsuchte, auch dort hat man heftig gearbeitet, um Gespräch und Kontakt und jemanden zu finden.

Zur Frage der Identifikation und dazu, wie jemand so eine Rolle finden kann: Leute wie Ibrahim haben uns damals Rätsel aufgegeben, die wir nicht zu Ende beantwortet haben. Aber die Chance, dass er diesen Platz gewinnen konnte, beruhte im Kern darauf, dass, anders als in den anderen Ländern, wir von großen Teilen der Gesellschaft bis ganz kurz vorher abgeschnitten waren. Gestern wurden die Situationen geschildert, in denen das umschlug, '89. Wir lebten in diesem Land und wir lebten förmlich in einer anderen Welt. Das haben dann Leute wie Ibrahim bzw. die Programmierer von ihm gewusst und auch strategisch ausgenutzt.

*Gutzeit*: Ich gehe kurz noch mal auf die Währungsunion ein, weil Wolfgang Templin das angesprochen hat. Mitte Februar habe ich das erlebt, da kam der Bundesbankpräsident nach West-Berlin und wir trafen uns, mit Ibrahim Böhme. Der fragte: „Wie ist denn das? Wie steht Ihr zur Währungsunion?" Die SPD musste sich ja verhalten. „Wir können das machen." „Wie steht das bei

uns?" Dann sind wir durchgegangen: „Wie sieht die Abwanderung aus?" Wolfgang [Templin], Du fragst hier sozusagen individuell, wenn Du mit jemandem redest: „Haust Du ab oder nicht?" Wir hatten es mit einer politischen Herausforderung zu tun. Wie lange war diese DDR ökonomisch, politisch überhaupt noch zu „händeln" unter diesen Bedingungen? Da musste schlicht und einfach entschieden werden. Ich kann mich entsinnen, wie es nach dem Fall der Mauer und auch im Dezember war. Ullmann hatte gesagt: „Wir müssen die Mauer wieder hochmachen." Wir hatten ja die Diskussion, wollten wir uns von diesem alten System verabschieden oder nicht? Dann musste man handeln. Und da war kein Zeitverzug mehr möglich, schlicht und ergreifend.

Zu den Bezirken: Ich denke, wir müssen diese Frage: Landesebene – Bezirksebene noch einmal eigens angehen. Das betrifft insbesondere auch die Auflösung des MfS. Bürgerkomitees, Bezirks-Runde Tische und all das war gekoppelt. Da hat Herr Ruden schon Andeutungen gemacht. Man muss sich jetzt einfach fragen, inwiefern ab einem gewissen Zeitpunkt – das geht schon früh mit den Dialog-Politiken im Oktober los – gewisse Ebenen, die eingeführt wurden, auch strategische Ebenen der alten Macht waren. Man kann das in der Rede Modrows bei der Einführung von Schwanitz merken, wo er von seinen Erfahrungen in Dresden redet und sagt, wie man mit wem umgeht. Da merkt man von vornherein sein strategisches Verhalten in dieser Hinsicht. Ich denke, das lässt sich identifizieren. Zur Frage: der Zentrale Runde Tisch und die neuen Gruppierungen – Bei uns in der Zentrale ging es um andere und viel weiterreichende Fragen als die, die auf den anderen Ebenen angesprochen wurden.

*Süß*: In der Sitzung am Zentralen Runden Tisch am 22. Januar, als Egon Krenz und Wolfgang Herger aufgetreten sind, hat sich Egon Krenz zu Beginn dafür entschuldigt, dass er Akteur in einem undemokratischen System gewesen sei, was ihm erst in den vorangegangenen Wochen und Monaten so richtig klar geworden ist. Ullmann hat dann gesagt, dass er diese Entschuldigung akzeptiert. So herum war das.

Ich wollte doch noch zu zwei anderen Punkten etwas sagen. Einmal zur Frage der Regierungsbeteiligung. Man darf nicht ganz vergessen, dass es eine Forderung gerade der Bürgerrechtsorganisationen am Runden Tisch in den ganzen Wochen zuvor gewesen war: Teilnahme an den Ministerratssitzungen, um überhaupt zu sehen, was passiert. Es ging aber in die Richtung, was Gerd Poppe auch gesagt hat, dass man zumindest mitbekommt – wie weit, ist eine andere Frauge –, was in dieser Regierung eigentlich gemacht wird.

Und das Zweite ist: Ich habe das merkwürdige Gefühl, obwohl sich hier vorwiegend Zeitzeugen melden, dass trotzdem ein bisschen ahistorisch herangegangen wird. Herr Ebeling hat schon zu Recht darauf hingewiesen, dass man sich die Situation wirklich vor Augen halten muss. Ich glaube, dass in der Tat auch Modrow Ende Januar das Gefühl hatte, dass möglicherweise die gesamte Geschichte wegrutscht, sonst hätte er seinen Appell mit „Deutschland, einig Vaterland", was nun wirklich ein Kursschwenk war, so, meine ich, nicht losgelassen.

*Templin*: Welche Gründe gab es von Modrows Seite, das zu machen?

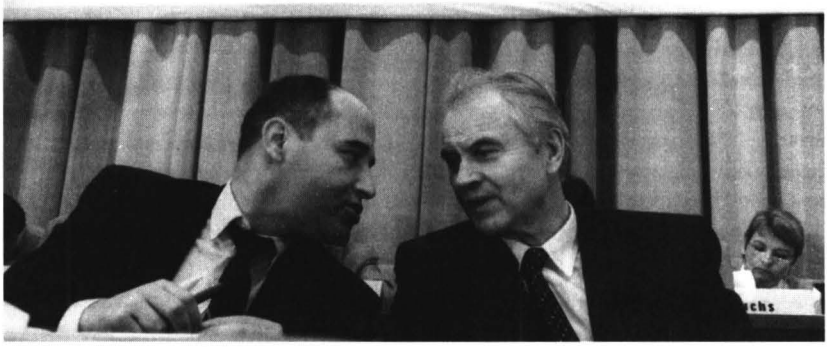
*Süß*: Natürlich war es der Versuch, sich wieder an die Spitze zu setzen, ist ja logisch. Das war nicht schwierig zu erraten. Wobei dann aber die Frage wäre, ob das sozusagen schon unter den Konkurrenzkampf um die neue Konstellation fällt. Und ich denke, darum geht es.

Die Währungsunion wäre wirklich auch ein eigenes Thema. Ich stimme Herrn Ebeling zu, dass man diese Konstellation, mit der Fluchtwelle oder der Übersiedlungswelle damals, immer mit im Kopf haben muss. Auf der anderen Seite vermag ich mich auch heute im Rückblick nicht von der Position zu lösen, die damals schon die meisten Ökonomen vertreten haben, dass das nämlich zum schnellen Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, also besonders der Industrie, führt und damit nicht unbedingt das Bleiben motiviert. Und zu Ihnen noch, Herr Gutzeit: Der Vorschlag zur Währungsunion kam ursprünglich von einer SPD-Politikerin, Matthäus-Maier. Ich glaube nicht, dass sie da klüger argumentiert oder klüger taktiert hat als später bei der KfW.

*G. Poppe*: Nur eine kurze Anmerkung zum Thema Währungsunion, wodurch vielleicht sich auch ein bisschen erklärt, wie die Diskussion am Runden Tisch zu dem Thema gelaufen ist. Als wir in Bonn bei Kohl waren, haben wir noch weitere Gespräche geführt. Zum Beispiel gab es eine heftige Kritik an der geplanten Währungsunion, jedenfalls so, wie sie geplant war. Das war nicht nur der 1:1-Umtausch für die normale Bevölkerung. Das Problem hätten wir wahrscheinlich sowieso im Konsens gelöst. Es waren auch die anderen Umtauschaktionen. Und die sind nicht gering, wie wir wissen. Unsere anderen Gespräche wurden jedenfalls unter anderem geführt mit Tyll Necker, seinerzeit Chef des Bundesverbandes der Industrie, er hat eindrücklich davor gewarnt, obwohl man ihn nicht verdächtigen konnte, zum linken Lager zu gehören. Aber er hat eindeutig Kohls Position für falsch erachtet. Begründet hat er es wie folgt, vor allen Dingen hat er gesagt: „Es wird eine Art Sizilien im Osten. Die Abwanderung wird nicht aufhören, im Gegenteil, die Abwanderung wird zunehmen." Die Bevölkerung hat natürlich gedacht, dass das schnelle Geld ihr hilft. Aber wenn wir das von heute aus betrachten, hat diese Fluktuation nie abgenommen, sondern immer noch weiter zugenommen. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt, den er nannte, war: „Zunahme der Arbeitslosigkeit, und zwar auf dramatische Weise." Ich muss nachträglich sagen, er hat Recht behalten. Diese Argumente waren für uns durchaus nicht ganz abwegig. Deshalb haben wir am Runden Tisch auch diese sehr skeptische Position zur Frage schneller Währungsunion vertreten.

# V. Die Neuformierungen in Hinblick auf die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990

# produktiv • pro DDR



*Wahlparteitag der PDS am 24./25. Februar 1990. Die PDS trat zu den Volkskammerwahlen mit dem Slogan „progressiv – produktiv – pro DDR" an. Im Gespräch Gregor Gysi (Parteivorsitzender) und Hans Modrow (Ministerpräsident der DDR).*
*Foto: Peter Zimmermann, 24. Februar 1990, Bundesarchiv 183-1990-0224-006*

*Oskar Niedermayer*

# Die alten und neuen Parteien in der DDR und die Volkskammerwahl vom 18. März 1990

Im Verlauf der friedlichen Revolution in der DDR und des deutschen Vereinigungsprozesses transformierte sich das nichtkompetitive, hegemoniale Parteiensystem der DDR in kurzer Zeit in ein pluralistisch-demokratisches Parteiensystem. Dieser Prozess erfolgte in vier Schritten: Einer kurzen Zeit der binnengesteuerten Transformation, die sich zunächst als Bipolarisierung, dann als Ausdifferenzierung äußerte, folgte die von den westdeutschen Parteieliten forcierte Phase der Angleichung an die Struktur des westdeutschen Parteiensystems und schließlich die noch vor der staatlichen Vereinigung vollzogene Vereinigung im Parteienbereich. Der Übergang vom binnengesteuerten, also von Akteuren der DDR dominierten Wandel zum stärker außengesteuerten Wandel vollzog sich mit der Ankündigung der Volkskammerwahl vom 18. März. Die stärkere Außensteuerung der Entwicklung des Parteiensystems ist dabei auf keinen Fall gleichzusetzen mit der in der Literatur zuweilen vertretenen Kolonialisierungsthese, denn – wie mein Kollege von Alemann in Bezug auf das gesamte System der Interessenvermittlung anmerkte: Das bundesrepublikanische Modell wurde eben nicht nur „freigiebig aufgedrängt", sondern auch „freudig adaptiert".

Ich will auf die ersten beiden Phasen der Parteiensystementwicklung nicht im Detail eingehen, da sie ja schon Gegenstand von Vorträgen im Rahmen dieser Veranstaltung waren. Um aber die Entwicklungen in der dritten Phase vor der Volkskammerwahl richtig einordnen zu können, muss der Vorlauf hier wenigstens kursorisch rekapituliert werden. Dabei werde ich weitgehend vermeiden, auf die SED einzugehen, da deren Transformation im Anschluss an meinen Vortrag von Herrn Koß analysiert werden wird.

Die friedliche Revolution der DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 machte die latente Systemkrise manifest, deren interne Wurzeln bis in die siebziger Jahre zurückreichten und die sich im Gefolge der sich rapide verändernden außenpolitischen Konstellation und der Abkopplung von den osteuropäischen Reformprozessen ständig verschärfte. Der Ausbruch der Krise manifestierte sich in der Formierung einer offenen Opposition gegen die SED, der es Mitte 1989 gelang, mit dem Protest gegen die Wahlfälschungen anlässlich der Kommunalwahlen erstmals eine politische Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Vorläufer der organisatorischen Kristallisationskerne der innerstaatlichen Opposition waren kleine sozialethische und alternativ-oppositionelle Gruppen, die sich schon seit dem Beginn der achtziger Jahre mangels autonomer Organisationsmöglichkeiten unter dem schützenden Dach der evangelischen Kirche gebildet hatten und nun zum organisierten politischen Gegenpol des SED-Regimes wurden. Schon der Formierungsprozess der Oppositionsbewegung ging jedoch mit ihrer Diversifizierung einher. Das alternative Gruppenmilieu organisierte sich nun außerhalb der Kirche in einer Reihe von Bürgerbewegungen mit

meist größerer Massenbasis und breiterer sozialer Verankerung: dem Neuen Forum (NF), von dem die größte Mobilisierungswirkung ausging, dem Demokratischen Aufbruch (DA), dem Bündnis Demokratie Jetzt (DJ), der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), der Vereinigten Linken, der Grünen Liga, der Grünen Partei und dem Unabhängigen Frauenverband (UFV). Es bestand jedoch zwischen allen Gruppen ein breiter Konsens in dem gemeinsamen Ziel der Überwindung des Machtmonopols der SED, wie die gemeinsame programmatische Erklärung der Oppositionsbewegung vom 4. Oktober verdeutlichte, so dass diese Zeit – bis etwa November 1989 – als Phase der Bipolarisierung zwischen SED und Opposition gekennzeichnet werden kann.

Die SED selbst war in dieser Zeit zu systemerhaltendem Krisenmanagement zunehmend nicht mehr in der Lage. Weder der Putsch von Teilen des Parteiestablishments gegen Honecker – der am 18. Oktober abgesetzt und durch Egon Krenz ersetzt wurde – noch die Schadensbegrenzungsstrategie durch den Rücktritt des gesamten Ministerrats und des Politbüros Anfang November sowie die Verabschiedung eines Aktionsprogramms mit Reformvorschlägen und Zugeständnissen an die Opposition vermochten den rasanten Machtverfall aufzuhalten. Während der am 6. November veröffentlichte Entwurf eines immer noch restriktiven Reisegesetzes den angestauten Unmut der Bevölkerung explodieren ließ, was zum unmittelbaren Auslöser der Maueröffnung am 9. November wurde, folgte der SED-Palastrevolution der Aufstand der Parteibasis. Am Jahresende waren dann die Organisations- und Führungsstrukturen der Partei in großem Maße zerfallen oder handlungsunfähig und sie hatte ihren Zugriff auf den Staats- und Sicherheitsapparat weitgehend verloren.

Das Machtvakuum im Regierungssystem einerseits und der immer deutlicher artikulierte Bevölkerungswunsch nach Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik andererseits bestimmten wesentlich den Übergang zur zweiten Phase: der Ausdifferenzierung des Parteiensystems in der Zeit um die Jahreswende 1989/90. Die deutliche Erhöhung der Fragmentierung war durch drei Differenzierungsprozesse bedingt: (1) die interne Ausdifferenzierung der Oppositionsbewegung, (2) die Gründung von neuen Parteien ohne direkte Verankerung in den oppositionellen Gruppen der Zeit vor der Wende und (3) die Emanzipation der Blockparteien von der SED.

Die Oppositionsgruppen wurden durch die in den spontanen Massendemonstrationen kulminierende Protestwelle der DDR-Bevölkerung von ihrer gesellschaftlichen Randlage an die Spitze der friedlichen Revolution gespült, das bestehende Machtvakuum konnte von ihnen jedoch nur partiell ausgefüllt werden. Die Dynamik der Entwicklung wies ihnen eine politische Rolle zu, auf die sie nicht vorbereitet waren und die sie zum Teil auch gar nicht wirklich ausfüllen wollten. Für den raschen Übergang von der Herrschaftskritik zur Herrschaftsausübung waren sie schlecht gerüstet. Die Machtfrage führte daher zu heftigen Diskussionen um adäquate Strategien und Organisationsformen, die in eine organisationsstrukturelle Ausdifferenzierung mündeten.

Hinzu kam, dass das verbindende Element des gemeinsamen Gegners in Gestalt der SED mit deren Existenzkrise zu schwinden begann und sich die Loya-

litäten zu den neu gebildeten Organisationen verfestigten. Inhaltlich zwang die aus dem Mauerfall resultierende Erweiterung der politischen Optionen – zur Option einer DDR-Reform mit dem Konzept eines eigenstaatlichen „anderen Sozialismus" trat die Vereinigungsoption mit der Bundesrepublik – die Organisationen zur klaren Positionierung und führte zu einer politisch-programmatischen Ausdifferenzierung.

Im Rahmen dieser Differenzierungsprozesse vollzog ein Teil der Gruppen (DA, SDP, Grüne Partei und die Ende Januar 1990 aus NF-Mitgliedern gebildete Deutsche Forumpartei) eine Anpassungsstrategie an die sich rapide wandelnden Umfeldbedingungen, organisierte sich in Parteiform und trug – mit Ausnahme der Grünen Partei – inhaltlich die von der Bevölkerung eingeleitete „Wende in der Wende" mit. Der andere Teil verfolgte weiter das Konzept der offenen, basisdemokratischen Sammlungsbewegung und stand einer Wiedervereinigung skeptisch gegenüber (DJ, NF, IFM) bzw. lehnte sie prinzipiell ab (VL und UFV). Diese Haltung kollidierte zunehmend mit der Zielperspektive der Bevölkerung und trug daher, neben internen Konflikten und dem moralisierenden Politikstil vieler Repräsentanten, wesentlich zur raschen Marginalisierung dieser – bis heute im Selbstbild wie in der Außenwahrnehmung als Repräsentanten der Bürgerbewegungen des Herbstes 1989 geltenden – Organisationen bei. Hinzu kam, dass die Bürgerbewegungen sich zunehmender Konkurrenz in Form anderer Akteure gegenübersahen. Dies war zum einen auf die Gründung von neuen Parteien ohne direkte Verankerung in den Oppositionsgruppen des Vorherbstes zurückzuführen, die nach der Ankündigung freier Volkskammerwahlen in großer Zahl erfolgte. Ende Januar 1990 soll es etwa 150 solcher Parteien und Gruppierungen gegeben haben, politisch relevant wurden allerdings nur die mit tatkräftiger Unterstützung der westdeutschen CSU als Vereinigung verschiedener konservativer Gruppen gegründete Deutsche Soziale Union (DSU) und die Freie Demokratische Partei (FDP).

Zum anderen, und dies stellte die dritte Form der Ausdifferenzierung dar, emanzipierten sich die Blockparteien CDU, DBD, LDPD und NDPD zunehmend von der SED. Aufgrund der jahrzehntelangen engen Bindung dieser Parteien an die SED im politischen System der DDR verwundert es nicht, dass von Seiten der Blockparteien keine nennenswerten Anstöße zur Wende kamen und auf den Machtverfall der SED zunächst eher zurückhaltend mit Reformvorstellungen reagiert wurde, die nicht über eine sozialistische Gesellschaftsordnung unter SED-Führung hinausgingen. Auch hier begann jedoch im Oktober/November ein zunächst vorsichtiger Absetzungsprozess, der Anfang Dezember mit dem Austritt aller vier Parteien aus dem Demokratischen Block und der Nationalen Front deutlich sichtbar wurde. Die mit dem Emanzipationsprozess von der SED verbundene programmatische und personelle Erneuerung erfolgte jedoch unterschiedlich schnell.

Die Führung der LDPD äußerte zwar schon sehr früh vorsichtige Kritik, verspielte durch ihre zögerliche Haltung dann aber doch die Chance, eine führende Rolle im Prozess der Wende zu spielen. Die Beharrungskräfte der alten Garde verzögerten den personellen wie programmatischen Erneuerungsprozess bis Anfang Februar 1990. In der CDU erfolgte der Beginn der personellen Erneue-

rung mit dem Wechsel im Parteivorsitz von Götting zu de Maizière auf Druck der Basis schon Anfang November 1989. Auf dem Sonderparteitag Mitte Dezember wurde dann die programmatische und politische Erneuerung eingeleitet. DBD und NDPD taten sich mit der Anpassung an den Systemwandel deutlich schwerer und verspielten mit ihrer zögerlichen und halbherzigen Haltung ihre ohnehin sehr geringen Chancen, sich als eigenständige Kraft längerfristig zu behaupten.

Die Parteieliten in der alten Bundesrepublik wurden von der Dynamik der Entwicklung in der DDR überrascht und sahen zunächst auch keinen Anlass zur massiven Einflussnahme, da die deutsche Einheit in den ersten Monaten nach der friedlichen Revolution als nur sehr langfristig zu realisierendes Ziel erschien. Ihre weitgehende, auch durch parteispezifische Kooperationshemmnisse mit der jeweiligen Schwesterpartei begründete Zurückhaltung bis zum Jahresende 1989 machte jedoch einer immer intensiveren, die Angleichung des DDR-Parteiensystems an das westdeutsche System in Form eines deutlichen Rekonzentrationsprozesses einleitenden Intervention Platz, als sich (1) die inneren wie äußeren Rahmenbedingungen in Bezug auf die deutsche Einheit im Januar/Februar 1990 dramatisch veränderten – zu nennen sind hier die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes durch Gorbatschow, die Übereinstimmung über die Zwei-plus-Vier-Konferenz und die Bildung einer deutsch-deutschen Expertenkomission zur Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion und (2) die ersten freien Volkskammerwahlen anstanden. Nach der Ankündigung der zunächst für den Mai 1990 geplanten, Ende Januar jedoch auf den 18. März vorverlegten Wahl zur Volkskammer richtete sich das Verhalten der westdeutschen Akteure zunehmend an der Handlungslogik des westdeutschen Parteienwettbewerbs aus, da der Wahlausgang als Vorentscheidung über die Mehrheitsfähigkeit der jeweiligen Partei in einem wiedervereinigten Deutschland angesehen wurde. Die Volkskammerwahl wurde von den westdeutschen Parteien sozusagen als Stellvertreterkrieg geführt.

Die Beziehungen zwischen der West-SPD und der auf ihrer Delegiertenkonferenz im Januar 1990 auf Druck der Parteibasis umbenannten SPD der DDR hatten sich zu Beginn der Wende schwierig gestaltet, weil von der Führung der Ost-SPD zunächst großer Wert auf eigenständige Positionen gelegt wurde und die westdeutsche Parteiführung – noch ganz dem Dialogkonzept mit der SED verhaftet und auf einen Wandel von oben setzend – sich eher ablehnend verhielt. Jetzt gewannen in der West-SPD jedoch zunehmend strategische Überlegungen an Gewicht. Man erwartete, dass die SPD in der DDR an ihre Vorkriegstradition mit sozialdemokratischen Hochburgen in Sachsen und Thüringen würde anknüpfen können und sah so die Chance, im wiedervereinigten Deutschland die in der Bundesrepublik bestehende strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union aufzubrechen. Somit war eine Unterstützung der Ost-SPD aus gesamtdeutscher Perspektive heraus geboten, selbst wenn man innerhalb der West-SPD in Bezug auf eine schnelle Durchführung der staatlichen Vereinigung eine durchaus ambivalente Haltung einnahm, wie vor allem der Vorsitzende Oskar Lafontaine verdeutlichte.

Auch die Bonner Regierungsparteien sahen den Ausgang der Volkskammerwahl als Vorentscheidung über ihre gesamtdeutsche Mehrheitsfähigkeit an. Anders als bei der von der Vergangenheit unbelasteten, weil aus den Bürgerbewegungen der Wende hervorgegangenen Ost-SPD war jedoch die Position von CDU und FDP im DDR-Parteiensystem mit den durch ihre Rolle im SED-Staat diskreditierten Blockparteien besetzt, denen seitens der westdeutschen Parteiführungen vor und in der Frühphase der Wende mit Misstrauen und Ressentiments begegnet wurde. Zudem hatten sich sowohl im christdemokratisch-konservativen als auch im liberalen Lager zusätzliche, von der Vergangenheit unbelastete Organisationen formiert: Im christdemokratisch-konservativen Bereich war dies neben der Deutschen Sozialen Union vor allem der Demokratische Aufbruch, der nach heftigen internen Auseinandersetzungen, die mit dem Austritt des linken Flügels endeten, Ende 1989 einen programmatischen Kurswechsel von christlich-sozialistischen und ökologischen zu christdemokratischen Orientierungen vollzogen hatte. Im liberalen Bereich war dies neben der Ost-FDP vor allem die Deutsche Forumpartei, die sich anfangs als „Volkspartei der politischen Mitte" positioniert hatte, bei der sich jedoch sehr schnell eine Orientierung am liberalen Parteilager durchsetzte.

Aus wahlarithmetischen und machtpolitischen Gründen konnte aber nicht allein auf die organisationsschwachen Neugründungen gesetzt werden, die der flächendeckenden organisatorischen Präsenz und den Ressourcen der Blockparteien wenig entgegenzusetzen hatten. Nach der Ingangsetzung des personellen und programmatischen Erneuerungsprozesses der DDR-Parteien begannen daher die westdeutschen Parteiführungen, ihre Haltung zu ändern. Ihre Strategie zielte in der Folgezeit darauf ab, einerseits den Erneuerungsprozess der Blockparteien zu beschleunigen und andererseits eine Zersplitterung der beiden Lager im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zu verhindern. Es wurde daher großer Wert darauf gelegt, Wahlbündnisse zu erreichen, auf die sich die neu gegründeten Parteien mehr oder minder widerstrebend einließen. So entstanden Anfang Februar 1990 die Allianz für Deutschland (AfD) aus Ost-CDU, DA und DSU und wenig später der Bund Freier Demokraten aus LDP, Ost-FDP und DFP.

Verstärkt wurde der Konzentrationsprozess vor den Volkskammerwahlen noch durch drei weitere Wahlbündnisse: die VL schloss sich mit den Nelken zum Aktionsbündnis Vereinigte Linke zusammen, die verbliebenen Bürgerbewegungsorganisationen DJ, IFM und NF bildeten aus wahltaktischen Gründen das Bündnis 90, und die Grüne Partei ging mit dem UFV eine Listenverbindung ein. Die rechtlichen Voraussetzungen für diese Wahlbündnisse wurden durch das Wahlgesetz vom 21. Februar geschaffen, das die Kandidatur von politischen Vereinigungen und Listenverbindungen erlaubte und ein reines Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel etablierte. Ohne Bündnispartner blieb allein die SED, die sich auf ihrem Wahlparteitag Ende Februar in PDS umbenannte und nach ihrer Existenzkrise wieder Tritt fasste.

Der Wahlkampf zur Volkskammerwahl war geprägt von massiver materieller, personeller und organisatorischer Unterstützung durch die Westparteien und wurde inhaltlich dominiert von der Auseinandersetzung über die Vereinigung

und ihr Tempo. Das Wahlergebnis war insbesondere durch den deutlichen Sieg der Allianz geprägt, die in allen Regionen außer in Berlin zur stärksten politischen Kraft wurde. Die CDU allein erreichte 40,8 Prozent, die AfD insgesamt 48 Prozent. Die im Bund Freier Demokraten zusammengeschlossenen Liberalen kamen auf 5,3 Prozent und die SPD erreichte magere 21,9 Prozent. Dies stand im Widerspruch zu den Erwartungen vieler Akteure und auch zu den vor der Wahl veröffentlichten Umfrageergebnissen, die fast ausnahmslos den Eindruck erweckten, dass die SPD mit klarer Mehrheit die Wahl gewinnen werde. Die Forschungsgruppe Wahlen, die ganz bewusst auf schnelle Umfragen verzichtet hatte und zunächst eine neue Interviewerorganisation in der DDR aufbaute, bemerkte hierzu, dass die von vielen Instituten nach altem Muster durchgeführten Umfragen eher das Meinungsbild der SED-geprägten Interviewerstäbe wiedergegeben hätten als das der Bevölkerung.

Auch im ohne Anbindung an westdeutsche Pendants verbliebenen Teil der Bürgerbewegungsorganisationen war mit einer höheren Mobilisierungsfähigkeit gerechnet worden: Das Wahlergebnis von nur 2,9 Prozent für das Bündnis 90 und 2 Prozent für die Listenverbindung Grüne Partei/UFV bedeutete jedoch die elektorale Marginalisierung dieser Gruppen.

Das Wählervotum ließ sich als Plebiszit für eine schnelle Vereinigung deuten. Umfragen kurz vor der Wahl zeigten die große Attraktivität, die das politische und ökonomische System der Bundesrepublik auf die Mehrheit der DDR-Bürger ausübte. Dies bedeutete für die DDR-Pendants der bundesrepublikanischen Regierungsparteien, insbesondere für die AfD, einen wesentlichen Vorteil, da ihnen am ehesten eine entsprechende Durchsetzungsfähigkeit und auch der Wille zu einer schnellen, vor allem ökonomischen Zusammenführung der beiden deutschen Staaten unterstellt werden konnte. Unter dieser Perspektive trug die Ambivalenz der westdeutschen SPD-Führung in dieser Frage sicherlich zum schlechten Abschneiden der Ost-SPD bei. Vor allem die traditionelle Kernklientel der SPD, die Arbeiterschaft, setzte eher auf die Botschaft einer schnellen Vereinigung und wählte mit deutlicher absoluter Mehrheit die Allianz. Wesentlich war jedoch auch, dass die ehemaligen Blockparteien – die noch zur Jahreswende als Repräsentanten des alten Regimes wenig Überlebenschancen zu haben schienen – die Wende dank ihrer Adoption durch die westdeutschen Schwesterparteien überstanden hatten und ihre Organisationsstrukturen und Ressourcen in den Wahlkampf einbringen konnten, während der vorgezogene Wahltermin den Aufbau einer leistungsfähigen SPD-Organisation verhinderte.

Die auf Druck der westdeutschen Parteiführungen zustande gekommenen Wahlbündnisse im christdemokratischen und liberalen Lager waren politische Zweckbündnisse aus tradierten, binneninduzierten und außeninduzierten Organisationen, also aus ehemaligen Blockparteien, im Oppositionsmilieu der Vorwendezeit verwurzelten Gruppierungen und nach der Wende zum Teil mit deutlicher westdeutscher Unterstützung gegründeten Parteien. Dies schuf eine Gemengelage programmatisch heterogener und durch gegenseitige Ressentiments zwischen Alt- und Neuparteien geprägter politischer Kräfte, in der zukünftige Konflikte vorprogrammiert waren.

Nach der Volkskammerwahl war daher insbesondere im liberalen Lager zunächst eine Retardierung des Integrationsprozesses zu beobachten. Die für Ende März angestrebte Vereinigung der drei BFD-Parteien kam nicht zustande, worauf die LDP eine Delegation der NDPD, die ihr schon im Februar ein Bündnisangebot gemacht hatte, zu ihrem Parteitag nach Berlin einlud, wo sie sich in Bund Freier Demokraten umbenannte und der zerfallenden NDPD den Beitritt ermöglichte, den diese Ende März auch vollzog. Damit vergrößerten sich die Konflikte zwischen Alt- und Neuparteien, und FDP-Ost, DFP und BFD traten bei den Kommunalwahlen Anfang Mai getrennt an. In einem schwierigen Aushandlungsprozess gelang es jedoch der West-FDP, die organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen für den West/Ost-Zusammenschluss zu schaffen, der im August auf einem Vereinigungsparteitag vollzogen wurde. Da die Parteienvereinigung der Liberalen – wie auch die der anderen Parteien – vor der staatlichen Vereinigung erfolgte, konnte sie rechtlich nur über eine Beitrittserklärung der DDR-Parteien zur Westpartei analog der Grundgesetzregelung nach Artikel 23 durchgeführt werden, da eine Verschmelzung nach dem Parteiengesetz nur für Parteien im Gebiet der Bundesrepublik möglich war.

Im christdemokratisch-konservativen Lager wurden die Machtverhältnisse und Überlebenschancen durch das Volkskammerwahlergebnis klar zugunsten der Ost-CDU strukturiert. Die DBD-Führung beschloss Ende Juni, der deutlich geschwächte DA Anfang August 1990 den Beitritt zur Ost-CDU. Die DSU allerdings scherte im April aus der Allianz aus, geriet in eine Krise und gewann rechtspopulistische Züge, was zu einem weitgehenden Abbruch der Beziehungen mit der West-CDU führte, die ihre Unterstützung auf die Ost-CDU konzentrierte und die deutsch-deutsche Parteienvereinigung Anfang Oktober vollzog. Die Ost-SPD geriet nach dem Wahldebakel zunächst in eine Krise und konnte sich bis zur Vereinigung mit der West-SPD Ende September erst allmählich wieder erholen. Die PDS begann aufgrund der Perspektive gesamtdeutscher Wahlen Mitte des Jahres ihre Ausdehnung auf das Gebiet der Bundesrepublik vorzubereiten, hatte damit aber zunächst nur äußerst geringen Erfolg.

Im grün-alternativen Spektrum gestaltete sich die weitere Entwicklung schwierig: Die große Mehrheit der West-Grünen begegnete der Wiedervereinigung mit demonstrativer Abneigung und übte lange Zeit Abstinenz in Bezug auf eine Bündnispolitik mit DDR-Gruppierungen. Daher wurden, obwohl es schon längere Zeit vorher durchaus Kontakte und konkrete Hilfestellungen durch einzelne Akteure gegeben hatte, erst im Mai 1990 erste offizielle Gespräche aufgenommen. Die Konkretisierung des rechtlichen Rahmens für die gesamtdeutsche Bundestagswahl durch die erste Fassung des Wahlgesetzes vom August, in dem ein einheitliches Wahlgebiet mit Fünfprozentklausel festgelegt und die Möglichkeit von Listenverbindungen zwischen regional nicht miteinander konkurrierenden Parteien eingeräumt wurde, trug zunächst zur Beschleunigung der schwierigen Bündnisverhandlungen bei. Das aufgrund einer Klage u.a. der West-Grünen zustande gekommene Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom September führte jedoch zu einer Neufassung des Wahlgesetzes, in dem nun das Wahlgebiet für die Stimmenauszählung und Sperrklauselberechnung zweigeteilt wurde und Listenverbindungen zwischen Parteien und anderen politischen

Vereinigungen im östlichen Teil erlaubt, Listenverbindungen nicht miteinander konkurrierender Parteien nun aber untersagt wurden. Dies befreite die beiden Verhandlungspartner vom unmittelbaren Zwang zur gemeinsamen Wahlkampfplanung. Gegen eine Vereinigung der West-Grünen mit ihrem DDR-Pendant – der Grünen Partei – sprach bei den West-Grünen zudem, dass ein vor der staatlichen Vereinigung durchgeführter Parteizusammenschluss die politische Forderung der West-Grünen nach einem gleichberechtigten verfassungsgebenden Prozess mit Volksabstimmung unglaubwürdig gemacht hätte, und die West-Grünen aufgrund von Umfrageergebnissen der festen Überzeugung waren, auch allein in den Bundestag einzuziehen. Zudem hätte eine schnelle Fusion das Wahlbündnis der Grünen Partei mit dem Bündnis 90 erschwert. So blieb das verbliebene Ost-Bewegungsspektrum, das sich in der Listenvereinigung Bündnis 90/ Grüne-BürgerInnenbewegungen organisierte, zunächst von ihrem westdeutschen Pendant – den Grünen – getrennt. Die Vereinigung erfolgte hier erst – nach einem längeren Diskussionsprozess – im März 1993 zur Partei Bündnis 90/ Die Grünen.

Somit war der Integrationsprozess auf der Parteiensystemebene mit Ausnahme des grün-alternativen Spektrums schon vor der staatlichen Vereinigung abgeschlossen. Das nichtkompetitive, hegemoniale Parteiensystem der DDR hatte sich in kurzer Zeit in ein pluralistisch-demokratisches Parteiensystem transformiert und es hatte unter dem Druck der ersten freien Volkskammerwahlen und der nahe gerückten staatlichen Vereinigung eine weitgehende Angleichung an das westdeutsche System vollzogen, sodass die schnelle Vereinigung auf der Parteienebene möglich wurde. Die einzige Partei, die bei diesem Prozess ausgeblendet blieb, war die PDS, der viele Beobachter daher auch im gesamtdeutschen Parteiensystem keine große Zukunft vorhersagten. So kann man sich täuschen.

*Michael Koß*

# Von der SED zur PDS. Die Partei zwischen Niedergang, Selbstauflösung und Neuanfang

Um die Metamorphose der SED zur PDS zu charakterisieren, ist es hilfreich, auf eine Unterscheidung Maurice Duvergers zurückzugreifen. Von Duverger, einem der Begründer der Parteienforschung, stammt nicht nur das nach ihm benannte Gesetz, demzufolge ein Mehrheitswahlrecht zu einem Zweiparteiensystem führt. Da er die Entwicklung von einzelnen Parteien in erster Linie als gesellschaftlich bestimmt ansah,[1] unterschied Duverger zwischen interner und externer Mobilisierung von Parteien. Extern mobilisierte Parteien reagieren Duverger zufolge auf gesellschaftliche Anreize (z.B. die Entstehung einer Arbeiterklasse), während intern mobilisierte Parteien sich gleichsam innerhalb der Institutionen des politischen Systems bilden (z.B. aus einer Parlamentsfraktion heraus).[2] Diese Unterscheidung von externer und interner Mobilisierung charakterisiert treffend den zentralen Unterschied zwischen dem Untergang der SED und der Transformation der Partei in die PDS. Während das Ende der SED sich vor allem aufgrund von externen Faktoren vollzog, zuvorderst der massiven Unzufriedenheit der Bevölkerung und der oppositionellen Gruppen mit dem im Wortsinne abgewirtschafteten Regime der DDR, ging deren Erhalt als Nachfolgeorganisation der SED in erster Linie auf interne Faktoren, nämlich das Betreiben von Funktionären aus der zweiten Reihe der Partei, zurück.

Zugespitzt formuliert lautet die erste These dieses Beitrags also, dass Wandel und Ende der SED in erster Linie extern bedingt waren, während der Erhalt der Partei als PDS jedoch vorwiegend aufgrund interner Faktoren gelang. Diese Abfolge von externer und interner Mobilisierung korrespondierte mit dem Dilemma, in dem die SED-PDS sich 1989/1990 befand: Einerseits musste sie sich demokratische Strukturen geben, andererseits der strukturell konservativen Kernmitgliedschaft treu bleiben. Anders formuliert: Ohne die Verbindung zum Traditionsbestand der DDR hätte die PDS den Übergang zu einem Mehrparteienregime nicht vollziehen können. Daraus folgt, und das ist die zweite These dieses Beitrags, dass die Etablierung der PDS als ostdeutsche Regionalpartei die wohl einzige Möglichkeit darstellte, ihr Überleben zu gewährleisten. Es gab in der Phase des Übergangs von der SED zur PDS eine Dynamik von Mobilisierung und Gegenmobilisierung, in deren Folge – neben restaurativen Ideologen und Radikalalternativen – vor allem moderne Sozialisten und Pragmatiker als

---

[1] Auch Parteiensysteme lassen sich Duverger zufolge nicht allein auf institutionelle Faktoren zurückführen. William Roberts Clark und Matt Golder konnten jüngst zeigen, dass Duverger auch soziale Phänomene als entscheidende Triebkraft für die Entstehung von Parteiensystemen ansah, vgl. CLARK/GOLDER, Rehabilitating Duverger's Theory.

[2] Duverger spricht von der „Entstehung der Parteien im Zusammenhang mit Wahlen und Parlament" und dem „äußeren Ursprung der Parteien", vgl. DUVERGER, Die politischen Parteien, S. 1–15.

aktive Träger der PDS in der Partei blieben und dort den Ton angaben.[3] Die Anhänger der beiden letztgenannten Gruppen hatten ihre Sozialisation maßgeblich in der DDR erfahren und waren zu Beginn der 1990er Jahre nicht bereit, radikal mit ihren Biographien zu brechen. Dem trug die PDS, so meine These, Rechnung, indem sie sich auf dem Wahlparteitag im Februar 1990 als ostdeutsche Regionalpartei positionierte.

Im Folgenden sollen in Anlehnung an Gero Neugebauer[4] drei Phasen des Übergangs von SED zur PDS unterschieden werden. Erstens die Phase bis zur Umbenennung der Partei in SED-PDS am 8./9. Dezember. In diesem Zeitraum scheiterte die von der alten Führung inszenierte Rettung der SED, was zur Gründung der SED-PDS führte. Zweitens die Phase der Verhinderung der Auflösung der SED-PDS nach dem Parteitag vom Dezember 1989 bis Anfang Februar 1990. Drittens schließlich der Zeitraum bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990, in dem vor allem der Wahlparteitag vom 24./25. Februar 1990 eine wichtige Rolle spielte. Hier gelang zur allgemeinen Überraschung die Konsolidierung der PDS. Der Schwerpunkt der Untersuchung wird auf den beiden letzten Phasen liegen.

## Das Scheitern der SED aufgrund des Drucks der Bevölkerung

Wie selbstbezogen und abgehoben die alte Führung der DDR im Herbst 1989 war, wird daran deutlich, dass ihr bis zum letzten Moment nicht klar wurde, dass nur ein radikaler organisatorischer und ideologischer Wandel den Fortbestand der Partei sichern konnte.[5] Angesichts des Unwillens der Führung, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, begann es im Oktober 1989 in der SED zu gären. Schon im Vorjahr hatten Maßnahmen der Parteiführung wie etwa das Verbot der Zeitschrift „Sputnik" viele Genossen empört. Auch die Wahl von Egon Krenz zum neuen Generalsekretär der SED am 18. Oktober 1989 und die von Krenz angekündigte „Wende" stellten keinen wirklichen Wandel dar.[6] Im November erreichte der Protest auch die Basis der SED mit

---

3 Die Unterscheidung dieser vier Strömungen innerhalb der PDS geht auf Michael Brie zurück. Die moderne Sozialisten hielten den Staatssozialismus für gescheitert und wollten stattdessen Reformen von Marktwirtschaft, Demokratie und internationalem System umsetzen. Eine zweite Gruppe stellten die sozialen und linksliberalen Pragmatiker, die vornehmlich an Realpolitik und Problemlösungen interessiert waren. Daneben unterschied Brie drittens die restaurativen Ideologen, die am Staatssozialismus bis hin zum Stalinismus festhielten. Die Gruppe war vor allem in der Kommunistischen Plattform (KPF) und im Marxistischen Forum organisiert. Viertens schließlich fand sich in der PDS eine radikalalternative Strömung, deren Vertretern es vor allem um eine antiparlamentarische und antiautoritäre Opposition ging. Von den ideologischen Autonomen unterschied diese Gruppe sich dadurch, dass sie jeglichen Dogmatismus ablehnte. Vgl. dazu Brie, Michael, Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit, in: BRIE/HERZIG/KOCH, Die PDS, S. 9–38, hier S. 28 ff.

4 Vgl. Neugebauer, Gero, Von der SED zur PDS 1989 bis 1990, in: HERBST/STEPHAN/WINKLER, Die SED, S. 100–117.

5 Dazu exemplarisch JARAUSCH, Die unverhoffte Einheit, S. 86–95. Jarausch zufolge ging die Verkrustung des alten Regimes auf die Lage der DDR an der „Frontlinie zum Kapitalismus" zurück, die den radikalen Bruch mit dem stalinistischen Erbe verhinderte.

6 Vgl. dazu HERTLE/STEPHAN, Das Ende der SED, S. 59 ff.

voller Wucht. Vor allem die Neuwahl des alten Politbüros vom 8. November war selbst den Parteigängern der SED nicht mehr zu erklären. Zeitgleich kam es in vielen Städten der DDR zu Demonstrationen mit bis zu 500000 Teilnehmern. Auch SED-Reformer sprachen nun zu den Demonstranten, wurden jedoch mehrheitlich ausgebuht.[7]

Die Staatspartei sah sich jetzt mit dem eingangs erwähnten Dilemma konfrontiert, und zwar sowohl in organisatorischer als auch in ideologischer Hinsicht. Auf der organisatorischen Ebene führte dies zu einem Gegensatz zwischen der Notwendigkeit der Anpassung an demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einerseits und dem Impuls der Besitzstandswahrung auf der anderen Seite. In ideologischer Hinsicht tat sich ein Zielkonflikt zwischen der notwendigen Abkehr vom real existierenden Sozialismus und der angestrebten Kontinuität der Partei als Heimstatt alter DDR-Funktionseliten auf.

Wie stark das Ende der SED extern determiniert war, zeigte sich auch daran, dass erst angesichts der Maueröffnung am 12. November ein außerordentlicher Parteitag für den 14. bis 17. Dezember einberufen wurde. Zuvor kam es zur Ablösung vieler alter Führer der Partei, z.B. von Horst Sindermann als Volkskammerpräsident und von Willi Stoph als Ministerpräsident sowie des gesamten Ministerrates. Das Politbüro sah sich nun zusehends isoliert, die Bezirkssekretäre (die ihrerseits dem Druck der Basis ausgeliefert waren) übernahmen de facto die Macht in der SED. Am 1. Dezember änderte die Volkskammer die Verfassung und der Führungsanspruch der SED entfiel. Die DDR war damit auf dem Weg zum Mehrparteiensystem. Damit kam ein Abschnitt an sein Ende, in dem die Ereignisse an der Spitze der SED nahezu ausschließlich Reaktionen auf den Druck von außen darstellten. Zwar hatte es auch an der Parteibasis zu gären begonnen, die interne Mobilisierung, ohne die der Wandel zur PDS kaum möglich gewesen wäre, machte sich allerdings in der nächsten Phase, vor allem nach dem außerordentlichen Parteitag bemerkbar. Zuvor hatte der während der langen Reformblockade angestaute Unmut der Bevölkerung nicht allein die alte Garde der SED, sondern auch ihre pragmatischeren Nachfolger um Krenz diskreditiert.

## Die Gründung der SED-PDS und die Mobilisierung der Basis

Am 3. Dezember traten das gesamte Politbüro und das ZK der SED zurück, Sindermann, Stoph, Honecker und Mielke wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die alte SED war damit am Ende. Die Leitung der Partei ging nun an einen 25-köpfigen Arbeitsausschuss über. Dieser Arbeitsausschuss war ursprünglich als taktische Variante geplant worden, besiegelte jedoch die Entmachtung der alten SED-Führung.[8] Die vormalige Staatspartei stand faktisch vor dem Zerfall. Die Parteibasis agierte in dieser Phase lethargisch und ließ den Arbeitsausschuss gewähren. Zumindest war der neuen Führung mittlerweile klar geworden,

---

7 Vgl. BORTFELDT, Von der SED zur PDS, S. 93–102.

8 Dazu sehr illustrativ KÖNIG, Gregor Gysi, S. 25–33.

worum es in dieser Phase eigentlich ging: vorrangiges Ziel war es, das vollständige Verschwinden der SED zu verhindern. Diejenigen, die eine Auflösung der Partei forderten, hatten in der neuen Führung keine Mehrheit. Die in der SED nun tonangebenden Bezirkssekretäre hingen mehrheitlich der gemäßigten „Wendelinie" und nicht dem radikaleren „Wandel durch Erneuerung" der Plattform WF (Werk für Fernsehtechnik) an.

Dies spiegelte auch die Besetzung des Arbeitsausschusses wider: Da dieser mehrheitlich aus Bezirkssekretären und vom ZK-Apparat Nominierten bestand, gab es dort keine Mehrheit für eine Parteineugründung. Der Arbeitsausschuss operierte sehr informell. Vor allem bereitete er den Parteitag vor und suchte das Überleben der Partei zu gewährleisten. Gregor Gysi wurde als neuer Vorsitzender nominiert, nachdem der Dresdner Bürgermeister Wolfgang Berghofer abgesagt hatte. Der außerordentliche Parteitag wurde wegen der Dynamik der Ereignisse um eine Woche vorgezogen und begann bereits am 8. Dezember. Die wichtigste dort getroffene Entscheidung war zweifelsohne, an der nun als SED-PDS firmierenden Partei festzuhalten. Die Plattform WF erhielt kein Forum auf dem Parteitag, stattdessen peitschte die Führung um Modrow, Gysi und Berghofer ihre Linie des Erhalts der Partei durch. Ein Antrag der Plattform WF über die Auflösung der SED wurde nicht zugelassen. Diskutiert wurde allein der Auflösungsantrag eines einzelnen Delegierten, der jedoch nach einer starken Rede Modrows keine Mehrheit fand. Die Argumente, die gegen die Auflösung der Partei vorgebracht wurden, hielten einer sachlichen Analyse kaum Stand. Ihren Erfolg auf dem Parteitag konnte das indes nicht schmälern.[9] Gysi bezeichnete eine Selbstauflösung als „Katastrophe für die Partei". Modrow argumentierte, dass die SED im Zusammenhang mit der Perestroika wichtig für Gorbatschow sei, zudem hänge seine Regierung von der SED ab.

Der Parteitag wählte einen 101-köpfigen Vorstand und eine neue Führung, das so genannte Parteipräsidium. Dass es hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie noch erheblichen Verbesserungsbedarf gab, zeigte sich daran, dass der Vorstand sich vom Präsidium direkt nach dem Parteitag für sechs Wochen von den Entscheidungen ausschließen ließ. Das Verhältnis der SED-PDS zu ihrer Vergangenheit wurde auf dem Parteitag überhaupt nicht thematisiert. Bezeichnenderweise wurde das Referat von Michael Schumann zum „Stalinismus als System" in der DDR nicht diskutiert. Wenig überraschend zeigten sich die meisten Delegierten auf dem Parteitag massiv verunsichert. Programmatisch schlug die SED-PDS den Pfad ein, den sie bis zu ihrem Aufgehen in der Linkspartei (und eigentlich auch darüber hinaus) nicht mehr verlassen sollte: Im Hintergrund schwelende Konflikte wurden durch Vertagung oder Formelkompromisse aufgeschoben, eine echte Programmdebatte fand nicht statt, schon gar keine Einigung.[10] Stattdessen wurde nur ein Statut mit einer programmatischen Einleitung verabschiedet. Vordergründig fehlten der SED-PDS somit essenzielle Eigenschaften politischer Parteien, was eigentlich ihren Wahlerfolg in Frage

---

9 Zum Folgenden vgl. Neugebauer, Von der SED zur PDS, S. 109.

10 Zu diesem Muster vgl. Koß, Michael, Durch die Krise zum Erfolg?, Die PDS und ihr langer Weg nach Westen, in: SPIER, Die Linkspartei, S. 117–154, hier S. 145–151.

stellen musste.[11] Ihr Verhältnis zum Kapitalismus blieb unklar, ebenso die Frage, ob sich die SED-PDS als Systemopposition oder als Reformpartei verstand. War ihr Selbstverständnis das einer Weltanschauungs- oder einer Interessenpartei der DDR-Funktionseliten? Dies alles, ebenso wie das bereits erwähnte Verhältnis zum SED-Erbe, blieb auf dem außerordentlichen Parteitag offen.

Dennoch, so meine These, gab es letztlich keine Alternative zu diesen Unklarheiten, denn an einer inhaltlichen Festlegung, gleich welcher Art, wäre die SED-PDS zerbrochen. Zudem waren durchaus Indikatoren eines programmatischen Wandels erkennbar. Zwar konstituierte sich die SED-PDS als marxistische Partei. Allerdings trat sie in der programmatischen Einleitung gegen den administrativ-bürokratischen Sozialismus und den demokratischen Zentralismus ein.

Nach dem außerordentlichen Parteitag erhöhte sich der interne Reformdruck auf die SED-PDS durch die Zulassung innerparteilicher Plattformen[12] nochmals. Nicht zuletzt aufgrund der Vielfalt der innerparteilichen Positionen wurde die Zeit nach dem Parteitag bis Ende Januar 1990 weiterhin durch die Debatte über die Auflösung der SED dominiert. Der Kontext, in dem diese Debatte stattfand, war wenig ermutigend für die SED-PDS. Der Runde Tisch war mittlerweile zur Institution mit der größten Legitimität in der DDR aufgestiegen. Auch die Einbeziehung des Runden Tisches in die „Regierung der nationalen Verantwortung" erhöhte die Legitimität der SED-PDS kaum. Modrow und Gysi verspielten darüber hinaus viel Kredit durch ihr zögerliches Agieren in der Debatte um die Auflösung der Staatssicherheit:[13] Modrow gründete zunächst ein „Amt für Nationale Sicherheit" (AfNS), das nach Protesten in ein „Amt für Verfassungsschutz" überführt werden sollte. Aufgrund des massiven Widerstands der Bevölkerung scheiterte auch dieser Plan im Februar 1990. Zudem, und dies untergrub die Legitimität der Partei am nachhaltigsten, wurde die Forderung nach der deutschen Einheit angesichts der stagnierenden Wirtschaftsreformen unüberhörbar.

Die innerparteiliche Krise verschärfte sich nochmals, als die neugegründeten Plattformen der SED-PDS sich bei einem Treffen am 18. Januar 1990 auf die Forderung an den Parteivorstand einigten, einen Parteitag einzuberufen, auf dem die Auflösung der SED-PDS, der Verzicht auf das Parteieigentum und die Neugründung verschiedener Parteien beschlossen werden sollte. Alternativ kündigten die Plattformen autonome Neugründungsbestrebungen an.[14] Der Partei-

---

11 Vgl. dazu BORTFELDT, Von der SED zur PDS, S. 134 ff.

12 Zu nennen sind hier auf der Linken vor allem die bereits erwähnte Kommunistische Plattform, der etwa die Plattform „Dritter Weg" um den reformorientierten Parteiintellektuellen und heutigen Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Michael Brie und der ebenfalls im Milieu der Humboldt-Universität angesiedelte „Sozialdemokratische Studienkreis" gegenüberstanden. Ebenfalls sehr reformorientiert war die Plattform „Demokratischer Sozialismus" an der Universität Leipzig. Zur innerparteilichen Fragmentierung der SED-PDS vgl. dazu Neugebauer, Von der SED zur PDS, S. 110 u. ARNOLD, Von den Anfängen, S. 15 ff.

13 Vgl. dazu WELZEL, Von der SED zur PDS, S. 96.

14 Vgl. GERNER, Partei ohne Zukunft?, S. 81–84.

vorsitzende Gysi drohte nun für den Fall einer Auflösung der SED-PDS mit seinem Rücktritt. Das Motiv, aus dem die Parteiführung an ihrer Präferenz für eine organisatorische Kontinuität festhielt, war nicht zuletzt die Besitzstandswahrung. Das Vermögen der PDS betrug im ersten Halbjahr 1990 noch immer stattliche 366 Millionen Mark. In der Partei herrschten weiterhin Enteignungsbefürchtungen vor. Schon im Dezember 1989 war deshalb eine „Arbeitsgruppe zum Schutze des Vermögens der SED-PDS" gegründet worden.[15]

Als der Vorstand der SED-PDS sich am 20. Januar 1990 gegen eine Auflösung der Partei aussprach, trat Wolfgang Berghofer, eines der Aushängeschilder des Reformflügels der SED, aus der Partei aus. In der Folge kam es zu einer neuen Austrittswelle, vor allem von Intellektuellen, aber, und dies war das eigentlich bemerkenswerte, auch zur Mobilisierung junger Mitglieder für den Erhalt der Partei: Als Gegenbewegung zu den Auflösungsbestrebungen im Umfeld der Plattformen gründeten sich so genannte „Initiativ-Gruppen PDS", die – im Vergleich zu den Plattformen – weniger akademisch geprägt waren, sondern sich vornehmlich aus Mitarbeitern der Partei rekrutierten.[16] Das vornehmliche Ziel der Initiativgruppen war der Erhalt der PDS. Als nächste Bewährungsprobe rückten nun die Volkskammerwahlen im März 1990 ins Blickfeld der SED-PDS.

## Das Bemühen um den Fortbestand der PDS als Ausdruck der gelingenden internen Mobilisierung

Die Führung der Partei hielt an ihrem Willen zur Kontinuität fest. So strich das Präsidium am 4. Februar 1990 das Kürzel „SED" aus dem Parteinamen. Auf der Führungsebene hatte die Partei sich mittlerweile eindeutig gewandelt:[17] Ende Januar 1990 waren nur noch 11,8 Prozent der ehemaligen Ersten Sekretäre der Kreisleitungen Vorsitzende von Kreisvorständen, 14,5 Prozent waren stellvertretende Vorsitzende. Keiner der Ersten und Zweiten Bezirkssekretäre aus der Zeit vor dem 7. Oktober 1989 spielte in den Leitungsgremien der PDS noch eine Rolle. Auch im Vorstand war die Fluktuation groß: 31 der 101 Mitglieder traten zwischen ihrer Wahl im Dezember und dem Wahlparteitag am 24./25. Februar 1990 zurück. Träger der PDS waren nun die reformwilligen Mitglieder mittleren Alters, die in Führungspositionen aufrückten, in der Partei aber die Minderheit darstellten. Insgesamt verlor die Partei im Zuge des Sturzes des SED-Regimes 1,5 Millionen Mitglieder. Ende 1990 verfügte die PDS noch über ca. 280000 Mitglieder, während es Ende Dezember 1989 noch 1,8 Millionen gewesen waren. Dieser Aderlass spiegelte sich auch organisatorisch wider: verfügte die Partei 1989 über 80000 Grund- und Abteilungsparteiorganisationen, so standen dem 1990 noch 16000 Basisorganisationen gegenüber.

---

15 Dazu NEUGEBAUER/STÖSS, Die PDS, S. 122.

16 Vgl. BORTFELDT, Von der SED zur PDS, S. 160f.

17 Dazu Neugebauer, Von der SED zur PDS, S. 112.

Anfangs waren es vor allem Arbeiter, die die SED-PDS verließen. Allerdings hatten diese in der SED ohnehin nur eine „dekorative Funktion" inne.[18] In der zweiten Austrittswelle, als sich der Verlust des Status als Staatspartei abzeichnete, waren es vor allem Angestellte und Akademiker, die der Partei den Rükken kehrten. Dennoch dominierten 1990 Angestellte mit einem Anteil von 38 Prozent und Akademiker (32 Prozent) die PDS, der Anteil der Arbeiter lag bei nur 25 Prozent. Die wenigsten Austritte wurden bei hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei und Angehörigen der „Intelligenz" verzeichnet. Dies spiegelte, ebenso wie die wenig überraschende Tatsache, dass die PDS 1989/90 nahezu keine Eintritte verzeichnete, den internen Charakter ihres Wandels wider.

Im Februar 1990 hatte sich der Kontext der Ereignisse erneut radikal gewandelt: Auch die PDS hielt nun nicht mehr am Bestand der DDR fest. Nach dem Aufruf „Für unser Land" vom 26. November 1989 präsentierte Modrow am 1. Februar 1990 seinen Plan „Deutschland, einig Vaterland". Hier wurden erstmals explizit die Optionen Konföderation und Vereinigung erwähnt. In die Wahl im März 1990 ging die PDS dann schließlich nur noch mit Bedingungen an eine Vereinigung.[19] Paradoxerweise bedeutete der öffentliche Fokus auf die Wiedervereinigung für die PDS aber vor allem eine Atempause. Die Öffentlichkeit nahm die PDS in dieser Phase schlicht weniger wahr, was ihre Konsolidierung durchaus beförderte.

Auf dem Wahlparteitag im Februar 1990 war erstmals wieder so etwas wie eine „Aufbruchstimmung"[20] feststellbar. Die PDS gab sich ein neues Statut, das vor allem den basisdemokratischen Parteicharakter betonte. Zudem legte sich die PDS bewusst das Image der Partei, die die Errungenschaften der DDR verteidigt, zu. Dies war ein weiterer Indikator für den innerparteilichen Machtwechsel zur Generation der in der DDR Sozialisierten, die flexibler waren als ihre Vorgänger. Hinter dem neuen Image als Sachwahrer ostdeutscher Interessen steckte die Idee, dass viele DDR-Bürger durch die Ereignisse des Sturzes des SED-Regimes verunsichert gewesen sein dürften. Die PDS appellierte nun an all jene, die fürchteten, mit der DDR ihre Heimat zu verlieren.[21] Inhaltlich blieb auch das Programm vom Wahlparteitag deutlich hinter der Reformlinie des „Schumann-Referates" auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 zurück. Es blieb zwar bei der eindeutigen Ablehnung des Stalinismus, allerdings nicht des Marxismus-Leninismus. Auch konnte man sich nicht dazu durchringen, von „Verbrechen" der SED zu sprechen.[22] Zwar anerkannte die PDS die Effizienz der Marktwirtschaft, sprach dieser aber ab, dass sie die Interessen der

---

18 Die Daten zur Mitgliedschaft der SED-PDS sind Wittich, Dietmar, Mitglieder und Wähler der PDS, in: BRIE/HERZIG/KOCH, S. 58–80, entnommen. Das Zitat entstammt S. 62.

19 Diese waren erstens ein Festhalten an den Werten der DDR, zweitens die Forderung, dass auch die BRD sich wandeln müsse und drittens die Möglichkeit der DDR, als souveräner Staat an der Vereinigung teilzuhaben, vgl. Koch, Thomas, Die PDS im Vereinigungsprozess. Von der Vereinbarkeit unvereinbarer Positionen, in: BRIE/HERZIG/KOCH, S. 180–199, hier S. 187.

20 BORTFELDT, Von der SED zur PDS, S. 177.

21 Vgl. dazu HOUGH, "Made in Eastern Germany".

22 Vgl. Neugebauer, Von der SED zur PDS, S. 115.

Menschheit vertrete. Bezeichnend für die neue Ausrichtung der PDS war das Parteitagsmotto „PDS – die Neue – produktiv, progressiv, pro DDR".

Meine These lautet, dass der Wahlparteitag das Ereignis war, bei dem der Charakter der PDS als ostdeutsche Regionalpartei zementiert wurde. An diesem Charakter hielt die PDS zeit ihrer Existenz fest. Das Wahlprogramm vom Februar 1990 zielte dezidiert auf die Befindlichkeiten der DDR-Bevölkerung ab. Man setzte sich für eine Veränderung der BRD und den Erhalt der Errungenschaften der DDR ein. Die PDS trat an gegen Massenarbeitslosigkeit, Spekulation, Ellenbogengesellschaft und für ein Recht auf Arbeit, Kindereinrichtungen sowie unentgeltliche Bildung.[23] Dies war offensichtlich eine pfiffige Idee: Bei einer Umfrage gab 1991 nur jeder vierte Befragte auf die Frage „Warum bist Du in der PDS?" an, dies aus programmatisch-ideologischen Gründen zu sein, drei Viertel jedoch antworteten mit Parteiverbundenheit und Tradition.[24] Genau an diese Traditionalisten appellierte die PDS fortan, und dies ist auch der Grund, warum für sie programmatische Festelegungen stets vergleichsweise verzichtbar waren.

Für den Erfolg dieser Neuausrichtung sprach der überraschend hohe Anteil von 16,4 Prozent der Stimmen bei den Wahlen am 18. März 1990. Die PDS wurde drittstärkste Kraft. Allerdings gab es auch einen anderen wesentlichen Grund für den kaum erwarteten Erfolg der PDS. Der neue Vorsitzende der Partei entpuppte sich als charismatische Führungsfigur und politisches Naturtalent. Heinrich Bortfeldt sprach von einem „Ein-Mann-Wahlkampf"[25] der ganz auf Gysi zugeschnittenen PDS. Ab Anfang 1990 konnte Gysi sich – nicht zuletzt dank seiner rhetorischen Fähigkeiten und seiner Telegenität – als authentische Stimme des Ostens profilieren. Sein Wahlkampf wirkte gerade gegenüber dem hausbackenen Stil der aus dem Westen gesteuerten Wahlkampagnen der anderen Parteien innovativ. Zitate wie „Wir haben den Mut noch zu träumen, nicht nur von der DM" und „Wir haben eine Programmatik, die nicht importiert, sondern von uns selbst geschrieben ist" vermittelten glaubhaft die Botschaft vom gewandelten Charakter der PDS und setzten diese positiv von den anderen Parteien ab. Gysis Stil korrespondierte also ideal mit der neuen Ausrichtung der PDS.

## Fazit: Die Rettung der ehemaligen Staatspartei als (selbststilisierte) Sachwahrerin ostdeutscher Interessen

Zwar befand sich die SED-PDS zwischen dem Dezember 1989 und dem März 1990 in einer existenziell schwierigen Situation. Allerdings ermöglichte erst dieses Krisenszenario die interne Mobilisierung, d.h. die „Jetzt erst recht"-Mentalität, aufgrund derer die PDS sich in den ersten Jahren im wiedervereinigten Deutschland behaupten konnte. Bei näherem Hinsehen ging die Krise

23 Zum Wahlprogramm der PDS vgl. WELZEL, Von der SED zur PDS, S. 104 f.

24 Vgl. NEUGEBAUER/STÖSS, Die PDS, S. 152.

25 BORTFELDT, Von der SED zur PDS, S. 185.

der Partei, die vor allem durch den Verlust ihrer Monopolstellung im politischen System zum Ausdruck kam, vor allem auf externe Faktoren zurück, während ihre Kontinuität durch eine interne Mobilisierung gewährleistet wurde. Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus" verkam zum Anachronismus. Die Blockparteien lösten sich auf oder suchten nach westlichen Verbündeten. Der Runde Tisch etablierte sich als ernstzunehmende Gegenmacht. Nichtsdestotrotz schickten sich Funktionäre aus der vormaligen zweiten Reihe der Partei an, den Erhalt der PDS zu sichern. Aus den erwähnten Initiativgruppen heraus betrieben sie die Neuausrichtung der Partei als Sachwahrer ostdeutscher Interessen. Betrieben wurde diese interne Mobilisierung im Sinne Duvergers von der Generation der Mitte bis Ende der 1950er Jahre Geborenen.[26] Als Beispiele wären Gabi Zimmer, Petra Pau, Helmut Holter, Dietmar Bartsch und Roland Claus zu nennen. Ihre Karriere hatte sie zum Zeitpunkt des Sturzes des SED-Regimes zumeist in die Nachwuchsorganisationen der SED getragen, nicht jedoch in die erste Reihe der Partei. Die Angehörigen dieser Generation forcierten die, wenn man so will, Entdeckung der DDR als „erfundene Tradition" im Sinne Eric Hobsbawms,[27] die den gemeinsamen Bezugspunkt für die überaus heterogene Mitglieder- und Anhängerschaft der PDS bildete.

Das Zusammenspiel von externem Handlungsdruck und – verzögert einsetzenden – internen Reformbestrebungen erklärt den Charakter der PDS als vornehmliche ostdeutsche Regionalpartei. Nur so lässt sich, anders als etwa mit dem Ansatz der Milieu-,[28] Protest-,[29] der sozialistischen Reform-[30] oder der extremistischen Partei[31] erklären, warum die PDS bis 2005 im deutschen Parteiensystem durchgehalten hat, ohne signifikante Erfolge im Westen erzielen zu können.[32] Gegen die Charakterisierung als Milieu- und Protestpartei spricht,

---

26 Zur Bedeutung dieser Generation für die PDS vgl. Micus, Matthias, Die Quadratur des Kreises. Parteiführung in der PDS, in: FORKMANN/SCHLIEBEN, Die Parteivorsitzenden, S. 263–302, hier S. 290 et passim.

27 Bei Hobsbawm heißt es „'Invented tradition' is taken to mean a set of practices, normally governed by overtly or tacitly accepted rules and of a ritual or symbolic nature, which seek to inculcate certain values and norms of behaviour by repetition, which automatically implies continuity with the past. In fact, where possible, they normally attempt to establish continuity with a suitable historic past. [...] However, insofar as there is such reference to a historic past, the peculiarity of 'invented' traditions is that the continuity with it is largely factitious. In short, they are responses to novel situations which take the form of reference to old situations, or which establish their own past by quasi-obligatory repetition", vgl. Hobsbawm, Eric J., Intruduction: Inventing Traditions, in: HOBSBAWM/RANGER, The Invention of Tradition, S. 1–15, hier S. 1 f.

28 Den Anhängern dieser These zufolge hätte die PDS mit der DDR untergehen müssen, vgl. z. B. BORTFELDT, Von der SED zur PDS, S. 295.

29 Vgl. BETZ/WELSH, The PDS in the New German Party System, S. 98.

30 Vertreter dieser These sahen die PDS vor allem als ostdeutsche CSU, so z. B. der pragmatische Teil des sächsischen Landesverbandes um Ingrid Mattern und Roland Weckesser, vgl. KOß/HOUGH, Landesverbände in vergleichender Perspektive, S. 318.

31 Jüngst ist vom „smarten Extremismus" der Linken die Rede, vgl. JESSE/LANG, Die Linke.

32 Zum Charakter der PDS als ostdeutsche Regionalpartei vgl. HOUGH, The Fall and Rise of the PDS, S. 36–38.

dass die PDS faktisch nicht ausschließlich die Einheitsverlierer repräsentierte.[33] Der Ansatz der sozialistischen Reformpartei kann nicht erklären, warum die Westausdehnung der PDS so sang- und klanglos gescheitert ist.[34] Gegen den Charakter der PDS als extremistische Partei sprechen vor allem ihre Regierungsbeteiligungen und ihre pragmatische Politik, vor allem in Berlin.[35] Deshalb ist die PDS in erster Linie als ostdeutsche Regionalpartei zu verstehen. Ohne die Positionierung als Sachwalter ostdeutscher Interessen hätte die PDS die Krisensituation der Systemtransformation nicht überstehen können.

## *Literatur*

ARNOLD, Otfried, et al.: Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS 1989 bis 1994, Berlin 1995

BETZ, Hans-Georg/WELSH, Helga A.: The PDS in the New German Party System, in: German Politics, Jg. 4, H. 3 (1995), S. 92–111

BORTFELDT, Heinrich: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn 1992

BRIE, Michael/HERZIG, Martin/KOCH, Thomas (Hrsg.), Die PDS – empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995

CLARK, William Robert/GOLDER, Matt: Rehabilitating Duverger's Theory. Testing the Mechanical and Strategic Modifying Effects of Electoral Laws, in: Comparative Political Studies Jg. 39, H. 6 (2006), S. 679–708

DUVERGER, Maurice: Die politischen Parteien, Tübingen 1959

FORKMANN, Daniela/SCHLIEBEN, Michael (Hrsg.): Die Parteivorsitzenden der Bundesrepublik Deutschland 1949–2004, Wiesbaden 2005

GERNER, Manfred: Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München 1992

GERTH, Michael: Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten, Hamburg 2003

HERBST, Andreas/STEPHAN, Gerd-Rüdiger/WINKLER, Jürgen (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997

HERTLE, Hans-Herrmann/STEPHAN, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997

HOBSBAWM, Eric J./RANGER, Terence (Hrsg.), The Invention of Tradition, Cambridge 1992

HOUGH, Dan: "Made in Eastern Germany". The PDS and the Articulation of Eastern German Interests, in: German Politics, Jg. 3, H. 3 (2000), S. 125–148

---

33 Die PDS hatte in Ostdeutschland vielmehr die Eigenschaften einer typischen Volkspartei, vgl. GERTH, Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft, S. 139f.

34 Zum Projekt der Westausdehnung vgl. MEUCHE-MÄKER, Die PDS im Westen.

35 Zur Berliner PDS als Domäne der modernen Sozialisten vgl. KOß/HOUGH, Landesparteien in vergleichender Perspektive, S. 317–320.

HOUGH, Dan: The Fall and Rise of the PDS in Eastern Germany, Birmingham 2002

JARAUSCH, Konrad H.: Die unverhoffte Einheit, Frankfurt a. M. 1995

JESSE, Eckhard/LANG, Jürgen P.: Die Linke. Der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008

KÖNIG, Jens: Gregor Gysi. Eine Biographie, Berlin 2005

KOß, Michael/HOUGH, Dan: Landesparteien in vergleichender Perspektive: Die Linkspartei.PDS zwischen Regierungsverantwortung und Opposition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37, H. 2 (2006), S. 312–333

MEUCHE-MÄKER, Meinhard: Die PDS im Westen 1990–2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005

NEUGEBAUER, Gero/STÖSS, Richard: Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen 1996

SPIER, Tim et al. (Hrsg.): Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis auf Abruf?, Wiesbaden 2007

WELZEL, Christian: Von der SED zur PDS. Eine doktringebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990, Frankfurt a. M. 1992

*Diskussion*

## Die Neuformierungen in Hinblick auf die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990

*Moderation: Gero Neugebauer*

*Neugebauer*: Das ist nun eine Perspektive von oben, die eher nicht die Zeitzeugen-Perspektive einnimmt. Deshalb gleich rein ins Gespräch.

*Kowalczuk*: Sie haben gesagt, dass die SED im Februar drei Milliarden Mark ihres Vermögens in den Staatshaushalt abgegeben hat. Ich glaube, das ist nur die offizielle Variante, denn das stimmt nicht, zumindest nicht, wenn es sich so anhört, als hätte der Staat mit dem Geld nun machen können, was er wollte. Tatsächlich war es so, dass die SED auch noch nach den Volkskammerwahlen in Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Lothar de Maizière selber darüber entschied, was mit diesen drei Milliarden passiert. Ein Teil ging in den Rentenfonds der alten Parteimitglieder. Aber das viel Entscheidendere war, dass mit diesen Geldern (was 1990 bekannt gemacht wurde durch, ich glaube, den damaligen Finanzminister Romberg) eine große Anzahl von neuen Stiftungen gegründet worden ist, dass neue mittelständische Betriebe damit unterstützt worden sind und dass ein großer Teil dieses Geldes ins Ausland gegangen ist, wo man dubiose, in der Regel kommunistische Organisationen mit großen Spenden unterstützt hat. Das ist eigentlich bekannt. Das hat auch, glaube ich, der erste Untersuchungsausschuss noch mal gezeigt.

Dann habe ich an beide eine Frage: Sie sind beide Politikwissenschaftler. Ich gehe davon aus, dass Sie Begriffe, die Sie verwenden, auch reflektiert verwenden. Deswegen würde mich sehr interessieren, warum Sie beide die Ereignisse in der DDR als „Wende" bezeichnen.

*Koß*: Die drei Milliarden: Ich wollte gar nicht zum Ausdruck bringen, dass die SED/PDS sich damit von irgendetwas reingewaschen hätte. Mir ging es darum, zu unterstreichen, dass ihr vorrangiges Ziel Anfang Februar 1990 einfach war, ihre Legitimität um jeden Preis zu bewahren, deswegen diese vermeintlich „werbewirksame" Maßnahme der Rücküberweisung und der Umbenennung, das habe ich in einem Atemzug genannt, bzw. des Wegfalls des Kürzels SED. Nur darum ging es mir.

*Neugebauer*: Und „Wende"?

*Koß*: Ja, „Wende". Was wäre denn der Begriff, den Sie lieber gehört hätten, fragen wir so?

*Niedermayer*: Ich habe nicht nur von „Wende" gesprochen, sondern auch von der „friedlichen Revolution" irgendwann in meinem Vortrag und auch von anderen Begriffen. Ich hätte auch Systemtransition sagen können, dann wäre ich

wissenschaftlicher geblieben. Das ist aber ein Wort, das mir schwer über die Lippen kommt, da verhaspele ich mich des Öfteren, deswegen habe ich auch manchmal Wende gesagt, nämlich den Begriff genommen, der in der Öffentlichkeit in der gesamten Diskussion als Synonym für die Systemtransition, wie sie im wissenschaftlichen Sprachgebrauch genannt wird, steht. Aber, wie gesagt, der sinnvolle Begriff, der aber akademisch ist, ist entweder Systemtransformation oder Systemtransition, da streitet man sich in der Politikwissenschaft, weil es auch zwei etwas unterschiedliche Konzepte sind.

*Templin*: Professor Niedermayer, ich will jetzt nicht zu den anderen Parteien, die Sie nannten, Stellung nehmen. Aber bei „Bündnis 90" scheint mir einige Nacharbeit doch geboten, weil Sie die Oberfläche schildern, wenn Sie sagen, wahltaktische Gründe hätten Anfang '90 dazu geführt, das Ganze „Bündnis 90" zu nennen und sich zusammenzutun. Bereits damals, und das haben aufmerksame Beobachter erkannt – und ich könnte dann auf die Folgejahre aufmerksam machen, wo es immer deutlicher wird –, bereits damals zeichnete sich ein Profil ab, das im deutschen politischen Raum fehlte, fehlt und dem ich eine Zukunft gebe. Parteienforscher haben da eine dankbare Aufgabe. Ich mache mich nicht zum Propheten. Aber dieser Raum wird ausgefüllt werden. Es war damals verfrüht. Es ging um ein sozial-libertäres Projekt, in dem Freiheits- und Gerechtigkeitsdimension gleichberechtigt existieren. Man meint es ernst mit der Freiheit im liberalen Sinne und man meint es ernst mit der Gerechtigkeit, die in der DDR nie verwirklicht wurde. Was es mit der Gerechtigkeit zu neuen bundesdeutschen Bedingungen auf sich hat, erleben wir derzeit. Das war damals der Ansatz. Die Schwierigkeiten der Realisierung, darüber haben Sie gesprochen.

Aber eins stimmt dann eben auf keinen Fall: Die „Grünen", die man nicht in einem Rutsch behandeln kann, da sie von Gründung an und über die achtziger Jahre in sich heterogen waren, hatten einen Minderheitsteil. Wir können alle Personen aufzählen, gestern war davon die Rede, die sich sehr früh, seit Anfang der achtziger Jahre, mit der DDR-Opposition nicht nur befasst, sondern mit ihr verbündet haben. Und dieser Minderheitenteil hat über die achtziger Jahre die Kommunikation hergestellt, hat uns unglaublich geholfen, als Opposition auf die Beine zu kommen, und hat nach '89 mit als Erstes die Verbindung zu uns aufgenommen. Sie waren im Haus der Demokratie hochpräsent. Und sie haben diesen Prozess begleitet. Das Problem der „Grünen" haben Sie richtig beleuchtet. Die übergroße Mehrheit stand quasi mit dem Rücken an der Wand, aber das hat nicht dazu geführt, dass sie diesen ganzen Prozess nicht begleitet haben. Diese Minderheit hat innerhalb der „Grünen" darauf gedrängt, dass eine sehr enge Kooperation stattfand, die zu einem zwar komplizierten, aber vorhandenen Zusammenkommen und Zusammengehen im Wahlkampf 1990 führte.

Es ist ein Phänomen, oder ein Experiment sogar, dessen Teil ich selber war, Gastdelegierter auf einer bundesdeutschen Liste zu sein, im Herbst 1990, und dadurch mitzuerleben, dass dieses Mit-dem-Rücken-an-der-Wand-Stehen zwar die entscheidenden Prozentpunkte kostete, aber es gab diese Zusammenarbeit. Und dass es keinem der Beteiligten, und das rechne ich uns zum Vorzug an, nicht zum Nachteil, in den Sinn kam, per Schnellanschluss zusammenzugehen,

sondern sich das streckte, weil wir dieses Profil, von dem ich eingangs sprach, hatten und entwickelten und mit ihm bei dem besseren oder produktiveren Teil der „Grünen" Partner hatten und bei einem größeren Teil, der normal werden wollte, was sich heute abzeichnet als Mittelstands-Partei, nicht durchkamen. Das hat diesen Vereinigungsprozess, der dann auch kein wirklicher war, bis in die erste Hälfte der neunziger Jahre geprägt.

Zum zweiten Teilreferat: Interessant ist, dass Sie eine Reihe von Akteuren in diesem inneren Entwicklungs- oder Zerfalls- oder Umwandlungsprozess der SED/PDS nennen, die alle das Attribut „Reformer" bekommen. Die drei Namen Gysi, Modrow, Berghofer, das sind zugleich die Leute (wenn man einen anderen Reformbegriff hätte, müsste man sich wundern), die für den Erhalt sorgen. Es ist die mobile Reformergruppe, die sich nach außen so moderat und umwandlungsfähig gibt, die dafür sorgt, dass nicht etwa alles beim Alten bleibt, sondern der alte Schrott wegkommt und die überlebens- und politik- und machtfähigen Neuen dranbleiben. Daran die Frage oder Gegenthese geknüpft: Ich bin nicht der Meinung, dass es bei der Fixierung auf die DDR- oder Regional-Partei blieb. Das war so und musste so sein, weil es nicht anders ging. Der Anspruch war von Anfang an anders. Gysi und die Leute, die dieses Experiment begannen, wollten von Anfang an den gesamtdeutschen Zugang. Und sie haben in einem beispiellosen Erfolgsweg, Sie haben nur den Ausläufer genannt, dafür gesorgt, dass das einzige gesamtdeutsch erfolgreich realisierte Parteienprojekt die mittlerweile vereinigte „Linke" ist. Der Anspruch war immer da. Sich mit der Hälfte zufriedenzugeben, das merkte man, das wollten sie nicht. Der Einhakungspunkt war dann Mitte 2004. Auf die Folgen dürfen wir alle gespannt sein. Wahrscheinlich werden uns Parteienforscher auch das Vergnügen bereiten, in zwei, drei Jahren darüber zu sprechen, wie das Wunder zustande kommt, dass sie vielleicht doch noch die ganze Macht kriegen. Ich wünsche mir alles Andere, aber ich sehe diesen Zustand, der es befördert.

*Barbe*: Ich würde gern den beiden Forschern noch die Erklärung des Begriffs „Revolution" von Lenin nahebringen. Vielleicht können Sie sich daran orientieren. Lenin hat nämlich gesagt: „Revolution ist dann, wenn die von oben nicht mehr können und die von unten nicht mehr wollen." Das war in der DDR auf jeden Fall so. Mich hat auch der Begriff „Neugründung" für die PDS sehr befremdet, den Sie verwendet haben, Herr Koß. Ich dachte: „Das kann doch wohl nicht wahr sein, diese Umbenennung auch noch als Neugründung zu definieren." Bei den Begriffsbezeichnungen ist doch wohl eine klare Bestimmung gefordert. Das Dritte: Ich vermisse, dass auch die SED eine Verantwortung für den Wirtschaftsbankrott hatte, wenn ich an das Schürer-Papier denke oder auch daran, dass sich der RGW ab 1. Januar 1990 auf Devisengeschäfte eingelassen hat, d.h., die Hälfte des Exports der DDR war dann weltabhängig. Das ist der DDR-Bevölkerung nicht gesagt worden, so dass immer die Kolonialisierungsthese greifen konnte. Diese Thesen, die die Leute verblödet haben oder die ihnen die Wahrheit vorenthalten haben, haben mit dazu geführt, dass der SED eine solch tolle Rolle zugeschrieben wurde. Und die Personen, die Sie nannten, die jetzt vorgeschoben waren, um die anderen zu verdecken, Zimmer, Pau usw.,

das waren alles Apparatschiks. Dann dürfen wir nicht die vielen Stasi-Mitarbeiter unter den Mandatsträgern vergessen. Die Leute aus dem Abgeordnetenhaus können Ihnen die Listen vorlegen, wie aus dem Bundestag. Das ist noch einmal deutlich zu sagen. Frau Pau z.B., jetzt Vizepräsidentin des Bundestages, war nichts anderes als Pionierleiterin, und die haben nichts anderes gemacht, als z.B. die Pioniermanöver „Schneeflocke" zu organisieren. Das halte ich für wichtig, das noch einmal deutlich zu machen, von wegen erneuertes Personal.

*N.N.*: Die Herren Kowalczuk und Templin haben, denke ich, die entscheidenden Fragen schon gestellt. Mich interessiert immer noch, was Sie unter „Wende" und „Wendezeit" verstehen. Das ist mir noch nicht genügend erklärt mit einer Gegenfrage. Oder beziehen Sie das nur auf die Wende in der SED?

*N.N.*: Es ist sehr schade, dass zu den Parteien nichts weiter gesagt wurde, was ihre innere Auseinandersetzung betrifft. Sowohl in der CDU, LDP und anderen waren diese Prozesse wirklich sehr intensiv. Das stelle ich nur bedauernd fest. Zum Beispiel sind die Mitglieder der DBD zur CDU und zur FDP gegangen. Das war alles nicht nur über einen Strang. Aber ich möchte daran die Frage knüpfen: Es gab auch intensive Gespräche, Gedankenaustausch und Abstimmungen mit westdeutschen Parteien, also mit den alten Mutterparteien. Könnten Sie bitte dazu etwas sagen. Es gibt schon eine ganze Reihe Literatur, auch von Historikern, aus unseren Mutterländern, aus dem Westen, die ganz konkrete Fakten auflisten. Die zweite Frage ist: Sehen Sie in den Veränderungen, die vom Herbst '89 an in der DDR stattfanden, einschließlich der Demonstrationen und des Auftretens der Bürgergruppen und andere Dinge, überhaupt keine Elemente einer revolutionären Veränderung, dass Sie nur bei dem Begriff „Wende" oder „Transformation" bleiben?

*Neugebauer*: Der Begriff „Bruderland" ist besetzt, den kann man nicht verwenden, und „Schwesternland", das ist in den Sprachgebrauch noch nicht so weit integriert.

*Koß*: Zunächst zur Frage, dass Gysi und auch die anderen eigentlich einen anderen Anspruch hatten als den, die PDS als Regionalpartei zu verankern: Ohne Frage, ganz ohne Frage. Mir ging es im Vortrag darum: Warum schaffen sie es trotzdem? Ich denke, unabhängig davon, was sie wollten, das ist der Grund und das ist der De-facto-Charakter der PDS gewesen, deshalb habe ich darauf so abgehoben.

Stichwort: Revolution. Herr Niedermayer sagte schon, dass Transformation sicher der bessere Begriff wäre. Dem schließe ich mich vollkommen an. Zum Thema Revolution, unabhängig von Lenins Definition, ist in meinen Augen eines der besten sozialwissenschaftlichen Bücher, das ich kenne, geschrieben worden von Theda Skocpol, die leider zu früh geschrieben hat, um die nahen Ereignisse von 1989 aufnehmen zu können. Es ging da eher um Frankreich, China und andere. Aber ein Kernmerkmal von Revolution ist für sie eben gerade, dass sie gewaltsam ablaufen. Und deswegen ist für mich der Begriff „Friedliche Revolution" dann eine contradiction in terms. Uns geht es erstmal darum,

die Vergangenheit zu analysieren und da erscheinen manche Begriffsbildungen sinnvoller als andere.

Umbenennung, Neugründung: Da gebe ich Ihnen Recht. Ich hätte es nie geschrieben. Wenn ich es gesagt habe, dann war das nicht meine Absicht. – Die Verantwortung der SED für den Wirtschaftsbankrott: Ich kann nur wieder auf das verweisen, was ich zu Herrn Templin sagte. Aber die Frage, der ich nachgegangen bin, ist ja gerade: Warum klappt es trotzdem? Und in diesem Trotzdem ist die Verantwortung der SED. Das ist quasi in der Folie, auf der ich versucht habe, zu argumentieren, schon drin. Denn warum die SED hätte scheitern sollen, das ist evident. Warum sie es nicht getan hat, war, zumindest für mich, die interessantere Frage, und der habe ich versucht nachzugehen.

# VI. Die Arbeit in der Volkskammer und die Herstellung der deutschen Einheit

*Techniker Hans Hikker beim Drucken von Informations- und Arbeitsmaterial für Demokratie Jetzt im „Haus der Demokratie", Friedrichstraße 165, dem ehemaligen Sitz des Kreisvorstands der SED-PDS in Berlin Mitte.*

*Foto: Klaus Franke, 18. Januar 1990, Bundesarchiv 183-1990-0118-025*

*Gunnar Peters*

# Die Tätigkeit der alten und neuen Parteien in der frei gewählten Volkskammer

20 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes, im Jahre 1969, fand in Rhöndorf eine wissenschaftliche Tagung zum Parlamentarischen Rat statt. Dabei entbrannte zwischen ehemaligen Abgeordneten und Historikern „ein heftiger Streit um die Frage, inwieweit die Akten des Parlamentarischen Rates es ermöglichen, die Vorgänge zuverlässig darzustellen. Tatsächlich unterschieden sich die subjektiven Erinnerungen der damals noch lebenden ‚Verfassungsväter' zum Teil erheblich von den ersten Ergebnissen der geschichtswissenschaftlichen Forschung."[1]

Wer sich zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution in der DDR mit der frei gewählten Volkskammer befasst, fühlt sich an die Tagung über den Parlamentarischen Rat im Jahre 1969 erinnert. Im einen wie im anderen Fall steht ein Kurzparlament der deutschen Geschichte im Mittelpunkt, das vor zwanzig Jahren tagte. Der Untersuchungsgegenstand ist in der zeitgeschichtlichen Forschung bisher randständig geblieben. Es ist noch möglich, damalige Abgeordnete zu befragen und ihre Erinnerungen mit anderen Quellen zu vergleichen.

Die Vorzeichen ähneln sich, doch hofft der Historiker insgeheim, dass ihm ein Streit über die Aussagekraft der Quellen erspart bleibt. Viel fruchtbarer als ein Entweder-Oder erscheint es, beide Perspektiven – die zeitgenössische und die retrospektive – sinnvoll zusammenzuführen. Angesichts des dürftigen Forschungsstandes steht jedem Wissenschaftler Bescheidenheit gut zu Gesicht. Obwohl die Publikationen zur deutschen Wiedervereinigung im Jahre 1990 ganze Bibliotheken füllen, fehlt bislang eine große zeithistorische Studie über die Volkskammer in ihrer 10. und letzten Wahlperiode. Nicht einmal ein Datenhandbuch, wie es für die Geschichte des Deutschen Bundestages vorliegt, steht zur Verfügung.[2] Lediglich ein „Biographisches Handbuch" der Abgeordneten ist erschienen, eine verdienstvolle Pionierarbeit.[3] Dieser Aufsatz kann und will keine abschließenden Ergebnisse präsentieren, sondern einige Teile des Puzzles.[4] Ob diese Einzelteile schon ein Gesamtbild erkennen lassen, bleibt zu diskutieren.

Wenige Jahre nach der Wiedervereinigung saßen Volkskammerabgeordnete vereint bei einer Podiumsdiskussion. Dabei attestierten Lothar de Maizière

---

1 FELDKAMP, Der Parlamentarische Rat, S. 7.

2 SCHINDLER, Datenhandbuch.

3 HAUSMANN, Biographisches Handbuch.

4 Weitere Aufschlüsse sind von der zeitgeschichtlichen Dissertation des Verfassers über „Die 10. Volkskammer der DDR im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung" zu erwarten, die demnächst fertiggestellt wird.

(CDU) ebenso wie Dietmar Keller (PDS) der letzten Volkskammer eine vom Bundestag abweichende „Parlamentskultur". In der Volkskammer habe demnach ein Primat von Sachfragen über parteipolitischen Erwägungen gestanden. Markus Meckel (SPD) und Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne) haben sich in Interviews ähnlich geäußert.[5] Dagegen sagte Marianne Birthler (Bündnis 90/Grüne) in der erwähnten Podiumsdiskussion: „Ich halte es für eine sentimentale Legende, daß in der Volkskammer an Sachfragen entlang entschieden wurde. Wir haben an Sachfragen entlang diskutiert, und das war manchmal erfrischend. Es gab sehr viele Leute mit gutem Willen. Wenn Sie sich aber den ‚Output' dieses Parlaments anschauen, dann war das ganz und gar *parteipolitisch*."[6]

Dieser Dissens bildet den Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen. Es geht um die Frage: Wie gestaltete sich das Zusammenspiel der Parteien in der 10. Volkskammer? Vier Ebenen werden betrachtet: die Fraktionen, das Präsidium, die Ausschüsse und das Plenum. Wann immer von „Opposition" die Rede ist, geht es um die parlamentarische Opposition, nicht die im Laufe der friedlichen Revolution neugegründeten Gruppierungen und Parteien.

## Fraktionen

In der freien und geheimen Volkskammerwahl vom 18. März 1990 – der ersten in der DDR seit 1949 – errangen zwölf Listen Mandate. Sie bildeten sieben Fraktionen. Drei von ihnen bestanden aus einer Partei: SPD, PDS und Deutsche Soziale Union (DSU). Dem standen vier Fraktionsgemeinschaften gegenüber.

---

[5] Vgl. Lothar de Maizière, in: Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, Revolution und Demokratie, S. 64; Hervorhebung im Original: Er erinnerte an „[...] die *lebendigen Plenarsitzungen* der Volkskammer, in der ein Abstimmungsverhalten ganz eigener Art herrschte. Es wurde nämlich nach Sachgesichtspunkten abgestimmt, weniger nach Koalitionen. Es gab Sachkoalitionen und nicht unbedingt vorher vereinbarte Parteikoalitionen. Es konnte dann passieren, dass einige von den ‚Altparteien' zusammen stimmten. Dann gab es gleich das ‚Blockflötengeheul' oder sonst irgend so etwas. Aber es ging immerhin um die Sachthemen. Man holte sich die Mehrheiten mitunter quer über die Fronten hinweg." Ilse Schumann, in: ebd., S. 101 f.: „Ich denke, wir müssen viel sachbezogener arbeiten. Das war bei der Volkskammer zumindest wohltuend. Wir unterlagen nicht so sehr einer Fraktionsdisziplin, die es übrigens nach dem Grundgesetz gar nicht geben darf." Dietmar Keller, in: ebd., S. 112: „Jeder, der in ein Parlament geht, weiß, dass es überhaupt keinen Fraktionszwang geben darf, sondern dass jeder allein nach seinem Gewissen entscheiden muß. Deshalb fand ich die Volkskammer belebend, weil es bei unterschiedlichen Haltungen Abstimmungen quer durch alle Fraktionen gab. [...] Ich werfe diese Fragen auf, weil manches, was in der Volkskammer praktiziert wurde, so schlecht nicht war." Markus Meckel, in: REKER, Der Deutsche Bundestag, S. 355: „Es gab in der frei gewählten DDR-Volkskammer eine sehr viel stärkere Bereitschaft als heute im Bundestag, über die Parteien hinweg auch mit der Opposition eine gemeinsame Willensbildung zu finden." Werner Schulz, in: ebd., S. 383 f.: „Was ich mir anders vorgestellt habe und mir heute häufiger wünschte, ist eine Verständigung quer durch alle Fraktionen, wie ich sie in der Volkskammer noch erleben konnte. Das gibt es im Bundestag leider nicht so oft. In der Volkskammer ging es spontaner zu, dort gab es die Möglichkeit, auch aus den Ausschüssen heraus die Initiative zu ergreifen und unter Fachleuten eine Koalition der Vernunft zu bilden. Das fand ich hochinteressant, und es führte in vielen Fällen zu sehr vernünftigen Lösungen. Das ist im Bundestag viel schwieriger, viel stärker festgezurrt."

[6] Marianne Birthler, in: Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, Revolution und Demokratie, S. 113; Hervorhebung im Original.

Die mit Abstand größte Fraktion stellten die CDU und der Demokratische Aufbruch (DA). Eine Fraktionsgemeinschaft bildeten auch die Ost-FDP, die Deutsche Forumpartei (DFP) und die Liberal-Demokratische Partei (LDP), die bereits zur Wahl eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten, den Bund Freier Demokraten (BFD). Da die LDP Ende März mit der National-Demokratischen Partei Deutschlands fusionierte, waren in der liberalen Fraktion schließlich vier Parteien vereint. Bündnis 90 tat sich mit der Grünen Partei zusammen. Die neun Abgeordneten der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) verbanden sich mit der einzigen Abgeordneten des Demokratischen Frauenbundes (DFD) zu einer Fraktionsgemeinschaft, die gerade einmal die Mindeststärke erfüllte.

Fraktionslos blieb der einzige Vertreter der Vereinigten Linken. Er teilte mit PDS, Bündnis 90/Grüne und DBD/DFD die Oppositionsbank. Am 12. April 1990 wurde eine große Koalition unter Ministerpräsident Lothar de Maizière besiegelt. Sie bestand aus vier Fraktionen: CDU/DA, SPD, DSU und Liberale. Vera Lengsfeld, damals Abgeordnete der Grünen Partei, schreibt in ihren Memoiren: „Die Regierungsbildung hatte lange gedauert und war schwierig gewesen."[7] Offenbar können auch Koalitionsverhandlungen, die zeitlich relativ kurz dauern, „politisch gesehen zu lange dauern."[8] Zwischen dem Wahltag und der Vereidigung des Kabinetts lagen 25 Tage. In der Geschichte des Bundestages war die Regierungsbildung nur zweimal (1969 und 1983) schneller gelungen, und zwar um genau einen Tag schneller; im übrigen verstrichen 32 (1980) bis 58 Tage (1961).[9] Folglich ging die Regierungsbildung nach dem 18. März 1990 schnell vonstatten, zumal in der DDR erstmals Koalitionsverhandlungen aufgrund demokratischer Legitimation geführt wurden und das Wahlergebnis, insbesondere der deutliche Erfolg der CDU, alle Kräfte überrascht hatte.

Mit Blick auf das Zusammenspiel der Parteien fällt zweierlei auf: Zum einen sind alte und neue Parteien sowohl in der Koalition als auch in der Opposition vertreten. Zum anderen gibt es zwei Koalitionsfraktionen, die aus alten und neuen Parteien bestehen. Begünstigten diese Verbindungen innerfraktionelle Konflikte?

Hans Geisler, selbst Abgeordneter des DA, erinnert sich, dass bei der Abstimmung über die Fraktionsbildung „etwa ein Drittel der CDU-Abgeordneten dagegen" votiert habe.[10] Das würde auf nicht unerhebliche Vorbehalte innerhalb der CDU gegenüber dem DA hindeuten. Laut dem Protokoll der Fraktionssitzung gab es aber nur 17 Enthaltungen und zehn Gegenstimmen.[11] Selbst wenn man beide Zahlen addiert, ergeben sie weniger als ein Drittel der CDU-Abgeordneten. Dass in der Volkskammerfraktion gravierende Bedenken gegen

---

7 LENGSFELD, Von nun an ging's bergauf, S. 321.

8 von MÜNCH, Rechtliche und politische Probleme, S. 17f.

9 SCHINDLER, Datenhandbuch, S. 1141f.

10 Hans Geisler im Interview mit Michael Richter, in: RICHTER, Die Bildung des Freistaates Sachsen, S. 211.

11 Archiv für Christlich Demokratische Politik, Sankt Augustin, VII–012–6142: Stichwortprotokoll über die V. Sitzung der Fraktion der CDU in der Volkskammer (VK) am 19. 4. 1990, S. 4.

den Zusammenschluss bestanden haben sollen, will nicht einleuchten angesichts der glasklaren Mehrheitsverhältnisse: Die CDU stellte 163 Abgeordnete, der DA vier. Der Fraktionsvorstand blieb unverändert; von den vier neuen Abgeordneten nahmen drei ein Regierungsamt wahr.[12]

Ein noch bemerkenswerteres Konstrukt stellte die Fraktion der Liberalen dar: zwei neugegründete Parteien mit elf Abgeordneten und zwei inzwischen fusionierte Altparteien mit zwölf Abgeordneten, wobei letztere das Gros der Ämter besetzten.[13] Freilich funktionierte das Zusammenspiel der liberalen Parteien nach den bisherigen Erkenntnissen gerade in der Volkskammerfraktion im großen und ganzen reibungslos,[14] wohl nicht zuletzt dank des moderatorischen Geschicks von Rainer Ortleb, dem Fraktionsvorsitzenden. Das konstruktive Miteinander in der liberalen Volkskammerfraktion war wegweisend für die Vereinigung zur gesamtdeutschen FDP im August 1990.

## Präsidium

Die Fraktionen tagten regulär dienstags, das Präsidium mittwochs. In der Volkskammer übernahm das Präsidium faktisch diejenigen Aufgaben, die im Deutschen Bundestag der Ältestenrat besorgt. Es ging um die Vorbereitung von Plenartagungen, um Verfahrensfragen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Abgeordneten in Berlin und vieles mehr. Ausweislich der überlieferten Beschlussprotokolle hat es Abstimmungen gegeben, doch waren sie nicht die Regel, die meisten Fragen wurden einvernehmlich gelöst. Dieses Bemühen um Einmütigkeit hat zusammen mit den prall gefüllten Tagesordnungen dafür gesorgt, dass die regulären Sitzungen des Volkskammerpräsidiums, die jeweils gegen 16.00 Uhr begannen, selten vor 22.00 Uhr endeten. Ab Ende Mai kamen jeden Dienstagvormittag die Parlamentarischen Geschäftsführer aller Fraktionen zusammen, um die Präsidiumssitzung am folgenden Tag vorzubereiten. Auch diese Vorklärungen verliefen unproblematisch und erleichterten das parlamentarische Geschäft.

Gleichwohl hätten die Bedingungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit schlechter ausfallen können. Im März 1990 nominierte die PDS ihren Ehrenvorsitzenden und noch amtierenden Ministerpräsidenten Hans Modrow für das Amt des Volkskammerpräsidenten oder Vizepräsidenten; die Bauernpartei schickte

---

12 Rainer Eppelmann als Minister für Abrüstung und Verteidigung, Hans Geisler und Horst Schulz als Parlamentarische Staatssekretäre im Ministerium für Familie und Frauen bzw. im Ministerium für Medienpolitik.

13 Die LDP stellte den Fraktionsvorsitzenden (Rainer Ortleb) und einen der beiden Stellvertreter (Dietmar Schicke), den Parlamentarischen Geschäftsführer (Conrad-Michael Lehment) sowie den einzigen Ausschussvorsitzenden der Liberalen (Jochen Steinecke); demgegenüber stellte die DFP einen stellvertretenden Ausschussvorsitzenden (Thomas von Ryssel) und einen Vizepräsidenten der Volkskammer (Jürgen Schmieder), die Ost-FDP mußte sich mit einem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden begnügen (Dieter Wöstenberg). Die LDP stellte alle drei Minister (Manfred Preiß, Axel Viehweger, Kurt Wünsche), die jedoch kein Volkskammermandat innehatten.

14 Vgl. MARCOWITZ, Der schwierige Weg zur Einheit, S. 94.

ihren Vorsitzenden Günther Maleuda ins Rennen. Mit diesen beiden exponierten Altkadern hätte das Präsidium zur Bühne für politische Schaukämpfe herabsinken können. Das wäre für die internen Beratungen wie für die Verhandlungsführung im Plenum gleichermaßen verheerend gewesen. Ein spezieller Abstimmungsmodus verhinderte, dass Modrow und Maleuda Vizepräsidenten wurden[15]; statt dessen nahmen Käte Niederkirchner (PDS) und Dieter Helm (DBD) im Präsidium Platz. Mit ihnen funktionierte die Zusammenarbeit.

Die Plenarsitzungen der Volkskammer verliefen lebhaft und bestachen durch die Spontaneität ihrer Teilnehmer, fast legendär sind die Geschäftsordnungsdebatten und Auszeiten. Die Leitung einer solchen Versammlung war eine echte Herausforderung. Armin Burkhardt gelangte nach Durchsicht der Plenarprotokolle der Volkskammer zu dem Ergebnis: „Auffällig ist, daß die amtierenden Präsidenten relativ lange Moderationen machen, recht häufig Zwischenrufe erhalten, gelegentlich laut denken, Verfahrensfehler einräumen und auch persönliche Meinungen äußern. Dies galt besonders dann, wenn Dr. Höppner im Plenum die Amtsgeschäfte führte."[16] Reinhard Höppner (SPD) war formell der erste Stellvertreter von Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl (CDU); doch wenn es darum ging, komplizierte Verhandlungen souverän und zielführend zu leiten, kam die Volkskammer an ihm nicht vorbei. Der Synodalpräses erwies sich als ein hervorragender Moderator.

## Ausschüsse

Wenn das Volkskammerpräsidium am Mittwochnachmittag zu tagen begann, gingen die Sitzungen der Ausschüsse ihrem Ende entgegen. Erste Rückschlüsse auf ihre Tätigkeit, die sich wie die Präsidiumsarbeit hinter verschlossenen Türen vollzog, bietet eine zeitgenössische Aussage, die im Ausschuss Deutsche Einheit fiel. Sowohl in der Volkskammer als auch im Bundestag hatte sich ein solches Gremium gebildet, das die Federführung bei der Bearbeitung aller Fragen zur Wiedervereinigung reklamierte. In einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse in Bonn meinte Günther Krause, Vorsitzender der CDU/DA-Volkskammerfraktion und Parlamentarischer Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten: „Wenn man den Anstand und die Würde der Diskussion hier bewertete, dann würde die Seite der Abgeordneten der DDR, unabhängig davon, welcher Partei sie angehören, schon heute ein ‚ordentliches Bienchen' verdienen; denn wir haben bisher bei keinem Diskussionsbeitrag dazwischengesprochen. (Abg. Frau [Ingrid] Matthäus-Maier [SPD] [Bundestag]: Das ist nicht das Ziel!) – Das ist nicht das Ziel. Aber ich meine, das gehört zum fairen menschlichen Umgang. Man kann über ihn reden oder ihn pflegen. Wir pflegen ihn lieber. Im übrigen

---

15 Vgl. Wie SPD und CDU Modrow und Maleuda ausbremsten, in: „Die Welt" Nr. 83, 7./8. 4. 1990, S. 4.

16 Burkhardt, Armin, Ein Parlament sucht(e) seine Sprache. Zur Sprache der Volkskammer, in: BURKHARDT/FRITZSCHE, Sprache im Umbruch, S. 155–197, hier S. 193.

kann ich mir da woanders bestimmt besseren Nachhilfeunterricht holen als bei Ihnen."[17]

Der Nachsatz zeigt: Auch Günther Krause verstand es auszuteilen. Indes erschien das Verhalten der Bundestagsabgeordneten nachvollziehbar: Im Sitzungssaal waren mehr als 100 Personen anwesend, darunter allein etwa 80 Abgeordnete beider Parlamente.[18] Eine detaillierte Sacharbeit ist bei so vielen Teilnehmern nicht möglich. Es konnten nur Diskussionsbeiträge ausgetauscht werden, und dabei erscheinen Zwischenrufe opportun.

Politische Polemik scheint in den Volkskammerausschüssen die absolute Ausnahme gewesen zu sein. Auch falsche Eitelkeiten gab es nicht. So fasste einer der Fachausschüsse einen förmlichen Beschluss darüber, „in den Ausschußsitzungen auf die Anrede mit akademischem Titel zu verzichten."[19] Vielleicht fiel diese Übereinkunft um so leichter, als jedes zweite Mitglied in diesem Ausschuss promoviert war.[20]

Die Beratungsergebnisse wurden allerdings durch die Mehrheit der Koalition geprägt; denn die Stärke der einzelnen Fraktionen fand sich als „verkleinertes Abbild" in den Ausschüssen wieder.[21] So schrieb die PDS-Abgeordnete Bärbel Kozian im Juli 1990 über den Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform: „Man kann davon sprechen, dass die Beratungen planmäßig erfolgen und unter der Leitung des Ausschußvorsitzenden, Herrn [Roland] Becker (CDU), gut geführt werden, so daß – auf der Grundlage der Sach- und Fachkompetenz – der Ausschußmitglieder, im o.g. Ausschuß eine gute Arbeitsatmosphäre herrscht." Die PDS-Vertreter hätten sich Respekt erworben für ihre intensive Arbeit und für Vorschläge, die in der Kommunalverfassung im Mai 1990 berücksichtigt wurden. „Insgesamt jedoch erhalten Hinweise/Anträge – zu grundlegenden Problemen von Vorlagen, Beschlüssen bzw. Überweisungen anderer Ausschüsse an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform nicht die für uns (als PDS-Ausschußmitglieder) notwendige Resonanz." Weiter heißt es: „Die eingebrachten Hinweise und Vorschläge bzw. Anträge zu Gesetzes- bzw. Beschlußvorlagen durch die Mitglieder der PDS-Fraktion fanden Beachtung, jedoch bei Abstimmungen nicht immer die Zustimmung der Ausschußmitglie-

---

17 Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde (BArch), DA 1/17580: Deutscher Bundestag/VK der DDR: Ausschuss Deutsche Einheit, 12. Sitzung, Dritte gemeinsame Beratung, Bonn, 26. 7. 1990, stenographischer Bericht, S. 409(A).

18 Eigene Auszählung nach: ebd., S. 419–424.

19 BArch, DA 1/17474: Beschlußprotokoll über die 2. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der VK am 9. 5. 1990, S. 2.

20 In der Zusammensetzung von Anfang Mai waren zehn von 21 Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses promoviert: Hans-Joachim von Essen, Karl Hagemann, Harald Schreiber (alle CDU); Eberhard Brecht, Frank Heltzig (beide SPD); Sylvia-Yvonne Kaufmann, Prof. Michael Schumann, Hans-Joachim Willerding (alle PDS); Johannes Kney (Liberale); Günther Maleuda (DBD). Anstelle des nicht promovierten SPD-Abgeordneten Thomas Krüger nahm ab Ende Mai Dr. Edelbert Richter an den Ausschusssitzungen teil, so dass sich die Zahl der promovierten Ausschussmitglieder auf elf erhöhte. Eigene Zusammenstellung nach den Anwesenheitslisten der Ausschusssitzungen, in: BArch, DA 1/17474.

21 Für den Bundestag: BVerfGE, Bd. 80 (1990), Nr. 16, S. 188–244, hier S. 189 und 222.

der der anderen Fraktionen."[22] Vermutlich war dies beispielhaft für Ausschüsse, die vorrangig Beschlussempfehlungen erstellten, etwa den Verfassungsausschuss. Anders mag es in Ausschüssen gewesen sein, die sich primär der kritischen Begleitung der Exekutive widmeten, beispielweise im Kulturausschuss.

Frei von Parteipolitik ging es in den Gremien zu, die für die Bewältigung des Erbes der Staatssicherheit verantwortlich zeichneten. Im Sonderausschuss zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS herrschte eine gutes „Betriebsklima", es gibt keine Anzeichen dafür, dass etwa die PDS versucht hätte, die Arbeit dieses Ausschusses irgendwie zu torpedieren.[23] Das gleiche gilt für den paritätisch besetzten Zeitweiligen Prüfungsausschuss, der die Stasi-Verstrickungen von Volkskammerabgeordneten untersuchte. Nach Prüfung der damals zugänglichen Stasi-Akten empfahl der Ausschuss zwölf Abgeordneten und drei Ministern den Mandatsverzicht bzw. Rücktritt, darunter drei PDS-Abgeordneten.[24] Die Entscheidung über diese 15 Fälle traf der Prüfungsausschuss jeweils einstimmig.[25]

## Plenum

Das Plenum tagte regulär am Donnerstag und Freitag. Fast alle Sitzungen wurden in voller Länge durch Rundfunk und Fernsehen live übertragen. Die vergleichende Parlamentarismusforschung kommt nach Auswertung der stenographischen Niederschriften zu folgenden Befunden: Die Plenarprotokolle vermitteln über weite Strecken den Eindruck, „daß die Debatten der Volkskammer von großer Sachlichkeit getragen waren bzw. daß Argumente, die den eigenen Überzeugungen entgegenstanden, zumindest angehört wurden."[26] Es scheint meist konsensorientiert und konstruktiv zugegangen zu sein. Was die Häufigkeit und Ausprägung von Zwischenrufen angeht, ähnelte die letzte Volkskammer weniger dem Bundestag, sondern mehr der Frankfurter Paulskirche 1848/49. Schließlich: „Im Gegensatz zum Bundestag, wo die eigentlich als Informationsfrage gedachte Zwischenfrage heute – zumeist unter Benutzung der Frageform – überwiegend für eigene Statements, Gegenargumente oder zum Lächerlichmachen des Redners verwendet wird, zielt der größte Teil der Anfragen im Volkskammerplenum darauf, vom Redner Informationen, Klarstellungen oder Stellungnahmen zu erhalten".[27]

---

22 Alle Zitate: Archiv des Demokratischen Sozialismus, Berlin (ADS), VK/10. Wahlperiode (WP), Nr. 65, Bd. II, Bl. 229: Bärbel Kozian: Einschätzung der bisherigen Arbeit im Arbeitsausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform, 17. 7. 1990; Interpunktion im Original.

23 Vgl. LANG, Im Sog der Revolution, S. 104.

24 Neben ihnen handelte es sich um fünf Abgeordnete und einen Minister aus der CDU, je zwei Abgeordnete und Minister der FDP sowie je einen Abgeordneten der DBD und der SPD.

25 Vgl. 10. VK, 37. Tagung, 28. 9. 1990, stenographische Niederschrift, S. 1813.

26 Olschewski, Andreas, Die Verschriftung von Parlamentsdebatten durch die stenographischen Dienste in Geschichte und Gegenwart, in: BURKHARDT/PAPE, Sprache des deutschen Parlamentarismus, S. 336–353, hier S. 351.

27 Burkhardt, Armin, „Verehrte Abgeordnete! [...] Danke schön." Zum Kommunikationsstil der Volkskammer in der Phase ihrer Selbstabwicklung, in: REIHER/BAUMANN, Vorwärts und nicht vergessen, S. 74–88, hier S. 85.

Einen ganz anderen Eindruck vermittelt ein internes Papier der PDS-Fraktion, das die letzten drei Volkskammersitzungen vor der Sommerpause Ende Juli 1990 bewertete: „Gesetzesvorlagen sind den Abgeordneten ungenügend bekannt, die Zeit für gründliche Debatten fehlt, demokratische Spielregeln und das Mitspracherecht der Abgeordneten werden durch eine formale oder gar befangene Leitung durch das Präsidium der Volkskammer beschnitten. [...] Die bereits registrierte Tendenz vorangegangener Sitzungen, daß das Parlament vor bereits vollendete Tatsachen durch Entscheidungen der Regierungskoalition gestellt wird, setzte sich auch auf den jüngsten Tagungen fort. [...] Die Sitzungen der Volkskammer berühren im wachsenden Maße die Schmerzgrenze vieler Abgeordneter. In einem Sitzungsmarathon von 38 Stunden an 2½ Tagen sind 75 Tagesordnungspunkte, die Beratungen der Ausschüsse nicht mitgerechnet, abgehandelt worden. Das Gefühl der Sinnlosigkeit dieses Parlamentskarussels zur eigenständigen Gesetzgebung der DDR bestimmt im zunehmenden Maße das Selbstverständnis vieler Abgeordneter. [...] Alle diese Erscheinungen untergraben die Autorität der Volkskammer unter den Bürgern unseres Landes. Inkompetente Redebeiträge, formales Abhaken für Tausende von Bürgern lebenswichtiger Entscheidungen, leere Plätze und zeitungslesende Abgeordnete vor dem Hintergrund des Wissens um Abgeordnetendiäten, verstärken diesen Prozeß."[28] Damit nicht genug: „Macht- und parteipolitische Gesichtspunkte im Auftreten vieler Abgeordneter der anderen Fraktionen waren auf dieser 3-tägigen Volkskammertagung nicht zu übersehen. Die Tribüne des Parlaments wurde offen und direkt genutzt, um in bekannter Weise, ohne sich zu Sachfragen äußern zu können, Wahlpropaganda für die eigene Partei zu betreiben."[29]

So polemisch dieser Text erscheint, so authentisch widerspiegelt er die damalige Stimmung in der PDS-Fraktion. Übrigens vermerkte die Einschätzung auch gegenläufige Tendenzen, die mit der Kritik schwerlich in Einklang zu bringen sind: „Inzwischen gehört es zur Normalität des parlamentarischen Alltags, daß es zu Abstimmungen mit wechselnden parlamentarischen Mehrheiten kommt, daß ungeteilter Beifall für die Abgeordneten der PDS von allen anderen Fraktionen gezollt wird."[30]

Betrachten wir die Plenararbeit nun unter statistischen Aspekten, indem wir auf die Anträge schauen, die im Plenum verhandelt wurden. Hinsichtlich der Initianten findet man Beispiele für alle möglichen Konstellationen – bis hin zur Zusammenarbeit der Koalition mit Teilen der Opposition. Aber was ist typisch? Eine Auszählung der Drucksachen ergibt insgesamt fast 250 Anträge (Gesetzes- und Beschlussvorlagen, Wahlvorschläge, Entschließungstexte), nicht gerechnet Abänderungs- und Zusatzanträge sowie Beschlussempfehlungen der Ausschüsse. Die Vormachtstellung der Koalition drückt sich in der Erfolgsquote der Anträge aus. (Erfolg heißt: Beschluss in vorgelegter oder modifizierter Form.) Diese

---

28 ADS, VK/10. WP, Nr. 50, Bl. 70: PDS-Fraktion: Einschätzung der 25.[,] 26. und 27. Tagung der VK, 23. 7. 1990, S. 1 f.

29 Ebd., Bl. 70 f., S. 2 f.

30 Ebd., Bl. 71, S. 3.

Quote beträgt für Anträge des Ministerrates über 90 Prozent, für Anträge der Koalitionsfraktionen und Anträge der CDU-Fraktion 100 Prozent. Knapp 150 Vorlagen beinhalteten Gesetzentwürfe aller Art. Drei Viertel davon brachten der Ministerrat oder die Koalitionsfraktionen ein; von diesen Anträgen wurden mehr als 90 Prozent beschlossen.[31]

Die Oppositionsparteien hatten denkbar schlechte Voraussetzungen. Sie verfügten nicht über das Drittel an Stimmen, das ihnen eine Sperrminorität für Verfassungsänderungen eingeräumt hätte. Innerhalb der Opposition sind keine gemeinsamen Initiativen nachweisbar. Bauernpartei und Frauenbund initiierten keinen einzigen eigenen Antrag im Plenum. Von den zwölf Anträgen der PDS wurden nur drei beschlossen, und zwar jeweils in modifizierter Form. Bündnis 90/Grüne stellte vier Anträge gemeinsam mit der SPD und weitere zwei zusammen mit den Koalitionsfraktionen. Obgleich Bündnis 90/Grüne und PDS in mancher Hinsicht programmatische Schnittmengen aufwiesen (aber keine Dekkungsgleichheit), lassen sich keine gemeinsamen Initiativen beider Volkskammerfraktionen nachweisen.[32] Es gibt jedoch einen – aber nur einen – gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und PDS: das Gesetz über Gruppenbetriebe in der Landwirtschaft.

Die Zahlen werden durch eine qualitative Bilanz untermauert: Allen Zentrifugalkräften zum Trotz blieb die am 12. April 1990 gebildete Koalition bis zum Ende der DDR handlungsfähig. Nachdem Innenminister Peter-Michael Diestel und Entwicklungshilfeminister Hans-Wilhelm Ebeling im Sommer 1990 aus der DSU ausgetreten waren, verfügte diese Partei über keine Minister mehr, obwohl sie die Koalition nicht verlassen hatte. Im Streit um das Wahlrecht zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl kündigten die Liberalen Ende Juli die Koalition auf, doch verblieben ihre Minister, die alle drei kein Abgeordnetenmandat besaßen, im Kabinett. Die SPD nahm die Entlassung zweier ihrer Minister zum Anlass, aus der Koalition im August 1990 auszutreten. Damit hatte die Regierung ihre Mehrheit in der Volkskammer rechnerisch verloren.

Dennoch haben die DSU, die Liberalen und SPD alle wesentlichen Entscheidungen zur deutschen Einheit mitgetragen, wie die Protokolle der namentlichen Abstimmungen zeigen. Der Wahlvertrag über die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl (22. August 1990), der Beitrittsbeschluss (23. August 1990) und der Einigungsvertrag (20. September 1990) fanden genauso eine Koalitionsmehrheit wie zuvor der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (21. Juni 1990). Aus den Fraktionen der CDU/DA, der DSU und der Liberalen gab es jeweils ausnahmslos Ja-Stimmen; in der SPD wurden höchstens vier Abweichler verzeichnet. Die PDS hat, abgesehen von einer einzigen Enthaltung, ausnahmslos gegen die erwähnten Vorlagen votiert. Von Bündnis 90/Grüne gab es zwei Ja-Stimmen für den Beitrittsbeschluss, im übrigen mehrheitlich Nein-Stimmen und wenige Enthaltungen.

---

31 Eigene Auszählung und Berechnungen.

32 Vgl. auch TRÖMMER, Der verhaltene Gang, S. 207, 210.

## Fazit

Ein beherrschender Gegensatz zwischen alten und neuen Parteien ist in der letzten Volkskammer nicht feststellbar. Der Konflikt zwischen den neuen Kräften und der SED wurde am 18. März 1990 definitiv entschieden. Und der Sieger hieß: Demokratie. Bis Oktober 1989 war die SED „Staatspartei", danach noch „Regierungspartei",[33] mit dem 18. März 1990 sank sie – inzwischen unter dem Namen PDS – kraft Wählervotum zur Oppositionspartei herab.

In der Volkskammer dominierte der Gegensatz zwischen Koalition und parlamentarischer Opposition. Wo immer nichtöffentlich beraten wurde, im Präsidium oder in den Ausschüssen, ging es sachlich zu. Kam es zu Abstimmungen, wurde indes meistens politisch entschieden, insbesondere im Plenum. Es überrascht zunächst, wenn PDS-Abgeordnete ihre Volkskammerzeit rückblickend als eine im ganzen positive Erfahrung schildern.[34] Aus zeitgenössischen Quellen spricht harsche Kritik an der Koalition und das Bewußtsein von der eigenen Ohnmacht im Parlament.

Der Verweis auf romantisch verklärte Erinnerungen greift hier zu kurz. Für alle Abgeordneten der frei gewählten Volkskammer war die Zeit zwischen März und Oktober 1990 die erste Erfahrung als demokratisch gewählte Parlamentarier. Erst als sie im wiedervereinigten Deutschland andere Parlamente erlebten, den Bundestag oder Landtage, ergaben sich Vergleichsmöglichkeiten aus eigener Anschauung. Dabei zeigte sich: Entgleisungen hat es in der 10. Volkskammer gegeben, jedoch vergleichsweise selten; es gab ein Bemühen um gegenseitige Achtung.

Alle Abgeordneten waren „gelernte" DDR-Bürger, sie mussten gemeinsam einen parlamentarischen Neuanfang leisten.[35] Bekanntlich wohnt jedem Anfang ein Zauber inne. Die unzulängliche parlamentarische Infrastruktur in Ost-Berlin (erinnert sei an fehlende Technik, Räume und Finanzen) nötigte zu Improvisation. Gemeinsam erfahrene Widrigkeiten verbinden, Not schweißt zusammen. Andererseits lassen sich die wenigen Monate nicht über einen Kamm scheren. Spätestens im Mai 1990 geriet die Volkskammer spürbar in den Sog der herannahenden Bundestagswahl, dies beschleunigte den Prozess der Wiedervereinigung und belastete das Klima innerhalb der Koalition in Ost-Berlin. Der Druck der Menschen in der DDR auf ihre Volkskammerabgeordneten nahm gleichfalls zu, seit sich die ökonomischen Probleme im Juli 1990 zusehends verschärften.

Obgleich ihre Mitglieder 1990 in einer einmaligen Ausnahmesituation wirkten, gebar die letzte Volkskammer weder einen neuen Typus von Abgeordneten noch einen anderen Parlamentarismus als den, welcher seinerzeit im Bundestag anzutreffen war. Zwar gibt es Unterschiede im Detail, aber es überwiegen die Gemeinsamkeiten.[36] Mit einem Augenzwinkern könnte man sagen: Das Theater-

---

33 Vgl. LANG, Wandel und Beharrung, S. 36.

34 Vgl. etwa R. Claus, in: KELLER/REENTS, Neueste Gespräche über Gott und die Welt, S. 160f.

35 Vgl. dazu PETERS, Ungleiche Parlamente.

36 Befragungen von Abgeordneten zu ihrem Amtsverständnis sind zu dem gleichen Ergebnis gekommen. Vgl. etwa für die erste Wahlperiode der ostdeutschen Landtage PATZELT/SCHIRMER, Parlamentarismusgründung in den neuen Bundesländern, S. 22, 27.

stück, das die Laienspieler auf einer asbestbelasteten Kleinkunstbühne in Ost-Berlin gaben, unterschied sich nicht wesentlich von dem der Profis im traditionsreichen Bonner Staatsschauspiel.

## *Literatur*

BURKHARDT, Armin/FRITZSCHE, K. Peter (Hrsg.), Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende" und „Vereinigung", Berlin/New York 1992

BURKHARDT, Armin/PAPE, Kornelia (Hrsg.), Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000

FELDKAMP, Michael F.: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes, Göttingen 1998

HAUSMANN, Christopher: Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR (1990), Köln/Weimar/Wien 2000

KELLER, Dietmar/REENTS, Jürgen (Hrsg.): Neueste Gespräche über Gott und die Welt. Gregor Gysi im Gespräch mit Günter Gaus, Angelica Domröse, Christoph Hein und Roland Claus, Berlin 2001

LANG, Jürgen P.: Im Sog der Revolution. Die SED/PDS und die Auflösung der Staatssicherheit 1989/90, in: Deutschland Archiv, 40 (2007), H. 1, S. 97–105

LANG, Jürgen P.: Wandel und Beharrung: SED und PDS, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 58 (2008), H. 47, S. 34–39

LENGSFELD, Vera: Von nun an ging's bergauf. Mein Weg zur Freiheit, München 2002

MARCOWITZ, Reiner: Der schwierige Weg zur Einheit. Die Vereinigung der deutschen Liberalen 1989/90, hrsg. von der Wilhelm-Külz-Stiftung Sachsen, Dresden 2002

MÜNCH, Ingo von: Rechtliche und politische Probleme von Koalitionsregierungen. Vortrag, gehalten vor der Juristischen Gesellschaft zu Berlin am 14. Oktober 1992, Berlin/New York 1993

PATZELT, Werner J./SCHIRMER, Roland: Parlamentarismusgründung in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46 (1996), H. 27, S. 20–28

PETERS, Gunnar: Ungleiche Parlamente: 11. Bundestag und 10. Volkskammer (1990), in: Totalitarismus und Demokratie, 6 (2009), H. 1, S. 69–85

REIHER, Ruth/BAUMANN, Antje (Hrsg.), Vorwärts und nicht vergessen. Sprache in der DDR – was war, was ist, was bleibt, Berlin 2004

REKER, Stefan: Der Deutsche Bundestag. Geschichte und Gegenwart im Spiegel von Parlamentariern aus fünf Jahrzehnten, Berlin 1999

RICHTER, Michael: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004

SCHINDLER, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, 3 Bde., Baden-Baden 1999

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Revolution und Demokratie. Fünf Jahre nach der freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Dokumentation des 3. Wittenberger Gesprächs am 17./18. März 1995, München/Landsberg am Lech 1995

TRÖMMER, Markus: Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit. Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED-)PDS im letzten Jahr der DDR, Frankfurt a. M. [u. a.] 2002

*Helge Heidemeyer*

# Die alten und die neuen Parteien und die deutsche Einheit

„Keine Gewalt" – „Wir sind das Volk" – „Wir sind ein Volk" – „Deutschland einig Vaterland": Diese Parolen, die 1989/90 auf der Straße gezeigt wurden, und ihre Weiterentwicklung zeigen den Weg und die Stationen der friedlichen Revolution auf. Ziel dieses Beitrags ist, Schlaglichter auf die Positionen der alten und neuen Parteien in der Volkskammer auf dem Weg zur deutschen Einheit zu werfen. Hier werden nicht die vollständigen Konzepte der Parteien und Oppositionsbewegung aufgefächert, sondern zugespitzt und dadurch möglicherweise überzeichnet einige Punkte herausgestellt.

Die friedliche Revolution war schnell erfolgreich. Das zeigte sich auch an der Installierung des Runden Tisches und der geregelten Machtübergabe an die Volkskammer nach dem 18. März 1990. Was die 9. Volkskammer nach dem November 1989 angeht, mag man mit Hans Modrow die Entwicklung von Herbst 1989 an als Ausweis ansehen, dass die demokratische Tradition in der DDR stark verankert war.[1] Übermächtig war jedoch, dass trotz großer Anstrengung und zum Teil ehrlichen Bemühens von Abgeordneten der enorme Bedeutungsverlust wegen mangelnder Legitimität dieser Volkskammer jede Handlungsfähigkeit entzog. Deswegen verlagerte sich das Schwergewicht an den Runden Tisch. Die Bürgerbewegung, die hier eine überragende Rolle spielte, konnte jedoch die friedliche Revolution nicht zu Ende führen, weil sie nach der Wahl vom 18. März 1990 keine einflussreiche Größe mehr darstellte.[2] Die Kräfte, die zunächst den autonomen Aufbau von demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen in der DDR anstrebten, um Einheitsverhandlungen auf Augenhöhe führen zu können, gerieten in eine immer stärkere Minderheitenposition. Diese war zunächst überdeckt worden von der Interessenkongruenz mit der Mehrheit in der DDR, die öffentlich für eine Veränderung der herrschenden Zustände eintrat. Nach dem November 1989 wurde diese Forderung mehrheitlich jedoch abgelöst von derjenigen nach der deutschen Einheit. Die Wahl vom 18. März 1990 machte diesen Umschwung eindeutig sichtbar.

## Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und die 10. Volkskammer

Die SPD erwartete den Wahlsieg, wurde dann aber nur zweite Kraft. Besonders enttäuschend für die Sozialdemokraten war, dass sie nur etwa die Hälfte der Stimmen erringen konnte, die die CDU erhielt.[3] Dieser überraschend klare Sieg

---

1 Vgl. MODROW, Von Schwerin bis Strasbourg, S. 141.

2 Vgl. Gergs, Hanjo/Hausmann, Christopher/Pohlmann, Markus: Political and economic elites in the transformation process in eastern Germany, in: BEST/BECKER, Elites in Transition, S. 203–248, hier S. 205.

3 Vgl. RITTER/NIEHUSS, Wahlen in Deutschland 1946–1991, S. 191, und ROTH, Die Wahlen zur Volkskammer, S. 369.

der Union ist wesentlich auf drei Faktoren zurückzuführen. Der eine war der Wunsch nach Anpassung des Lebensstandards auf westdeutsches Niveau, dessen Erfüllung man eher der Union zutraute. Daneben wurde die Situation in der Sowjetunion im Allgemeinen so eingeschätzt, dass ihre Bereitschaft, die Einheit zu tolerieren, nicht von Dauer sein würde. Auch war ganz klar, dass die Bundesrepublik wegen der enormen Zahl an Zuwanderern aus der DDR eine schnelle Einigung wünschte.[4]

Mit dem Wahlergebnis und den Parteien, die damit für eine Regierungsbildung in Frage kamen, war vorgezeichnet, dass die 10. Volkskammer den direkten Weg zur deutschen Einheit einschlagen würde. Die DDR als zu reformierendes Modell war aus dem Rennen. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches war Makulatur, bevor er überhaupt vorgelegt war.[5] Gleichzeitig bedeutete das Ergebnis des Urnengangs, dass sowohl PDS als auch die Bürgerbewegungen zwar in der Volkskammer vertreten waren, aber in einer solchen Minderheitenposition, dass sie kaum eine Rolle spielen konnten.[6]

In der neuen Volkskammer hatte ein kompletter Elitenwechsel stattgefunden, nur 13 Abgeordnete von 400 der 9. Volkskammer saßen auch im neuen Parlament. Bei den Parteien, die bislang schon im DDR-Parlament vertreten waren, lässt sich feststellen, dass die führende Schicht durchweg abgetreten war und den Funktionären aus der zweiten und dritten Reihe Platz gemacht hatte.[7]

Trotz der klaren Perspektive auf die Auflösung der DDR entwickelte diese Volkskammer einen starken Willen zur Mitgestaltung – über alle Kräfte hinweg. Mitunter beklagen die damaligen Protagonisten, dass dieser Impuls in den neu entstehenden Ländern so schnell und dramatisch abflaute.[8] Lange, ernsthafte Debatten und das Ringen um viele Detailregelungen bestimmten das Bild der parlamentarischen Arbeit. Der Gestaltungswille drückte sich in der intensiven Diskussion der beiden Staatsverträge aus, dem Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 und dem 2. Staatsvertrag (Einigungsvertrag) vom 31. August 1990. Er manifestierte sich aber auch in der gemeinsamen Erklärung des Bundestags und der Volkskammer vom 30. April 1990, in der die beiden Parlamentspräsidentinnen, Sabine Bergmann-Pohl und Rita Süssmuth, erklärten, dass die Vereinigung die Stunde der Parlamente sei.[9] Ge-

---

4 Vgl. WEBER, Die DDR, S. 113.

5 Vgl. Scholz, Bettina: Verfassungsfragen, Verträge zur Einheit, Stasi-Unterlagen-Gesetz – Verlauf der Diskussions- und Entscheidungsprozesse, in: MISSELWITZ/SCHRÖDER, Mandat für die deutsche Einheit, S. 21–45, hier S. 23 f., und PETERS, Verfassungsfragen in der 10. Volkskammer, S. 831 f.

6 Vgl. Jesse, Eckhard: Der innenpolitische Weg in die deutsche Einheit. Zäsuren einer atemberaubenden Entwicklung, in: JESSE/MITTER, Die Gestaltung der deutschen Einheit, S. 111–141, hier S. 128.

7 Vgl.: wie Anm. 2, S. 222–225; MÜLLER-ENBERGS, Welchen Charakter hatte die Volkskammer?, S. 450 f. u. 460; SEGERT, Die Volkskammer 1990, S. 1 f.

8 Vgl. Bergmann-Pohl, Sabine: Von der Volkskammer in den Bundestag. Erfahrungen einer Ärztin in Zeiten des Umbruchs, in: SÜSSMUTH, Mut zur Macht in Frauenhand, S. 228–235, hier S. 229.

9 Abgedruckt in: Bulletin der Bundesregierung, 3. Mai 1990, S. 394 f.

rade das widerspricht der Realität: Die Dominanz der Exekutive ist vielfach beschrieben worden. Konrad Weiß meinte in der Volkskammer sogar, die Volkskammer sei entmündigt.[10] Erhellend ist auch ein Blick in die Edition „Dokumente zur Deutschlandpolitik", in der die Parlamente nur eine marginale Rolle spielen.[11]

Der Handlungsspielraum, in dem die Parteien agieren konnten, war mithin sehr klein. Diese Begrenzung ist auch bei dem nun folgenden Blick auf die Position, die die Parteien der Volkskammer in der Einheitsdebatte einnahmen, zu berücksichtigen.

## Die Parteien und die deutsche Einheit

Vorbemerkungen: Die Arbeit stützt sich in erster Linie auf die Akten der Volkskammer, hier insbesondere auf die des Ausschusses für deutsche Einheit. Daneben bilden die Materialien im Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) eine gute Grundlage, da sich dort eine große und gut zugängliche Sammlung von Akten der Volkskammerfraktion von Bündnis 90/Die Grünen erhalten hat. Sie umfasst neben den allgemeinen Fraktionsakten auch die Bürounterlagen der damaligen Mandatsträger und spiegelt durchaus nicht nur bündnisgrüne Positionen.

Bedenken muss man, dass ein Einfluss westdeutscher Berater und Helfer auf die Arbeit der Volkskammer zweifellos vorhanden war. Ob man es wie die PDS-Abgeordnete Ruth Fuchs auf die kurze Formel bringen kann, „Bonner Telefonate bestimmten die Politik der Volkskammer"[12], erscheint jedoch zweifelhaft. Nüchterne Betrachtungen wie diejenige Helmut Müller-Enbergs' weisen darauf hin, dass bei der Fülle der Aufgaben und der Ungeübtheit der Parlamentarier und Parteiorganisationen ohne eine sachkundige Hilfestellung die anliegenden Aufgaben nur schwer innerhalb des vorhandenen, knappen Zeitrahmens hätten bewältigt werden können.[13]

Im Vordergrund der Debatten zwischen den Parteien standen Kämpfe um Wahl- und Beitrittstermine, um Verfahren und Geschwindigkeit der Vereinigung. Hintergrund dieser Diskussionen waren jedoch die unterschiedlichen Zielvorstellungen, die die politischen Lager mit der Einheit verbanden. Die Extrempunkte der Auseinandersetzungen waren die Idee eines Staatenbundes, der die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) lange anhing, und die Forderung zum sofortigen Beitritt, die die Deutsche Soziale Union (DSU) mehrfach auf die Tagesordnung brachte. Dazwischen lagen Vorstellungen einer Konföderation, eines Zusammenschlusses nach Art. 146 GG, wonach eine neue Verfassung für das vereinigte Deutschland hättet erarbeitet werden müssen,

---

10 Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode, 15. Sitzung, 17. Juni 1990, S. 536.

11 Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

12 FUCHS, „Gott schütze unser Deutsches Vaterland", S. 17.

13 Vgl. MÜLLER-ENBERGS, Welchen Charakter hatte die Volkskammer?, S. 460 f.

oder die eines Beitritts nach Art. 23 GG, verbunden mit vertraglichen Absicherungen.

Die Mehrheit in der Volkskammer – und das umschloss im Juni 1990 dann auch Teile von Bündnis 90/Die Grünen – vertrat die Auffassung, die deutsche Einheit solle über Art. 23 GG erreicht werden, indem die Gebiete der DDR der Bundesrepublik beitraten. Diese Mehrheit war schließlich auch zufrieden mit der Geschwindigkeit des Einigungsprozesses.

Konsens bestand ebenfalls in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Eine breite Mehrheit in der Volkskammer strebte die in der Bundesrepublik bewährte soziale Marktwirtschaft an. Es mutet allerdings seltsam an, wenn gerade ein Abgeordneter einer alten Blockpartei, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), den Regierungsparteien am 7. Juni in der Volkskammer vorwarf, sie hätten die Marktwirtschaft nicht verstanden, und ihnen Ludwig Erhard als Lektüre empfahl.[14]

Welche Vorstellungen verbanden die einzelnen Parteien mit der deutschen Einheit? Nachdem wesentliche Bereiche des Konsenses bereits benannt sind, werden im Folgenden die Punkte beschrieben, die Spezifika der einzelnen Parteien darstellten. Um keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen, sei nochmals darauf hingewiesen, dass nun nicht die Gesamtkonzepte der Parteien dargelegt werden, sondern lediglich ihre Schwerpunkte oder jeweils differierende Haltung zu bestimmten Punkten im Einigungsprozess.[15]

### *CDU*

Die CDU, die am 5. Februar 1990 mit dem Demokratischen Aufbruch (DA) und der DSU die „Allianz für Deutschland" gebildet hatte, wurde als größte der Regierungsparteien mit der Regierung de Mazière gleichgesetzt. Ihre Position war eindeutig: Das Grundgesetz der Bundesrepublik hat sich gut bewährt. Der vernünftigste Weg in die Einheit ist der über Art. 23 GG. Dieser Weg muss im Innern und nach außen hin vertraglich abgesichert werden. Zuerst müssen kompatible Strukturen in Ost und West geschaffen werden, dann kann die Einigung erfolgen. Der Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär de Maizières, Günther Krause, formulierte es in der Volkskammer so: Die Einigung müsse „so schnell wie möglich und so gut wie nötig" auf den Weg gebracht werden.[16]

Der Eindruck, die Unionsvertreter hätten im Einigungsprozess vornehmlich auf das Gaspedal gedrückt, täuscht jedoch: Immer wieder versuchte Lothar de Maizière gegenüber den westdeutschen Partnern trotz seiner „unkomfortablen"

---

14 Vgl. den Beitrag von Werner Meyer-Bodemann. Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 11. Sitzung, S. 354.

15 Die grundlegenden Einstellungen der Bevölkerung zu Fragen der deutschen Einheit, in Beziehung gesetzt zu Parteipräferenzen, listet auf: Falter, Jürgen W.: Wahlen 1990. Die demokratische Legimitation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: JESSE/MITTER, Die Gestaltung der deutschen Einheit, S. 163–188, hier S. 171.

16 Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 15. Sitzung am 17. Juni 1990, S. 536.

Situation[17] angesichts seiner relativen politischen Schwäche und der wirtschaftlichen Krisensituation in der DDR ostdeutsche Positionen zur Geltung zu bringen. Rasch, dabei aber behutsam und durch Verhandlungen flankiert wollte er den Weg in die deutsche Einheit finden. Damit traf er sich mit den Vorstellungen des Koalitionspartners Richard Schröder.[18] Anfangs lag der von de Maizière angestrebte Zeitrahmen für die Verwirklichung der Einheit bei den Jahren 1991/1992.[19] Gegen andersartige Vorstellungen, die einen bloßen Überleitungsvertrag zum Ziel hatten, setzte er den 2. Staatsvertrag durch. Diese Hartnäckigkeit führte dazu, dass die DDR-Regierung im Westen, vor allem bei der Regierung Kohl, als politisch wenig zuverlässig galt.[20] Derartige Hakeleien hatten Anfang August 1990 ihr Ende: Lothar de Maizière besuchte Bundeskanzler Kohl an dessen Urlaubsort am Wolfgangsee und schloss sich aus schierer wirtschafts- und finanzpolitischer Notwendigkeit dessen Fahrplan zur Einheit an. Mit seinem erfolglosen Vorschlag, den Termin der Bundestagswahl vorzuverlegen, steigerte er das Tempo kurzzeitig noch weiter.[21] Aus wirtschaftlichen Gründen gab es keine Alternative, die enormen Probleme der DDR waren nur gemeinsam mit der Bundesrepublik zu lösen. Kommunikativ blieb de Maizière jedoch bei seiner alten Linie, die für diesen Schwenk ausreichend flexibel war. Am 22. August erklärt er in der Volkskammer, dass er für die Einheit sei, aber gegen „überstürzte Eile oder absichtliches Verzögern".[22]

### *DSU*

Die Deutsche Soziale Union (DSU) war die vehementeste Einheitsbetreiberin. Mehrmals beantragten ihre Vertreter in der Volkskammer den sofortigen Beitritt. Die DSU wollte „Zeichen setzen mit heißem Herzen"[23] und stellte fest, „jeder Tag kostet Millionen von Mark".[24]

Dabei wäre zu fragen, ob ein solcher Schritt Vorteile gebracht hätte oder ob die Folgekosten dadurch nicht noch höher geworden wären als sie ohnehin waren. Am bedeutsamsten bei diesen Forderungen nach dem sofortigen Beitritt erscheint, dass es für die Interessen der Ostdeutschen während der Vertragsverhandlungen dann kein speziell legitimiertes Mandat mehr gegeben hätte, wie es die Volkskammer besaß.

Die DSU vertrat konsequent den Gedanken eines Neuanfangs und der Ahndung des SED-Unrechts. In einem Forderungspapier vom Juli 1990 für die

---

17 NEUBERT, Unsere Revolution, S. 407.

18 Vgl. Schröder, Richard: Die Einheitsverhandlungen, in: „Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein". Die Fraktion der SPD in der Volkskammer der DDR, Berlin 2000, S. 77–83, hier S. 82.

19 Vgl. RITTER, Der Preis der deutschen Einheit, S. 41; SCHRÖDER, Der SED-Staat, S. 366 f. u. 275, und von PLATO, Die Vereinigung Deutschlands, S. 332 f.

20 Vgl. NEUBERT, Unsere Revolution, S. 409.

21 Vgl. von PLATO, Die Vereinigung Deutschlands, S. 332 f.

22 Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 30. Sitzung, S. 1372.

23 Beitrag von Jürgen Schwarz. Ebd., 15. Sitzung am 17. Juni 1990, S. 538.

24 Beitrag von Jürgen Schwarz. Ebd., 30. Sitzung am 22. August 1990, S. 1373.

Beratung des 2. Staatsvertrags[25] forderte sie unter anderem

- die Verstärkung der Rehabilitationsanstrengungen für SED-Opfer,
- die unmittelbare Öffnung der Akten des Staatssicherheitsdienstes und
- die Sicherstellung, dass SED-Mitglieder nicht in den öffentlichen Dienst übernommen würden.

Hervorzuheben ist, dass sich diese Forderung nicht nur auf MfS-Mitarbeiter beschränkte, sondern auch Mitglieder der Staatspartei einbezogen waren. Das verweist auf ein generelles Problem der juristischen Aufarbeitung, wie sie dann erfolgte: Im Allgemeinen richten sich Ausschlussmaßnahmen bis heute allein auf die Mitarbeiter des MfS, während ihre Auftraggeber aus der Partei unbehelligt bleiben.

### *DBD*

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) bekannte sich erst spät, nämlich am 2. März 1990, zur deutschen Einheit. Dass dieser Schritt überhaupt erfolgte, ist dem Einfluss ihres stellvertretenden Vorsitzenden Ulrich Junghanns zu verdanken, der ihn gegen die Minderheitengruppe des Vorsitzenden Günther Maleuda durchsetzte.[26] Maleuda hält noch in seinem Rückblick fest, die große Koalition habe die Interessen der DDR-Bevölkerung ignoriert.[27]

Die DBD entwickelte sich zur glühenden Vorkämpferin der sozialen Marktwirtschaft.[28] In ihren Forderungen zu den beiden Staatsverträgen trat sie hauptsächlich für die Stärkung der Rechte der Landwirtschaft ein. Ihre Themenfelder waren etwa die Pachtrechte oder die Übernahme von Schuldenregelungen – kurz: Sie wurde zur landwirtschaftlichen Interessenpartei. Dabei übernahm sie noch einige ökologische Elemente in ihre Forderungskataloge, was das agrarische Profil aber eher zeitgemäß abrundete.[29] Großen Einfluss auf die Einheitsverhandlungen hat die DBD nicht genommen. Im Juli 1990 schließlich ging sie in der CDU auf.

### *Bund freier Demokraten/Die Liberalen*

Der Bund Freier Demokraten (BFD), ein Zusammenschluss der alten Blockpartei LDPD und der neugegründeten Parteien FDP und Deutsche Forum-Partei, eine Abspaltung des Neuen Forums, ging zielstrebig auf die Einheit zu. Mit der CDU unter de Maizière gehörte er zu den konsequenten Verfechtern für eine

---

25 BArch, DA 1.6, 17582.

26 Vgl. im Speziellen wie zu dem gesamten Abschnitt: JÄGER/WALTER, Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 158f.

27 Maleuda, Günther: Entdeckter Parlamentarismus. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik im Prozeß der „Wende", in: PROKOP, Die kurze Zeit der Utopie, S. 140–154, hier S. 152.

28 Siehe oben Anm. 14.

29 Vgl. Wahlbüro der DBD: Zusammenfassende Eindrücke und Hinweise aus den Informationen, 15. Februar 1990 (BArch, DY 60, 3214) und Wirtschaftsausschuss der Volkskammer: Stellungnahme zum 1. Staatsvertrag vom 8. Juni 1990, Anhang: Hinweise der Mitglieder der DBD/DFD des Wirtschaftsausschusses der Volkskammer der DDR (BArch, D 1.6, 17580).

rasche Einheit nach Art. 23 GG.[30] Für ihn gilt wie für die Union: Im Nachhinein konnte sich der – als erste Partei – am 12. August 1990 mit der West-FDP fusionierte BFD als Sieger im Ringen um den Weg in die deutsche Einheit begreifen. Die Partei hatte wie die übrigen aus Blockparteien hervorgegangenen Kräfte mit moralischen Bedenken zu kämpfen, die aus der Verstrickung in das alte System resultierten. Die aus der LDPD kommenden Mitglieder hätten sich möglicherweise offensiver mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen können. Dass entsprechende Forderungen bei der FDP nicht die gleiche Intensität hatten wie bei der CDU, hat sicher auch mit ihrer relativen Bedeutungslosigkeit nach 1990 in den neuen Bundesländern zu tun. Allein mit Cornelia Pieper stellte sie dauerhaft eine politische Repräsentantin, die mit ihrer Vergangenheit als Leiterin der Abteilung Kultur und Bildung im Bezirksverband Halle der LDPD auch vor 1989 politisch aktiv war. Im Einigungsprozess hat die FDP kein eigenständiges Profil entwickelt, sie blieb ganz auf ihre Leitfigur Hans-Dietrich Genscher fixiert. [31]

*SPD*

Die SPD musste eine schwierige Rolle ausfüllen: In Bonn war sie in der Opposition, in Ostberlin jedoch Koalitionspartnerin der CDU.[32] Unter der Führung des stellvertretenden Parteivorsitzenden und „Wohlstandschauvinisten"[33] Oskar Lafontaine hatten im Westen die Einheitsskeptiker erhebliches Gewicht, die nichts überstürzen wollten.[34] In einer Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. September 1990 sagte Lafontaine: „Falsch ist es, die Herstellung der staatlichen Einheit an die erste Stelle zu setzen und die Herstellung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse mehr oder weniger aus dem Zentrum der Bemühungen zu rücken."[35] Entsprechend wurde die West-SPD als bloßer Bedenkenträger wahrgenommen. Das ärgerte nicht nur viele Genossen im Westen – Willy Brandt überlegte, wegen der Haltung seiner Partei den SPD-Ehrenvorsitz niederzulegen[36] –, auch im Osten war man skeptisch. Richard Schröder beschreibt diplomatisch, dass es vom „Kanzlerkandidaten der SPD auch Tonfälle [gab], an die unsereins sich erst gewöhnen musste."[37]

Im Osten entschied sich die SPD für den Eintritt in die Regierung de Maizière. Dieser Schritt war nicht unumstritten, aber mehrheitlich dominierte der Wille mitzugestalten. Dennoch blieb die Haltung zur Regierungsbeteiligung

---

30 Vgl. SCHRÖDER, Der SED-Staat, S. 362, 374, und Eith, Ulrich: Parteien, in: WEIDENFELD/KORTE, Handbuch zur deutschen Einheit, S. 617–631, hier S. 625.

31 Vgl. Juling, Peter: Deutschandpolitik der FDP, in: WEIDENFELD/KORTE, Handwörterbuch zur deutschen Einheit, S. 206 f.

32 RITTER, Preis der Einheit, S. 41.

33 JESSE/MITTER, Die Gestaltung der deutschen Einheit, S. 128.

34 Vgl. Brocke, Rudolf Horst: Deutschlandpolitik der SPD, in: WEIDENFELD/KORTE, Handwörterbuch zur deutschen Einheit, S. 216–227, hier S. 225.

35 Zitat ebd.

36 Vgl. ebd., S. 226.

37 SCHRÖDER, Der SED-Staat, S. 80.

ambivalent. Das hatte einen konkreten Hintergrund, denn die konstruktive politische Rolle zahlte sich nicht in Wählerstimmen aus. Die SPD sank in den folgenden Monaten in ihren Wahlergebnissen zum Teil noch weiter ab, beispielsweise bei den Kommunalwahlen im Mai 1990, so dass ein Teil der SPD-Fraktion schon bald den Austritt aus der Koalition forderte. Bereits in der ersten Regierungskrise wegen der Verhandlungsführung bei den Staatsverträgen wurde der Ruf nach dem Ende der Koalition laut.[38] Aber erst nach erheblichen Zerwürfnissen und der Entlassung von Finanzminister Walter Romberg am 19. August 1990 war die Koalition nicht mehr zu kitten. Selbst in dieser Situation war eine kleine Gruppe um Richard Schröder noch gegen den Regierungsaustritt.[39]

Die inhaltlichen Schwerpunkte der SPD bei den Verhandlungen zu den Staatsverträgen lassen sich in drei Hauptpunkten zusammenfassen:

Erstens entwickelte sie friedens- und europapolitische Konzepte. Hier spielte besonders Markus Meckel als Außenminister eine große Rolle, der sich eigenständig, insbesondere unabhängig vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik, profilieren wollte. Er trat immer wieder mit neuen Vorschlägen hervor. Er forderte die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in beiden Bündnissen, NATO und Warschauer Pakt, und schlug vor, die Nationale Volksarmee zu erhalten. Diese Initiativen stießen auf wenig Akzeptanz. Dafür gab es inhaltliche Gründe, Gerhard A. Ritter bemerkt, sie seien auch deswegen erfolglos geblieben, weil sie „schlecht vorbereitet" worden seien, und „diskreditierten die neue DDR-Aussenpolitik". Meckel forderte aber auch den Abschluss der außen- und innenpolitischen Verträge, die die Vereinigung flankieren sollten, vor dem eigentlichen Akt der Einheit. Das ist nur zu verstehen, wenn man bedenkt, dass Oskar Lafontaine urplötzlich umgeschwenkt war und nun die sofortige Einheit forderte. Die Vertragsverhandlungen sollten dann nachgeschoben werden. Hier handelte es sich also um einen innerparteilichen Streit, der auf der Bühne der Einheitsverhandlungen ausgetragen wurde.[40]

Der zweite Schwerpunktbereich, dem sich die SPD zuwandte, war der Ausbau von sozialen Rechten. Sie hatte dabei vor allem das Recht auf Arbeit, auf Wohnung und auf Bildung im Blick.[41]

Zum dritten forderte die SPD in ihrer Stellungnahme zum 2. Staatsvertrag am 27. Juni 1990 die „Vertiefung der demokratischen Substanz". Hierunter verstand sie den Schutz der Umwelt, wiederum die Gewährung des Rechts auf Arbeit und die Stärkung der Mitbestimmung. Auch die demokratische Erarbeitung einer neuen deutschen Verfassung war ein Ziel, das zwar nicht zeitgleich mit der Einheit erreicht werden, aber doch auf der politischen Agenda bleiben sollte.[42]

---

38 GRÖF, „In der frischen Tradition des Herbstes 1989", S. 36–45; RITTER, Preis der Einheit, S. 41 f. Zur Kommunalwahl vgl. auch Falter (wie Anm. 15), S. 175.

39 Vgl. SCHRÖDER, Der SED-Staat, S. 81.

40 Vgl., auch für die Zitate, RITTER, Preis der Einheit, S. 44–46.

41 GRÖF, „In der frischen Tradition des Herbstes 1989", S. 41 f.

42 Presseservice der SPD. AGG, B.III.1, 21(2).

Diese Punkte vermitteln den Eindruck, die Sozialdemokratie habe versucht, ihr soziales Profil zu schärfen – eine Strategie, die wohl auf ost- wie auf westdeutsche Wähler ausgerichtet war. Inhaltlich näherte sie sich den Positionen von Bündnis 90/Die Grünen an. Möglicherweise war der Blick bereits auf die Bundestagswahlen Ende des Jahres gerichtet. Von den aus der Bürgerbewegung kommenden Gruppen unterschied die SPD aber, dass sie nicht einseitig die strittigen Punkte herausstellte, sondern als Regierungspartner pragmatisch mit verhandelte und die bereits erzielten Ergebnisse mit trug. Besonders deutlich wurde das, als sie am 22. August 1990, drei Tage nach dem Austritt aus der Regierung, dem Beitritt nach Art. 23 Grundgesetz zum 3. Oktober 1990 zustimmte.[43]

*PDS*

Die PDS war die Kraft, die bis zuletzt die DDR bewahren wollte. Sie favorisierte als deutschlandpolitisches Modell einen Staatenbund.[44] Das vehemente Eintreten für eine Vereinigung nach Art. 146 GG war mithin auch das Bemühen, viele „Errungenschaften" der DDR in das vereinigte Deutschland hinüberzuretten. Das drückte sich in so unterschiedlichen Anliegen aus wie

- die Realitäten der Bodenreform nicht in Frage zu stellen,
- Frauenrechte zu bewahren,
- die Entschuldung der volkseigenen Betriebe[45],
- den Schutz von Berufssoldaten (diese Forderung ist sicher auch als Klientelpolitik für alte Anhänger zu verstehen),
- die Forcierung der Abrüstung, die Aufnahme der Friedenserziehung in die Bildungspläne, die Ablehnung von Faschismus und Rassismus im Grundgesetz.[46]

---

43 Vgl. Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 30. Sitzung, S. 1386f. Wolfgang Thierse unterstützte diese Haltung mit Blick auf die erneut aufgeflammte Diskussion um den Beitrittstermin so: „Wir sollten auch nicht die schwarze Illusion erwecken, dass wir unter die Räuber fallen." Ebd., S. 1381.

44 Vgl. Volkens, Andrea/Klingemann, Hans-Dieter: Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozess der Vereinigung. Kontinuitäten und Verschiebungen, in: JESSE/MITTER, Die Gestaltung der deutschen Einheit, S. 189–214, hier S. 196.

45 Gerade von denen, die die aktuelle Situation mit zu verantworten hatten, klingt diese Forderung wie der Versuch, Problembereiche zu externalisieren – insbesondere wenn argumentiert wird: „Die Betriebe waren in der Vergangenheit durch die Planwirtschaft verpflichtet", ihre Schulden „dürfen nicht [...] in ein völlig anderes Wirtschaftssystem übernommen werden." (Volkskammerantrag der Fraktion der PDS vom 31. Juli 1990, Drucksache 183, in: BArch, DA1.6, 17581). Ähnliche Forderungen wurden allerdings auch von anderen Richtungen erhoben und zielten darauf ab, die Betriebe bei ihrem Neu- oder „Kaltstart" (Gerlinde und Hans-Werner Sinn) nicht mit den alten Schulden zusätzlich zu belasten.

46 Vgl. umfassend: Fraktion der PDS in der Volkskammer der DDR: Positionen zum 2. Staatsvertrag, 18. Juli 1990, in: AGG, B.III.1, 70; daneben: Minderheitenvotum der Abgeordneten der PDS-Fraktion im Ausschuss für Abrüstung und Verteidigung zu der „Position des Ausschusses für Abrüstung und Verteidigung zu Schwerpunkten der Bündnis- und Verteidigungspolitik eines vereinigten Deutschland", 22. Juli 1990, ebd., Volkskammerantrag der Fraktion der PDS vom 31. Juli 1990, Drucksache 183, in: BArch, DA 1.6, 17581 und Volkskammerantrag der Fraktion der PDS vom 31. Juli 1990, Drucksache 184, ebd.

Gleichzeitig war die PDS mit den vorgelegten Verträgen – natürlich – unzufrieden. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sah sie als eine Art Unterwerfung an.[47] Der Einheitsvertrag degradiere die DDR-Bürger zu Staatsbürgern zweiter Klasse.[48] Das machte sie beispielsweise im Bildungsbereich an der als Diskriminierung betrachteten Regelung der Anerkennung von DDR-Abschlüssen fest.[49] Gregor Gysi forderte noch in der Volkskammerdebatte zum 2. Staatsvertrag, nichts zu überstürzen, begründete das jetzt aber vor allem damit, dass die Alliierten nicht ungebührend unter Druck gesetzt werden dürften.[50] Nach der Abstimmung am 22. August 1990, in der dem Beitritt zugestimmt wurde – den Gysi, böswillig Assoziationen hervorrufend, als „Anschluss" bezeichnete, – betrauerte er den Untergang der DDR.[51]

*Bündnis 90/Die Grünen*

Bündnis 90 und die Grünen sind aus mehreren Bürgerbewegungen in der DDR entstanden.[52] Auch deshalb vertraten sie vielfach uneinheitliche Positionen, im Osten genau so wie im Westen. Beide, Ost- wie Westparteiflügel, traten lange für eine Konföderation der deutschen Staaten ein.[53] Das war verbunden mit der Verfolgung des dritten Wegs, der auf eine Reform der DDR vor der deutschen Einheit setzte. Eine solche Haltung resultierte im Osten aus der Tradition der Bürgerbewegung, die in weiten Teilen mit dem Ziel angetreten war, zunächst demokratische Strukturen in der DDR zu schaffen.

Von diesen Positionen kommend fiel es den Vertretern von Bündnis 90 und Grünen schwer, sich auf das hohe Tempo der deutschen Vereinigung einzulassen. Allerdings zwang die Kräftekonstellation dazu.[54]

Nur vordergründig in einem Widerspruch dazu steht, dass die Fraktionen der Grünen in der Volkskammer und im Bundestag dennoch und im Gegensatz zu den anderen Kräften klar ausgeflaggt häufig gemeinsam ihre Positionen vertraten.[55] Bei aller Hervorhebung der Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung

---

47 Vgl. Gregor Gysi, Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 16. Sitzung, 21. Juni 1990, S. 571–574.

48 Vgl. Fraktion der PDS in der Volkskammer der DDR: Stellungnahme der PDS zum Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR, etwa 11. September 1990, AGG, B.III.1, 71.

49 Vgl. Minderheitenvotum der Fraktion der PDS betreffs Stellungnahme des Ausschusses Deutsche Einheit zum Einigungsvertrag, 19. September 1990, ebd.

50 Vgl. Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 30. Sitzung, 22. August 1990, S. 1375 ff., insbesondere S. 1376.

51 Ebd., S. 1382.

52 Vgl. die vorhergehenden Aufsätze in diesem Band.

53 Vgl. Volkens/Klingemann (wie Anm. 44), S. 196.

54 Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte auf der Bundesversammlung der Grünen in Hagen vom 30. 3. bis 1. 4. 1990, wo sie in ihrer deutschlandpolitischen Erklärung das Wahlergebnis akzeptierten und damit den Wunsch der Bevölkerung nach der deutschen Einheit respektierten. Sie machten darin aber ganz deutlich, dass dies nicht ihre Position sei. Vgl. die Erklärung in: Grüner Basisdienst, 3. April 1990 (AGG).

55 Vgl. die gemeinsame Erklärung der Fraktionen Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer und Die Grünen im Bundestag, 6. Juni 1990, und Entwurf zum Positionspapier der Fraktionen

der DDR betonten die Grünen so doch, dass sie in Ost und West eine einheitliche Politik verfolgten.

Wenn die Einheit unumgänglich war, dann sollte sie nach Meinung der Bürgerbewegung und der Grünen durch eine neue Verfassung abgesichert werden. Das Volk sollte in dieser Hinsicht das letzte Wort haben.[56] Am 22. Mai 1990 formulierte ein Positionspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Volkskammer, dass ein neues, neutrales und soziales Deutschland entstehen müsse.[57] Solche Papiere verschleiern, dass die Haltung in der Fraktion äußerst heterogen war. Die Uneinheitlichkeit der Auffassungen kam in der Volkskammerdebatte am 17. Juni 1990 deutlich zum Ausdruck. Konrad Weiß befürwortete in seinem Redebeitrag die Einheit nach Art. 23 GG.[58] Umgehend meldete sich sein Fraktionskollege Jens Reich zu Wort und widersprach: Das habe in seiner Fraktion keine Mehrheit.[59] Am 6. Juni gab die Fraktion dann eine Erklärung zum ersten Staatsvertrag heraus. Sie forderte zunächst die Bildung einer verfassunggebenden Versammlung und benannte als weitere thematische Schwerpunkte die Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik.[60] Der in Wirtschaftsfragen exponierte Günther Nooke sah im Staatsvertrag einen Ausverkauf der DDR. Eine zu starke Verflechtung von Politik und Wirtschaft berge die Gefahr, dass die DDR-Wirtschaft einfach liquidiert werde.[61]

Des Weiteren formulierten Bündnis 90/Die Grünen in ihren Papieren Umweltziele und forderten eine stärkere soziale Sicherung auf vielen Gebieten. Hierbei lag das Schwergewicht auf den Frauenrechten.[62]

---

Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer und Die Grünen im Bundestag zum zweiten Staatsvertrag vom 24. Juli 1990, in AGG, B.III.1, 20 (1) bzw. 21 (2).

56 Vgl. die gemeinsame Erklärung der Fraktionen Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer und Die Grünen im Bundestag, 6. Juni 1990, und: Minderheitenvotum der Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne im Ausschuss Deutsche Einheit, Juni 1990, in AGG, B.III.1, 20 (1).

57 Vgl. ebd.

58 Vgl. Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 15. Sitzung, S. 536f.

59 Vgl. ebd., S. 537.

60 Siehe Anm. 56.

61 Vgl. Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 11. Sitzung, 7. Juni 1990, S. 355f. Nooke und seine Fraktion fanden wiederholt starke Worte. Am 7. Juni sprach er von „Volksenteignung" (ebd.), im Entwurf zum Positionspapier der Fraktionen Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer und Die Grünen im Bundestag zum zweiten Staatsvertrag vom 24. Juli 1990 ist vom „Protektorat" die Rede (AGG, B.III.1, 21 (2)).

62 Vgl. RITTER, Preis der Einheit, S. 53–55. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Papier der AL Westberlins vom 27. Juli 1990. Darin fächert sie eine ganze Palette von oft sehr ins Detail gehenden Forderungen zum 2. Staatsvertrag auf. Darunter sind die drei markantesten:

- Die Forderung nach Einführung von Religionsunterricht an Schulen in den jetzt neuen Bundesländern.
- Eine Stellungnahme gegen den Radikalenerlass, der gerade in der linken Szene nach seiner Einführung 1972 viele Proteste heraufbeschworen hatte.
- Ausländerrechte sollten erheblich gestärkt werden.

Manche Punkte dieses Papiers vermitteln den Eindruck, als wollten die Grünen West auf dem Weg in die deutsche Einheit alte, bislang nicht berücksichtigte Forderungen durchsetzen. Vgl. AGG, B.III.1, 21 (2).

Nachdem Bündnis 90/Die Grünen den 1. Staatsvertrag bereits als Unterwerfung empfunden hatten[63], qualifizierte Marianne Birthler den zweiten Staatsvertrag in der Debatte am 22. August 1990 als „leere Absichtserklärung", weil er die meisten ihrer Forderungen schließlich nicht berücksichtige.[64]

Im Vorfeld der Bundestagswahlen vom 2. Dezember 1990 forderten Bündnis 90/Die Grünen, die Bürgerbewegung mit den Parteien gleichzusetzen und das Wahlgebiet in alte Bundesrepublik und alte DDR aufzuspalten. Dieser letzte Punkt wurde auch von der PDS unterstützt. Mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts errangen sie hier einen Pyrrhus-Sieg:[65] Aufgrund des schlechten Abschneidens der Grünen in den alten Bundesländern bei den Bundestagswahlen führte die Teilung des Wahlgebietes dazu, dass die Grünen (West) im ersten gesamtdeutschen Bundestag nicht vertreten waren. Nur Bündnis 90/Die Grünen (Ost) konnten mit acht Abgeordneten in den Bundestag einziehen.[66] Die Grünen scheiterten vor allem daran, dass sie mit ihren Wahlkampfthemen – sozialer und ökologischer Umbau der Gesellschaft, Selbstbestimmungsrecht der Frau, Basisdemokratie – so weit neben den dominierenden und drängenden Fragen lagen, dass sie ein unerwartet schlechtes Wahlergebnis erzielten. Die Wahlparole „Alle sprechen von der Einheit, wir sprechen vom Wetter" kam einer Verweigerung der tagespolitischen und historischen Aufgabe des Herbstes 1990 nahe und wurde von den Wählern entsprechend quittiert.

Die Haltung zum Einigungsprozess prägten auch die Vorstellungen, die die Parteien jeweils von der Arbeit in der Volkskammer hatten. Bündnis 90/Die Grünen sahen in der Volkskammer in erster Linie ein Diskussionsforum und ein Tribunal, das die Ergebnisse der friedlichen Revolution gegen die alten Kräfte sichern sollte. Demgegenüber betrachteten die Parteien, die eine schnelle Einheit wünschten, das Parlament von vornherein nur als Transitorium.[67] Welche Rolle die Volkskammer im Prozess der Einheit spielen konnte und wie ihre innere Entwicklung verlief, harrt allerdings in weiten Bereichen noch der gründlichen Untersuchung.[68]

## Schlussbemerkungen

1. Die Parteien in der Volkskammer waren, was die deutsche Einheit anging, vor allem pragmatisch ausgerichtet. Das wurde besonders deutlich bei der SPD. Alternativen zum schnellen Kurs auf die Einheit gab es nicht. Der Druck durch große Teile der Bevölkerung und die wirtschaftlichen Umstände ließ nur einen schmalen Korridor, in dem die Politik agieren konnte. Die Abgeordneten und Parteien versuchten, den Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit gerecht zu

---

63 Vgl. Scholz (wie Anm. 5), S. 37.

64 Vgl. Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 30. Sitzung, S. 1381.

65 Vgl. RITTER, Preis der Einheit, S. 49f.

66 Vgl. SCHINDLER, Datenhandbuch, 1999, S. 171.

67 Zur Klassifizierung im allgemeinen und zur speziellen Frage vgl. MÜLLER-ENBERGS, Welchen Charakter hatte die Volkskammer?, S. 454–462.

68 Vgl. dazu auch KOWALCZUK, Endspiel, S. 535.

werden und in ihrem Sinn mitzugestalten, wo es nur ging. Am Ende trug eine breite Mehrheit der Abgeordneten die Entscheidungen mit.

2. PDS und Bündnis 90/Die Grünen bildeten die eigentliche Opposition in der 10. Volkskammer. Gemeinsam positionierten sie sich oft gegenüber der Mehrheit, wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass diese beiden so konträren Kräfte, die die antagonistischen Akteure zu Beginn der friedlichen Revolution darstellten und sich diametral gegenüberstanden, in der Volkskammer oft gemeinsam handelten.[69]

## *Literatur*

BEST, Heinrich/BECKER, Ulrike (Hrsg.): Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe, Opladen 1997

FUCHS, Ruth: „Gott schütze unser Deutsches Vaterland". Erlebnisse einer Volkskammerabgeordneten, Berlin 1990

GRÖF, Wolfgang: „In der frischen Tradition des Herbstes 1989". Die SDP/SPD in der DDR: Von der Gründung über die Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit, 3. Aufl., Bonn 1996

JÄGER, Wolfgang/WALTER, Michael: Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Transformationsprozess 1989/90, in: Historisch Politische Mitteilungen 4 (1997), S. 141–168

JESSE, Eckhard/MITTER, Armin: Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn 1992

KOWALCZUK, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009

MISSELWITZ, Hans/SCHRÖDER, Richard (Hrsg.): Mandat für die deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Opladen 2000

MODROW, Hans: Von Schwerin bis Strasbourg. Erinnerungen an ein halbes Jahrhundert Parlamentsarbeit, Berlin 2001

MÜLLER-ENBERGS, Helmut: Welchen Charakter hatte die Volkskammer nach den Wahlen am 18.3.1990?, in: ZParl 22 (1991), S. 450–467

NEUBERT, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008

PETERS, Gunnar: Verfassungsfragen in der 10. Volkskammer der DDR, in: Deutschland-Archiv 5 (2004), S. 828–839

---

69 Vgl. die Stellungnahme (Minderheitenvotum) zum 1. Staatsvertrag von Bündnis 90/Die Grünen und PDS im Finanzausschuss der Volkskammer vom 6. Juni 1990, die Stellungnahme der beiden Fraktionen im Wirtschaftsausschuss vom 8. Juni 1990 (beides BArch, DA 1.6, 17580) sowie den Beifall, den Gysi am 22. August 1990 in der Volkskammer für seine Stellungnahme gegen den Einheitsvertrag auch von Bündnis 90/Die Grünen erhielt (Volkskammerprotokolle, 10. Wahlperiode, 30. Sitzung, S. 1377).

PLATO, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002

PROKOP, Siegfried (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die „zweite" DDR im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994

RITTER, Gerhard A./NIEHUSS, Merith: Wahlen in Deutschland 1946–1991. Ein Handbuch, München 1991

RITTER, Gerhard A.: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006

ROTH, Dieter: Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung, in: Politische Vierteljahresschrift 31 (1990), S. 369–393

SCHINDLER, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Berlin 1999

SCHRÖDER, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998

SEGERT, Dieter: Die Volkskammer 1990 – Quellen ihrer politischen Kultur, Münster 1991

SÜSSMUTH, Rita (Hrsg.): Mut zur Macht in Frauenhand, Herford 2001

WEBER, Hermann: Die DDR 1945–1990, 4. Aufl., München 2006

WEIDENFELD, Werner/KORTE, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt/Main 1999

WEIDENFELD, Werner/KORTE, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handwörterbuch zur deutschen Einheit, 2. Aufl., Bonn 1992

*Podiumsdiskussion*

# Die Arbeit der Volkskammer und die Herstellung der deutschen Einheit 1990

*Moderation: Werner J. Patzelt*

*Meckel*: Die Zeit des Verhandlungsprozesses war bestimmt von der Perspektive der kommenden Bundestagswahl, wo sehr deutlich war, dass auf der einen Seite die CDU und FDP hofften, die Wahl zu gewinnen, was durchaus absehbar war, und die SPD in der Opposition war. Deshalb wollten wir den Einigungsvertrag verhandeln und dann auch positiv abstimmen. Im Endeffekt war nämlich für uns völlig klar, alles, was hineinverhandelt worden ist – und ein paar Dinge konnten durchaus hineinverhandelt werden, nicht zuletzt die Frage des Bestands der Bodenreform –, all das wäre, wenn man keine Mehrheit dafür gefunden hätte, vom Deutschen Bundestag als Überleitungsgesetz beschlossen worden und dann natürlich mit großer Wahrscheinlichkeit ohne die Dinge, die wir hineinverhandelt hätten. Deshalb haben wir in unserer Fraktion sehr intensiv dafür geworben, dass man dem am Ende zustimmt, weil Vieles zwar sehr problematisch, das Ja aber im Endeffekt die einzige vernünftige politische Option war. Aber dass es diesen Streit gegeben hat und dass an verschiedenen Stellen auch die konkreten Verhandlungsoptionen nicht wirklich abgesprochene Optionen waren, muss hier nun trotzdem festgehalten werden.

*Schulz*: Das ist so bei großen Koalitionen, die haben ein enormes Harmoniebedürfnis, selbst noch im Nachhinein.

*de Maizière*: Ich kann nur so viel sagen: In Artikel 5 unserer Koalitionsvereinbarung stand, dass der Ministerpräsident die Richtlinienkompetenz in der Frage der Herstellung der deutschen Einheit hat.

*Patzelt*: Das wäre nun ein weiteres interessantes Thema, wie es mit Richtlinienkompetenzen in postrevolutionären und sonstigen Situationen bestellt ist. Gehen wir noch einen anderen Themenbereich an. Es ist ohne Zweifel so, dass in der letzten Volkskammer parlamentarische Demokratie etabliert, praktiziert, auf neue Grundlagen gestellt worden ist. Freilich gehört normalerweise zur parlamentarischen Demokratie Kontakt zwischen dem Parlament und der Bevölkerung draußen, der sich nicht nur auf das Wählen reduziert. Der war ja in Zeiten der frei gewählten Volkskammer mitunter ziemlich dicht, in Form von Demonstrationen, in Form dessen, dass das Volk nun wirklich, weil sich Neues vollzog, am Fernseher saß und die Volkskammer beobachtete. Wie war der Einfluss der Bevölkerung auf die Arbeit der Volkskammer?

*Schulz*: Das war enorm. Es gab ja permanent Demonstrationen. Selbst die Studenten waren aufgewacht. Als es um die Umstellung der Stipendien ging, ob

nun 1:1 oder 1:2, wurde plötzlich die Humboldt-Universität politisch, was sie bis dahin nicht war. Bauern kamen mit Tomaten und Eiern, und brachten die dem Staatssekretär Krause in Geschwindigkeit und entsprechendem Wurf. Wir hatten natürlich ernstere Sachen. Beispielsweise war die Normannenstraße besetzt, wo man den Verbleib der Stasi-Akten erzwingen wollte. Und was mir im Zusammenhang mit diesen ganzen Demonstrationen im Nachhinein durch den Kopf geht: Wenn man den grandiosen Wahlsieg von Obama sieht und dann unsere Korrespondenten hört und die Berichterstatter, eine Begeisterung und die Bewunderung des amerikanischen Volkes – wir Deutschen sind offensichtlich dazu nicht in der Lage. Ich frage mich, warum diese Begeisterung und dieser Elan, der da war und der vom 9. November bis zum 18. März angehalten hat, nicht umgesetzt werden konnte. Das ist vielleicht ein neuralgischer Punkt, über den man diskutieren muss, weil nämlich diesem Willen nach Sofortabwicklung der DDR kein Umbauwille West gefolgt ist. Es hat im Grunde genommen keine Verständigung gegeben, wie wir ein gemeinsames Land, eine gemeinsame Gesellschaft aufbauen.

Schauen Sie sich das an: Was haben wir für einen Nationalfeiertag? 3. Oktober. Was ist das für ein Tag? Der steht im Kalender und wird natürlich nach deutscher Art gefeiert, klar. Oder Nationalhymne – hier haben wir eine gespaltene Situation: Die neue Rechte singt die erste Strophe (wer das nicht glaubt, der muss mal zu Union Berlin ins Stadion fahren oder zu Dynamo Dresden, da kann er die erste Strophe unserer Nationalhymne hören) und die Demokraten aller Couleur, wenn sie überhaupt noch singen, die singen oder summen dann die dritte Strophe. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, Brecht und Beethoven zusammenzubringen, eine große nationale Sache. Wir haben solche Dinge versemmelt, verpatzt, vertan. Die Frage nach einheitsstiftenden Symbolen, also das, was man einer Nation eigentlich abverlangen müsste, dass sie zusammenwächst, dass sie eine Identität bekommt, das hat es nicht gegeben. Es ist im Grunde genommen eine schwere Tragik, denn wir halten einen europäischen Rekord: Deutschland hat in 120 Jahren sechs Versuche der Neugründung erlebt. Es gibt eigentlich niemand, der das Rentenalter in dem Staat erlebt, in dem er geboren wurde. Aber die Frage von Identität hat ja etwas mit Selbstgewissheit, mit Kontinuität zu tun. Und diese Kontinuität schafft man natürlich auch über nationale Symbolik und nationale Bindungskräfte. Das ist versäumt worden. Das ist nicht nur das Versäumnis der Volkskammer. Der Gestaltungswille in der Volkskammer war allerdings außerordentlich gering, weil hier mehr oder weniger der kollektive Ausreiseantrag betrieben wurde.

*Patzelt*: Bevor ich das Wort an Herrn Keller, dann an Herrn Apelt weitergebe, muss ich doch eine Bemerkung machen. Jenes Gedicht des Hoffmann von Fallersleben, welches die Überschrift trägt „Lied der Deutschen", hat tatsächlich drei Strophen. Die deutsche Nationalhymne hat seit dem Briefwechsel von Richard von Weizsäcker und Helmut Kohl eine einzige Strophe, und das ist jene, die beginnt „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland". Das wollte ich der Klarheit halber sagen, weil es ab und zu Missverständnisse gibt. – Herr Keller.

*Keller*: Herr Schulz sagt: Wo ist der Elan hin, vom November bis zum März? Das war vielleicht die Chance derer, die die Revolution oder Transformationsprozess oder Wende, ich glaube, ich habe jetzt alle Wünsche bedient, verschlafen hatten. Die SED kam in allen Fragen zu spät. Sie wollte es nicht. Sie wollte es verhindern. Und als es zu spät war, war es nicht mehr zu verhindern. Dann machte die SED die Palastrevolution von oben. Nicht die Mitgliedschaft hat das Politbüro und den Honecker davongejagt, sondern oben wurde die Palastrevolution gemacht. Und da es nur eine ungeglückte Palastrevolution von oben war, wurde dann angefangen, unten zum ersten Mal zu diskutieren und sich zu artikulieren. Aber da man über Jahrzehnte nicht über Programme, Konzeptionen, Vorstellungen, Illusionen, Visionen diskutiert hatte, stand die Mitgliedschaft, egal ob jetzt die zweite oder die dritte Reihe, mit leeren Händen da. Keiner wusste, was zu machen ist. Natürlich war es einfach, zu sagen: „Wir müssen die DDR erhalten." Oder: „Wir müssen die Souveränität verteidigen." Oder: „Wir müssen an die sozialen Fragen denken." Das war alles einfach. Aber wie, das wusste keiner. Vielleicht ist das eine der Antworten auf die Frage, die heute früh gestellt wurde: „Wie hat es denn die PDS geschafft, aus diesem Loch herauszukommen?"

Es beginnt mit der Volkskammer. Die Volkskammer war für die Fraktion der SED-PDS die einmalig große Chance, verlorenes Terrain zurückzuholen. Wenn sie in der Volkskammer gut besteht, wenn sie sich den Fragen stellt und vernünftig mitarbeitet, würde die Frage nach ihrer Existenz nicht mehr so stellbar sein, wie es sie vielleicht am Anfang der Volkskammer noch gewesen ist. Das ist der Elan, der in einigen Bereichen erschöpft war, weil man monatelang auf der Straße gewesen ist. Denn er begann sich in der Parteibasis der SED-PDS erst zu entwickeln. Und, das ist das Verrückte, der Elan war nicht konstruktiv. Der Elan war ausgesprochen nach hinten gerichtet. Wenn wir rausgefahren sind und haben diskutiert, waren die Fragen: „Was wird aus meinen Kindern? Werden die noch studieren können?" „Was wird aus unserer Rente?" „Kann ich meine Kühe behalten?" „Was wird, wenn ich arbeitslos werde?" „Nehmen Sie mir mein Geschäft weg?" Es ging um substanzielle, individuelle, private Fragen. Deshalb kam die SED-PDS generell, obwohl es auch die Rolle der Opposition ist, lieber einmal mehr Nein als Ja zu sagen, in der Volkskammer immer eine Stunde zu spät.

*Apelt*: Mit der Einführung der D-Mark gab es eine ganze Reihe von Umbrüchen, die Wirtschaftsprobleme nahmen zu, täglich wanderten weiterhin 2000 Menschen von Ost nach West, teilweise noch mehr. Das, was man der Bevölkerung abverlangt hat in diesen wenigen Monaten, in denen die Volkskammer arbeitete, war so immens und so existenziell, dass sie zu viel mit sich selbst zu tun hatte, als dass sie den Schwung weiterhin auf die Straße gebracht hätte. Dafür dass sie sich trotzdem auf die Straße brachten und den Unmut gegenüber der Volkskammer auch zeigten, haben wir ja einige Beispiele gehört. Sie brachten sich auch manchmal ganz persönlich ein. Es gab diese schöne Geschichte: In der Volkskammer sagte irgendjemand: „Wir brauchen jetzt insbesondere im Außenministerium, nachdem wir die alten SED-Kader alle rausgeschickt haben,

neue Leute, und jeder, der sich berufen fühlt, könne sich dann beim Außenministerium bewerben, überall werden Botschafter gebraucht und Stellvertreter der Botschafter." Das führte dazu, dass Tausende von Menschen an das Außenministerium Briefe schrieben oder sich vorstellten und sagten: „Wir möchten jetzt hier irgendwie mitarbeiten, weil ja viele Plätze frei geworden sind." Auch noch ein Überbleibsel der Revolution, zu sagen: „Heute war ich noch Melker in der LPG, morgen kann ich vielleicht Botschafter in Washington werden." Ein anderer ist dann vielleicht Parteivorsitzender geworden. Auch das ist ein Stück Revolution, das zeigt, in welcher Situation man insgesamt steckte. Aber man darf in der Tat nicht vergessen, in welch riesigen wirtschaftlichen Problemen auch die gesamte DDR steckte.

Noch etwas zu den Symbolen: Ich hätte mir damals auch gewünscht, wir hätten sehr viel mehr Symbole gerettet. Auch den Namen „Bundesrepublik Deutschland" weiter bestehen zu lassen, fand ich falsch, obgleich ich jemand bin, der nicht eine neue Verfassung verhandeln wollte. Mir hätte es schon gereicht, wenn man einfach auf andere Symbole verwiesen hätte, z.B. „Republik Deutschland" oder irgendwie so etwas, wo die Leute das Gefühl haben, dass sie damit ankommen. Man darf nicht vergessen: Es war für die Ostdeutschen ganz wichtig, denn sie hatten das Ziel, sie wollten in Deutschland ankommen. Und was sie nachher gekriegt haben, war eigentlich nicht das, was sie sich zunächst vorgestellt haben. Sie waren ein bisschen archaisch in ihrem Denken und national gesonnen, und Heimat hatte für sie noch einen ganz anderen Klang, ganz im Gegensatz zu diesen Kosmopoliten auf der anderen Seite von Mauer und Stacheldraht. Was sie dann gekriegt haben, war dann so ein bisschen die seelenlose Schwiegermutter Europa, und die wollten sie nicht. Sie wollten in Deutschland ankommen und wollten am liebsten dieses Deutschland haben und ganz ausgefüllt sehen. Das war eines der Probleme, vor denen wir heute noch stehen.

An der Stelle kann ich einen letzten Satz sagen, wo wir bei den Symbolen sind, wir haben beide, mit Werner Schulz, dafür gestritten, Lothar de Maizière sowieso. Es wird jetzt in Berlin ein Freiheits- und Einheitsdenkmal geben (das wird auch von meiner Gesellschaft betrieben, der Deutschen Gesellschaft, wir versuchen, das zu forcieren), und ich hoffe, dass das in den nächsten Jahren wirklich steht, und dann hoffe ich, dass das Land einen Teil dieser Symbolik wiederbekommt, die dringend notwendig ist und auf die wir 20 Jahre verzichtet haben.

*de Maizière*: Zunächst muss ich zur Frage der Nation sagen: Ich glaube, dass wir damals in dieser Frage nicht vorangekommen sind, lag insbesondere an dem gestörten Verhältnis der Westdeutschen zur Nation. Das war nicht unser, sondern deren Problem. Das Wort „Nation" darf man in Deutschland ja offensichtlich erst seit der Fußball-Weltmeisterschaft wieder in den Mund nehmen, bis dahin war es ein verpöntes Wort. Aber, um noch einmal auf die Ausgangssituation zurückzukommen: Nach dem Fall der Mauer gab es für mich, wenn ich es in der Retrospektive richtig sehe, im Grunde genommen nur drei Denkweisen im Osten Deutschlands. Die einen meinten, es geht um einen erneuerten Sozialismus – Christa Wolf auf dem Alex: „Stellt Euch vor, es kommt Sozialis-

mus und keiner geht mehr weg." Die Zweiten waren die, die an eine neue, erneuerte DDR dachten und hofften: klein, bescheiden, basisdemokratisch, ökologisch, himmlisch gerecht. Nur, wie man so etwas finanziert, war nicht ganz klar. Joachim Gauck hat das vor zehn Jahren einmal gesagt: „Wir träumten das Paradies und wach geworden sind wir in Nordrhein-Westfalen." Ich glaube, dass ein solcher Hoffnungsüberschuss dazu gehört, bevor man bereit ist, unter Einsatz von Freiheit, Gesundheit und Leben auf die Straße zu gehen, und dass man irgendwann von dieser Euphorie auch wieder herunterkommen muss. Und die Dritten waren die, die gesagt haben: „Wir glauben, dass der Weg in die deutsche Einheit der beste Weg zur Lösung unserer Probleme ist, insbesondere auch aus der ökonomischen Situation heraus."

Dass wir uns um solche symbolischen Fragen nicht bemüht haben, ist so nicht zutreffend. Am ersten Tag der Verhandlungen, dass können Sie im Übrigen auch bei Wolfgang Schäuble in seinem Buch „Der Vertrag" nachlesen, habe ich eine ganze Reihe dieser Dinge angesprochen. Erste Frage war: Berlin muss Parlaments- und Regierungssitz werden. Denn mir war völlig klar, dass die europäische Einigung, auch nach Osteuropa getragen, von der Rheinprovinz aus nicht möglich sein wird. Aber ich habe auch gesagt, wir sollten Deutschland ins Adjektiv nehmen, weil es damals viele gab, die Angst hatten, Deutschland würde wieder Hegemonialbestrebungen erwecken. Und ich habe gesagt: „Warum nennen wir den neuen Staat nicht ‚Deutsche Bundesrepublik', und betonen damit das föderale Element?" Ich habe mich sogar verstiegen zu sagen: „Warum sollte man nicht die erste Strophe der Brecht-, der Eislerschen Hymne auf Haydn singen können", zumal das passt.

Es ist historisch wahr, dass damals, als die DDR-Hymne geschaffen wurde, Eisler den Auftrag kriegte, eine Melodie zu schreiben, die notfalls auch kompatibel ist mit Haydn. Auf den Haydn hätte ich nie verzichten wollen. Kein Volk hat eine so schöne Hymne wie den Haydn. Zumal ich dafür war, die erste Strophe der Nationalhymne der DDR als weitere Strophe zu singen. Ich habe gesagt: Die DDR-Bürger haben sich im Herbst '89 ihre Hymne wiedererobert, seit '68 hatten wir ja nur eine Hymne zum Summen oder für Blasorchester, aber ohne Text. Und dieses „Deutschland, einig Vaterland" war eben auch eine Wiedergewinnung dieser Hymne. Gut, die entscheidende Frage war bei den Verhandlungen, das müssen wir schon ganz klar einräumen: Die einen waren der Meinung, wir kommen mit einem rundum funktionierenden System und ihr kommt mit dem Scherbenhaufen. Das macht die Verhandlungsposition nicht gerade leicht, um es einmal so zu sagen. Und gemessen daran haben wir schon eine ganze Menge durchgesetzt.

*Schulz*: Ich will auf die Hauptstadtfrage zurückkommen. Klar, die Verhandlungsmacht Ihrer Regierung war gering. Ökonomisch, was hätte man da bieten können, obwohl sich ja einige über die Treuhand Milliarden ausgerechnet haben, was da drin sein könnte, auch Rohwedder. Es war auch eine interessante Sache, dass in der Volkskammer Leute sprechen durften, die nicht Mitglied des Parlaments waren. Das ist eine Besonderheit. Der Bundestag grenzt das sehr ab. Da darf allenfalls einmal der höchst ehrenwerte Wladimir Putin sprechen oder

so jemand. Aber ansonsten darf niemand hinein. Hier hat Rohwedder gesprochen, und er sagte: „Dieser Salat # ist 700 Milliarden wert", oder so etwas. In der Hauptstadtfrage hat das gesamtdeutsche Parlament übrigens dann nur mit den Stimmen der PDS und „Bündnis 90" entschieden, dass es zu Berlin gekommen ist. Das hätte enorme Verwerfungen geben können. Wenn es bei Bonn geblieben wäre, wäre das eine Düpierung des Ostens geworden. Warum war das nicht durchsetzbar in diesem Vertrag?

*Meckel*: Ich vermute, das ist auch sinnvoll, weil diese Frage, was konnte man durchsetzen oder nicht, eine wirklich spannende Frage ist, denn wir waren keine Regierung, die wiedergewählt werden wollte. Die Frage ist: Wer hat am Ende entschieden, und nach welchem Prozess wurde entschieden, dass man sagt: Wir geben die Position auf, weil sie nicht durchsetzbar ist. Das finde ich eine sehr wichtige Frage. Da wäre auch mein Vorwurf, da gab es offensichtlich, und dazu gehört die Hauptstadt-Frage, keinen gemeinsamen Prozess. In der Koalitionsvereinbarung wurde gesagt, dass strittige Fragen in Koalitionsgesprächen entschieden werden. Ich kann mich aber nicht erinnern, dass wir in einem Koalitionsgespräch festgelegt hätten, dass wir diese Position aufgeben, z.B. die Hauptstadt-Frage. Das betrifft auch andere Fragen. Die Eigentumsfrage, das war schon sehr früh. Da ist dann die Frage (mit der Erklärung vom 15. Juni war das, glaube ich): An welcher Stelle glaubt man, Ja sagen zu müssen, obwohl erst einmal der Widerstand stark ist und zum anderen wir vielleicht doch noch manche Chance gehabt hätten.

Uns wurde zwar immer gesagt: „Das kriegt man im Bundestag nie durch." Aber wenn wir in den Verhandlungen gesagt hätten, dass das mit hineingehört, dann hätte ich den Bundestag sehen wollen, der einen Einigungsvertrag mit Berlin mit Nein beantwortet hätte. Schlichtweg nicht vorstellbar. Ich behaupte, auch beim Bundesrat, dem Bundesrat im Jahr 1990. Das hätte ich erleben wollen, dass ein Einheitsvertrag an dieser Stelle scheitert und damit die deutsche Einheit. Deshalb, muss ich gestehen, habe ich schon an manchen Stellen die Frage, ob wir unsere Verhandlungsmacht – zwar als kleiner Partner – durch eine klarere Geschlossenheit und eine bessere Entscheidungsvermittlung hätten stärker machen können. Da habe ich an vielen Stellen Zweifel. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist die Frage der Fülle der Gesetze. Hier wurde das beschrieben als Frage des Fleißes. Man kann natürlich auch sagen, es ist eine Dimension der Fahrlässigkeit. Auch das dürfen wir nicht vergessen. Ich habe das organisiert für die SPD, innerhalb des Ministerrates, dass man überhaupt zu Beschlüssen fähig ist, die über das eigene Ressort hinausgehen. Das heißt, wir haben es organisiert, dass z.B. jeden Montag zu uns Juristen kamen, die die Gesetze durchsahen, um uns dann noch einmal mit den SPD-Ministern zu beraten, was oft nicht geklappt hat und natürlich mit den Persönlichkeiten wie Romberg und Regine Hildebrandt dann auch oft nicht so einfach war. Aber ich will einfach das Procedere deutlich machen, über Dinge zu entscheiden, bei denen nicht wirklich ein Überblick da ist, wo man noch nicht einmal darauf vertrauen kann, dass die Fachleute, die es gemacht haben, den haben, wie man

sonst ja auch in der Politik in der Fraktion darauf vertraut, dass die Fachleute der eigenen Fraktion das wenigstens ordentlich gemacht haben. Dies Vertrauen konnte man nicht haben. Ich glaube, dass ein hohes Maß an Fahrlässigkeit dabei war. Das will ich an dieser Stelle sagen, um nicht den Eindruck von der hehren Volkskammer, die so wahnsinnig toll ist und viel getan hat, zu bestätigen.

Und der letzte Punkt, der dann schon hinüberreicht in die nächste Diskussion, ist die Frage des Rückblicks auf diese Zeit. Ich muss gestehen, Dr. de Maizière und ich selber haben uns darum bemüht, den Status dieser letzten Regierung bei der Bundesregierung zum Thema zu machen. Was jetzt herausgekommen ist, ist die Entscheidung, dass man uns als Ministern eine sogenannte Ehrenpension gibt – und dann noch absurderweise den gleichen Titel benutzt, den die kommunistischen Opfer bekommen haben. Wir brauchen als Minister oder Ministerpräsident dieser Zeit keine Ehrenpension. Es geht darum, oder es wäre sinnvollerweise darum gegangen, diese Zeit der DDR, die eine demokratische Zeit des Nachkriegsdeutschland war, einzuordnen in die demokratische Nachkriegsgeschichte Deutschlands, und damit auch rechtlich einzuordnen.

*Patzelt*: So, jetzt muss Herr de Maizière noch eine Frage beantworten. Und Sie alle müssen sich noch eine kurze Schlussbemerkung in Antwort auf folgende Frage überlegen und dann vortragen. Wenn wir an die Frankfurter Paulskirchen-Versammlung denken, dann lernen wir daraus, dass Professoren nicht zu lang über allzu Tiefgründiges reden sollen, wenn sie keine Revolution versemmeln wollen. Wenn wir auf den Reichstag der Weimarer Republik gucken, dann merken wir, dass Abgeordnete dafür sorgen sollen, dass ein Parlament handlungsfähig und in der Lage bleibt, mit Disziplin eine Regierung zu tragen. Was lehrt uns die Geschichte der Volkskammer?

*de Maizière*: Ich glaube, dass die letzte DDR-Regierung bis zum 2. Oktober im Wesentlichen handlungsfähig geblieben ist. Und das dankt sie auch der Volkskammer, die selbst nach dem Zerbrechen der Koalition alle wesentlichen Entscheidungen mitgetragen hat, denn der Einigungsvertrag ist von der SPD-Fraktion mitgetragen worden und auch die Entscheidung vom 22. August ist mitgetragen worden nach dem Ende der Koalition. Aber ich muss noch einmal die Frage aufgreifen, wo wir uns durchsetzen konnten oder nicht. Im Sommer 1990 fanden in Niedersachsen Wahlen statt, damals verlor Albrecht die Wahl und Niedersachsen wurde sozialdemokratisch. Damit war die Unionsmehrheit im Bundesrat gebrochen. Daraufhin war klar: Wir müssen die Länder in den Prozess der Aushandlung des Einigungsvertrages einbeziehen. Für die SPD-regierten Länder war federführend Herr Clement, und für die schwarzen Länder war Graf Waldenfels da. Und ich kann Ihnen sagen: Die beiden waren sich immer völlig einig, wenn es darum ging, ihre föderalen separaten Interessen zu wahren. Und als es um die Frage Berlin, Hauptstadt oder nicht, ging, hat Clement wörtlich zu mir gesagt: „Wenn Sie das in den Vertrag reinschreiben, können Sie auf die Stimmen von Nordrhein-Westfalen und Bayern im Bundesrat verzichten. Dann gehen Sie ungeregelt in die deutsche Einheit.“ Zumal gerade aus der Fraktion, der Sie [Markus Meckel] angehörten, von Oskar Lafontaine kam: „Dann machen wir eben ein schlankes Überleitungsgesetz. Wir brauchen

gar keinen Einigungsvertrag." Das war nämlich die andere Position, die vertreten wurde.

*Patzelt*: Lassen wir jetzt einmal diese Frage ruhen. Sie beantworten noch die Frage, was wir denn in erster Linie aus der Geschichte der Volkskammer für den deutschen Parlamentarismus lernen.

*Meckel*: Dass Lebendigkeit zwar gut ist, aber dass Seriosität wichtiger ist.

*Patzelt*: Was meinen Sie, was wir daraus lernen?

*Keller*: Nicht mit dem Rücken zur Wand und dem Gesicht in die Fernsehkamera, sondern mit dem Gesicht zum Volk.

*Schulz*: Konstruktive Zusammenarbeit. Der Antrag auf Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, in der Nacht vom 22. zum 23., hatte ja den Fehler, dass dort formuliert war: „Hiermit erklärt die Volkskammer den Beitritt zum Grundgesetz." Darauf hat Gregor Gysi die Einfügung gemacht: „Erklärt die Volkskammer den Beitritt der DDR", sonst wäre nur die Volkskammer allein dem Grundgesetz beigetreten. Man hat sich gegenseitig geholfen. Das wäre in der Politik manchmal ganz wichtig.

*Apelt*: Nicht immer Parteipolitik führt zum Ziel.

*Patzelt*: Das ist ein schönes, wenn auch politikwissenschaftlich nicht ganz unbedenkliches Schlusswort. Wir können eigentlich nur mit einem Großen des Showbusiness sagen: „Der Vorhang sinkt. Man schweigt – nicht allzu betroffen. Es sind aber noch sehr viele Fragen offen".

# VII. Die Bedeutung der Friedlichen Revolution für die Bundesrepublik Deutschland

*„Haus der Demokratie": Neun oppositionellen Parteien und Gruppierungen werden von der SED-PDS vom 15. Januar 1990 an insgesamt 56 Räume im Haus des ehemaligen Kreisvorstands der SED Ecke Friedrichstraße/Behrenstraße zur Verfügung gestellt.*
*Foto: Klaus Franke, Januar 1990, Bundesarchiv 183-1990-0108-022*

*Podiumsdiskussion*

# Die Bedeutung der Friedlichen Revolution für die politische Kultur des vereinigten Deutschlands

*Moderation: Ilko-Sascha Kowalczuk*

*Kowalczuk*: „Zur Bedeutung der Friedlichen Revolution für die politische Kultur des vereinigten Deutschlands" heißt unsere Abschluss-Podiumsdiskussion. Wir haben in den letzten zwei Tagen eine ganze Reihe erhellender Vorträge und Statements gehört. Wir haben uns mit der Krise in der DDR beschäftigt, mit der Formierung der neuen Bürgerbewegungen, mit den Reaktionen der alten Machthabenden, der SED und den Blockparteien. Wir haben uns über den Runden Tisch verständigt und nicht zuletzt auch über die Arbeit der Volkskammer. Am Ende steht schließlich die berühmte Frage: Was bleibt? Welche Wirkungen hatten diese ganzen Prozesse, nicht nur auf der staatspolitischen, sondern auch auf der kulturellen und mentalen Ebene für das vereinigte Deutschland? Was wirkt bis zum heutigen Tage fort? Was sollte fortwirken? Warum müssen wir uns, sollten wir uns mit diesen Prozessen, mit dieser Geschichte beschäftigen? – Wir haben uns zunächst darauf verständigt, dass jeder der vier Podiumsteilnehmer bzw. die Podiumsteilnehmerin zunächst ein kleines Eingangsstatement vortragen wird. Zunächst beginnt Herr Professor Isensee, bitte.

*Isensee*: Die Bedeutung der Friedlichen Revolution für das ganze Deutschland liegt so offen zu Tage, so offen, dass die meisten sie übersehen. Sie hat die deutsche Frage beantwortet, und das in einem guten Sinn. Der glückliche Verlauf wurde ermöglicht durch eine günstige Konstellation der Weltpolitik. Doch die Gunst der Stunde wurde auch genutzt. Die entscheidende Tat war der Aufstand auf dem Boden der DDR gegen den totalitären SED-Staat. Die Opponenten in der DDR setzten die Entwicklung in Gang, die das sozialistische System stürzte, zum Aufbau einer freiheitlichen Demokratie führte, die deutsche Einheit herstellte, mit ihr das Ende des Vier-Mächte-Regimes und die Wiedererlangung der Souveränität für Gesamtdeutschland. Die Friedliche Revolution in der DDR hat einen Unruheherd im Herzen Europas beseitigt und den Weg zu einer Neukonzeption Europas gebahnt. Sie hat ein Stück europäischer Geschichte gestaltet, und das nachhaltig. Die epochale Bedeutung überstieg die Vorstellungen der Akteure auf den Straßen von Leipzig, Dresden, Berlin. Ihr Erfolg war nicht allein Verdienst, sondern auch Fortune. Es heißt schon im „Faust": „Wie sich Verdienst und Glück verketten, das geht dem Toren niemals ein."

Dennoch: das Verdienst bleibt und darf nicht bagatellisiert werden. Die linke Sprachregelung, dass es sich um eine bloße „Wende" gehandelt habe, verkleinert Verdienst wie Wirkung. In Wahrheit war es eine echte Revolution, die Deutsche Revolution von 1989, zweihundert Jahre nach der Französischen. Sie

hat dem deutschen Namen neuen Glanz gegeben. Die freiheitliche Demokratie erhob sich, ohne die Umstände einer militärischen Niederlage, ohne Oktroi auswärtiger Siegermächte, ohne Blutvergießen. Der unblutige, gesittete Verlauf widerspricht nicht dem Charakter einer Revolution. Staatsrechtlich bedeutet die Revolution die Auswechslung der Legitimationsgrundlagen des Staates gegen den Willen der bisherigen Machthaber. Das eben geschah. Die Revolutionäre in Leipzig, Dresden, Berlin und wo auch immer waren Treuhänder gesamtdeutscher Identität und Wahrer bester Verfassungstradition.

Es war eine erfolgreiche Revolution. Die Deutschen in Ost und West hatten aus der gescheiterten Revolution von 1848 gelernt, dass man die günstige Gelegenheit, um die staatliche Einheit zu erlangen, rasch ergreifen muss und nicht, wie vormals in gelehrten Diskursen über die bestmögliche Verfassung, die einmalige Chance zur Einheit verstreichen lassen darf, so dass der Verfassungsentwurf zu Archivmaterial gerät.

Es war eine pragmatische Revolution. Die hohen Ideale und die großen Hoffnungen des Anfangs mündeten ein in die praktische Entscheidung des Beitritts zur Bundesrepublik und zur Übernahme des Grundgesetzes. Die Revolution suchte die Freiheit nicht „im Reich der Träume", wo sie nach Schiller für die Deutschen wohnt, sondern in der Wirklichkeit des Verfassungsstaates. Die Revolution griff nicht aus nach der absoluten Gerechtigkeit, worüber heute noch mancher klagt. Vielmehr begnügt sie sich mit der Grundentscheidung für die freiheitliche Demokratie, in der alle Bürger mitwirken können, die Gerechtigkeitsfragen zu beantworten, und die Mehrheit auf Zeit Entscheidungen trifft, die weiterhin diskutabel bleiben.

Es war auch eine glimpfliche Revolution. Die Inhaber des gestürzten Regimes kamen ungeschoren davon – ohne Guillotine, ohne Nacht der langen Messer. Die Opfer des SED-Regimes rächten sich nicht an ihren Unterdrückern. Der nunmehrige Rechtsstaat, ohnehin schlecht gerüstet, rechtliche Sanktionen nach politischen Systembrüchen zu treffen, erwies sich als gnädig. Ihre Feinde aber erwiesen sich als überaus klug. Als die alte Nomenklatura ihr Ende absehen konnte, gelang ihr ein überaus kluger Schachzug, um die eigene Haut zu retten: alle Aggressionen auf die Stasi zu konzentrieren und so von der Partei, deren Schild und Schwert die Stasi doch nur gewesen war, abzulenken. Die Partei hat überlebt und sich konsolidiert. Sie bringt das Parteiensystem des Westens nachhaltig durcheinander und nimmt die SPD in die Zange, aus der sie sich möglicherweise nie wird befreien können.

Ein anderer, posthumer Erfolg der SED: Sie hat den antitotalitären Konsens der frühen Bundesrepublik, der sich gleichermaßen gegen den Totalitarismus von Rechts wie von Links wandte, verdrängt durch den Antifaschismus, wie er in der DDR Staatsideologie war: dass es nur ein einziges Feindbild gebe, das rechte, und dass sich die linken wie die bürgerlichen Kräfte sammeln müssten, um dagegen anzukämpfen. Es gibt keinen Linksextremismus mehr. Das kommunistische Tabu ist gefallen. Das NS-Tabu bleibt.

Die glimpfliche Revolution hat den reaktionären und restaurativen Kräften der Linken volle Freiheit belassen, auch die Freiheit, die DDR-Vergangenheit zu verklären, ihr Unrecht zu vertuschen, Unzufriedenheit zu schüren und den

Jammer-Wettbewerb zwischen Ost und West zu entfachen, hier mehr Arroganz, dort mehr Larmoyanz : Deutschland einig Jammertal. Gegen dieses Übel aber ist ein Kraut gewachsen: die Pflege des historischen Gedächtnisses. Die Erinnerung an die Revolution von 1989 hilft gegen die Störungen der politischen Psyche der Deutschen.

*U. Poppe*: Mit den Revolutionen im Ostblock ist ein Jahrhundert der Diktaturen in Europa zu Ende gegangen, ein Jahrhundert der Diktaturen und der Kriege und auch der Gefahr eines weiteren Weltkrieges, die damit zunächst gebannt ist, was nicht heißt, dass es nicht weiterhin Kriege geben wird. Und der Weg in ein friedliches Europa ist geöffnet worden. Für Deutschland gewinnen wir mit dieser Revolution einen Bestandteil für unsere Freiheitstradition, und Deutschland ist ja nicht gerade reich an Freiheitstraditionen, wenn wir uns unsere Geschichte angucken. Die Freiheit ist nicht wie ein Wetter hereingebrochen, die Freiheit ist nicht wie ein Wunder über uns gekommen und ist uns auch nicht vom Westen geschenkt worden, sondern diese Freiheit ist errungen worden durch Massenprotest und auch durch die Organisationen und die Vereinigungen, die dieser Bewegung und diesem Protest eine Richtung gegeben haben. Das ist das Besondere und Einzigartige an dieser Revolution. Es war ein gewaltiger Lernprozess. Der Bundesrepublik ist diese Freiheit sozusagen im Nachkriegsdeutschland geschenkt worden und sie haben sie allmählich selbst eingeübt, während wir sie in der DDR gegen die Diktatur Stück für Stück errungen haben.

Dieser Prozess war ein gewaltiger Lernprozess, der Fehler und Irrtümer einschließt. Heute und gestern war viel von Fehlern und Irrtümern die Rede. Ein jeder solcher Prozess kann nicht gefeit davor sein, und aus Fehlern und Irrtümern kann man lernen. Aber eine Demokratie, die errungen wird, glaube ich, hat eine größere Chance zur Beständigkeit, wenn denn die Lernerfahrungen auch in Gesamtdeutschland fruchtbar werden. Deshalb ist es wichtig, dieses Thema immer wieder öffentlich aufzugreifen und auch in der Bundesrepublik, also im Westen die Leute an diesen Erfahrungen teilhaben zu lassen und die nachfolgenden Generationen in diesen Prozess einzubeziehen. Es gibt aber auch Lehren, die wir aus der Oppositionszeit und aus der Revolution ziehen können. Eine der wichtigsten ist für mich eine Lehre für die Außenpolitik, und zwar in Bezug auf das Verhältnis von Demokratien zu Diktaturen. So wichtig die Entspannungspolitik war und Freiräume schaffte, auch für oppositionelles Handeln, so gab es doch eine menschenrechtliche Enthaltsamkeit, die für die Opposition oft Anlass war, diese Entspannungspolitik zu kritisieren. Ich glaube, man kann davon ausgehen, dass es in jeder Diktatur Kräfte, Gegenkräfte gibt, die etwas anderes wollen und die eine demokratische Ordnung wünschen. Nicht immer sind sie sichtbar. Wenn ich z.B. nach Nord-Korea gucke, dann wissen wir nicht, was es dort gibt. Ich bin aber ziemlich sicher, dass es solche Kräfte gibt. Und im Kontakt von Demokratien zu solchen Diktaturen muss das immer bedacht werden, dass man die diplomatische Ebene, die guten Beziehungen, die jetzt z.B. zwischen Nord- und Süd-Korea angestrebt werden, nicht auf Kosten solcher möglicherweise existierenden oppositionellen Kräfte macht, dass man

immer mit einbezieht, dass es darauf ankommt, in dem Land selbst, in einer Diktatur selbst die Kräfte zu stärken.

Dabei spielt Information übrigens eine ganz wichtige Rolle, das haben wir ja am eigenen Leibe gemerkt, wie wichtig es war, dass wir von Korrespondenten Informationen bekamen, aber dass Korrespondenten auch über uns berichtet haben, also über die Oppositionellen. Das war gleichzeitig ein Schutz und es hatte eine mobilisierende Wirkung, denken wir an die Bilder von Demonstrationen in Leipzig, am 9. Oktober. Die Tatsache, dass diese Bilder, diese Filmaufnahmen von den Demonstrationen noch am gleichen Abend überall im Fernsehen zu sehen waren, hatte auch für die DDR selbst eine unglaublich mobilisierende Wirkung. Das sollten wir zum Anlass nehmen, darüber nachzudenken, wie wir unser Verhältnis zu den noch bestehenden Diktaturen heute gestalten und wie wir dort die eigenen oppositionellen Kräfte unterstützen können.

Eine zweite Lehre würde ich jetzt zu formulieren versuchen: Stellen Sie sich vor, 1987 hätte ein Forscher eines Zukunftsinstituts eine Studie beantragt über den Übergang von einem Staatssozialismus in eine private kapitalistische Ordnung, oder konkret: Wie würde man einen Übergang gestalten können, sowohl wirtschaftlich als auch rechtlich und strukturell, wenn es denn dazu käme, was wir uns ja alle wünschen, wenn der Ostblock sich demokratisieren würde, wenn die Diktatur zu Ende geht? Ich glaube, niemand hatte so ein Konzept in der Schublade. Einer, der so etwas geplant hätte, hätte womöglich als Kalter Krieger gegolten, als Entspannungsfeind, als Friedensfeind vielleicht sogar. Wir sollten grundsätzlich Prognosen zulassen und nicht gleich als unzulässige Utopie oder Vision abqualifizieren, obwohl wir ja auch schlechte Erfahrungen gemacht haben mit Utopien. Aber wenn es eine Prognose ist, die über das hinausgeht, dass man die Gegenwart nur hochrechnet, sondern bestimmte Zukunftskonstellationen, politische Konstellationen, einfach in das Denken mit einbezieht und sich entsprechend vorbereitet, dann kann das durchaus sinnvoll sein. Und ich wünschte mir, dass wir in der gegenwärtigen Politik auch über die nächste Legislaturperiode hinaus denken und uns überlegen, wie die künftige politische Konstellation aussehen könnte, wenn es denn zum Zusammenbruch bestimmter Ordnungen kommt. Man hätte durchaus voraussehen können, dass irgendwann das Sowjetreich auseinanderbricht und dass es dann zu ethnischen Konflikten kommt. Man hätte auch voraussehen können, zumal alle wussten, dass Tito diesen föderalen Staat Jugoslawien mit eiserner Hand zusammenhielt, dass es zu Konflikten kommen kann, wenn Jugoslawien auseinanderfällt. Aber offenbar war niemand vorbereitet. Und wenn es entsprechende Studien gegeben hat, so sind sie wohl in der Politik nie angekommen. Darüber könnten wir auch heute noch nachdenken.

*Ritter*: Ja, Sie werden verstehen oder akzeptieren müssen, dass ich zunächst als Historiker dazu spreche. Und dabei möchte ich das unterstreichen, was von Herrn Isensee und Frau Poppe gesagt worden ist, und es noch etwas weiter ausführen. Es ist noch nicht klar in unserem Bewusstsein, dass es sich bei der Entwicklung 1989/91 – ich nehme also die Überwindung der Spaltung Europas

und die Auflösung der Sowjetunion hinzu – um eine weltgeschichtliche Zäsur handelt, die nach meiner Meinung an Bedeutung der der Französischen Revolution, also der vor 200 Jahren, gleichkommt. Das ist meines Erachtens bisher nicht ins Bewusstsein gedrungen, schon gar nicht in die Forschung meiner Kollegen. Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, und da schließe ich mich ganz an: Der Begriff „Friedliche Revolution" ist wichtig, weil er zum Ausdruck bringt, dass es sich um eine Selbstbefreiung der Ostdeutschen gehandelt hat und nicht bloß um eine Wende, die von irgendjemand verfügt worden ist. Deshalb muss man meines Erachtens auf diesem Begriff bestehen. Er ist einfach in diesem Zusammenhang ganz entscheidend und ganz wichtig. Und dem, was ich eben gesagt habe, möchte ich hinzufügen: Ich bin keiner der Historiker, der glaubt, dass Geschichte in Erinnerungskultur aufgeht. Das geht mir manchmal zu weit. Aber in diesem konkreten Fall bin ich der Meinung, dass es allerhöchste Zeit ist, dass dieses Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin zur Erinnerung an die Revolution 1989/90, von dem ja erst seit ein, zwei Jahren wirklich intensiv die Rede ist, einige haben es vorher gesagt, nun endlich geschaffen wird, wenn es geht ein weiteres in Leipzig. Wir haben unendliche Denkmäler und Erinnerungsorte in jeder Hinsicht, warum nicht zu diesem so grundlegend weltgeschichtlichen Ereignis. Und ich habe auch einen Vorschlag gemacht, was darauf stehen sollte, und zwar: „Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk." Die weitere Gestaltung müssen dann andere übernehmen.

Einen weiteren Punkt in Anknüpfung an das, was Frau Poppe zum Schluss sagte: Für mich als Historiker ist das ein Urereignis gewesen, das im Grunde genommen, ja, ich will nicht sagen: mein Weltbild verändert hat, aber ganz entscheidend die Akzente verschoben hat. Man hat noch einmal gesehen, wie offen Geschichte ist, wie unerwartet die Dinge sind, die da kommen können. Keiner oder wenige haben es, und ich glaube nicht recht daran, wirklich vorhergesehen. Aber wir lernen daraus, wie wichtig solche Dinge werden können, wie offen die Zukunft ist. Ich selbst habe daraus gelernt, dass bei aller Bedeutung, die Strukturen haben, die langwierige Prozesse haben, die Ereignisse, die Kontingenz, auch Zufälle, auch Personen eine ganz wesentliche Rolle spielen, die viele meiner Kollegen lange unterschätzt haben und wo sich meines Erachtens aufgrund dieses Beispiels die Haltung ändern muss.

Es ist gefragt worden, was sich in der politischen Kultur verändert hat. Dazu wäre sehr viel zu sagen. Ich möchte nicht zu lang werden, aber an einem Punkt anknüpfen, den Herr Isensee in einem Stichwort angedeutet hat: Das Parteiensystem hat sich verändert, und zwar nicht sofort im großen Umfang, aber es hat lange Zeit ja bekanntlich ein Drei-Parteien-System in den Neuen Bundesländern gegeben, nämlich ohne „Grüne" und ohne FDP, in den Landtagen, mit ganz wenigen Ausnahmen, und ein Vier-Parteien-System in der sogenannten alten Bundesrepublik. Jetzt haben wir offenbar ein Parteiensystem, das mehr oder minder ein Fünf-Parteien-System in jedem der Länder beinhaltet. Ich glaube, dass das ganz ungeheure Probleme aufwirft für die Zukunft und auch unsere Institutionen verändert werden müssen. Ich habe mit Freude – Sie werden wahrscheinlich anderer Meinung sein – vor zwei Tagen gelesen, dass Herr Schäuble sagt, dass der Abstimmungsmodus im Bundesrat verändert werden

muss, nämlich das nur echte Stimmen zählen als Ja oder Nein und Enthaltungen nicht mehr faktisch als Nein-Stimmen. Ich habe diesen Vorschlag 2004 sehr nachdrücklich gemacht, er ist nirgends diskutiert worden, also ohne Rücksicht auf konkret anliegende Gesetzesvorhaben, die man vielleicht durchbringt oder nicht. Ich sehe nicht, wie man die Gefahren der Stagnation überwinden kann und Regierungsfähigkeit erhalten kann in einem System, in dem selbst bei großen Koalitionen, die wir ja uns alle nicht wünschen als Dauerzustand, man in Zukunft kaum noch sicher sein kann, dass im Bundesrat Mehrheiten eintreten. Wir wissen um die Praxis der Festschreibung der Stimmenthaltung in allen Koalitionsverträgen, wenn irgendeiner der Partner einer Koalitionsregierung einem Gesetzentwurf nicht zustimmt. Wir werden sehr bald Abstimmungen haben, sie sind jetzt schon ganz ganz knapp an der Grenze, wo die Enthaltungen mehr sind als die abgegebenen Stimmen, seien sie Ja oder Nein. Das als ein Beispiel, wie sich politische Kultur verändert hat. Das geht nun sehr ins Detail. Aber ich glaube, man sollte auch diese Frage aufgreifen: Wir sollten langfristiger argumentieren und denken. Wir haben jetzt statt 11 Landtagswahlen, die mehr oder minder groß von bundespolitischen Fragen bestimmt werden, 16 Landtagswahlen. Ich spreche schon gar nicht von Kommunalwahlen. Das heißt, die Kurzatmigkeit der Politik, der Verzicht auf langfristige Konzepte, wie wir gerade auch in der Sozialpolitik immer wieder bemerken, die Gefahr der Kurzatmigkeit wird erheblich verstärkt, wenn wir nicht Gegenmaßnahmen dagegen ergreifen, auch in Änderungen des Verhaltens.

*Schröder*: Der erste Punkt, den ich mir notiert habe, ist genau der, den, ich glaube, jetzt fast alle angesprochen haben: Es heißt „Wende" zu Unrecht. „Friedliche Revolution" ist ein sehr langer Ausdruck. Ich könnte aber dem Ausdruck „Herbstrevolution" noch die Chance zubilligen, dass er sich vielleicht doch noch durchsetzt. Das ist kurz und griffig. Jeder weiß dann, was gemeint ist.

Der zweite Punkt, den ich nennen möchte, ist: Der 9. November verdeckt den 9. Oktober immer noch, vor allen Dingen in westdeutscher Sicht. Da herrscht die Vorstellung vor, die mit dem Erleben konvergiert: Das Überraschende war, als die Trabis kamen. Aber dass die Trabis kamen, hatte natürlich eine Vorgeschichte, die nicht ebenso ins gesamtdeutsche Bewusstsein eingegangen ist.

Der dritte Punkt, den ich hervorheben möchte, ist: Die Erfahrungen des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft verdecken im Osten die Erfahrungen der Herbstrevolution, bei vielen. Was mich besonders ärgert, ist die Ungerechtigkeit der Zuschreibung, als hätte die Treuhand die Wirtschaft ruiniert. Man fragt sich, wer dann die polnische, tschechische und russische Wirtschaft ruiniert hat. Denn da war es ja offenbar keine Treuhand. Dass das so wenige sehen – ich gebe mir Mühe, das geltend zu machen. Zunehmend kriegt man wesentlich mehr allzu laute Proteste, wenn man sagt: Die Privatisierung, die Arbeit der Treuhand hat nicht die Wirtschaft ruiniert, sondern war ein, zugestanden harter, Offenbarungseid über die tatsächliche Leistungskraft der DDR-Wirtschaft unter weltwirtschaftlichen Bedingungen. Ich will aber auch noch einschränkend

sagen, dass den Minderwertigkeitskomplex, den viele Ostdeutsche speziell damit verbinden, die Ostdeutschen in die Einheit schon mitgebracht haben. Er ist nicht erst etwa durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch entstanden. Sie haben ihn mitgebracht. Sie haben z.B. die Erfahrung gehabt, wenn sie an der Schwarzmeerküste in Bulgarien den Unterschied gesehen haben zwischen den Neckermann-Reisen aus dem Westen und ihren eigenen Urlaubsbedingungen. Er ist nicht einfach nur, nach meiner Überzeugung, durch den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft entstanden.

Der vierte Punkt bezieht sich auf das prekäre Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Man kann sie ja offenbar nicht gleichzeitig beide maximieren. Am sichersten lebt man, jedenfalls für Leib und Leben, vielleicht sogar im Gefängnis, ich weiß es nicht so genau. Man kann jedenfalls nur ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit anstreben. Und die Menschen sind offenbar so beschaffen, dass sie das von den beiden, das sie am wenigsten haben, am meisten ersehnen. So hat man eben zu DDR-Zeiten die Freiheit, namentlich die Reisefreiheit, ersehnt. Und heute gibt es viele, die einen Mangel an Sicherheit beklagen. Das ist ein Teil und eine Quelle der DDR-Nostalgie, man kann das wohl gar nicht anders sehen. Das prekäre Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit wiederholt sich eben nochmals zwischen Innovation und Veränderung, das möchten auch viele erleben. Viele möchten, dass vieles sich verbessert, aber gleichzeitig ist auf der anderen Seite der Wunsch nach überschaubaren und vertrauten Verhältnissen, und insofern möchte man wiederum, dass alles so bleibt, wie es ist. Das ist eine mit der Natur des Menschen gegebene Spannung, die immer nur so oder so aufgelöst werden kann. Im Osten dominiert das Gefühl eines Mangels an Sicherheit, und die Folge davon ist, dass sie zu dem und dem und dem sagen: „So was gab es in der DDR nicht." Und wenn das die jungen Leute hören, bekommen sie den Eindruck, die DDR muss ein wahres Paradies gewesen sein, was dann aber zum Rätsel macht, warum sie dann massenhaft abgehauen und 1989 auf die Straße gegangen sind, wenn es alles so schön war.

Fünfter Punkt: Wir haben uns, das finde ich ja nun erfreulich, nach und nach doch tatsächlich an das Wort „Deutschland" gewöhnt, ohne zu ächzen. Im Jahre 1990 und '91 bin ich relativ oft, mindestens vier-, fünfmal zu Veranstaltungen eingeladen worden, die die deutsche Einheit zum Thema hatten. Und jedes Mal wurde doch das arme Heine-Zitat bemüht „Denk ich an Deutschland in der Nacht ...", jeder weiß, wie es weitergeht: „da bin ich um den Schlaf gebracht". Allerdings weiß ich nicht, wie viele das Gedicht im Ganzen gelesen haben, da steht nämlich „An Deutschland dächt ich nicht so sehr, wenn nicht die Mutter dorten wär. Das Vaterland wird nicht verderben, jedoch die alte Frau könnt sterben." Dieser Mythos, dass einen das Wort „Deutschland" um die Nachtruhe bringen müsse, hat in einem solchen Maße die Diskussionen bestimmt. Wir sollten natürlich alle nicht an die kranke Frau denken, Heines Mutter, sondern an Auschwitz, das ist völlig klar. Insofern kann man sagen, wir haben uns ein bisschen daran gewöhnt, dass man, wenn man „Deutschland" sagt, nicht zuerst und nur an Auschwitz denken muss. Das finde ich einen Fortschritt. Als die Bundespost privatisiert wurde, hat es tatsächlich im Bundesrat

eine Diskussion darüber gegeben, ob man wirklich jetzt auf die Briefmarken „Deutschland" schreiben darf, vorher hieß es ja „Deutsche Bundespost". Nach einer nicht so langen Aussprache hat man es hingenommen, dass auf den Briefmarken „Deutschland" stehen darf. Das ist immerhin ein gewisser Erfolg.

Die deutsche Einheit, will ich sechstens sagen, ist nach internationalen oder auch innereuropäischen Maßstäben deshalb gelungen, weil es in Deutschland keine separatistischen Tendenzen gibt. Das ist in meinen Augen der harte Maßstab, den man anlegen muss. Wenn man Deutschland mit Belgien oder auch Spanien vergleicht, muss man sagen, dort gibt es sie und bei uns gibt es sie nicht. Wir zanken uns bloß, aber keiner will ausziehen. Und außerdem: Die viel besprochene Einheit, von der immer gefragt wird, wann sie vollendet sei – na, wissen Sie, wann ist denn z.B. eine Ehe vollendet? Na, spätestens, wenn sie beide im Grab sind; wenn sie beide im Grab sind, sagt man: Das war eine schöne Ehe, die sie geführt haben. Da sie jetzt tot sind, können sie diese Feststellung auch nicht mehr widerlegen. – Also, lassen wir das mit der Vollendung der deutschen Einheit.

Mein siebenter Punkt ist jetzt schon reichlich besprochen worden: Die Parteienlandschaft hat sich tiefgreifend verändert. Ich stimme Ihnen auch zu, dass in der Tat diese antifaschistische Terminologie und der antifaschistische Konsens auch im Osten eine große Attraktivität haben und man kann sagen, dass in der Tat, im Osten jedenfalls, das Wort immer noch so schön klingt, obwohl die Antifaschismus-Theorie der Kommunisten viele, nicht nur, Schönheitsfehler hatte, eigentlich richtig harte Kritik verdient, das stimmt. Ich würde allerdings, das haben Sie aber auch nicht behauptet, nicht sagen wollen, dass die Linke als eine linksextreme Partei eingeordnet werden kann. Das kann man von bestimmten Gruppierungen, die sich entweder – nicht sehr stark – in ihr befinden oder auch von Gruppierungen sagen, mit denen die Linke demonstrativ sympathisiert. Aber wenn sie, was ihre Mitglieder betrifft, auch keine demokratische Partei durch und durch ist, so ist sie doch jedenfalls eine Partei in der Demokratie. Wir können nicht sagen, dass sie den Umsturz vorbereitet. Sie spielt in den Spielregeln der Demokratie mit. Deswegen würde ich es für eine Vereinfachung halten, wenn man sagt, das sei eine linksextreme Partei. Sie werden nicht daraus folgern, dass ich plötzlich geheime Sympathien zu dieser Partei entwickelt habe. Und ich halte es nach wie vor für den größten Fehler, den Gregor Gysi gemacht hat, dass er verhindert hat, was in den anderen ehemals sozialistischen Ländern geschehen ist: Die bisherige Staatspartei löst sich auf und es kommt zu Neugliederungen, die die Differenzierungen innerhalb derselben Partei auch realisieren. Dann hätte es eben eine sozialistische und eine altkommunistische Parteigründung gegeben. Das hätte unser Parteiensystem, nach meiner Vermutung, besser verkraftet, weil das Koalitionsproblem sich dann anders dargestellt hätte.

Vorletzter Punkt: De Maizière hat seinerzeit behauptet, durch die Einigung würde Deutschland protestantischer und östlicher. Das stimmt wohl beides nicht. Man kann, was das Protestantische betrifft, eher sagen: säkularer. Die Entchristlichung und Entkirchlichung im Osten ist ein Prozess, ja, wie soll man sagen: er ist einer der bleibenden Siege der SED, er dreht sich nicht zurück. Das

ist ein deutlicher Unterschied zu der Situation nach '45, wo massenweise diejenigen, die, weil sie in die NSDAP eingetreten sind, aus der Kirche ausgetreten sind, wieder zurückgekommen sind. Einer der Gründe dafür, warum das anders ist, liegt, glaube ich, schlicht an der Dauer. Innerhalb von 12 oder 13 Jahren ist die biografische Anknüpfung noch da, bei jedem einzelnen. Nach 40 Jahren gibt es eben eine Generation, bei deren Eltern bereits die Entkirchlichung stattgefunden hat.

Die Sache mit dem Osten ist noch aus folgenden Punkten interessant: erstens das Verhältnis des Ostens zu den östlichen Nachbarn, den ehemals sozialistischen Ländern und namentlich Polen. Es ist jedenfalls immer noch schwieriger als das Verhältnis Westdeutschland zu Frankreich. Zu diesen Erwartungen – ich habe auch solche kühnen Formulierungen gebraucht: „Wir bringen in die Einheit unsere Verbindung zu den östlichen Nachbarn mit", – muss man sagen: An denen müssen wir aber noch mächtig basteln, die sind noch nicht so gut, wie sie sein sollten. Der zweite Punkt: Die Verbindungen nach Osten aus den Kooperationsbeziehungen im sozialistischen Lager könnten eine wirtschaftliche Kooperationsquelle sein. Das ist höchstens zögerlich der Fall, jetzt in den Grenzbereichen ein bisschen. Aber immerhin, für das gesamtdeutsche Klima ist es wichtig, dass Deutschland jetzt östliche Nachbarn hat von der Art, wie sie bisher nur westliche hatte, nämlich allesamt in der EU, allesamt in der NATO. Da muss noch etwas aufgebaut werden.

Und schließlich drittens: Im Osten ist der Vergleich unserer Lebensverhältnisse mit den ehemals sozialistischen äußerst unbeliebt, obwohl man doch sagen könnte: gleiche Ausgangsbedingungen 1990. Man schaut nach dem Westen rüber und fragt: Warum sind die Renten noch nicht angeglichen? Der Westen ist der Maßstab, an dem die Ostdeutschen sich messen, und nicht: Wie geht es denen weiter östlich, bei gleichen Ausgangsbedingungen? Und der Westen, der macht das ja auch so, der fragt: Warum sind die noch nicht wie wir?, und macht sich auch nicht klar, dass Ostdeutschland die Prozesse durchmachen musste, die die anderen ehemals sozialistischen Länder auch durchmachen müssen. Die posttotalitäre Situation, so könnte man das vielleicht nennen, ist eine Überschrift, unter der man vieles, was im Osten läuft, verstehen kann. Und diese Prozesse sind weniger befremdlich, wenn man sieht, dass ein Teil davon offenbar eine Agendaliste ist, die sie alle durchmachen müssen. Das könnte das Urteil darüber, wie es mit dem Osten steht, sachlicher machen, wenn man diesen Vergleich zieht.

*U. Poppe*: Ich möchte noch eine kurze Anfügung machen. Warum setzen wir uns mit Diktatur und Revolution auseinander? Warum wollen wir, dass sich die Öffentlichkeit damit befasst? Für Nachgeborene oder für Menschen, die die Diktatur nicht erlebt haben, ist die Demokratie so selbstverständlich wie die Luft zum Atmen. Sie kennen nichts anderes. Und die Vergegenwärtigung dessen, was im Kontrast zur Diktatur steht, glaube ich, hilft, zu verstehen, dass die Geschichte, wie Sie [Gerhard A. Ritter] sagen, offen ist, nicht nur in einer guten Richtung, sondern auch in einer problematischen Richtung, und dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern dass es eines ständigen Ringens be-

darf, sie auch zu erhalten, und dass die zivilisatorische Decke fragil ist. Und wie fragil sie ist, das erfährt man, wenn man sich die Diktaturen vergegenwärtigt.

*Kowalczuk*: Vielen Dank. Ich würde gerne noch einmal nachfragen. Ich möchte vorweg eine Ergänzung zu Richard Schröder anfügen – vielleicht sagt er auch, es ist keine Ergänzung. Ich glaube auch, dass dieses ganz oft von der Politik, von den Medien, von Wissenschaftlern aufgegriffene Wort von den „Kosten der Einheit" ein falsches Wort ist, denn es sind nicht Kosten der Einheit, sondern es sind Kosten von 60 Jahren Diktatur in einem Teil Deutschlands, und auch letztendlich Kosten des Nationalsozialismus, des Krieges, den der Nationalsozialismus über Europa hat ausbrechen lassen, und dann natürlich der kommunistischen Diktatur. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, in solchen Sprachregelungen auch etwas richtigzustellen.

Ich würde gerne meine erste Frage an Professor Ritter stellen. Ulrike Poppe hat ja, ich glaube, nicht ganz zu Unrecht, gesagt, es gab praktisch keinen Forschungsvorlauf, es gab keine Debatten darüber. Und hier schließen sich meine Fragen an. Auf der einen Seite: Wie schätzen Sie es historisch ein, dass der Forschungsbeirat für Wiedervereinigung mehr oder weniger abgeschafft wurde? Das war ein Gremium, das in den 50er, 60er Jahren, wenn auch sicherlich nicht sonderlich effektiv, aber immerhin, sich mit der Perspektive der Wiedervereinigung auseinandergesetzt hat. Und das Zweite: Lag in dem Weltbestseller „Aufstieg und Fall der großen Mächte" des amerikanischen Sachbuchautors und Historikers Paul Kennedy, der Ende der 80er Jahre zu einer gewissen Weltgeltung gelangt ist, nicht bereits die These, dass das Sowjetimperium zu Ende gehen, demnächst auseinanderbrechen würde? Die Grundthese, die Kennedy in diesem Buch entwickelt, kann man auf den Begriff einer Überdehnungsthese bringen, er sagt, alle großen Reiche haben an einem bestimmten Punkt eine nicht mehr beherrschbare Größe erreicht und werden dann zusammenbrechen. In der Regel fängt dieser Zusammenbruch an den Rändern des Imperiums an, genau das, was wir praktisch Ende der 80er Jahre auch in Osteuropa beobachten konnten. Herr Professor Ritter?

*Ritter*: Ja, das ist völlig richtig. Dieser Beirat ist faktisch abgeschafft worden, und die Leistungen, die er vorher erbracht hat, sind ja auch nicht so ganz eindeutig. Man ist unter Peter Christian Ludz sehr stark in Richtung der Konvergenztheorie gelaufen, die ich für falsch halte, die damals aber en vogue war. Man kann sich natürlich auch fragen: Wie sollte das funktionieren? Ich habe natürlich danach gesucht. Es hat weder im Bundeskanzleramt noch im Arbeitsministerium noch im Bundesfinanzministerium, wo ich vor allem gesucht habe, etwas in Vorbereitung gegeben. Und es war für mich nicht so erstaunlich, dass es kein Drehbuch gab – das konnten die Politiker nicht haben, weil die konkrete Situation nicht vorhersehbar war –, sondern vielmehr dass man einen Mangel an Informationen hatte, beispielsweise über Zusatzrentenversicherungen, die wussten nicht, dass die existieren, wie das funktioniert. Das war auch nicht veröffentlicht worden, aber trotzdem wundert man sich darüber. Da ist ein ungeheurer Nachholbedarf auch bei den Spitzen der Bürokratie gewesen, einfach zu lernen, was dort existiert, um Lösungen zu finden, die man ehrlich

gesucht hat, die den gerechten Ansprüchen gerecht werden. Das fand ich sehr erstaunlich. Man hat relativ schnell gelernt, würde ich sagen. Aber, dass so wenig bekannt war, erscheint mir doch sehr sehr typisch zu sein. Und vielleicht ist eine etwas ketzerische Bemerkung erlaubt: Wenn ich recht informiert bin, irgendeiner sagt vielleicht das Gegenteil: Es hat seit Marx unendliche Arbeiten darüber gegeben und dicke Bücher, wie ein marktwirtschaftliches System, etwas verkürzt, in ein sozialistisches übertragen wird. Nach der umgekehrten Fragestellung suche ich noch heute, ob die irgendwo einmal wirklich in der Zeit im Detail erörtert worden ist. Nach '90/'92 hat man sich natürlich über Transformation Gedanken gemacht. Aber vorher sehe ich das nicht recht. Da sind ganz eindeutig auch Defizite der Wissenschaft festzustellen. Und es deutet eben darauf hin, auch was Frau Poppe gesagt hat: Politiker denken sehr kurzfristig, im Allgemeinen von Wahl zu Wahl, von Landtagswahl zu Landtagswahl, und weit gespannte Konzepte sind eher die Seltenheit.

*Kowalczuk*: Vielen Dank, Herr Professor Ritter. Wenn ich mich nicht ganz täusche, dann ist Anfang 1990 in der Edition Deutschland Archiv eine Studie aus den 60er Jahren wieder aufgelegt worden, die genau das untersuchte, nämlich den Weg vom Sozialismus zurück in den Kapitalismus. Aber die ist auch damals auf keinen großen Widerhall gestoßen. – Herr Professor Isensee, ich wollte Ihnen gern auch noch eine Frage mit auf den Weg geben. Herr Professor Ritter hat ja schon von Veränderungen von parlamentarischen, staatlichen Strukturen gesprochen. Er brachte jetzt als Beispiel die von Schäuble vor einigen Tagen ins Spiel gebrachte Frage, inwiefern die Bundesratsabstimmungen doch verändert werden sollten. Insofern an Sie als Staatsrechtler die Frage. Erstens: Was halten Sie von diesem Vorschlag? Das würde mich schon sehr interessieren. Und zweitens: Sehen Sie noch andere Möglichkeiten, wo man vor dem Hintergrund dieser weltpolitischen Veränderungen, die sich auch in Deutschland abgespielt haben, etwas verändern sollte, könnte, müsste?

*Isensee*: Der Abstimmungsmodus des Bundesrates macht guten Sinn, jedenfalls bisher. Der Bundesrat ist kein Parlament. Er repräsentiert nicht das unitarische Staatsvolk, sondern die Länder. Diese agieren als Willenseinheiten über ihre Vertreter im Bundesrat und geben einheitliche Voten ab. Die Vertretung der Länder entspricht der Vertretung souveräner Staaten in internationalen Gremien oder im internationalen Verkehr. Die föderalen Strukturen verdecken die parteipolitischen. Gleichwohl wirkt sich die Änderung der Parteienkonstellation mittelbar auf die Handlungsfähigkeit des Bundesrates aus, damit auf die Funktionstüchtigkeit der parlamentarischen Demokratie auf Bundesebene. Die SED-Nachfolgepartei, die zunehmend in Landesregierungen einrückt, erlangt über den Abstimmungsmodus im Bundesrat ein mögliches Blockadeinstrument dadurch, dass die Stimmenthaltung wie ein Nein zählt und so die absolute Mehrheit verhindern kann, deren ein Zustimmungsgesetz im Bundesrat bedarf. Auswege wären, die Enthaltungen nicht mitzuzählen oder überhaupt nur die relative Mehrheit vorzusehen. In der Tat ist angebracht, hier über eine Revision des Grundgesetzes nachzudenken.

Ein Wort zum Föderalismus. Er ist heute in Deutschland nicht besonders populär; er war es auch nicht vor der Wiedervereinigung. Doch mit diesem Ereignis hat er eine völlig neue Aufgabe erhalten. Stellen Sie sich vor, Deutschland wäre ein Einheitsstaat wie Frankreich gewesen! Dann hätte sich eine einzige Walze der rechtlichen und realen Nivellierung über das ganze Territorium der DDR erstreckt; nichts von ihren staatsrechtlichen Strukturen wäre übrig geblieben. Dank des deutschen Föderalismus sind aber die Länder, die noch am Ende der DDR-Ära wieder zum Leben erweckt worden waren und die mehr oder weniger auf alte, nicht sozialistisch kontaminierte Traditionen zurückgehen, in das wiedervereinigte Deutschland eingegangen. In diesen Ländern bringt sich die mentale und politische Besonderheit der Bevölkerung auf dem Territorium der vormaligen DDR zur Geltung, ohne sich von der westdeutschen Bevölkerung majorisieren zu lassen. In den Ländern ist ein Stück DDR aufgehoben – „aufgehoben" im Doppelsinne Hegels: zugleich beseitigt und bewahrt.

Die DDR war keine historisch gewachsene Einheit, sondern ein Zwangs- und Kunstprodukt der Siegermächte. Die Bevölkerung war nicht mental und kulturell homogen. Schon die ersten freien Wahlen zeigten unterschiedliche Parteipräferenzen in Nord und Süd. Die Umstellungsprozesse verliefen unterschiedlich. Seither entwickeln sich die Länder in verschiedene Richtungen: Sachsen strebt nach einer Spitzenposition im nationalen wie europäischen Leistungswettbewerb, Brandenburg pflegt DDR-Konserven. Die Unterschiede innerhalb der östlichen Länder und die Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Ländern führen dem Föderalismus eine Legitimation zu, die vor 1990 zu versiegen schien: regionale Ungleichheit zu hegen und zu nationaler Einheit zu führen.

Warum hatte sich die Bundesrepublik nicht besser auf den Ernstfall der deutschen Einheit vorbereitet? Dazu trugen linke wie rechte Kräfte bei, die sich mit dem Dasein der DDR abfanden und eine endgültige Zwei-Staaten-Lösung wollten. Die einen sympathisierten mit dem Sozialismus, die anderen wollten sich die ökonomischen Probleme der DDR vom Halse halten. Die Idee der deutschen Einheit verlor von Jahr zu Jahr an politischem Kurswert. Die Anbiederung westdeutscher Politiker an die DDR nahm zu. Mitte der achtziger Jahre unterstützten die Ministerpräsidenten Rau und Lafontaine, ersterer übrigens Kanzlerkandidat der SPD, die Geraer Forderungen der DDR und sorgten dafür, dass ihre Länder die finanziellen Zuwendungen an die Salzgitterer Stelle, die politische Strafurteile der DDR erfasste, einstellten und bedienten so die Vertuschungsinteressen des SED-Regimes. Die Probleme, die mit der Wiedervereinigung aufkommen sollten, die finanziellen, die administrativen, die psychischen, waren nicht vorhersehbar. Ein Bundesverteidigungsminister, der im Jahre 1988 von den Vordenkern seines Hauses ein Modell zur Abwicklung der NVA hätte entwerfen lassen, etwa dergestalt, wie das Vorhaben zwei/drei Jahre später tatsächlich durchgeführt werden sollte, wäre, sobald das Projekt bekannt geworden und vom „Spiegel" denunziatorisch publiziert worden wäre, politisch erledigt gewesen.

Trotzdem gab es in der Bundesrepublik eine Institution, die auf ihre Weise sorgfältig und effektiv die Wiedervereinigung vorbereitete: das Bundesverfassungsgericht. Das Gericht befasste sich mehrfach mit der Frage der deutschen Einheit. Es hielt am Verfassungsziel Wiedervereinigung fest, wie auch an der gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit. Noch im Teso-Beschluss von 1987, zwei Jahre vor dem Fall der Mauer, bekräftigte es seine deutschlandrechtlichen Positionen und erwies sich als resistent wider den politischen Trend, sich mit der deutschen Teilung abzufinden und die gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit aufzugeben. Das Gericht hatte die zwei Wege zur Wiedervereinigung, die das Grundgesetz aufwies, den des Beitritts und den der Verfassungsablösung, juristisch vermessen und die juristischen Möglichkeiten sondiert, von denen die eine im Ernstfall verwirklicht wurde. Der Beitritt des Saarlandes, der zum Verfassungsstreit geführt hatte, bot ein hilfreiches Präjudiz. Das Bundesverfassungsgericht ist in diesem Zusammenhang nur zu rühmen. Seither hat sich seine Rolle freilich gewendet. Vor 1990 war es seine Aufgabe, allen politischen Tendenzen zum Trotz die Idee der gesamtdeutschen Einheit mit gerichtlichen Mitteln aufrechtzuerhalten. Seit 1990 ist es seine Aufgabe, die Enttäuschungen über die Wiedervereinigung juristisch zu verarbeiten. Eine undankbare Aufgabe.

Unbehagen an den Folgen der Wiedervereinigung ist immer noch im Raum. Hier ist es angebracht, sich der Worte des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière zu erinnern, als er auf dem Festakt am Vorabend der Wiedervereinigung einen „Abschied ohne Tränen" von der DDR nahm: „Nicht, was wir gestern waren, sondern was wir morgen gemeinsam sein wollen, vereint uns zum Staat. Von morgen an wird es ein geeintes Deutschland geben. Wir haben lange darauf gewartet. Wir werden es gemeinsam prägen. Wir freuen uns darauf." Ein Fanal der politischen Hoffnung! Eine der schönsten Staatsreden, die je auf deutschem Boden gehalten wurden.

*Kowalczuk*: Vielen Dank. Ich glaube, es gab noch eine zweite Behörde, die ganz tatkräftig an der Idee der deutschen Einheit festhielt, und zwar die Behörde, deren Namen ich jetzt gar nicht so genau kenne, jedenfalls die die Autokennzeichen vergeben hat, denn da wurde das „L" für Leipzig bis zuletzt immer reserviert für den Fall der Fälle.

*Isensee*: Eine Fußnote! Das Lob ist unverdient. Kurzzeitig wurde das „L" der Stadt Lahn zugewiesen, dem Kunstgebilde der hessischen Kommunalrefom, die Gießen und Wetzlar fusionieren wollte, aber dann vor Gericht scheiterte, als sich beide Städte gegen die Zwangsvereinigung wehrten. Das Urteil war so etwas wie ein himmlischer Wink, das Kennzeichen „L" als Symbol deutscher Einheit für Leipzig zu bewahren.

*Kowalczuk*: Ich habe jetzt auch eine Nachfrage an Professor Schröder. Herr Schröder, Sie sprachen von der Entkirchlichung. Das ist eine ganz wesentliche Folge und, Sie haben ja gesagt, wir müssen das nicht dramatisieren, aber dennoch ein Problem, mit dem wir uns in der Gegenwart auseinandersetzen. Der Säkularisierungsprozess als solcher ist ohnehin eine Begleiterscheinung der Moderne. Aber ist es nicht doch etwas zu voreilig, zu sagen, in Hamburg ist der

Entkirchlichungsprozess nicht anders als in Berlin? Denn wenn man jetzt noch mal in die 80er Jahre zurückschaut: War es nicht so, dass Leute, die in Hamburg oder in München aus der Kirche ausgetreten sind, ausgetreten sind, um individuelle Lebensentwürfe zu leben, während die Leute, die im Osten ausgetreten sind, eher einem Kollektivismus nachgerannt sind?

*Schröder*: Es gibt da beachtliche Unterschiede, und ein bisschen davon ist auch dokumentiert. In der letzten Mitgliedschaftsstudie der EKD sind eine ganze Reihe, ich glaube 1200, Konfessionslose in Ost und West befragt worden. Da kommen solche Unterschiede zum Vorschein. Der Grund für den Austritt aus der Kirche im Westen wird meistens mit schlechten Erfahrungen mit der Institution oder mit Amtsträgern angegeben, im Osten eben nicht, weil: „Ich hatte noch nie was mit Kirche zu tun." Das heißt, der Abstand ist größer. Die vorige Generation hatte vielleicht Ärger mit der Kirche, wenn das der Austrittsgrund war. Dann gibt es eine interessante zweite Beobachtung. Die Frage an die Konfessionslosen: „Gehen Sie manchmal in die Kirche und warum?" Sehr viele sagen: „Ja, so ungefähr einmal im Jahr." Was ist der Grund im Westen? Die Teilnahme an einer kirchlichen Kasualie, die einen Freund betrifft. Der Freund ist gestorben, wird kirchlich beerdigt. Und im Osten ist das natürlich nicht der Hauptgrund. Und komischerweise, ich kann das auch nicht ganz einordnen, diejenigen Konfessionslosen, die sagen: „Ich gehe so ein-, zweimal im Jahr in die Kirche.", die machen es im Urlaub, eine ganz andere Motivation. Ich weiß auch nicht genau, warum. Vielleicht hängt das damit zusammen, dass eben zu DDR-Zeiten Leute, die aus der Kirche ausgetreten waren, aber die noch irgendwelche Erinnerungen daran hatten, im Urlaub den Kirchenbesuch seiner Anonymität wegen bevorzugt haben. Da kann niemand sagen: „Du warst doch in der Kirche." Ich empfehle das zum Studium, da kommt so einiges zum Vorschein. Es ist klar, dass es da große Unterschiede gibt. Ich will noch ein drittes Moment nennen: Konfessionslose verbinden sich gerne mit anderen Dorfbewohnern, um, ohne in die Kirche eintreten zu wollen, entweder das Kirchengebäude selber oder die Orgel zu retten. Und manchmal, das macht nämlich den Kirchen selber sogar Probleme, wollen sie eben auch ein Kirchengebäude unbedingt retten, von dem die Landeskirche sagt: „Liebe Leute, gebrauchen können wir das nicht mehr. Wir haben zu viele." Und dann kommt es auch vor, dass dann eine Gemeinschaftsnutzung für Beerdigungszwecke, kulturelle Veranstaltungen der politischen Gemeinde und Gottesdienst erfunden wird. Die Konfessionslosigkeit ist zu einem ganzen Teil keine Kirchenfeindlichkeit. Daran muss man sich immer wieder erinnern. Und sie ist eben meistens auch nicht: „Den Ärger mit Herrn X kann ich mein Leben lang nicht vergessen." Sie hatten gar keinen Ärger mit Herrn X.

*Kowalczuk*: Vielen Dank. Ich habe jetzt Wortmeldungen. Zunächst Herr Templin und dann Herr Poppe.

*Templin*: Professor Ritter und Professor Isensee, ich freue mich sehr, dass Sie das Thema auf die Höhe, auf die Ebene gehoben haben, auf die es hingehört, dass Sie von der europäischen, von der welthistorischen Dimension sprachen

und dass der Zeitraum '89 bis '91 dabei vorgestellt wurde. Das hört oder liest man sonst in der Regel nur von Ralf Dahrendorf oder Timothy Garton Ash – wenn Sie das als Kompliment verstehen wollen, dann ist es eins. Ganze Kohorten deutscher Intellektueller, Historiker, Politologen, die sich diesen Fragen gewidmet haben, haben diese Ebene bis heute unterlaufen. Ich stimme auch Professor Isensee zu, wenn es um die Konsequenzen dieses Totalitarismusansatzes geht. Und mir ist es relativ egal, ob diese Partei linksextrem oder linksradikal genannt wird, links ist sie sowieso nicht. Hier bin ich schon bei dem, was ich eher kritisch sehe an den Beiträgen, Professor Schröder: Die Linke spielt mit den Spielregeln dieser Demokratie, mittlerweile sehr professionell, und richtet sich gegen diese Demokratie, und zwar nachhaltig und konsequent. Ich komme dieser Partei nicht mit dem Instrumentarium bei, das Sie vorstellen. Mir ist das zu simpel. Es geht nicht darum, dass ein paar politisch halbe Analphabeten sicherheitsfixiert sind, die gibt es immer, die sind darunter. Es geht darum, dass mittlerweile deutschlandweit, Ost wie West, aber im Osten stärker, weil es dort stärker durchschlägt, die Leute eine Gerechtigkeitslücke empfinden, Freiheit ja, aber nicht mit dieser Gerechtigkeitslücke. Und sie sehen in der SPD nicht mehr die Kraft, die sich dieser Frage stellt – zu Recht, würde ich sagen. Die SPD, die in einem ihrer Stammländer, in Thüringen, mittlerweile ein Gegenüber hat, das über 30 Prozent bekommt, muss sich doch langsam fragen, woran es liegt. Da müssten die Alarmglocken schrillen. Ich habe das Gefühl, da will man weitermachen wie bisher. Da sondert man ein paar Unbequeme aus. Man weiß eigentlich nicht, wohin man will. Das haut nicht hin.

Das Problem mit Gysi, das ist natürlich so überhaupt nicht zu sehen. Es war nicht der größte Fehler von Gysi, dass er das gemacht hat, es war seine größte Leistung. Es war seine größte Leistung, die eine beispiellose politische Karriere und ein beispielloses gesamtdeutsches politisches Parteimodell ermöglichte – weil er erkannt hat, worauf es ankommt. In dem Moment Negativleistung, es gibt ja auch Negativleistung – aber es war eine Leistung. Es war ja nicht sein Fehler. Er hat doch nichts gegen sich gemacht. Er hat seine eigene Karriere und die Karriere von zig Leuten ganz geschickt verteidigt. Er hat erkannt, worauf es ankommt: „Ich spiele den Reformer und bin im Management so verankert, dass das Gegenteil eintritt." Das hatten wir ja gestern und heute diskutiert. Letzter Satz: Wenn es um Prognosen geht. Wer in den 90er Jahren die Vision oder die Vorstellung gehabt hätte: „Wir haben einmal einen Gregor Gysi und einen Oskar Lafontaine gemeinsam an der Spitze dieses gesamtdeutschen Erfolgsmodells", man hätte ihn ins Irrenhaus gesteckt. Aber auch solche Entwicklungen liebt die Geschichte.

*G. Poppe*: Ich will mich nicht in diese aktuelle parteipolitische Debatte einmischen, sondern einfach nur sagen, dass ich fast mit allem einverstanden bin, was hier heute gesagt wurde auf dem Podium, und das Gefühl habe, dass wir innerhalb dieses Saals einen beträchtlichen Konsens haben, auch in der Bewertung der Friedlichen Revolution und der Bewertung im Übrigen, dieses nun aber in der Gesellschaft insgesamt weder in Ost und West in vergleichbarer Weise der Fall ist. Sie sagten: Larmoyanz Ost. Man könnte dazu auch sagen: ein Mangel

an Identifikation mit dem demokratischen Rechtsstaat. Sie sagten: Arroganz West. Man könnte dazu sagen, was mir immer wieder auffällt: Verharmlosung der kommunistischen Diktatur in weiten Kreisen der politischen Szene. Diese negativen Erscheinungen führen dazu, dass eben eine Mehrheit der Gesellschaft offenbar die von Ihnen getroffene Einschätzung dieser Vorgänge nicht teilt. Meine Frage, die ich zum Nachdenken weitergeben möchte, ist: Wie können wir diesen Zustand überwinden? In der vorigen Runde ging es an einer Stelle um die Frage nationaler Identität und möglicher Formen, sie umzusetzen. Es wurde auch das Einheits- und Freiheitsdenkmal genannt. Ich glaube aber kaum, dass man diese Stimmung bei den Ostdeutschen allein durch Aufstellung eines Denkmals verändern kann. Es ist wichtig, und wir wollen das alle, dass es dieses Denkmal gibt, ganz klar. Aber wir müssen nach weiteren Wegen suchen, um diesen Zustand zu überwinden. Es werden immer wieder das Bildungssystem und die mangelhafte Kenntnis der jungen Generation genannt. Es wurde gesagt, sie gehen mit einem Selbstverständnis mit der demokratischen Gesellschaft um. Allerdings, schätzen sie die demokratische Gesellschaft oftmals nicht so sehr. Das sind Vorurteile, oder das ist manchmal das Recht, das die Jugend sich herausnimmt, das kennen wir ja alle von früher. Aber: Wie kann man diese Dinge überwinden? Bildungswesen ist eine Sache, die ich für wichtig halte. Deshalb noch einmal die Frage zum Föderalismus. Ich stimme Ihnen ja zu: Der Föderalismus ist ein Wert, den wir nicht aufgeben sollten. Es gab gute Gründe, seinerzeit den Föderalismus in das Grundgesetz einzuführen, und es gibt auch erst recht noch gute Gründe wegen Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg usw. Aber es gibt auch gute Gründe, zu reformieren, z.B. wenn es um diese unglaublichen Unterschiede im Bildungswesen geht und wenn es um die Unterschiede in der Ausübung der Arbeit der Polizei geht. Es sollte keine heilige Kuh sein, an die wir uns überhaupt nicht mehr heran wagen. Aber, meine Hauptfrage ist: Wie können wir diesen Zustand verändern, sodass möglichst eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung so denkt, wie hier im Saal gedacht wird?

*Kowalczuk*: Das, was Herr Poppe gesagt hat, würde ich gerne als Abschlussfrage ins Podium zurückgeben und vielleicht etwas runtergebrochen, etwas populärer noch: Was würden Sie, wenn Sie die Chance hätten oder machen müssten, Gymnasiasten in Saarbrücken sagen, warum sie sich mit der DDR-Geschichte beschäftigen sollen? Was würden Sie Oberschülern in Metz oder in Strasbourg sagen, warum sie sich mit der Geschichte des europäischen Kommunismus beschäftigen müssen? Wenn Herr Isensee beginnen würde? Warum ist das so wichtig?

*Isensee*: Die Revolution von 1989 steht uns näher als die Revolution von 1789, obwohl beide, die Sieger von 1989 und die Verlierer von 1989 letztlich von der Französischen Revolution ausgingen: die freiheitliche Demokratie wie der Totalitarismus. Ein welthistorischer Konflikt hat ein gutes Ende genommen. Diese Lehre hat bleibende Bedeutung. Sie geht uns alle an, alt und jung. Es ist kein Verdienst, dass die Schüler des Saarlandes, Gnade der späten Geburt, am günstigen Ort, unter den Bedingungen eines sozialen Rechtsstaats und einer

freiheitlichen Demokratie aufwachsen. Sie sollten wissen, dass diese Bedingungen nicht selbstverständlich sind, schon deshalb, weil politisches Unheil sich nicht endgültig bannen lässt: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch". Das Zitat Brechts lässt sich übrigens auch auf das Lager anwenden, dem Brecht sich seinerseits verschrieben hatte. Die Wirklichkeit der Freiheit und die Herrschaft des Rechts sind ein zerbrechliches, immer gefährdetes, immer auf neue Zuwendung angewiesenes Erbe.

Die Gymnasiasten in Saarbrücken sollten wissen, dass die Geschichte der DDR nun zu ihrer eigenen Geschichte gehört und dass die Opposition im Osten für alle Deutschen gehandelt hat, auch für die Saarländer. Das ist freilich nicht im Sinne jenes Saarländers, der, in der DDR zu höchsten Partei- und Staatsämtern aufgestiegen, die deutsche Teilung verewigen wollte. Das mag einen anderen Saarländer verdrießen, der heute das vereinte Deutschland mit abgelebter DDR-Ideologie überziehen und die unbequeme Wahrheit der DDR-Geschichte mit dem Mantel des Beschönigens und Vergessens zudecken möchte. Die Gymnasiasten an der Saar sollten begreifen, dass sie die geschichtliche Erinnerung brauchen, wenn sie die Gegenwart meistern wollen.

*Kowalczuk*: Vielen Dank, Herr Isensee. Herr Schröder, bitte.

*Schröder*: Ja, wir kennen das Problem von Jugendlichen, die erfahren, dass die Eltern, die sie bisher für ihre Eltern gehalten haben, nicht ihre wirklichen Eltern sind. Sie gehen in aller Regel auf Suche und wollen ihren leiblichen Vater kennenlernen. Denn es gehört offenbar zur Fähigkeit, sich in der Welt zu orientieren, dass man weiß, woher man kommt. Das ist als ein individuelles Bedürfnis zur eigenen Herkunft ganz klar dokumentiert. Es hat etwas Abstraktes an sich, wenn man dasselbe Interesse nicht auch auf die Gemeinschaft, sei es nun das Bundesland oder sei es eben Deutschland im Ganzen, entwickelt. Gerade im Osten war ja die Museumslandschaft sehr stereotypisiert. Da gibt es heute eine Art Entdeckungsfreude an der koloritreichen Lokalgeschichte, das ist ganz augenfällig. Zum Teil machen sie ihre speziellen Feste, worüber mancher auch ein bisschen lachen kann, aber das ist es eigentlich. Menschen sollten Interesse an der Frage haben: Wo kommen wir her als Volk? So, wie sie offenbar die Frage nicht unterdrücken können: Wo komme ich her als Individuum?

*Kowalczuk*: Danke schön. Herr Ritter, bitte.

*Ritter*: Das Meiste ist eigentlich gesagt worden. Das Erste ist eben: Wer nicht mal in Unfreiheit gelebt hat – und das gilt für mich auch, obwohl ich im Westen aufgewachsen bin, denn ich bin immerhin 1929 geboren –, der weiß nicht, welche Bedeutung Freiheit hat. Und das kann vermittelt werden. Ich finde es ganz verständlich, dass man das nicht einbezieht, wenn man es nicht existenziell entweder in der DDR oder, wie gesagt, in der NS-Zeit erlebt hat. Das ist für mich wesentlich. Zweitens: Natürlich, die DDR-Geschichte ist Teil unserer Geschichte. Das ist überhaupt nicht abzustreiten. Und wenn wir uns mit den Problemen beschäftigen, dann ist das Teil dessen, von wo wir kommen. Und dazu gehört natürlich auch Föderalismus, den ich ja sehr positiv sehe, das ist vielleicht missverstanden worden, und Kommunen, weil sie die Verbindung

von Regionalismus und Heimat sind, das ist ja kein Widerspruch zur Akzeptanz eines deutschen Staates. Als letzte Bemerkung noch, das ist nicht diskutiert worden, aber das ist ins Stammbuch der Westdeutschen, wenn ich das jetzt mal verkürzt sagen darf, geschrieben. Es ist im Westen nicht bekannt, welche ungeheuren Anpassungsleistungen die Menschen in der DDR erbringen mussten. Nicht, weil es schlechter geworden ist. Aber was allein die Tatsache, dass dieses ungeheuer komplexe Rechtssystem auf die DDR übertragen wurde, für den einzelnen bedeutete. Das war übrigens einer der Gründe für die Erfolge der PDS, weil sie sich gekümmert haben um die Leute, die mit diesem Anpassungsprozess einfach nicht fertig geworden sind. Wie füllt man diese Fragebogen alle aus. Das muss einmal gesagt und verdeutlicht werden. Wenn man sich klarmacht, wie schwer man sich in Westdeutschland getan hätte. Und von dort aus ist etwas Demut angemessen.

*Kowalczuk*: Vielen Dank. Frau Poppe.

*U. Poppe*: Ich hatte schon von der Fragilität gesprochen, die all denen bewusst gemacht werden sollte, die nichts anderes kennen als Demokratie. Andererseits habe ich, gerade, weil ich auch politische Bildung mache, die Erfahrung gemacht, dass es bei denen, die nicht über Eltern oder über einen familiären Zusammenhang in irgendeiner Weise Berührung mit Diktatur gehabt haben, ganz schwer zu vermitteln ist, warum es wichtig ist, sich damit zu befassen. Ich glaube auch, dieser Satz „Der Schoß ist fruchtbar noch", „Pass auf, es gibt totalitäre Tendenzen, möglicherweise auch in der Demokratie", kommt nicht gut an. Das wird wenig wahrgenommen. Deshalb finde ich es wichtig, dass man auch mal guckt: Warum gibt es eine solche Ablehnung, gerade im Westen, je weiter man in den Westen kommt, besonders auch im Saarland – die Erfahrung habe ich selbst gemacht –, z.B. gegenüber dem Begriff der Revolution? Warum kann man dort noch in den Zeitungen lesen: „Es war gar keine Revolution. Es war ein Zusammenbruch und dann sozusagen eine Übernahme durch den Westen. Und der Westen hat die Demokratie gebracht."? Weshalb ist das noch so stark im Bewusstsein? Weshalb gibt es so viel Ablehnung, auch anzuerkennen, dass es in der DDR eine eigene Kraft gab, die die Revolution vollbracht hat? Ich glaube, das liegt z.T. daran, dass es eine starke Linke gegeben hat, für die die DDR eine Projektionsfläche ihrer eigenen Träume war. Die Auseinandersetzung mit diesem Denken ist wichtig, die müssen wir noch führen. Das ist oft das Umfeld, in dem auch die Nachgeborenen groß geworden sind. Und deshalb kriegen sie diese beiden Bilder nicht recht zusammen von der jetzt als böse dargestellten Diktatur und dem, was sie von ihren Eltern mitgenommen haben als Alternative zum Kapitalismus. Wir sind wirklich noch am Anfang, uns mit diesen Ideologien auseinanderzusetzen. Und das wäre der Weg.

*Kowalczuk*: Ganz recht herzlichen Dank. Das war nicht nur das Schlusswort unserer Podiumsdiskussion. Das war auch das Schlusswort unserer Tagung. Ich danke Frau Poppe und den drei Herren Professoren ganz herzlich. Ich darf Ihnen allen noch mal ganz herzlich auch im Namen der drei Veranstalter, des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Bundesbeauftragten für die

Stasi-Unterlagen und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, für Ihr Interesse danken. Ich denke, wir werden in den nächsten Wochen und Monaten eine ganze Reihe weiterer solcher Veranstaltungen erleben. Ich wünschte mir, dass die alle auf diesem Niveau stattfinden wie in den letzten zwei Tagen. Und ich wünschte mir vor allen Dingen, dass wir solche Veranstaltungen, nicht zuletzt wie diese abschließende Podiumsdiskussion, wie selbstverständlich in Zukunft auch in Saarbrücken oder in Hamburg oder wo auch immer führen können.

# Autoren und Diskussionsteilnehmer

APELT, Andreas H., Dr. phil., geb. 1958, Historiker, Studium an der Humboldt-Universität Berlin, 1989 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, 1991–2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (CDU), Vorstandsbevollmächtigter der Deutschen Gesellschaft e.V. – Verein zur Förderung, politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa.

BARBE, Angelika, geb. 1951, Diplom-Biologin, seit 1979 Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensarbeit, 1989 Gründungsmitglied der SDP, 1990 MdV (SPD), 1990–1994 MdB (SPD), 1996 Übertritt zur CDU, seit 2000 Referentin der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung.

BOOß, Christian, geb. 1953, Historiker, Journalist, seit 2009 Projektkoordinator Abteilung Bildung und Forschung der BStU.

EBELING, Fred, Dr., Ingenieur, Teilnehmer am Zentralen Runden Tisch für den Demokratischen Aufbruch.

ECKERT, Rainer, Prof. Dr., geb. 1950, 1969 bis 1972 Studium der Archivwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, 1972 als Folge politischer Verfolgung von der Universität verwiesen, Arbeit in Berliner Baubetrieb, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, seit 2001 Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig.

FLORATH, Bernd, Dr. phil., geb. 1954, Historiker, 1975–1981 Studium in Ost-Berlin, 1981–1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Berliner Akademie der Wissenschaften, 1986–Jan. 1990 SED, April 1990 Mitglied Neues Forum, seit 2007 Projektleiter in der Abteilung Bildung und Forschung der BStU.

GUTZEIT, Martin, geb. 1952, Ausbildung zum Elektromonteur, 1971 Wehrdienstverweigerung, Studium der Theologie und Philosophie am Sprachenkonvikt Berlin, 1982–1986 Pastor, 1986–1991 Repetent/Assistent am Sprachenkonvikt, 1983–1987 Teilnehmer an den mobilen Mecklenburger Friedensseminaren, 1989 Gründungsmitglied der SDP, SDP-Vertreter am Zentralen Runden Tisch, 1990 MdV (parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1990 MdB (SPD), seit 1993 Landesbeauftragter für die Stasiunterlagen Berlin.

HEIDEMEYER, Helge, Dr. phil., geb. 1963, 2003–2005 Aufbau und erster wissenschaftlicher Leiter der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, seit 2008 Abteilungsleiter Bildung und Forschung der BStU.

HERZBERG, Guntolf, Dr. phil., geb. 1940, Lehre als Schriftsetzer und Korrektor, Studium der Philosophie Humboldt-Universität Berlin, 1964 SED, Assistent am Zentralinstitut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1973 Parteiausschluss, Berufs- und Publikationsverbot, Mitglied

verschiedener Bürgerrechtsgruppen, 1985 Ausreise nach Westberlin, Mitglied der Grünen, 1994 Mitarbeiter am Institut für Philosophie HU Berlin.

ISENSEE, Josef, Prof. Dr. Dr. h.c., geb. 1937, Staats- und Verwaltungsrechtler, Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitglied der KGParl.

KELLER, Dietmar, geb. 1942, Lehrer für Marxismus-Leninismus, 1963 SED, Sekretär für Wissenschaft und Kultur der SED Kreis- und Bezirksleitung, 1984–1988 stellv. Kulturminister, November 1989 bis März 1990 Kulturminister in der Regierung Modrow, 1990 MdV (PDS), 1990–1994 MdB (PDS), 2003 Austritt aus der PDS.

KELLERHOFF, Sven Felix, geb. 1971, Historiker, Autor, Journalist, Leitender Redakteur für Zeit- und Kulturgeschichte der „Welt" und der „Berliner Morgenpost".

KOß, Michael, Dr. phil., geb. 1976, Politikwissenschaftler, seit März 2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politik und Regieren in Deutschland und Europa, Universität Potsdam.

KOWALCZUK, Ilko-Sascha, Dr. phil., geb. 1967, Historiker, 1995–1998 Mitglied der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit", seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter mit Leitungsfunktionen in der Abteilung Bildung und Forschung der BStU.

LIETZ, Heiko, geb. 1943, Theologiestudium, 1967 als Wehrdienstverweigerer in U-Haft, bis 1969 Bausoldat, 1970–1980 Pastor in Güstrow, seit 1979 Mitarbeit in der Friedensbewegung Mecklenburgs, 1989 Mitglied Neues Forum, NF-Vertreter am Zentralen Runden Tisch.

MÄHLERT, Ulrich, Dr. phil., geb. 1968, Politikwissenschaftler, seit 1999 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft/Internationale Zusammenarbeit/Archive bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

DE MAIZIÈRE, Lothar, geb. 1940, 1956 Ost-CDU, 1962–1975 Bratschist u.a. im RSO Berlin, 1969–1975 juristisches Fern-Studium Humboldt-Universität Berlin, von 1976 an Rechtsanwalt im Kollegium der Rechtsanwälte Berlin, 1986–1989 Vizepräses der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1990 MdV (CDU), April bis Oktober 1990 Ministerpräsident der DDR, 1990–1991 MdB (CDU), Minister für besondere Aufgaben im Kabinett Kohl, Rücktritt 1990, seitdem Rechtsanwalt in Berlin.

MECKEL, Markus, geb. 1952, Studium der Theologie, seit den siebziger Jahren oppositionelle politische Arbeit, 1982 Pfarrer in Vipperow/Müritz, 1988–1990 Leiter der ökumenischen Bildungsstätte in Niederndodeleben bei Magdeburg, 1989 Gründungsmitglied der SDP, SDP-Vertreter am Zentralen Runden Tisch, 1990 MdV (SPD), 1990 Außenminister der DDR im Kabinett de Maizière, 1990–2009 MdB (SPD).

NEUBERT, Ehrhart, Dr. phil., geb. 1940, Theologe, 1964–1984 Pfarrer in Thüringen, 1984–1992 Referent für Gemeindesoziologie in der Theol. Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1976–1984 Mitglied der DDR-CDU, 1989 Mitbegründer Demokratischer Aufbruch, Vertreter des DA am Zentralen Runden Tisch, 1990 Bündnis 90/Grüne, 1996 CDU, seit 1998 Vorstandsmitglied der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

NEUGEBAUER, Gero, Dr. rer. pol., geb. 1941, Politikwissenschaftler, Otto-Stammer-Zentrum für Empirische Politische Soziologie, Berlin.

NIEDERMAYER, Oskar, Prof. Dr., geb. 1952, Professor für Politische Wissenschaft an der FU Berlin.

PATZELT, Werner J., Prof. Dr., geb. 1953, Professor für Politische Wissenschaft TU Dresden, Mitglied der KGParl.

PETERS, Gunnar, M.A., geb. 1979, Historiker, Doktorand am Historischen Institut der Universität Rostock.

POPPE, Gerd, geb. 1941, Diplomphysiker, seit 1968 Engagement in Oppositionskreisen, 1975 nach Wehrdienstverweigerung sechs Monate Bausoldat, 1977–1984 Arbeit als Maschinist in einer Schwimmhalle in Berlin, 1985 Mitbegründer „Initiative Frieden und Menschenrechte", Sprecher der IFM am Zentralen Runden Tisch, Februar bis April 1990 Minister ohne Geschäftsbereich der DDR, 1990 MdV, 1990–1998 MdB (Bündnis 90/Grüne), 1998–2003 Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Vorstandsmitglied der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

POPPE, Ulrike, geb. 1953, Gründungsmitglied des Netzwerks „Frauen für den Frieden", 1983 sechs Wochen U-Haft beim MfS, 1989 Gründungsmitglied von „Demokratie Jetzt", DJ-Vertreterin am Zentralen Runden Tisch, Mitarbeiterin der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne, seit 2009 Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

RITTER, Gerhard A., Prof. Dr. Dres. h.c., geb. 1929, Historiker, Ludwig-Maximilians-Universität München, Mitglied der KGParl.

RUDEN, Gerhard, geb. 1946, Studium Bauingenieurwesen, Mitglied des Evangelischen Friedensarbeitskreises der Martinsgemeinde, Magdeburg, Teilnehmer am Runden Tisch in Magdeburg, 2002–2005 MdL (CDU) in Sachsen-Anhalt, 2005 bis März 2010 Landesbeauftragter für die Stasiunterlagen Sachsen-Anhalt.

SCHÖNE, Jens, Dr. phil., geb. 1970, Historiker, Stellvertretender Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin.

SCHRÖDER, Richard, Prof. Dr. Dr., geb. 1943, Theologe, Philosoph, 1973–1977 Pfarrer in Wiederstedt im Harz, 1977–1990 Dozent für Philosophie an den kirchlichen Hochschulen in Berlin und Naumburg, 1988/89 Berater der Arbeitsgruppe „Mehr Gerechtigkeit in der DDR" der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, 1990 MdV (SPD-Fraktionsvorsitzender), 1990 MdB (SPD), 1993 Berufung auf den Lehrstuhl für Philosophie in Verbindung mit systematischer Theologie an der Theologischen Faktultät Berlin.

SCHULLER, Wolfgang, Prof. Dr., geb. 1935, Historiker, Lehrstuhl für Alte Geschichte, Universität Konstanz.

SCHULT, Reinhard, geb. 1951, Maurerausbildung, Theologiestudium, Wehrdienstverweigerung, 1976–1978 Bausoldat, seit den siebziger Jahren Engagement in oppositionellen Gruppen, 1979/80 achtmonatige Freiheitsstrafe, 1989 Gründungsmitglied Neues Forum, 1991–1995 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (Neues Forum/Bürgerbewegung).

SCHULZ, Werner, geb. 1950, Dipl. Ing., Studium der Lebensmitteltechnologie Humboldt-Universität Berlin, 1988–1990 Leiter des Bereichs Umwelthygiene in der Kreishygieneinspektion Berlin-Lichtenberg, 1982 Mitglied des Friedenskreises Pankow, 1989 Gründungsmitglied Neues Forum, NF-Vertreter am Zentralen Runden Tisch, 1990 MdV, 1990–2005 MdB (Bündnis 90/Grüne), seit 2009 MdEP (Bündnis 90/Grüne).

SÜß, Walter, Dr. phil., geb. 1947, Politikwissenschaftler, seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter mit Leitungsfunktionen in der Abteilung Bildung und Forschung der BStU.

TEMPLIN, Wolfgang, geb. 1948, Bibliotheksfacharbeiter, Studium der Philosophie, Mitarbeiter am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1970–1983 Mitglied der SED, 1983 Berufsverbot, 1985 Mitbegründer „Initiative Frieden und Menschenrechte", 1988 Verhaftung wegen landesverräterischer Agententätigkeit und erzwungene Ausreise in die Bundesrepublik, November 1989 Rückkehr nach Ostberlin, Vertreter der IFM am Zentralen Runden Tisch.

TIMMER, Karsten, Dr. phil., geb. 1968, Historiker, geschäftsführender Gesellschafter der panta rhei Stiftungsberatung.

# Abkürzungen

| | |
|---|---|
| ADS | Archiv des Demokratischen Sozialismus |
| AfD | Allianz für Deutschland |
| AfNS | Amt für Nationale Sicherheit |
| AG | Arbeitsgruppe |
| AGG | Archiv Grünes Gedächtnis |
| Ast. | Außenstelle |
| BArch | Bundesarchiv |
| BFD | Bund Freier Demokraten |
| BRD | Bundesrepublik Deutschland |
| BStU | Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR |
| BV | Bezirksverwaltung |
| BVerfGE | Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts |
| CDU | Christlich-Demokratische Union |
| CSPD | Christlich-Soziale Partei Deutschlands |
| ČSSR | Tschechoslowakische Sozialistische Republik |
| CSU | Christlich-Soziale Union |
| DA | Demokratischer Aufbruch |
| DBD | Demokratische Bauernpartei Deutschlands |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| DFD | Demokratischer Frauenbund Deutschlands |
| DFP | Deutsche Forumpartei |
| DJ | Demokratie Jetzt |
| DM | Deutsche Mark |
| DSU | Deutsche Soziale Union |
| EKD | Evangelische Kirche in Deutschland |
| epd | Evangelischer Presse Dienst |
| EU | Europäische Union |
| FDGB | Freier Deutscher Gewerkschaftsbund |
| FDJ | Freie Deutsche Jugend |
| FDP | Freie Demokratische Partei |
| FDU | Freie Deutsche Union |
| GG | Grundgesetz |
| IFM | Initiative Frieden und Menschenrechte |
| IM | Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS) |
| KD | Kreisdienststelle |
| KfW | Kreditanstalt für Wiederaufbau |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| KSZE | Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa |
| LDP/ LDPD | Liberal-Demokratische Partei Deutschlands |
| LPG | Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft |
| LStU | Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR |
| MdB | Mitglied des Deutschen Bundestags |
| MdI | Ministerium des Innern |
| MDR | Mitteldeutscher Rundfunk |
| MdV | Mitglied der Volkskammer |
| MfS | Ministerium für Staatssicherheit |
| NATO | North Atlantic Treaty Organization |
| ND | Neues Deutschland |
| NDPD | National-Demokratische Partei Deutschlands |
| NF | Neues Forum |

| | |
|---|---|
| NPD | Nationaldemokratische Partei Deutschlands |
| NS | Nationalsozialismus/ nationalsozialistisch |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| NVA | Nationale Volksarmee |
| PDS | Partei des Demokratischen Sozialismus |
| REP | Die Republikaner |
| RGW | Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe |
| RHG | Robert Havemann Gesellschaft |
| SAPMO | Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv |
| SDP | Sozialdemokratische Partei in der DDR |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SI | Sozialistische Internationale |
| Sitz. | Sitzung |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| UdSSR | Union der Sozialistischen Sojwetrepubliken |
| UFV | Unabhängiger Frauenverband |
| USA | United States of America |
| VdgB | Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe |
| VK | Volkskammer |
| VL | Vereinigte Linke |
| VP | Volkspolizei |
| WF | Werk für Fernsehelektronik |
| Wp./WP | Wahlperiode |
| ZAIG | Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS |
| ZK | Zentralkomitee |

# Personenregister


Adameč, Ladislav 99
Albrecht, Ernst 167, 231
Alemann, Ulrich von 173
Apelt, Andreas H. 226f., 232
Ardenne, Manfred von 162
Arzt, Matthias 65
Auerbach, Thomas 32

Bahr, Egon 162
Barbe, Angelika 107, 112, 135, 194
Bartsch, Dietmar 189
Bebel, August 97
Becker, Roland 204
Beethoven, Ludwig van 226
Begenau, Gunther 108
Berghofer, Wolfgang 84f., 87f., 108, 152, 162, 184, 186, 194
Bergmann-Pohl, Sabine 203, 212
Bickhardt, Stephan 77
Biermann, Wolf 32, 43
Biermann, Wolfgang 20
Birthler, Marianne 75, 200, 222
Böhme, Ibrahim 61, 74, 120, 136, 157f., 161, 163ff., 168
Böttger, Antje 61
Böttger, Martin 61
Bohley, Bärbel 54, 58f., 61, 64, 66, 78, 80, 107f., 112, 138
Bomberg, Karl-Heinz 72
Booß, Christian 109, 131, 135
Bortfeldt, Heinrich 188
Brandt, Willy 39, 141, 159, 164, 217
Braun, Otto 39
Braun, Volker 26
Brecht, Bertolt 226, 229, 251
Brecht, Eberhard 204
Brendler, Gerhard 131
Brie, André 95f., 159
Brie, Michael 95f., 112, 159, 182, 185
Burkhardt, Armin 203

Claus, Roland 189
Clement, Wolfgang 231

Dahn, Daniela 60
Dahrendorf, Ralf 249
Dalai Lama (eigentl. Tendzin Gyatsho) 71
Danz, Tamara 27
Dickel, Friedrich 101
Diestel, Peter-Michael 207
Duverger, Maurice 181, 189

Ebeling, Fred 131, 167, 169f.
Ebeling, Hans-Wilhelm 207
Eckert, Rainer 14, 130–138, 140, 143
Ehmke, Horst 80
Ehrman, Riccardo 105
Eisler, Hanns 229
Emmerlich, Gunter 98
Engels, Friedrich 23
Eppelmann, Rainer 57–60, 64, 66, 202
Erhard, Ludwig 214
Essen, Hans-Joachim von 204

Fischer, Werner 61
Florath, Bernd 130, 132–135, 137f., 143
Fuchs, Anke 161
Fuchs, Ruth 213
Führer, Christian 132

Gansel, Norbert 80, 160
Gartenschläger, Gottfried 54, 72
Garton Ash, Timothy 249
Gauck, Hans-Joachim 11, 229
Geisen, Thomas 159
Geisler, Hans 201f.
Genscher, Hans-Dietrich 217
Gerlach, Manfred 126, 152
Götting, Gerald 126, 176
Gorbatschow, Michail 48, 73, 76, 78, 96, 125, 134f., 140, 176, 184
Grimm, Peter 61
Grünwald, Siegfried 167

Gutzeit, Martin 12, 14f., 55ff., 59, 66, 70, 74f., 77, 79f., 136f., 142, 164f., 168, 170
Gysi, Gregor 14, 16, 39, 108ff., 124, 133ff., 152, 184ff., 188, 194f., 220, 223, 232, 242, 249

Hagemann, Karl 204
Hager, Kurt 100
Hahnemann, Helga 98
Halbritter, Walter 153
Havel, Václav 62
Havemann, Katja 54
Haydn, Joseph 229
Hegel, Georg Friedrich Wilhelm 246
Heidemeyer, Helge 16, 107
Hein, Christoph 26f.
Heine, Heinrich 241
Helm, Dieter 203
Heltzig, Frank 204
Hendrich, Rolf 54
Herger, Wolfgang 109f., 133, 169
Herrmann, Joachim 102
Herzberg, Guntolf 130, 164
Hilbig, Klaus 103
Hildebrandt, Regine 230
Hilsberg, Stephan 80, 159, 161
Hirsch, Ralph 61
Hitler, Adolf 37
Hobsbawm, Eric 189
Höpcke, Klaus 134
Höppner, Reinhard 203
Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich 226
Holter, Helmut 189
Honecker, Erich 19f., 22f., 25, 45, 89, 94–99, 101f., 105, 110, 113f., 124, 174, 183, 227, 251

Isensee, Josef 17, 235, 238f., 245, 247–251

Junghanns, Ulrich 216

Kaufmann, Sylvia-Yvonne 204
Keller, Dietmar 200, 226f., 232
Kellerhoff, Sven Felix 53–58, 60, 63–70, 72–80
Kennedy, Paul 244
Kiszak, Czesław 149
Klein, Dieter 95, 159
Klier, Freya 54
Kney, Johannes 204
Koch, Peter 153
Körting, Ehrhart 80
Kohl, Helmut 14, 39, 77, 79, 99, 118, 121, 126, 131, 136, 139f., 156, 166, 170, 215, 226
Koß, Michael 15, 173, 192, 194f.
Kowalczuk, Ilko-Sascha 12f., 53f., 56ff., 61f., 107–112, 114, 130ff., 192, 195, 235, 244f., 247f., 250ff.
Kozian, Bärbel 204
Krahl, Toni 26
Krause, Günther 203f., 214, 226
Krawczyk, Stephan 54
Krenz, Egon 36, 72, 89f., 97, 99–110, 112f., 147ff., 169, 174, 182f.
Krug, Manfred 32
Krüger, Thomas 204
Krusche, Günter 158

Läßig, Jochen 131f.
Lafontaine, Oskar 159, 176, 217f., 231, 246, 249, 251
Lamberz, Werner 32,
Land, Rainer 95, 112, 159
Lehment, Conrad-Michael 202
Lengsfeld, Vera 201
Lenin, Wladimir Iljitsch 35, 125, 194f.
Liebknecht, Karl 43, 67
Lietz, Heiko 32, 110, 142f.
Ludz, Peter Christian 244
Luther, Martin 94, 131
Luxemburg, Rosa 43, 63, 67, 134

Mählert, Ulrich 164
Magirius, Friedrich 132
Maizière, Lothar de 12, 39, 126, 147, 149–153, 176, 192, 199ff., 214–217, 225, 228, 231, 242, 247
Maleuda, Günther 152, 203f., 216
Marx, Karl 23, 245
Masur, Kurt 100, 109, 131

Mattern, Ingrid 189
Matthäus-Maier, Ingrid 170, 203
Meckel, Markus 12, 45, 56, 59f., 66, 156, 158, 160, 162f., 166, 200, 218, 225, 230ff.
Meuschel, Sigrid 86
Meyer-Bodemann, Werner 214
Mielke, Erich 98, 100ff., 183
Misselwitz, Hans-Jürgen 79
Misselwitz, Ruth 79
Mittag, Günter 96f., 102
Modrow, Hans 14f., 39, 96, 104, 118, 120, 122, 124f., 134f., 150, 153f., 160, 162, 165, 169, 184f., 187, 194, 202f., 211
Müller-Enbergs, Helmut 213
Müntzer, Thomas 94, 131

Nagy, Imre 38
Necker, Tyll 170
Neubert, Ehrhart 57f., 60, 64f., 67, 70, 73–76, 157f.
Neugebauer, Gero 182, 192, 195
Niederkirchner, Käte 203
Niedermayer, Oskar 15, 192f., 195
Nooke, Günther 221

Obama, Barack Hussein 226
Ortleb, Rainer 126, 202

Pahnke, Rudi 58, 60
Patzelt, Werner J. 225f., 231f.
Pau, Petra 189, 194f.
Peters, Gunnar 16
Pflugbeil, Sebastian 53, 75, 79, 157
Pieper, Cornelia 217
Platzeck, Matthias 151
Pöhl, Karl Otto 168
Poppe, Gerd 12, 14, 57, 60, 63f., 66f., 70–73, 78, 112f., 139, 148, 164f., 169f., 248ff.
Poppe, Ulrike 12, 54f., 57, 59, 61, 64f., 66f., 73f., 76f., 237ff., 243ff., 252
Porzner, Konrad 161
Preiß, Manfred 202
Pump, Reinhard 64
Putin, Wladimir 229

Quandt, Bernhard 103

Radomski, Aram 75
Rau, Johannes 246
Reich, Jens 221
Reiche, Steffen 147
Reiser, Rio 26
Richter, Edelbert 58f., 76, 204
Ritter, Gerhard A. 139, 218, 238, 243ff., 248, 251
Röder, Hans-Jürgen 75
Rohwedder, Detlev Karsten 229f.
Romberg, Walter 192, 218, 230
Ruden, Gerhard 166, 169
Rühe, Volker 140
Ryssel, Thomas von 202

Schabowski, Günter 35, 97, 102f., 105, 109
Schäuble, Wolfgang 77, 140, 229, 239, 245
Schefke, Siegbert 75
Schicke, Dietmar 202
Schierholz, Henning 157
Schiller, Friedrich 236
Schmieder, Jürgen 202
Schneider, Hans-Peter 161
Schnur, Wolfgang 57–60, 131, 157
Schöbel, Frank 98
Schöne, Jens 12, 55, 64, 68
Schorlemmer, Friedrich 58, 76
Schreiber, Harald 204
Schröder, Richard 12, 164, 166, 215, 217f., 240, 244, 247ff., 251
Schürer, Gerhard 104, 194
Schuller, Wolfgang 12
Schult, Reinhard 53ff., 61, 64, 68f., 72, 74f., 77–80, 108, 110, 135
Schulz, Horst 202
Schulz, Werner 12, 200, 225, 227ff., 232
Schumann, Ilse 200
Schumann, Michael 184, 187, 204
Schwanitz, Wolfgang 169
Schwarz, Jürgen 215
Segert, Dieter 95, 159

Seiters, Rudolf 77
Sindermann, Horst 97, 183
Sinn, Gerlinde 219
Sinn, Hans-Werner 219
Skocpol, Theda 195
Soell, Hartmut 156
Stalin, Josef W. 36f.
Steinecke, Jochen 202
Stenarv, Gunnar 159
Stolpe, Manfred 160
Stoph, Willi 97, 102f., 105, 183
Strauss, Richard 100
Streletz, Fritz 101
Süß, Walter 14, 164, 169f.
Süssmuth, Rita 212

Templin, Regina („Lotte") 71
Templin, Wolfgang 16, 61, 71, 107, 133, 167ff., 193, 195f., 248
Thälmann, Ernst 134
Thaysen, Uwe 150f.
Thierse, Wolfgang 219
Timm, Ernst 35
Timmer, Karsten 13, 107f., 110f., 113f.
Tisch, Harry 97
Tito, Josip Broz 238
Tschiche, Hans-Jochen 57
Turek, Rolf-Michael 132

Ullmann, Wolfgang 65, 147, 158, 164, 169

Vesper, Karlen 94
Viehweger, Axel 202
Voigt, Karsten D. 58
Voscherau, Henning 162

Waldenfels, Georg Freiherr von 231
Weckesser, Roland 189
Weiß, Konrad 213, 221
Weisskirchen, Gert 79, 156f.
Weizsäcker, Richard von 226
Will, Rosemarie 95, 109, 112
Willerding, Hans-Joachim 204
Wöstenberg, Dieter 202
Wolf, Christa 228
Wolf, Markus 108f., 133
Wolfram, Klaus, 108
Wonneberger, Christoph 132
Wünsche, Kurt 202

Zimmer, Gabi 189, 194
Zimmermann, Brigitte 133

**Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

EX OFFICINA
2011

Satz
Linotype Stempel Garamond
KGParl Berlin

Einband
CRUFF, Grafik und Illustration Berlin

Druck und Herstellung
VDS VERLAGSDRUCKEREI SCHMIDT
91413 Neustadt/Aisch

Printed in Germany